



Unser Landkreis Regensburg

Gebietsreform:
Auswirkungen
Anekdoten · Ansichten



Unser Landkreis Regensburg

Gebietsreform: Auswirkungen · Anekdoten · Ansichten

Unser
Landkreis
Gebietsreform:
Auswirkungen
Anekdoten · Ansichten
Regensburg

Ein herzliches Dankeschön ...

Ein besonderer Dank gebührt dem Autor Reiner Vogel, der dieses Buch mit vielen Ideen bereichert hat und selbst mit viel Herzblut zahlreiche Beiträge verfasst hat. In seinen Interviews mit den Zeitzeugen lässt Vogel die Zeit der Gebietsreform vor 40 Jahren wieder zum Leben erwachen. In seinen Anekdoten, z.B. über den ehemaligen Landrat Leonhard Deininger, nimmt der Autor die Leserinnen und Leser auf eine amüsante Reise in die jüngere Vergangenheit des Landkreises mit. Gerade seine Texte haben dazu beigetragen, dass dieses Buch „lebendig“ ist.

Danke auch an alle weiteren Autoren, die dieses Buch mit wissenschaftlichen Texten und vielen interessanten Artikeln zu einem Gesamtwerk gemacht haben, das sicherlich eine breite Leserschaft in unserem Landkreis und darüber hinaus ansprechen wird. Alle Autoren sind am Ende des Buches in alphabetischer

Reihenfolge nochmals extra vorgestellt. Danke an die Pressestelle des Landratsamts Regensburg für die Koordination der Texte und die redaktionelle Gestaltung des Buches.

Danke an alle, die das Buchprojekt unterstützt haben durch Informationen, Text- und Statistikmaterial sowie Aufnahmen.

Danke auch allen beteiligten Gemeinden sowie der Regierung der Oberpfalz für das Bereitstellen von Archivmaterial, den einzelnen Abteilungen und Sachgebieten des Landratsamtes Regensburg für ihre umfangreichen Recherchen sowie den Zeitzeugen für den wertvollen Erfahrungsschatz, der in diesem Buch Eingang gefunden hat.

Herbert Mirbeth, Landrat und Herausgeber

Impressum

Copyright Landratsamt Regensburg 2014

Herausgeber: Landkreis Regensburg,
vertreten durch Landrat Herbert Mirbeth

Redaktion: Pressestelle Landratsamt Regensburg

Grafik und Layout: grafica, Astrid Riege

Umschlagfoto: Heiner Hagen

Druck und Bindung: Pustet, Regensburg
Printed in Germany

ISBN-13: 978-3-9812370-2-3

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche
Genehmigung der Rechteinhaber ist es nicht gestattet,
dieses Buch oder Teile daraus zu vervielfältigen.

www.landkreis-regensburg.de

Inhalt

Vorwort: Landrat Herbert Mirbeth	11	Die Zeitzeugen von Reiner Vogel	34
Das Jahr 1972 im Rückblick von Reiner Vogel	12	<hr/> Konrad Amann, Moosham	36
Die bayerischen Landkreise zwischen Montgelas und der neuen Zeit von Rudolf Ebneith	16	<hr/> Franz Beutl, Wörth an der Donau	38
Die Notwendigkeit der bayerischen Gebietsreform von Reiner Vogel	22	<hr/> Otto Gascher, Schierling	40
Die handelnden Personen von Reiner Vogel	28	<hr/> Anton Schlicksbier, Donaustauf	42
<hr/> Bruno Merk	28	<hr/> Johannes Schmidt, Neutraubling	44
<hr/> Leonhard Deininger	29	<hr/> Hans Schuster, Hemau	46
<hr/> Rudolf Schlichtinger	30	<hr/> Hans Zelzner, Regenstauf	48
<hr/> Ernst Emmerig	31	Die Gebietsreform im Landkreis Regensburg in den 1970er Jahren von Roman Lindner	50
Die konkreten Schritte am Anfang der Reform von Reiner Vogel	32	1. Die Ankündigung der Landkreisgebietsreform	50
		2. Der offizielle Vorschlag der Regierung der Oberpfalz im März 1971	54
		3. Der Vorschlag des Bayerischen Staatsministeriums des Innern zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte	57
		4. Das erste Anhörungsverfahren von Juli bis September 1971	60
		5. Das zweite Anhörungsverfahren vom Oktober 1971	63
		6. Die Verabschiedung der „Verordnung zur Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte“	64

7. Die Veränderungen des Gebietes des Landkreises Regensburg während der Gemeindegebietsreform	65
--	----

Die Gemeindegebietsreform	78
----------------------------------	-----------

von Bernhard Fuchs

Alteglofsheim	80
Altenthann	82
Aufhausen	84
Bach an der Donau	86
Barbing	88
Beratzhausen	90
Bernhardswald	92
Brennberg	94
Brunn	96
Deuerling	98
Donaustauf	100
Duggendorf	102
Hagelstadt	104
Hemau	106
Holzheim am Forst	108
Kallmünz	110
Köfering	112
Laaber	114
Lappersdorf	116
Mintraching	118
Mötzing	120
Neutraubling	122

Nittendorf	124
Obertraubling	126
Pentling	128
Pettendorf	130
Pfakofen	132
Pfatter	134
Pielenhofen	136
Regenstauf	138
Riekofen	140
Schierling	142
Sinzing	144
Sünching	146
Tegernheim	148
Thalmassing	150
Wenzenbach	152
Wiesent	154
Wolfsegg	156
Wörth an der Donau	158
Zeitlarn	160

Das Resümee	168
--------------------	------------

Aus Sicht der beiden Protagonisten
Leonhard Deininger und Ernst Emmerig
von Reiner Vogel

Interview mit Landrat a. D.
Rupert Schmid: Erinnerungen an
Begebenheiten hinter den Kulissen 174
von Reiner Vogel

**Der „sparsame“ Leonhard Deininger –
Anekdoten 180**
von Reiner Vogel

Wie funktioniert das Landratsamt? 182
Erinnerungen und Einblicke eines
langjährigen Mitarbeiters
von Siegfried Schulz

Der Landkreis Regensburg seit 1972 188
von Bernhard Fuchs, Birgitt Retzer
und Markus Roth

Bevölkerungsentwicklung	192
Wirtschaft	194
Mobilität	198
Energie	204
Medizinische Versorgung	208
Schullandschaft	210
Kinder und Jugend	214
Senioren	218
Kultur und Tourismus	220
Regionalentwicklung	226
Vereine und Ehrenamt	230
Beziehungen zwischen Landkreis und Stadt	232
Interkommunale Zusammenarbeit	236

**Die lebenswerte Zukunftsregion:
„Daheim“ im Landkreis Regensburg 238**
von Reiner Vogel

Die Künstlerin Renate Christin	240
Der Mittelständler Franz Greipl	242
Der Unternehmer Volker Kronseeder	244
Der Ex-Politiker Albert Schmid	246
Die Schlossanierer Maria und Robert Solleder	248

**Impressionen von den
Jubiläumsfeierlichkeiten 250**
Rückschau auf 40 Jahre Gebietsreform im
Landkreis Regensburg
von Birgitt Retzer und Markus Roth

Autoren 257

Bildnachweis 261



Vorwort:

Landrat Herbert Mirbeth

Liebe Leserinnen und Leser,

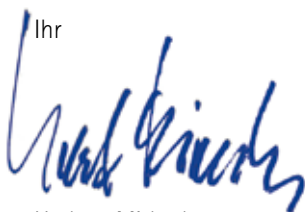
die Gebietsreform von 1972 bis 1978 hat den Grundstein für die positive Entwicklung des Regensburger Landes in den letzten 40 Jahren gelegt. Ergebnis der im Detail mühsamen, aber im Nachhinein sinnvollen Reform war der Landkreis Regensburg mit seinen 41 Gemeinden in seiner heutigen Form. In den Gemeinden hat sich mittlerweile ein neues Wir-Gefühl entwickelt, der Landkreis ist zu einem starken Wirtschaftsraum und qualitativollen Lebensraum zusammengewachsen.

Unser Buch dokumentiert detailliert das historische Ereignis „Gebietsreform im Landkreis Regensburg“. Dabei wurden die historischen Fakten in mühsamer Kleinarbeit nochmals aufgerollt und viele Einzelheiten recherchiert. Auch die Auswirkungen der Gemeindegebietsreform auf alle jetzt noch bestehenden 41 Landkreisgemeinden sind exakt festgehalten. Das Herzstück der Aufarbeitung der noch jungen Landkreisgeschichte bilden die vielen Gespräche mit Zeitzeugen. Sie machen aus diesem Buch ein lebendiges und einzigartiges Dokument der Landkreisgeschichte. Gewürzt mit Anekdoten und Erfahrungsberichten ist kein staubtrockenes Geschichtsbuch entstanden, sondern ein unterhaltsames Nachschlagewerk für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landkreises.

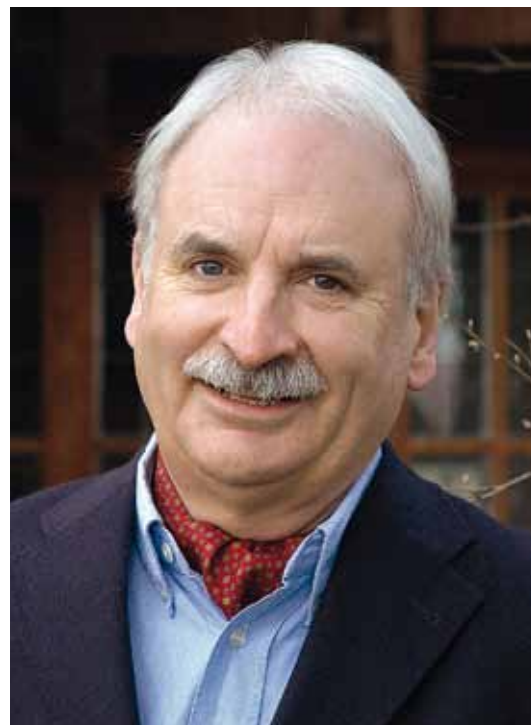
Über die Gebietsreform hinaus gibt unser Buch gleichsam einen Einblick in die Geschichte unserer Heimat der letzten Jahre. Was hat sich in 40 Jahren verändert, welche neuen Strukturen wurden im Landkreis geschaffen und wie hat sich das Regensburger Land stetig und unaufhaltsam zu einem leistungsstarken und attraktiven Standort entwickelt? – das Buch hat

auch diese Fragen aufgegriffen. Die Porträts von ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern aus verschiedenen Bereichen des Landkreises, die über ihre ganz persönliche Beziehung zu ihrer Heimat sprechen, runden dieses etwas andere Geschichtsbuch ab.

Ich danke allen Autoren und Beteiligten, die an der Entstehung dieses Buches mitgearbeitet haben und wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und Schmökern!

Ihr


Herbert Mirbeth
Landrat



Das Jahr 1972 im Rückblick

Der Raum Regensburg wird vom sonnigsten Silvestertag seit 25 Jahren begrüßt. Am Heiligen Abend kurz vorher hat das Außenthermometer 7,3 Grad über Null angezeigt. Das erste Kind des neuen Jahres bekommt den Namen Sylvia: Das Mädchen stammt aus dem Landkreis, aus Lorenzen.

Das milde Wetter erlaubt den zügigen Ausbau des Regensburger Osthafens. Sein Becken ist nun 750 Meter lang, zwei neue Gleisanlagen werden angelegt. Dieser Osthafen soll noch für erhebliche Differenzen zwischen Stadt und Landkreis sorgen – bis hin zu einem Gerichtsentscheid.

Die politischen Akteure des Großraumes Regensburg sind der vormalige Zeitungsredakteur, CSU-Landtagsabgeordnete und Landrat Leonhard Deininger und der ehemalige Lehrer, SPD-Landtagsabgeordnete und Oberbürgermeister Rudolf Schlichtinger. Der übergeordneten Verwaltungsebene steht der Jurist Professor Ernst Emmerig als Präsident der Oberpfälzer Bezirksregierung vor.

Im kirchlich-katholischen Bereich kann Bischof Rudolf Graber mit den Gläubigen die 1.000-Jahr-Feier der Weihe des Diözesanheiligen St. Wolfgang feiern. An der 1962 gegründeten, vierten Landesuniversität in Regensburg ist im Januar der 100ste Lehrstuhl besetzt und im Fachbereich Physik wird der erste Dokortitel seit Bestehen der Alma Mater verliehen.

Nach Regenstauf in den Landkreis übersiedelt im gleichen Monat die private Lehranstalt Eckert. Das später

stark expandierende Unternehmen erwirbt 35 Hektar Boden. Ebenfalls in Regenstauf beginnt der Bau der zweiten Realschule im Landkreis.

Der März bringt den ersten Spatenstich für den Bau des Europa-Kanals in der Stadt, während auf der Donau der niedrigste Wasserstand seit 1954 verzeichnet wird – in Weichs sind die meisten Grundwasserbrunnen ausgetrocknet.

Während in der Stadt der Bau einer Fußgängerzone vorangetrieben und das neue Westbad gefeiert werden, bringen zwei Brücken Stadt und Land räumlich näher: Die Reinhausener und die Oberpfalz-Brücke.

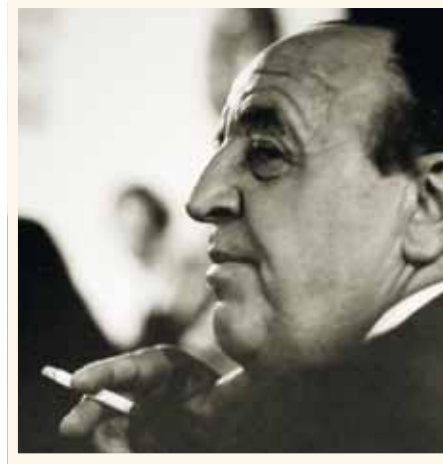
Im Sommer beschließt der Kreistag den Bau eines Gymnasiums in Neutraubling. Die Kreissparkasse Regensburg-Land eröffnet ihr neues Gebäude am Neupfarrplatz in Regensburg und an der Malergasse. Der historische Platz im Stadtzentrum erhält

dadurch ein völlig anderes Bild.

Im Dezember läßt schließlich Fürst Karl August von Thurn und Taxis zur traditionellen Schwarzwildjagd im Thiergarten bei Donaustauf blasen. Nicht weniger als 61 „Schwarzkittel“ kommen dabei zur Strecke.

In der **Bundesrepublik Deutschland** ist der SPD-Politiker Willy Brandt Bundeskanzler. Die Zeichen stehen auf Entspannung.

Mit der DDR wird ein Grundlagenvertrag unterzeichnet. In diesem Zusammenhang billigen die Sieger-



Der Brennberger
Politiker Hermann
Höcherl saß 1972 für
die CSU im Bonner
Bundestag.



Der Osthafen
in den
70er Jahren.

mächte des Zweiten Weltkrieges die Aufnahme beider deutscher Staaten in die UNO.

Auch die Berliner Mauer wird durchlässiger. An dreiBig Tagen im Jahr dürfen die Westberliner in den Ostteil der Stadt fahren - strenge Auflagen gibt es aber nach wie vor in umgekehrter Richtung.

In München sollen die XX. Olympischen Spiele ein tolerantes und weltoffenes Deutschland zeigen - es kommt auf tragische Weise vollkommen anders. Elf Sportler der israelischen Mannschaft werden von

» *Der Osthafen soll noch für erhebliche Differenzen zwischen Stadt und Landkreis sorgen*

» *Zwei Brücken bringen Stadt und Land räumlich näher: Die Reinhausener und die Oberpfalz-Brücke*

So präsentierte sich das Kreis-krankenhaus Wörth im Jahre 1972.

der palästinensischen Terror-Organisation „Schwarzer September“ als Geiseln genommen. Die Befreiungsaktion der Behörden scheitert eklatant: Alle Geiseln, fünf Terroristen und ein Polizist sterben.

Aus dem Bereich der Kultur ragt die Meldung hervor, dass Heinrich Böll als erster deutscher Nachkriegsautor in Stockholm mit dem Literatur-Nobelpreis geehrt wird. Und noch ein Ereignis wird das Jahr 1972 überdauern: Im Auftrag des „Club of Rome“ – einem informellen Zusammenschluss von internationalen Wirtschaftsführern, Politikern und Wissenschaftlern – erscheint das Buch „Die Grenzen des Wachstums“. Darin wird eindringlich auf die weitreichenden, zerstörerischen Folgen des kritik- und bedingungslosen Fortschrittsglaubens hingewiesen.

Die weltpolitische Bühne sieht den amerikanischen Präsidenten Richard Nixon als Hauptdarsteller. Seine Rolle reicht dabei vom Entspannungspolitiker bis hin zum „Watergate-Schurken“. Im Februar besucht Nixon die Volksrepublik China und trifft mit dem kommunistischen Führer Mao Tse-tung zusammen. Diese erste Reise eines amtierenden amerikanischen Präsidenten wird als „welthistorisch“ bezeichnet. Sie beendet eine mehr als zwanzig Jahre andauernde Konfrontation zwischen den beiden Großmächten. Auch mit den Sowjets führt Nixon bilaterale Gespräche. Es liegt Hoffnung in der Luft: Der Kalte Krieg scheint zurück gedrängt. Die Großwetterlage verheißt Ver-



ständigung, mehr Toleranz und nicht zuletzt bessere Handelsgeschäfte. Die „Watergate-Affäre“ trübt die Amtszeit Nixons allerdings bereits erkennbar ein – beendet sie schließlich. Der Hintergrund: FBI-Agenten waren im Juni 1972 in das Hauptquartier der Demokratischen Partei eingebrochen – letztlich veranlasst durch den republikanischen Präsidenten. Die Supermacht Amerika ist bis in die demokratischen Grundfesten erschüttert.

Das alles geschieht im Jahr 1972 – dem um einen Tag und zwei Schaltsekunden längsten Jahr des gregorianischen Kalenders.

Neutraubling war 1970 die größte Gemeinde des Landkreises.



Die bayerischen Landkreise zwischen Montgelas und der neuen Zeit

Als eines von vielen Ereignissen im Landkreis Regensburg ist anlässlich des 40. Jahrestags der Landkreisreform vom 1. Juli 1972 diese Publikation entstanden. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der bayerischen

Von Rudolf Ebneht

Landkreise konnte im Jahr 2012 jedoch auch an einen 150. Jahrestag, ja sogar an einen 160. Jahrestag erinnert werden.

Maximilian Graf von Montgelas entwickelte, beeinflusst von Aufklärung und Französischer Revolution, seit 1777 Pläne für eine weit reichende Modernisierung der Verwaltung und Politik im Königreich Bayern. In seiner Zeit als Minister (1799-1817) setzte er einen großen Staatsumbau in Gang. Im Mittelpunkt seiner Reformen standen eine Verwaltungs- und Beamtenreform sowie der Aufbau einer Gerichtsbarkeit, deren entscheidendes und völlig neues Merkmal die Unabhängigkeit der Rechtsprechung und damit auch die gerichtliche Kontrolle der Verwaltung sein sollte.

Trennung von Justiz und Verwaltung zunächst nur auf oberer und mittlerer Ebene

Die bisherige Vermischung von Justiz und Verwaltung wurde auf der oberen und mittleren Ebene beseitigt, hingegen nicht auf der unteren Ebene – die unteren Behörden und Justizstellen behielten ihre doppelte Zuständigkeit. Die seit 1802 entstehenden Landgerichte waren weiterhin zugleich für die Verwaltung, für die Freiwillige Gerichtsbarkeit und als erste Instanz in Zivil- und Strafverfahren zuständig.

Diese umfangreichen Aufgaben bedeuteten eine starke Be- und häufig große Überlastung der Landrichter, was zu viel Unmut, Kritik und Verdrossenheit im Volk führte.

Warum wurde in Montgelas' Reformwerk die Gewaltenteilung bei den Unterbehörden nicht durchgesetzt? Dazu gibt es mehrere Antworten oder Vermutungen.

Zum Einen gelang es nicht, die Privilegien des Adels völlig abzuschaffen. Dieser behielt bis in die Mitte des Jahrhunderts seine Patrimonialgerichte, die wie die Landgerichte Justiz- und Verwaltungsfunktionen vereinten, ebenso die Besiegelungsrechte.

Sicher spielten auch finanzielle Aspekte eine Rolle. Bei einer durchgängigen Umgestaltung des Behörden- und Gerichtssystems wären neue Gebäude und mehr Beamte erforderlich gewesen. Ferner waren die leitenden Beamten wohl nicht sonderlich an dieser Reform interessiert, hätte diese ihnen doch gewisse Vorteile und Privilegien genommen. Schließlich war es vielleicht sogar beabsichtigt oder wurde es zumindest gerne hingegenommen, dass in den Landgerichten gewisse patriarchalische Strukturen erhalten wurden.

Die Situation änderte sich erst nach dem Rücktritt Ludwigs I. und der Revolution von 1848, wenngleich nur anfänglich. Der neue König Maximilian II. erfüllte die Versprechen seines Vaters und setzte auch neue Akzente zur Modernisierung des Staatswesens, insbesondere durch die Justizreform vom Juni 1848. Diese war aber im Grunde nur eine Aufstellung von Gesetzen, die in der Zukunft erlassen werden sollten. Das Revolutionsversprechen der Trennung von Justiz und Verwaltung wurde nicht erfüllt, weil Maximilian II. 1849 einen politischen Kurswechsel vollzog und geplante Reformmaßnahmen aufschob. Den Landgerichten verblieben weiterhin die Hauptfunktionen Verwaltung, Rechtsprechung und Freiwillige Gerichtsbarkeit, und keine dieser Funktionen wurde ordentlich ausgeführt. An dieser unbefriedigenden Situation änderten auch die Gesetze über die Distrikträte und die Landräte im Jahre 1852 wenig.

Sie waren zwar eine wichtige Grundlage für die kommunale Selbstverwaltung auf der Ebene der heutigen

» Erst 1920 wurde dem *Bezirksamt*
ein *einheitlicher Bezirk* zugeordnet

17

Amts-Blatt
der **Bezirksämter**
Regensburg und Stadtamhof.

Druck von J. & A. Mayr, Stadtamhof.

Nr. 38 **Ausgegeben Donnerstag, 26. September** **1929**

Inhalt: Aufhebung des Bezirksamtes Stadtamhof. Beschädigung von Telegraphen- und Fernsprechanlagen. Beschäftigung ausländischer landwirtschaftlicher Wanderarbeiter. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Handwerkerkurse. Mütterberatungsfunden. Urlisten für den Schöffen- und Geschworenenendienst.

Nr. 6190. An die Gemeindebehörden der beiden Bezirke.
(Aufhebung des Bezirksamtes Stadtamhof betreffend.)

Nach der Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern vom 21. 9. 29 Nr. 1004 b 32 (St.-Anz. Nr. 219) wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1929 an das Bezirksamt Stadtamhof aufgehoben und sein Amtsprengel dem des Bezirksamtes Regensburg zugeteilt. Darnach besteht ab 1. Oktober 1929 nur noch das Bezirksamt Regensburg. Die Anschriften für die Postsendungen lauten demgemäß von diesem Zeitpunkt ab auch für die Gemeinden des bisherigen Bezirkes Stadtamhof: „An das Bezirksamt Regensburg“.

Das staatliche Versicherungsamt, das Bezirksjugendamt und der Bezirksfürsorgeverband Stadtamhof hören ebenfalls zu bestehen auf. Die Anschriften lauten ab 1. Oktober: „An das staatliche Versicherungsamt Regensburg“, „An das Bezirksjugendamt Regensburg“, „An den Bezirksfürsorgeverband Regensburg — Land“.

Das letzte gemeinsame Amtsblatt
der Bezirksämter Regensburg und Stadtamhof mit
der Ankündigung der Vereinigung der Ämter

Das alte Bezirksamts- und Landratsamtsgebäude in Stadtamhof war Sitz der Verwaltung bis 1969.

Landkreise und Bezirke – deshalb der 160. Jahrestag im Jahre 2012 –, mussten jedoch erst ausgeformt und wirksam gemacht werden.

Gründung von Bezirksämtern als Vorläufer der Landratsämter

Dies geschah erst, als Maximilian II. im Jahre 1859 mit der Berufung liberaler Minister wieder auf Reformkurs umgeschwenkt war. Es wurden ein Gerichtsverfassungs- und das Notariatsgesetz erlassen. Das neue Notariat erhielt wesentliche Teile der Freiwilligen Gerichtsbarkeit. Die Landgerichte wurden auf die Zivil- und Strafgerichtsbarkeit beschränkt. Die umfangreichen Verwaltungsfunktionen wurden neuen Behörden zugeteilt, die zunächst „Oberämter“ heißen sollten, letztendlich jedoch „Bezirksämter“ benannt wurden. Mit Wirkung 1. Juli 1862 wurden bis zu drei Sprengel eines Landgerichts zu einem Bezirksamt vereinigt, aus 249 Landgerichten entstanden 142 Bezirksamter, die Vorläufer der späteren Landratsämter. Am 1. Juli 2012, dem 40. Jahrestag der Landkreisreform von 1972, hatten die bayerischen Landkreise also eine 150jährige Tradition aufzuweisen!

Für die Verwaltungsorganisation war die Landgerichtseinteilung jedoch weiterhin wichtig, weil in den Gesetzen von 1852 die Gerichtssprengel als Distriktgemeinden mit Selbstverwaltungsrechten angelegt worden waren. Die Bezirksamter waren demnach in Landgerichtsgebiete gegliedert. Erst 1920 wurde dem Bezirksamt ein einheitlicher Bezirk zugeordnet. 1939 wurden im Zuge der nationalsozialistischen Gleichschaltungspolitik nach preußischem Vorbild die Bezeichnungen „Landkreis“, „Der Landrat“, „Landratsamt“ eingeführt. Diese blieben nach 1945 bestehen, Wilhelm Hoegners Versuch, sie abzuschaffen, war erfolglos.



Leiter eines Bezirksamtes ab 1862 war der Bezirksamtmann, ein ernannter Staatsbeamter. Obwohl dieser keine Justizfunktionen mehr ausübte, hatte er dennoch eine herausragende Stellung, zumal er auch Vorsitzender der Selbstverwaltungsgremien, nämlich des Distriktrats und des Distriktausschusses, war. Nach 1919 erhielten die Bezirke – also die späteren Landkreise – das Recht, eigene Vorsitzende des Bezirkstags und bis 1927 auch des Bezirksausschusses zu wählen. 1946 wurde eine vorläufige, 1952 die endgültige Landkreisordnung in Kraft gesetzt. Damit entstand die besondere Struktur des Landratsamtes, einerseits als Staatsbehörde mit Angelegenheiten im übertragenen Wirkungsbereich, andererseits als Kreisbehörde mit Selbstverwaltungskompetenzen. Der Landrat wird von der Bevölkerung gewählt und

Bezirksamt­männer von Stadtamhof 1862–1928

1862-1872	Clemens Sperl
1872-1876	Gg. Wilhelm Fischer
1876-1894	Robert Schmid
1894-1898	Ernst Freiherr Griebenbeck von Griebenbach
1898-1902	Franz Braunwart
1902-1911	Rudolf Müller
1912-1919	Friedrich Morg
1919-1920	Dr. Hans Reiner
1921-1928	Ignaz Poschenrieder

Bezirksamt­männer von Regensburg 1862–1929

1862-1879	Friedrich Martin
1879-1886	Emil Pündter
1886-1902	Karl Wagner
1902-1908	Franz-Xaver Brigel
1908-1928	Hans Nolze
1928-1929	Karl Wohlfahrt

» *Der Bezirksamt­mann hatte eine herausragende Stellung*

Bezirksamt­männer und Landräte von Regensburg 1929–1946

1929-1933	Karl Wohlfahrt
1935-1940	Wilhelm Ott
1938-1939	Josef Titus
1939-1945	Dr. Otto Jehle
1945	Dr. Ernst Falkner
1945	Dr. Karl Tschurtschenthaler
1945-1946	Dr. Karl Bertzel

Landräte von Regensburg 1946–1972

1946-1948	Dr. Georg v. Mallinckrodt
1948-1978	Leonhard Deininger

ist Vorsitzender des Kreistags, der ebenfalls gewählt wird. Damit ist er auf der einen Seite demokratisch legitimiert, während er auf der anderen Seite Auftragsangelegenheiten aufgrund staatlicher Vorgaben zu erledigen hat.

Genau 110 Jahre nach dem Entstehen der Landratsämter, also am 1. Juli 1972, wurde die Zahl der baye-

rischen Landkreise auf 71 reduziert. Vergrößert haben sich dadurch deren Flächen und Einwohnerzahlen, aber auch Zuständigkeiten, Einfluss und Selbstbewusstsein. Ob dies alles aber eine weitere Landkreisreform verhindern kann, wird sich vielleicht schon in naher Zukunft zeigen.

Die Entwicklung im Raum Regensburg

Im Folgenden werden die großen Linien der Verwaltungsorganisation im Zusammenhang mit der Ent-

stehung des Landkreises Regensburg nachgezeichnet. Mit der Neugliederung des Königreichs Bayern in den Jahren 1806 bis 1808 wurde als einer der ersten von 15 Kreisen im Jahre 1806 der Regenkreis gebildet. Er umfasste zunächst 13 Landgerichte, darunter Stadtamhof, ab 1809 die kreisunmittelbare Stadt Straubing, ab 1810 das Fürstentum und spätere kreisunmittelbare Stadt Regensburg, die Hauptstadt des Regenkreises wurde, und ab 1811 auch das Landgericht Regensburg. 1837 wurden verschiedene Gebiete, z. B. die Stadt Straubing, ausgegliedert, der Regenkreis wurde in Kreis Oberpfalz und Regensburg umbenannt. Er umfasste im Wesentlichen das Gebiet des heutigen Regierungsbezirks Oberpfalz.

Bauarbeiten am Landratsamt
in der Altmühlstraße Ende
der 60er Jahre.



1857 wurden 43 Gemeinden des Landgerichts Stadtamhof und eine Gemeinde des Landgerichts Kelheim zu einem neuen Landgericht Regensburg vereinigt.

Am 1. Juli 1862 wurde aus dem (verkleinerten) Landgericht Stadtamhof und dem Landgericht Regensburg das Bezirksamt Stadtamhof gebildet. Aus den Landgerichten Regensburg und Wörth entstand das Bezirksamt Regensburg. Die Stadt Regensburg war, wie bereits erwähnt, kreisunmittelbar.

In den folgenden Jahren und Jahrzehnten wurden die Gerichtsbezirke im Bezirksamt Regensburg mehrfach geändert. Im Jahre 1879 wurde das Bezirksamt Stadtam-

» Die *Dienstgebäude des Landratsamtes* waren bis 1969 in *Regensburg-Stadtamhof*



hof beachtlich vergrößert. 1880 zählte es rund 38.000 Einwohner, 1910 bereits 46.000 und zehn Jahre später gut 47.000 Einwohner. Nach der Umgliederung von Keilberg, Reinhausen, Sallern, Schwabelweis, Steinweg, Weichs, Winzer und Stadtamhof aus dem gleichnamigen Bezirksamt in die Stadt Regensburg im Jahre 1924 sank die Einwohnerzahl im verbliebenen Bezirksamt Stadtamhof auf rund 30.000.

Am 1. Oktober 1929 wurde das Bezirksamt Stadtamhof aufgelöst, sein Gebiet wurde dem Bezirksamt Regensburg zugeordnet. 1938 wurden die Gemeinden Dechbetten, Großprüfening und Ziegetsdorf aus dem Bezirksamt Regensburg aus- und in die Stadt Regensburg eingegliedert.

1939 wurde das Bezirksamt Regensburg in Landratsamt Regensburg umbenannt, das bis zum Jahr 1969 seine Dienstgebäude in Regensburg-Stadtamhof hatte. Aus dem Bezirk Regensburg wurde der Landkreis Regensburg. Am 1. Juli 1972 entstand der heutige Landkreis Regensburg.

In der Altmühlstraße in Regensburg wurde 1969 der Landratsamts-Neubau errichtet.

Die Notwendigkeit der bayerischen Gebietsreform

Die Gebietsreform in Bayern Anfang der 1970er Jahre war eine Reaktion auf veränderte Lebensbedingungen im Freistaat, auf gewandelte Ansprüche der Bevölkerung und damit verbunden auf zunehmende Anforderungen an die öffentlichen Verwaltungen. Das Ziel: Die Landkreise und Gemeinden sollten durch Zusammenlegungen effizienter, wirtschaftlicher und professioneller arbeiten können. Dieses Resümee liegt nach der Auswertung aller Absichtserklärungen, Entscheidungen und Wertungen aus der Zeit vor und nach der Reform auf der Hand.

Die geltende Gliederung der Gemeinden „stammte noch aus der Postkutschenzeit“. ¹ Gemeint ist damit das Reformwerk des Grafen Maximilian Joseph Montgelas, das im frühen 19. Jahrhundert vor allem darauf angelegt war, „die Macht der Patrizier zu brechen und die kommunalen Finanzen zu sanieren.“ ² An der Struktur und dem Zuschnitt der Gemeinden hatte sich durch Montgelas allerdings substantiell wenig verändert. Dies gilt bis in die 1970er Jahre hinein. Diesem zunehmend als mangelhaft empfundenen Umstand sollte grundlegend abgeholfen werden! Mit anderen Worten: Der gesellschaftliche Fortschritt wollte auch politisch angenommen werden. Der übereinstimmende Entschluss dazu war allerdings auch mit Unwägbarkeiten verbunden. Viele, über lange Zeit hindur tradierte Strukturen und eingefahrene Wege mussten neuen Bahnen weichen.

Überdies war die (ländliche) Bevölkerung nicht blindlings oder kritiklos reformgläubig. Ein wertkonservatives, „bewahrendes“ Denken ließ sich nicht einfach mit einem amtlichen Federstrich beseitigen. Auch das latent vorhandene, bayerisch kultivierte „Grollen“ gegen die Obrigkeit war politisch zu berücksichtigen. Manch heftige Reaktion gerade bei der bayerischen

Gebietsreform lässt sich aus diesem Spannungsverhältnis heraus etwas erklären.

Wirtschaftliche und demografische Entwicklung

Seit der Reform des Grafen Montgelas waren Industrialisierung und Technisierung weitgehend vollzogen. Die Beschäftigten im Bereich der Landwirtschaft wurden ständig weniger, diejenigen im Industrie- und Dienstleistungssektor rasant mehr. Die Folgen der Verheerungen nach dem Zweiten Weltkrieg waren – zumindest wirtschaftlich – ausgezeichnet gemindert worden. Die volkswirtschaftlichen Daten wiesen steil nach oben, die individuellen Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger hatten sich gravierend verbessert. Die Bundesrepublik Deutschland war zu einem „Wirtschaftswunderland“ geworden und galt bald auch als Musterbeispiel für demokratischen Parlamentarismus. Überdies musste im Freistaat Bayern natürlich auch die Konkurrenzsituation zu anderen Landstrichen im Auge behalten werden. In Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein waren entsprechende Reformen bereits durchgeführt.

Befördert wurde (auch) das bayerische Vorhaben durch einen deutlichen Anstieg der Bevölkerungszahlen seit dem Zweiten Weltkrieg. In den 1960er Jahren setzte ein „Babyboom“ ein, der die anwachsende Bevölkerung zusätzlich auch noch verjüngte. Die Einwanderung von Gastarbeitern aus Südeuropa trug ebenfalls positiv zur Bevölkerungsentwicklung bei. Die technischen Möglichkeiten der modernen Zeit brachten es überdies mit sich, dass die Menschen deutlich mobiler wurden. Immer mehr Autos, Last-

wagen, auch die Eisenbahn: Der „Aktionsradius“ der Gesellschaft hatte sich deutlich vergrößert und zusätzlich Geschwindigkeit aufgenommen. Nicht zu vergessen in diesem Zusammenhang: Nach und nach entwickelte sich eine „Freizeitgesellschaft“. Unterstützt durch kürzere Arbeitszeiten bei nach wie vor ansteigenden Einkommen waren Angebote für die länger gewordenen Wochenenden und Urlaubszeiten gefragt.

Ausflugsgaststätten, Sehenswürdigkeiten, Erholungsasen: Neben den südlichen Reisezielen entwickelte sich auch und besonders in Bayern der immer wichtiger werdende Wirtschaftsfaktor Fremdenverkehr - später Tourismus genannt. Die Kommunen mussten „gebündelt“ reagieren.

Vom Bittsteller zum selbstbewussten Steuerzahler

Durch die vorantreibende gesellschaftliche Entwicklung wurden von der kritischer und reformfreudiger gewordenen Bevölkerung auch erhöhte Anforderungen an die kommunale Selbstverwaltung als Dienstleistungszentren gestellt.

Wo einst der Bittsteller „um Erledigung eines Anliegen nachsuchte“, traten die Bürgerinnen und Bürger jetzt selbstbewusster auf und begriffen sich zunehmend als Steuerzahler, die von dem zuständigen Amt eine Gegenleistung erwarteten. Auch dieser Umstand bewirkte Veränderungen: Manchmal zähneknirschend, letztlich aber von der Einsicht getragen und akzeptiert, dass die Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger zuständig ist - nicht umgekehrt.

Die Forderungen Anfang der 1970er Jahre: Die Straßenverkehrsverhältnisse sollten übergreifend verbessert werden, diejenigen der Wasserversorgung in



größeren Zusammenhängen angegangen und die Unterschiede zwischen Stadt und Land minimiert werden.

Aus diesen Gründen war die Notwendigkeit einer Reform gesellschaftlich relativ unumstritten. Dazu kam auch noch eine Verpflichtung der Politik. Tatsache war eine immer größere Diskrepanz der Infrastruktur zwischen den allgemein gut ausgestatteten Zentren und den derart unterversorgten Kleingemeinden.

„Weil sich letztere fast ausschließlich auf dem Lande befanden, gab es zu Beginn der sechziger Jahre in Bayern, aber auch sonst in Deutschland, ein großes Leistungsgefälle zwischen Stadt und

Ministerpräsident Alfons Goppel bei den Beratungen zu den Änderungen bei der Gebietsreform im Oktober 1971.

Provinz. Ein einheitlicher Lebens- und Verwaltungsraum war insoweit nicht mehr vorhanden. Das Sozialstaatsprinzip verpflichtete aber den Staat, allen Einwohnern nach Möglichkeit dieselben Chancen zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit zu gewährleisten.“³

Und die Quintessenz daraus: *„Die Selbstverwaltung der kleinen Kommunen existierte nur noch auf dem Papier.“⁴*

Für die kleineren Landkreise galt sinngemäß das Gleiche: *„Die 102 gebildeten „Landgerichte“ waren zugleich Gericht und untere staatliche Verwaltungsbehörde. Erst 1862 wurde die Gewaltenteilung auf der Unterstufe durchgeführt, und es wurden die Bezirksämter als Vorläufer der 1939 so umbenannten Landratsämter mit einem Gebiet geschaffen, das dem der späteren Landkreise entsprach.“*

Diese Gliederung und Einteilung war also auch über 100 Jahre alt – 100 Jahre, in denen sich die Welt grundlegend verändert hatte.“⁵

Anfang des Reformprozesses

Ministerpräsident Alfons Goppel hatte bereits in seiner Regierungserklärung am 25. Januar 1967 eine „Reform der Verwaltungsbezirke“ als Teil einer Gesamtreform angekündigt und darauf verwiesen, dass dabei die bayerische Eigenart erhalten werden solle. Mit der Durchführung der Reform wurde der zuständige Innenminister Bruno Merk beauftragt. Da für ihn und seine Mitstreiter frühzeitig Widerstände erkennbar waren, wurden die Landkreise noch vor den Gemeinden geordnet und damit vollendete Tatsachen geschaffen.

Die Landkreise wurden von Anfang bis Mitte 1972 verändert, bei den Gemeinden dauerte es daran anschließend bis 1978, offiziell bis zum 1. Januar 1980. Eine weitere Voraussetzung war durch die strengere Beachtung des Grundsatzes von der Unvereinbarkeit von Amt und politischem Mandat geschaffen.

Im Rahmen der vom Gesetzgeber auf den Weg gebrachten Inkompatibilität durften kommunale Wahlbeamte (berufsmäßige Bürgermeister und Landräte) als Landtagsabgeordnete ihr Amt nicht mehr ausüben. Das heißt: Landtagsabgeordnete wie etwa Leonhard Deininger aus dem Landkreis Regensburg mussten sich entscheiden, ob sie ihr Mandat oder ihren Beruf als gewählter Landrat oder Oberbürgermeister ausüben wollten. (Durch die überaus starke Stellung eines bayerischen Landrats ergab sich die Entscheidung für den betroffenen Personenkreis von selbst.)

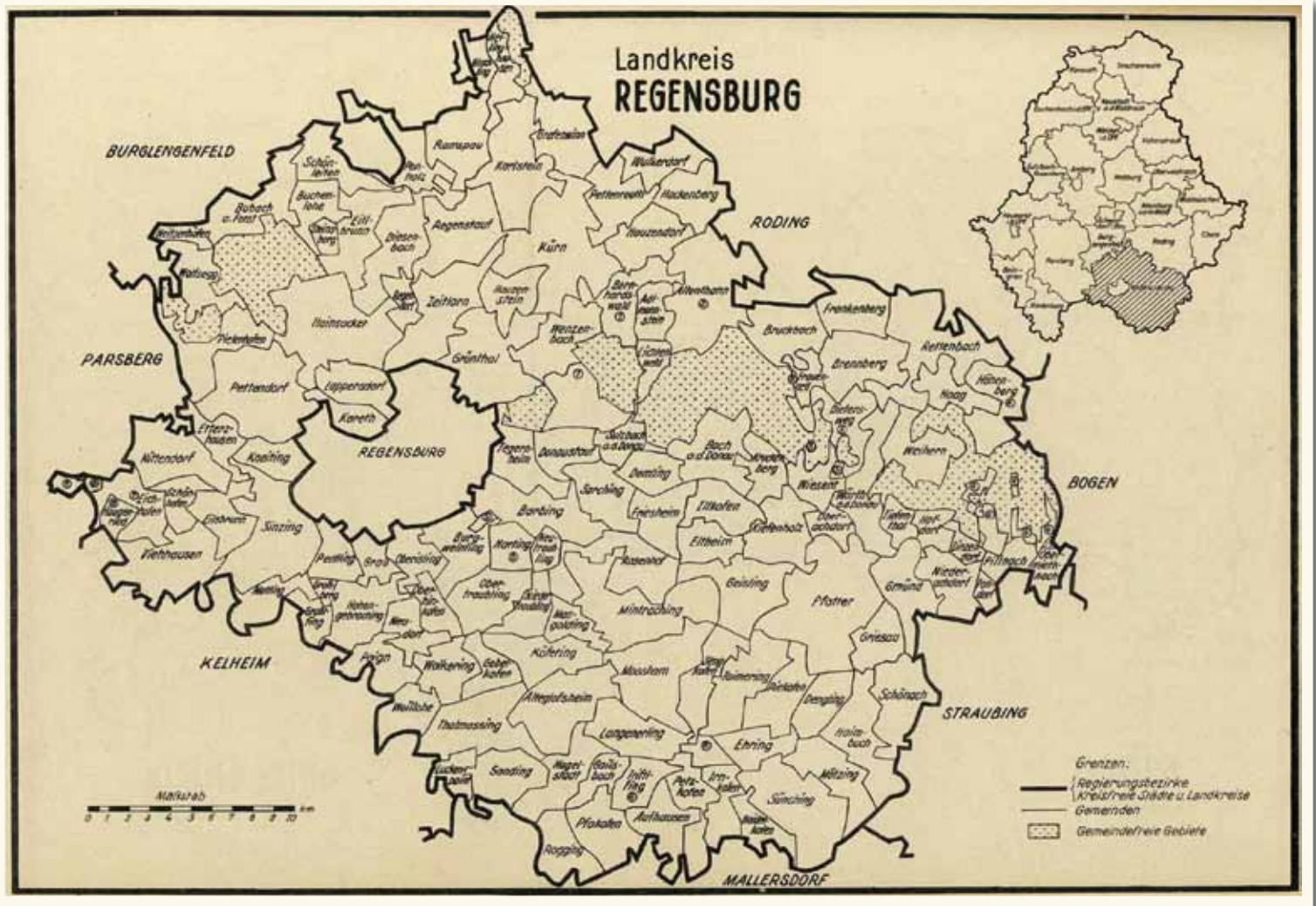
Der gesetzliche Hintergrund:

Ein gesetzgebender Abgeordneter darf nicht gleichzeitig auch für die Durchführung und Beachtung dieser Vorschrift – letztlich für die eigene Kontrolle – zuständig sein.

Der mit einer Neuordnung verbundene politische Effekt war aber für die Betreiber der Reform mindestens ebenso wichtig wie willkommen: Mit all den „Deiningers“ in den verschiedenen Fraktionen und deren kommunalpolitischen Interessen wäre die Gebietsreform mindestens außergewöhnlich schwierig geworden oder sie wäre gar von vornherein gescheitert. Der durchsetzungsstarke Schwabe Bruno Merk brauchte dennoch strategische Weitsicht und manchmal auch Furchtlosigkeit vor den selbstbewussten Sachwaltern in den Landesprovinzen: Es kam vielfach zu erheblichen Spannungen und scharfen Auseinandersetzungen.

» Landtagsmandat und kommunaler
Wahlbeamter – beides *in Personalunion*
war fortan *nicht mehr möglich*

25



Karte aus 1972: Der Landkreis in der Zusammenschau der gesamten Oberpfalz.

Von oben nach unten:

Mittelbayerische Zeitung, 25.02.1977, Mittelbayerische Zeitung 08.03.1976, Mittelbayerische Zeitung 10.12.1975

Name der künftigen Großgemeinde bewegt Großberger

Bei Bürgerversammlung 98 Prozent der Anwesenden für Beibehaltung von „Großberg“

Großberg (lws). Im Vergleich zu bisherigen Bürgerversammlungen war die Veranstaltung am Donnerstag im Gasthaus Heckmüller sehr gut besucht. Aber es ging ja auch um ein brisantes Thema: Den Namen der künftigen Großgemeinde Pentling-Großberg-Hohengebraching-Poign. Die Regierung der Oberpfalz verlangte zu diesem Punkt eine Befragung der Bürger aller künftigen Gemeindetelle.

Großberg durchzuführen, was Bürgermeister Wolf akzeptierte. 2. Bürgermeisterin Brigitte Schäfer bemängelte, daß Wolf in einem Gespräch mit dem Pentlinger Bürgermeister Sennebogen und H. Rösser angeblich bereits nachgegeben habe, was Wolf jedoch bestritt.

In der anschließenden geheimen Abstimmung votierten 98 Prozent der Anwesenden für den Namen Großberg. Zum Schluß gab

Einleitend führte Bürgermeister

Mintrachinger begrenzen Neutraublings „Drang nach Osten“

Gemeinderat befürwortet Baugesuche und gewährt Zuschüsse / Anlage von Bürgersteigen nur nach 80 Prozent Zuschüssen

Pentling gelte als Alternative. Wolf versprach dagegen den Kampf aufzunehmen und legte eine Vielzahl von Argumenten vor, die für den Namen Großberg — besonders den C — habe Kirche, Schule, — besonders den C sowie eine eigene B Gebäude, zu deren E Anstrengungen unter Daß Pentling Gewer sei, so Wolf, hauptsächlich zu verdanken.

Zum Schluß verlas l Schreiben der Regier Anwesenden auf, für d votieren. — In einer k sierte Diözesanrat Dr. rung den Termin dera habe und forderte di meinde zum Protest da Schymura und Strunz eine Unterschriftensam

Eggmühler wollen nicht freiwillig nach Schierling

Kindergarten im nächsten Jahr in Betrieb / Denkmalrenovierung kostet 32 000 Mark

Eggmühl (Ide). Bei Bürgerversammlung im Gasthaus Werkmann erläuterte Bürgermeister Schreiner die geplante Eingemeindung nach Schierling. Eine freiwillige Eingliederung würde eine staatliche Förderung von 223 788 DM Sonderschlüsselzuweisung und 71 200 DM Kopfbetrag erbringen. Doch nach zweistündiger Diskussion stimmten nur zehn Anwesende für eine freiwillige Eingemeindung.

Schreiner informierte über die Kosten der Bürgersteige von 185 000 DM. Für den Kindergarten seien die Pläne genehmigt und Zuschüsse teils bewilligt. Im Herbst 1976 soll der Betrieb beginnen. Die Kosten belaufen sich auf rund 144 000 DM. Nach der Neuregelung der Wasserversorgung 1976 berechnet sich der Preis aus monatlicher Zählergebühr von 3 DM und 1 DM Ablesgebühr sowie der

Wasserverbrauch pro cbm 0,70 DM. Bei einem Durchschnittshaushalt von vier Personen bleiben die bisherigen Zahlungen etwa gleich.

Ein Bürger beschwerte sich wegen der Verbrennung der Papierkorbbabfälle der Volksschule. Eine anderweitige Lösung wurde vom Bürgermeister zugesichert. Neu für viele Zuhörer war die Müllabfuhr ab 1977, die durch den Landkreis vorgenommen wird. Ortsheimatpfleger Philipp erwähnte, daß man das Löwendenkmal im jetzigen Zustand nicht belassen könne. Nach Schätzungen würde die Renovierung 32 000 DM kosten. Auf heftigen Widerstand stieß Heimatpfleger Philipp bei einigen Bürgern, als er seinen persönlichen Wunsch äußerte, das Denkmal zu versetzen und ihm im Schloßgelände einen würdigeren Platz zu verschaffen.

» Für den Landkreis Regensburg gab es eigentlich – isoliert betrachtet – keinen wirklichen Veränderungsbedarf

Nicht selten ging es bei der Neueinteilung der kommunalen Einheiten ziemlich unverhohlen um die Frage: Wo liegen die Vorteile für den jeweiligen Ort oder Landkreis, oder: Durch welchen Umstand könnte ein Stück Besitzstand verloren gehen! So war die Gebietsreform ein teilweise zähes Ringen um bisheriges und künftiges Terrain.

Von Anfang an sehr deutlich hatte sich dabei der streitbare, mit allen politischen Wassern gewaschene Regensburger Landrat Leonhard Deininger positioniert: „Wir wollen nichts – und wir geben nichts.“

Der Landkreis Regensburg 1972

Der Landkreis Regensburg wies nach einer Auflistung der Regierung der Oberpfalz zum 1. Januar 1971 eine Einwohnerzahl von 98.792 auf. Damit lag er nur knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Seine Fläche von 1.093,46 Quadratkilometer war fast doppelt so groß wie die durchschnittliche Fläche der deutschen Landkreise.

Im Jahr 1969 gehörten 124 Gemeinden zum Altlandkreis, unmittelbar vor der Reform hatte sich diese Zahl durch freiwillige Zusammenlegungen auf 107 Gemeinden mit 102.062 Einwohnern verändert. Der Landkreis Regensburg entsprach damit von der Größenordnung her ziemlich genau jener Richtgröße, welche die Reform anpeilte. Es gab also eigentlich für den Landkreis Regensburg – isoliert betrachtet – keinen wirklichen Veränderungsbedarf.

Im Regierungsbezirk Oberpfalz ragte der Landkreis Regensburg mit seinen Gemeinden noch eindeutiger hervor:

Die Landkreise Waldmünchen oder Oberviechtach etwa vereinten auf etwa 300 Quadratkilometern je-

weils rund 17.000 Einwohner. Sie waren im Vergleich zu Regensburg Mini-Landkreise.

Und noch eine Sonderstellung nahm der Landkreis Regensburg auch 1972 schon ein – daran hat sich nichts geändert:

Er umschließt die Großstadt Regensburg, das einzige Oberzentrum in der Region Ostbayern. Unbestritten profitiert der umliegende Landkreis von der städtischen Bedeutung für Kultur, Bildung, Wirtschaft und Verwaltung.

Der gesamte Großraum Regensburg ist eine beachtenswerte Größe in Bayern und auch darüber hinaus.

Quellen:

- 1 Bayerische Verwaltungsblätter (BayVBl.)
Zeitschrift für öffentliches Recht und öffentliche Verwaltung
Aufsatz Ernst Emmerig, 1997
„Mit freundlicher Genehmigung des Richard Boorberg Verlanges“.
- 2 Philipp Hamann, Gemeindegebietsreform in Bayern. Entwicklungsgeschichte, Bilanz und Perspektiven, München 2005
Herbert Utz Verlag, München
Seite 9 bezieht sich auf:
„Demel, Walter/Puschner Uwe, Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellung: Von der französischen Revolution bis zum Wiener Kongress 1789-1815, Band VI, Stuttgart 1995
- 3 Hamann, Seite 27
bezieht sich auf: Bocklet, Reinhold
Kommunale Selbstverwaltung und Gebietsreform – Verstärkung oder Minderung der politischen Anteilnahme? in:
Roth, Rainer (Hrsg.) Freistaat Bayern – Die politische Wirklichkeit eines Landes der Bundesrepublik Deutschland, Donauwörth 1975
- 4 Hamann, Seite 27
- 5 Aufsatz Emmerig

Die handelnden Personen

» *Sein Verhältnis zu Strauß war nicht spannungsfrei*

Bruno Merk

Bruno Merk wurde am 15. April 1922 in Großkötz im Landkreis Günzburg geboren.

Nach dem Abitur nahm er am Zweiten Weltkrieg teil und verlor dabei den linken Arm.

Einer Zeit im Volksschul- und Verwaltungsdienst der Stadt Günzburg folgte ein Studium der Rechtswissenschaften und die Promotion zum Dr. jur.

Nach Tätigkeiten bei der Regierung von Schwaben und in der Obersten Baubehörde beim Innenministerium amtierte Bruno Merk von 1960 bis 1966 als Landrat des Landkreises Günzburg. Von 1958 bis 1977 gehörte er als CSU-Abgeordneter dem Bayerischen Landtag an. Er war damit Fraktionskollege von Leonhard Deininger aus Regensburg.

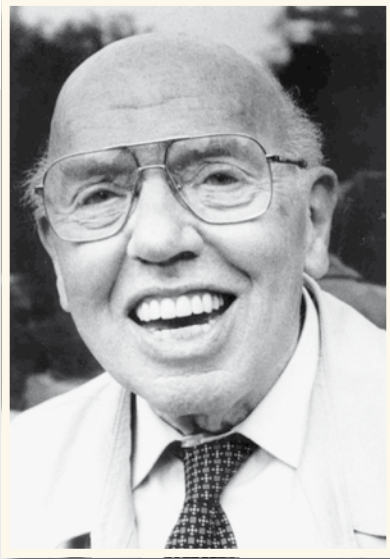
Im Dezember 1966 berief Ministerpräsident Alfons Goppel den 44-Jährigen zum bayerischen Innenminister. In seinen Verantwortungsbereich bis 1977 fielen einschneidende Ereignisse: Die Kreis- und Gemeindegebietsreform, die Verstaatlichung der Polizei – nicht zuletzt das Olympiadrama in München im Jahr 1972.

Nachdem Franz Josef Strauß nach Alfons Goppel Bayerischer Ministerpräsident geworden war, schied Bruno Merk aus dem Kabinett aus. Das Verhältnis zwischen Merk und Strauß war nicht spannungsfrei. Bruno Merk übernahm den Posten des geschäftsführenden Präsidenten des Bayerischen Sparkassen-



und Giroverbandes, war später dann Präsident des Bayerischen Roten Kreuzes. ¹

Bruno Merk ist am 12. März 2013 im Alter von 90 Jahren in Günzburg verstorben.



Leonhard Deininger

Leonhard Deininger wurde am 11. November 1910 in Regensburg geboren.

Er war das erste von sechs Kindern des Ehepaares Josef und Anna Deininger. Der Vater war hauptberuflicher Sekretär des katholischen Arbeitervereins und baute nach 1918 die Bayerische Volkspartei in der Oberpfalz mit auf. Im Arbeitersekretariat des Vaters wurde Leonard Deininger sehr früh mit Not und Ratlosigkeit konfrontiert. Außerdem war das Elternhaus streng katholisch. Sein erstes Taschengeld verdiente sich Deininger als Ministrant.

Nach einer Lehre als Anwaltsgehilfe, Kriegsdienst und als Hilfskraft zweier Abgeordneter im Bayerischen Landtag war Deininger als Lokaljournalist in Cham und Regensburg tätig. In seiner Heimatstadt schrieb er für den Regensburger Anzeiger.

» *Erstes Taschengeld als Ministrant verdient*

Nach dem Zweiten Weltkrieg trat er der CSU bei und wurde 1948 erstmals zum Landrat von Regensburg gewählt – er blieb dies insgesamt 29 Jahre und 11 Monate. Während dieser Zeit war Deininger zeitweise auch CSU-Landtagsabgeordneter (1958-1970) und Mitglied des Bayerischen Senats (1972-1977).

Leonhard Deininger galt während seiner politischen Zeit als außergewöhnlich durchsetzungsfähig und redegewandt. Seine Sparsamkeit wurde zur Legende, bescherte dem Landkreis Regensburg allerdings eine ausgezeichnete Finanzlage.

Die daraus resultierende, niedrige Kreisumlage war für einige Gemeinden ein wichtiges Argument für den Beitritt zum Landkreis Regensburg.

Leonhard Deininger verstarb am 17. September 2002 im Alter von 92 Jahren in einem Seniorenheim in Neutraubling.²

1 Munzinger Archiv, Ravensburg

2 Vogel, Reiner
Leonhard Deininger – ein Leben am Steuerrad des Landkreises Regensburg/Buchverlag der Tangrintler Nachrichten, Heima/1999



» *Wesentlichen Beitrag geleistet zur Gründung der Universität Regensburg*

Rudolf Schlichtinger

Rudolf Schlichtinger wurde am 8. April 1915 in Regensburg geboren.

Nach Volksschule und Oberrealschule besuchte er drei Jahre die Lehrerbildungsanstalt.

Es folgte ein zweijähriger Wehrdienst bei der Marine.

Anschließend war Schlichtinger Lehrer in Maxhütte-Haidhof und danach vom ersten Tag an ununterbrochen im Zweiten Weltkrieg im Fronteinsatz. Nachdem der Chef einer Marine-Flak-Batterie die Kriegsgefangenschaft zum großen Teil in Amerika verbracht hatte, war er ab 1947 wieder als Volksschullehrer tätig.

Der SPD-Politiker wurde 1959 zum Regensburger Oberbürgermeister gewählt und hatte dieses Amt 19 Jahre lang inne. Daneben war Rudolf Schlichtinger von 1954 bis 1970 SPD-Landtagsabgeordneter. In der Amtszeit des Oberbürgermeisters Schlichtinger nimmt die Gründung der Universität Regensburg einen herausragenden Stellenwert ein. Zur Realisierung dieser Idee trug der spätere Ehrenbürger von Regensburg wesentlich bei. Bei der Gebietsreform wollte Schlichtinger vor allem die Entwicklung der Stadt durch weiter ausgedehnte Stadtgrenzen positiv vorantreiben. Der Osthafen auf dem Gemeindegebiet von Barbing spielte dabei eine zentrale Rolle.

Rudolf Schlichtinger verstarb am 7. Mai 1994 im Alter von 79 Jahren in Bischofsgrün/Fichtelgebirge.³



Ernst Emmerig

Ernst Emmerig wurde am 9. März 1916 in München geboren.

Er absolvierte das Studium der Rechtswissenschaften in Würzburg und München.

Den Zweiten Weltkrieg erlebte Emmerig in Frankreich, Russland und Nordafrika. Nach der Kriegsgefangenschaft promovierte er mit einer Arbeit über Kriminologie und begann 1949 als Regierungsassessor an der Regierung der Oberpfalz.

Als Höhepunkt eines schnellen Aufstieges im Bayerischen Innenministerium kam Ernst Emmerig 1960 wieder an die Regierung der Oberpfalz zurück und übernahm am 1. Oktober 1962 die Leitung der Behörde am Emmeramsplatz.

Damit begann die zweitlängste Zeit eines Regierungspräsidenten in der Oberpfalz (1962-1981). Die Gebietsreform war dabei eine der zentralen

» Als *Regierungspräsident* kam ihm bei der *Gebietsreform* eine *Schlüsselrolle* zu

Aufgaben – dem Regierungspräsidenten kam hier eine Schlüsselrolle zu. Die Bezirksregierung konnte bei der Neuabgrenzung der Gebiete einen enormen Einfluss nehmen.

Neben seiner Tätigkeit als Regierungspräsident beschäftigte sich Ernst Emmerig sehr intensiv in Vorträgen, Aufsätzen und Büchern mit dem Kulturraum Oberpfalz.

1983 erschien etwa seine Veröffentlichung „Unbekannte Oberpfalz“, lange Zeit gab er den „Regensburger Almanach“ heraus.

Im Oktober 1977 wurde Ernst Emmerig zum Honorarprofessor für Verwaltungsrecht an der Universität Regensburg ernannt.

Ende März 1981 ging der langjährige Regierungspräsident in den Ruhestand. Er trat weiterhin mit wissenschaftlichen und regional fundierten Veröffentlichungen hervor.

Professor Ernst Emmerig ist am 9. Mai 1999 im Alter von 83 Jahren in Regensburg verstorben.⁴

3 Handbuch des Bayerischen Landtags

4 Merk Joachim in: „200 Jahre Regierung der Oberpfalz: Alt und neu zugleich“/S. 98 ff.; Hrsg: Regierung der Oberpfalz

Die konkreten Schritte am Anfang der Reform

Die Neuordnung der gesamten Oberpfälzer Landkreise und Gemeinden und damit auch des Landkreises Regensburg wurde wesentlich von der Bezirksregierung am Emmeramsplatz in Regensburg gesteuert und letztlich auch durchgeführt.

Hier kam die „Janusköpfigkeit“ der Behörde entscheidend zur Wirkung: Einerseits waren die Vorgaben des Gesetzgebers bzw. der Staatsregierung in München umzusetzen. Auf der anderen Seite galt es auch die Belange der Region zu erkennen, zu bündeln und so gut wie möglich zu berücksichtigen.

In dem Aufsatz unter dem Titel „25 Jahre Gebietsreform in der Oberpfalz“ bilanzierte der zur Zeit der Reform verantwortliche Regierungspräsident der Oberpfalz, Professor Ernst Emmerig, die Situation und die Aufgaben seines Hauses bei der Neuordnung:

„Ich erinnere mich deutlich, wie wir am 3.2.1971 im Großen Sitzungssaal der Regierung eine Besprechung mit den 19 Landräten und fünf Oberbürgermeistern hielten, in der das Ziel, die Grundsätze und das Verfahren der Gebietsreform erläutert wurden. Die Stimmung war eisig. Den 24 Landräten und Oberbürgermeistern war natürlich sofort klar, dass die Mehrzahl von ihnen durch die Gebietsreform ihr Amt verlieren würde. Demzufolge war die Ablehnung einhellig. Es gelang nur mit äußerster Mühe, überhaupt ein Gespräch über einzelne konkrete Zusammenlegungsmöglichkeiten in Gang zu bringen.“¹

Dennoch: Zur Erarbeitung der Entwürfe für die Gemeinde- und die Kreisgebietsreform wurde von der Regierung zunächst eine Arbeitsgruppe aus verschiedenen Referaten gebildet.

„Die Auseinandersetzungen über die Vorschläge waren natürlich überaus heftig. Die Gemüter wurden tief aufgewühlt. Immerhin war bei den Gemeinden der Boden durch die freilich steckengebliebene Standesamtsreform der Jahre 1966-68 und die allgemeine Schulreform von 1969 schon gelockert.“

In der Folgezeit wurden in der so genannten „Freiwilligenphase“ Zusammenschlüsse von Gemeinden als Anreiz finanziell gefördert. Die Landratsämter erarbeiteten seit Anfang 1973 zusammen mit den Gemeinden ein erstes Neugliederungskonzept. Bereinigungen in Anhörungen folgten, eine „Zielplanung“ enthielt ein Konzept für die künftigen Einheitsgemeinden und Verwaltungsgemeinschaften.

In einer „Amtsphase“ ab dem 2. Januar 1976 wurden nach nochmaliger Anhörung aller Gebietskörperschaften erforderliche Änderungen durchgeführt. Diese traten dann mehrheitlich am 1. Mai 1978 in Kraft. Dadurch verringerte sich die Zahl der Gemeinden in der gesamten Oberpfalz von 929 auf 222.

1 Aufsatz Emmerig: 25 Jahre Gebietsreform in der Oberpfalz

Großgemeinde Pfatter will nicht von Wörth verwaltet werden

Gemeinderäte von Geisling, Griesau und Gmünd billigen Zusammenschluß / „Ein leichtes, auf das Kopfgeld zu verzichten“

Pfatter (Iob). Als einen „historischen Tag“ bezeichnete Bürgermeister Lermer den 19. Dezember für die vier Gemeinden Pfatter, Geisling, Griesau und Gmünd, denn einstimmig wurde beschlossen, sich ab dem 1. Mai 1978 zur Großgemeinde Pfatter zusammenzuschließen. Damit sichert man sich 290 000 DM Sonderschlüsselzuweisungen, die die drei Gemeinden, die ihre Selbstständigkeit aufgeben, erhalten. Amtmann Härtl vom Landratsamt

Gmünd ließ in die Vereinbarung aufnehmen, daß auch nach dem Zeitpunkt der Eingliederung der Friedhof in gleicher Weise geführt werden muß wie bisher, sowie daß der Kies aus der gemeindlichen Kiesgrube bis zu deren



» Die Gemüter wurden tief aufgewühlt

Der spätere Landrat Rupert Schmid, Regierungspräsident Ernst Emmerig und Landrat Leonhard Deininger (von links nach rechts) bei einem offiziellen Termin

Presseauschnitte aus der Zeit der „Streitereien“.

Frauzenzeller wollen Zusammenschluß und stimmen dagegen

Landrat Deininger trat ins Fettnäpfchen / „Mir san koane Hanswurschn“ / Beleidigt, empört und zutiefst verletzt
 Frauzenzell. Jetzt sind die Ursachen der ablehnenden Haltung der Bürger von Frauenzell, Brennbach, Frankenberg und Bruckbach geklärt. Am Sonntag mit 75 zu

dann nicht, wenn es sich um einen Parteifreund handelt und humorvoll gemeint sein sollte, mit den Worten „aha, da kommt ein Brief aus Frauenzell“ begrüßen dürfen. Der

Köfering plant Normenkontrollklage gegen Grenzziehung

Kaindl: „Gebietsreform zerstört natürliches Gefüge“ / Streit zwischen dem 1. und 2. Bürgermeister

ging, wie ein dortiger Bürger wörtlich erkannte, humorvoll gemeint, aber angesichts des Abstimmungsfiebers in die falsche Richtung. Die Oberregierungsrat Schmid geäußerten Worte an die Adresse der Brennbacher Bürger, die sich dem Zusammenschluß mit Frauenzell und Bruckbach widersetzen, sind, noch eine Alternative im Auge haben.

genden Tag etwa folgendes: die Initiative zur Gemeindefusion von Brennbach, Frankenberg und Frauenzell kam nicht — wie die Frauenzeller bislang dachten — vom Landratsamt ausgegangen sein, sondern von der Bürgerversammlung in Köfering bei der Bürgerversammlung öffentlich gedankt, daß sie (die Brennbacher) die Initiative zur Gemeindefusion

Die Zeitzeugen

Während der Oberpfälzer Regierungspräsident Professor Ernst Emmerig die zusammenfassenden Runden zur Gebietsreform im gesamten Regierungsbezirk moderierte und dabei wesentlich mit bestimmte, war für den möglichst ungeschmälernten Erhalt des Landkreises Regensburg nicht nur Landrat Leonhard Deininger mit seinen Verbündeten unterwegs.



Sicherlich: Deininger war die dominierende Kraft, er gab eindeutig den Ton und damit auch die Richtung an. Unmittelbare Beratung und Unterstützung fand er bei seinem juristischen Beamten und späteren Amtsnachfolger als Landrat, Rupert Schmid.

Besonders wichtig waren für den politischen Menschen Leonhard Deininger aber auch die aktiven Kommunalpolitiker der damaligen Zeit. Zahlreiche



Gemeinde- und Kreisräte, amtierende und potentielle Bürgermeister, sie alle waren in die Diskussionen eingeschaltet. Viele mischten sich auch von selbst ein. Einige Diskussionen mündeten auch in handfeste Streitigkeiten. Diese wurden je nach Temperament und Betroffenheit der Beteiligten mehr oder weniger heftig ausgetragen. Da konnte bei einer Versammlung schon einmal „zufällig“ das Licht ausfallen, danach ein Autoreifen platt sein oder es flogen auch Tomaten in Richtung des Landrats. Auch taktische Manöver waren den Handelnden der damaligen Zeit nicht fremd.

Rückblickend lässt sich aber durchaus erkennen, dass die (politischen) Auseinandersetzungen der damaligen Zeit vielleicht etwas „rustikal“ waren, dass dies aber durchaus akzeptiert wurde. In Nachhinein wird sogar eine gewisse Bewunderung für Personen spürbar, die sich eindeutig positioniert haben. So kann grundsätzlich festgestellt werden: Es gab es keine weiter reichenden „Verletzungen“, eventuelle Wunden verheilten bald. Um das Thema Gebietsreform aus gemeindlicher Sicht weiter aufzuhellen, bieten sich Gespräche mit „Zeitzeugen“ an.

Es handelt sich dabei im Nachfolgenden in erster Linie um langjährige Bürgermeister oder Gemeinde- und Kreisräte. Die Auswahl beschränkt sich zwangsläufig

auf weniger werdende Personen: Die Gebietsreform liegt vierzig Jahre zurück, die Zahl der damals handelnden Kommunalpolitiker wird naturgemäß von Jahr zu Jahr kleiner! Auch mag sich der eine oder andere Zeitgenosse nicht mehr äußern.



» Über diesen *ersten Reformschritt von 1972* *sind sich alle ohne Einschränkung einig:* *Er war notwendig und richtig.*

Umso wertvoller erscheinen die Gespräche mit jenen Persönlichkeiten, die alle im Laufe des Dezembers 2012 vom Autor besucht wurden. Dazu sind einige Vorbemerkungen notwendig.

Persönliche Erinnerungen an ein Jahrzehnte zurück liegendes Ereignis können nicht nur bruchstückhaft sein, sondern sie sind in erster Linie eine höchst subjektive Einordnung des damaligen Geschehens.

Dem gegenüber stehen hier allerdings die lebhaften und authentischen Aussagen von wahrhaftigen Zeitzeugen. Ohne Ausnahme alle Befragten erinnern sich bis ins Detail an Gespräche, Stimmungen, Einschätzungen. Lediglich die genauen Daten sind manchmal unklar – dies erscheint allerdings in diesem Zusammenhang nachrangig.

Über aktuelle Geschehnisse vorzüglich informiert

Überdies ist es für den Besucher erstaunlich, welche geistige und körperliche Frische sich die langjährigen Kommunalpolitiker bewahren konnten.

Alle sind über die aktuellen Geschehnisse im Landkreisgebiet und darüber hinaus vorzüglich informiert. Überdies nehmen sie auf lokaler Ebene, so gut es geht, auch noch aktiv am Gemeindeleben teil. Die angetroffenen Interviewpartner nahmen Anfang der 1970er Jahre die Neuordnung der Landkreisgebiete als eine von oben nach unten durchgeführte Reform wahr. Vielfach wird auf Landrat Leonhard Deiningner und auch auf Innenminister Bruno Merk verwiesen. Über diesen ersten Reformschritt von 1972 sind sich alle ohne Einschränkung einig: Er war notwendig und richtig.

Egal, welche Funktion und politische Richtung die Befragten vertraten und immer noch vertreten, diese

frühere Meinung gilt auch in der Rückschau: Die Zeit war reif für eine Neuordnung der Landkreise in Bayern, so heißt es einstimmig.

Da der Landkreis Regensburg dabei in seiner Grundsubstanz relativ unangetastet blieb, war der Teilbereich Landkreisreform auch zwischen den politischen Parteien kaum umstritten. Naturgemäß direkter betroffen waren die ehemaligen Kommunalpolitiker von der Gemeindegebietsreform, die 1978 ihren Abschluss fand. Doch auch hier gilt in der Rückblende: Eventuelle Unstimmigkeiten zwischen Gemeindeteilen sind beseitigt – neu hinzu gekommene Teile integriert und neue Strukturen akzeptiert.

Auch was die künftige Struktur der bayerischen Landkreise angeht, herrscht Einigkeit unter den „Zeitzeugen“ der 1970er Jahre: Hier wird sich wieder etwas ändern – wann und wie? Da bleibt auch bei den erfahrenen Kommunalpolitikern der vergangenen Jahre ein großes Fragezeichen.

Konrad Amann

Moosham

36

Konrad Amann

wurde am 15. Januar 1933 in Moosham im Landkreis Regensburg geboren. Als Lehrer an einer einklassigen Schule im Altlandkreis Waldmünchen gewann er in der Funktion eines ehrenamtlichen Gemeindegewerkschreibers Einblick in die Gemeindeverwaltung. Mit 27 Jahren wurde er an seinem Dienstort in Bernried bei Rötzing zum Bürgermeister (CSU) gewählt – damals der jüngste in Bayern!

Im Vorfeld der Gebietsreform war Konrad Amann als Volksschullehrer in Wiesent im örtlichen Gemeinderat und im Kreistag, von 1966 bis 1972 stellvertretender Landrat. Amann ist als Schulamtsdirektor in Diensten des Bistums Passau in den Ruhestand gegangen.

Konrad Amann wohnt mit seiner Ehefrau in einer geräumigen Altstadtwohnung im vierten Stock eines Hauses in der Vier-Eimer-Gasse von Regensburg. Ein zentraleres Wohnen in Regensburg ist kaum möglich, der eingebaute Aufzug ermöglicht, dass die neunzig Stufen zur Wohnung hinauf vermieden werden können. Der frühere Bürgermeister und Schulamtsdirektor hat jede Einzelheit zur Gebietsreform parat – kommt aber immer wieder auf die Lehrer als „Kulturträger“ auf dem flachen Land zu sprechen: Viele von ihnen verloren ja durch die Abschaffung von Zwergschulen ihre einstige, nebenberufliche Zweckbestimmung. So ein Gemeindegewerkschreiber war Konrad Amann als junger Lehrer auch. Da ahnte er schon, wohin die Reise gehen sollte. „Bei uns waren sechs Gemeinderäte für 280 Bürger da. Und dann der Gemeindegewerkschreiber.“

„Gleich etwas Vernünftiges“

Zur eigenen Kandidatur wurde Amann aufgefordert, weil einige Bürgerinnen und Bürger in Bernried meinten, „dass es mit dem amtierenden Gemeindegewerkschreiber so nicht weiter gehen könnte.“ Dieser Überzeugung war Amann auch – er wurde prompt gewählt. Bald allerdings erfolgte die Versetzung nach Wiesent. Auch hier betätigte sich der Schulmann wieder kommunalpolitisch. Von Anfang an war Amann für die Stärkung des östlichen Landkreises, des Raumes Wörth/Wiesent. „Meine Vorstellung war: Jetzt nicht kleckern, sondern gleich etwas Vernünftiges.“ Die Wiesenter waren nach Amanns Erinnerung aber deutlich dagegen. Daran hätten auch staatliche Anreize letztlich nichts ändern können.

Überhaupt die anhaltend gepflegte Rivalität zwischen den beiden Gemeinden – heute stellt Amann eher augenzwinkernd fest, dass Wörth und Wiesent ein gemeinsames Industriegebiet betreiben.

Manch einer hätte damals die Notwendigkeit zu größeren Einheiten noch nicht verstanden – Amann sagt dies durchaus humorvoll, beinahe amüsiert. Auch sein Kampf für eine Realschule im östlichen Teil des Landkreises Regensburg um Wörth an der Donau und Wiesent ist nicht so ausgefallen, wie Amann es sich erhofft hatte: „Die konnten sich selber nicht einigen – so ist die Schule eben nach Neutraubling gegangen.“

„Der Lehrer war früher immer dabei“

Was der als Pädagoge sehr weit aufgestiegene Konrad Amann allerdings als Folge von allgemeinen Zentralisierungsbemühungen nachhaltig bedauert, ist der seiner Meinung nach teilweise eingetretene Kultur- oder Identitätsverlust auf dem flachen Land. „Der Lehrer war früher immer dabei. Ob beim Kinderchor oder bei Theateraufführungen: Der am Ort lebende Schulmann hat eine herausragende Rolle gespielt. Auch das Vereinsleben wurde vielfach durch die Lehrer getragen“. Dies sei durch die Auflösung von kleineren Schulen in den Dörfern beziehungsweise durch deren Zusammenlegungen nicht mehr so eindeutig der Fall. „Da hätte man etwas tun können.“ Amann verweist hier auf die Ortsfeuerwehren, die es erfreulicherweise immer noch gebe. „Sie haben sich überall dort im Raum Wörth erhalten, wo Schulen abgebaut wurden, etwa in Dietersweg, Kiefenholz und Weiher.“ Hier hätte man sich mehr einfallen lassen müssen, meint Amann. Die Gebietsreform der 1970er Jahre findet er aber nach wie vor richtig und wichtig. Es hätte durch die dynamische Entwicklung auch gar keine Alternative gegeben, so Konrad Amann. In diesem Sinne bietet Konrad Amann noch ein Stamperl Schnaps an – hergestellt in einer Klosterdestille.



» *Manch einer*³⁷
hat damals die
Notwendigkeit
zu größeren
Einheiten noch
nicht verstanden.

Franz Beutl

Wörth an der Donau

38

Franz Beutl sitzt gelassen und aufmerksam am Tisch seines ausladenden Austragshauses im Weiler Kleinkiefenholz. Die Böden hier im Gebiet sind ertragreich, das natürliche Selbstbewusstsein des Landwirtschaftsmeisters darf sich wohl auch daraus ableiten.

Ab und zu ein Stammtisch mit ehemaligen Bürgermeisterkollegen, viel Informationen aus den Medien: Der langjährige Bürgermeister von Wörth an der Donau gewichtet dies alles mit seinen Lebenserfahrungen und kommt zu eindeutigen Urteilen. Glasklar erinnert sich Beutl an die Zeit der Gebietsreform Anfang der 1970er Jahre. „Zunächst war da einfach so ein Gefühl.“ Dass die Gemeindereform notwendig war, „das hat man gespürt.“ Beutl nennt Themen wie Flurbereinigung, Wasserversorgung und Straßenausbau. „Es wäre so einfach nicht mehr weiter gegangen.“

„Den Schulen werden die Gemeinden folgen“

Bildhaft hat Franz Beutl im Gedächtnis, dass 1967 die einklassige Volksschule in Kiefenholz aufgelöst wurde. Die Kinder gingen fortan in Wörth an der Donau zum Unterricht. „Da wussten wir: Zunächst kommen die Schulen, dann werden die Gemeinden folgen.“

Ausgangsbasis für seinen engeren Bereich war 1971 der freiwillige Anschluss der Orte Kiefenholz, Oberachdorf, Tiefenthal, Hofdorf und Zinzendorf an Wörth an der Donau. „Das war weitgehend unstrittig. Ausschlaggebend war dabei, dass wir zur Pfarrei Wörth gehört haben. Da hat es ja zusätzlich auch noch Zuckerl von der Regierung gegeben.“ Ein Anschluss an Wiesent wäre die Alternative für die Dörfer gewesen. Überhaupt der „Streit“ zwischen Wörth an der Donau und Wiesent. Es gab ja durchaus Bewohner des Raumes, die einen Zusammenschluss der beiden Orte wollten. Es kam auch zu Verhandlungen zwischen den

Gemeinden und zu einer kurzzeitigen Verwaltungsgemeinschaft. Letztlich scheiterte eine Vereinigung aber an Fragen wie: „Welchen Namen soll die Gemeinde haben? Wo steht das gemeinsame Rathaus? Wer stellt den geschäftsleitenden Beamten?“ In der Rückschau will Franz Beutl kein Öl mehr ins Feuer gießen. Viel mehr erinnert er sich lieber an die gemeisterten Aufgaben in seiner Gemeinde.

In einer Zeit, in der die Bevölkerung noch wenig für die Kanalisierung oder für eine zentrale Wasserversorgung aufgeschlossen war, bedurfte es einer nachhaltigen Überzeugungsarbeit, um diese Maßnahmen durchzuführen. Schließlich kamen ja auch auf die Bürger Kosten zu. Beharrlichkeit war auch gefragt bei der Sanierung des Wörther Wahrzeichens, des Schlosses, oder beim Gewerbegebiet „Im Haslet“.

Die übergreifende Reform des Gesamtdistriktes Regensburg interessierte nach Franz Beutls Erinnerung die Einwohner in seiner näheren Heimatregion nicht besonders stark. Heftiger diskutiert wurde immerhin noch die Umgliederung von Rettenbach in den Landkreis Cham – gelegen im so bezeichneten „Dreiländereck“ zwischen Regensburg, Cham und Straubing. Insgesamt und zusammenfassend meint der erfahrene Kommunalpolitiker Franz Beutl, dass das Interesse des Landrates Leonhard Deininger sehr intensiv auf den Regensburger Osthafen und auf die Stadt Regensburg gerichtet war. Im Umkehrschluss könnte diese Aussage bedeuten, dass der östlichen Teil um Wörth an der Donau in der Prioritätenliste nicht ganz oben stand.

„In kleinen Einheiten wäre das nicht machbar gewesen“

In der Rückschau hält der langjährige Bürgermeister von Wörth an der Donau die Gebietsreform für ge-

Franz Beutl

wurde am 28. September 1938 in Kiefenholz bei Wörth an der Donau geboren.

Er ist Landwirtschaftsmeister und betrieb während der gesamten Zeit seiner politischen Tätigkeit den eigenen Bauernhof. Bereits als junger Mann trat er in die CSU ein, wurde 1966 in den Gemeinderat von Kiefenholz gewählt, war dann zweiter Bürgermeister in seinem Heimatdorf.

Von 1973 bis 2002, also 29 Jahre, amtierte Franz Beutl als Bürgermeister der Großgemeinde Wörth an der Donau.

Ab 1972 vertrat er die Belange seiner Region im Kreistag von Regensburg – viele Jahre auch als stellvertretender Landrat von Regensburg.

» Dass die Gemeindereform *notwendig* war, das hat man *gespürt*.



lungen: „Es war höchste Zeit. Denn wir sind vor einer Situation gestanden, da hat sich die Welt verändert. Da ist es nach vorne gegangen. In kleinen Einheiten wäre das nicht machbar gewesen.“ Franz Beutl lächelt breit, als er das sagt. Die Hände liegen dabei fest auf dem Wohnzimmertisch.

Otto Gascher

Schierling

40

Gestenreich zeigt Otto Gascher die für ihn immer noch geltenden Entscheidungskriterien an. Er fasst sich beim Gespräch in der Kantine des Landratsamtes Regensburg an Kopf und Bauch.

Otto Gascher

wurde am 10. März 1943 in Schierling geboren. Er absolvierte eine Lehre bei der Bundesbahn und schlug die Beamtenlaufbahn ein. 1965 wurde er CSU-Mitglied und gründete in seinem Heimatort die Junge Union. Von 1984 bis 2008 war Otto Gascher Bürgermeister von Schierling und ist seit 1972 Mitglied im Regensburger Kreistag. Viele Jahre gehörte er als Bezirksrat und Bezirkstags-Vizepräsident der Oberpfalz auch der dritten kommunalen Ebene an. Seit 2002 ist er stellvertretender Regensburger Landrat.

Als selbstbewusster Niederbayer habe man natürlich ziemlich argwöhnisch in die damals etwas ärmlich erscheinende Oberpfalz geblickt – dann habe sich aber der Verstand durchgesetzt. „Mit dem Landkreis Regensburg haben wir Schierlinger den besseren Teil erwischt“, so ist er im Rückblick überzeugt. Der ehemalige niederbayerische Landkreis Mallersdorf wurde 1972 in vier Teile zerschlagen und Bereiche kamen zu den neuen Großenheiten Straubing-Bogen, Dillingen-Landau, Landshut und eben Regensburg.

Otto Gascher erinnert sich sehr lebhaft an die Ausgangslage. Zuerst wurde ein neuer Laber-Landkreis ins Gespräch gebracht. Er sollte die Regionen Mallersdorf, Rottenburg und Mainburg umfassen. Man fand keinen geeigneten Sitz für die Kreisverwaltung – „damit war diese Idee gestorben.“ Auch ein neuer Landkreis Landshut-Nord wurde diskutiert. Aus übergeordneter Sicht sollte aber der bestehende Landkreis Landshut nicht getrennt werden. „Das war auch schnell klar.“ Zusätzlich stand für die Gebiete um Schierling jedenfalls fest: Zum Landkreis Kelheim wollen wir nicht. „Dorthin gab es keine Verbindung“, so Otto Gascher unmissverständlich. blieb also der Oberpfälzer Landkreis Regensburg als realistischer Wunsch.

Bei einer Bürgerversammlung 1971 fragte dann der damalige Schierlinger Bürgermeister Ludwig Kattenbeck nach Gaschers Erinnerung: „Wo ist denn unsere Stadt?“ Hier waren sich die Bürgerinnen und Bürger schließlich weitgehend einig: Die Antwort lautete „Regensburg“. Die Bezirkshauptstadt sei unzweifelhaft damals schon das natürliche Zentrum der Region gewesen.

Dass die dann vollzogene Anbindung an den Landkreis Regensburg richtig und zukunftsweisend war, will der langjährige Bürgermeister von Schierling auch mit Zahlen belegen. „Wir haben uns durch die günstige Kreisumlage Millionen gespart, weil wir nicht in den Landkreis Kelheim gekommen sind. Das ist eine Tatsache. Ich habe das einmal ausrechnen lassen.“

Neben diesem wichtigen, finanziellen Aspekt gab und gibt es für den Kommunalpolitiker auch praktische Erwägungen. „Als Bürgermeister haben Sie in Regensburg alle wichtigen Ämter – vom Wasserwirtschaftsamt bis zum Straßenbauamt und der Regierung.“ Dieses Ämterzentrum sei überdies in jüngerer Zeit durch die bessere Anbindung an die Autobahn A 93 von Schierling aus auch noch viel schneller zu erreichen.

„Schierling ist das Sizilien der Oberpfalz“

Die heimische Bevölkerung fühlt sich mittlerweile ausgesprochen wohl im Landkreis Regensburg, so ist Otto Gascher überzeugt. Das gelte zwar grundsätzlich auch für die Jugendlichen. Deren schulische Weiterbildung erfolge allerdings immer noch meist in den benachbarten niederbayerischen Schulen Mallersdorf, Neufahrn oder Oberronning.

Die Schierlinger legen bei allen positiven Erfahrungen mit der Umgliederung in den Landkreis Regensburg immer noch Wert auf Eigenständigkeit.

Otto Gascher verweist schmunzelnd auf die geografische Lage seiner Heimatregion: „Schierling ist das Sizilien der Oberpfalz. Schauen Sie sich die Landkarte an. Da ist die Oberpfalz und wie ein Dorn nach Niederbayern hineinreichend – das ist Schierling.“ Wieder macht er die Bewegung in Richtung Bauch und Kopf.



» Mit dem
*Landkreis
Regensburg*
haben wir
Schierlinger
den *besseren
Teil* erwischt.

Anton Schlicksbier

Donaustauf

42

Dass Anton Schlicksbier nach wie vor leidenschaftlich gerne mit der Kamera unterwegs ist wird deutlich, als er den Fotografen Heiner Hagen fachkundig über Blenden und Brennweiten befragt. Schlicksbier ist selber ein ausgezeichneter Lichtbildner und verfasst auch sensible Heimatliteratur. Er kennt und mag seine Heimat. Überhaupt ist Anton Schlicksbier ein genauer Beobachter und ein aufmerksamer Mensch.

Anton Schlicksbier

wurde am 27. Mai 1938 im Landkreis Igelau im heutigen Tschechien geboren. Nach der Vertreibung studierte er in Regensburg für das Lehramt. Seine erste Anstellung fand er 1963 in Kirchberg im Bereich der heutigen Gemeinde Regenstauf.

1971 trat der Junglehrer in die SPD ein. Von 1972 bis 2008 war Schlicksbier Mitglied des Regensburger Kreistages – auch als Fraktionsvorsitzender seiner Partei. Dem Stadtrat von Wörth an der Donau und Donaustauf gehörte er ebenfalls an. Anton Schlicksbier war nach mehreren Stationen als Lehrer zuletzt Rektor der Grund- und Hauptschule Wörth an der Donau.

In die Politik „hineingeschlittert“

So ist es kein Wunder, dass sein kritischer Geist auch das politische Feld entdeckte – oder wie er sagt, dass er in die Politik „hineingeschlittert“ ist.

„Ich habe in der ersten Zeit sehr häufig Leserbriefe geschrieben gegen die Regierung, gegen das Landratsamt (...) und dann kommen Leute, die Probleme mit Behörden haben. Sie bitten, dass man sich für sie einsetzt. Das spricht sich dann herum, und so kommt es schließlich zu Kandidaturen und Parteien.“

Dass Anton Schlicksbier die SPD als Plattform wählt, macht die Durchsetzbarkeit seiner Ideen im CSU-dominierten Landkreis Regensburg nicht leichter. Er ist aber gerne und anhaltend ein unbequemer Kämpfer und es gelang ihm vielfach, die Presse für seine Vorschläge einzunehmen. Überhaupt die Medien: Anton Schlicksbier entnahm Anfang der 1970er Jahre „als eifriger Leser“ der Süddeutschen Zeitung, dass das Thema Gebietsreform die Strukturen im Freistaat umkrempeln sollte.

Das engere Umfeld betraf diese Großwetterlage aber kaum, so seine Erinnerung. Der Landkreis Regensburg war in seinem Grundbestand mehr oder weniger ungefährdet, die neuen Gemeinden wie Hemau, Beratzhausen oder auch Schierling lagen zu weit weg von Wörth an der Donau oder Donaustauf. „Das hat einen bei uns hier kaum interessiert.“

Obwohl Schlicksbier in der Rückschau die Gebietsreform wie alle anderen Zeitzeugen für „richtig und notwendig“ hält, will er nach wie vor nur bedingt von einem gemeinsamen Landkreisbewusstsein sprechen. „Die Beratzhausener sind immer noch Beratzhausener. Im Raum Schierling ist das ähnlich. Hemau hat am Osten des Landkreises wenig Interesse.“ Allerdings hält Schlicksbier diese Stimmung auch für ein Generationenproblem. „Vielleicht, dass einmal in 100 Jahren die Leute ein verändertes Heimatbewusstsein haben.“ Tief bedauernd stellt der Pädagoge aber für die Gegenwart schon fest, dass durch die Auflösung der kleinen Schulen auf dem Land viel Alltagskultur verloren gegangen ist. Dieser „Struktur- und Kulturwandel“ müsse zwar hingenommen werden, allerdings mit dem größten Bedauern.

„Parteizugehörigkeit war kaum im Spiel“

Auch der Sozialdemokrat Anton Schlicksbier glaubt trotz aller ausgetragenen Rivalitäten nicht, dass bei der Landkreis- bzw. anschließenden Gemeindegebietsreform parteipolitische Fragen eine wichtige Rolle gespielt haben.

Bei den einzelnen Gemeinden habe vielmehr die jeweilige Interessenslage im Vordergrund gestanden. Manchmal seien auch persönliche Aversionen im Spiel gewesen, kaum aber die Parteizugehörigkeit. Trotz mancher Verletzungen, besonders bei der Gemeindegebietsreform, waren nach der Einschätzung von Anton Schlicksbier keine nennenswerten Proteste angesagt: „Heute würde wahrscheinlich so eine Gebietsreform ganz anders ablaufen. Die Leute sind engagiert, sie tun sich zusammen. Das war damals noch nicht der Fall.“



Anton Schlicksbier, Pullover bevorzugender Vollbarträger mit immer noch jugendlichem Schalk im Nacken, lehnt sich entspannt an den Kachelofen in seinem Wohnzimmer.

Dabei erzählt er noch, dass er sich „zum Schluss hin“ ganz gerne und auch vertrauensvoll mit dem alten Landrat Leonhard Deininger unterhalten hat.

Dabei habe es dann schon überhaupt keine Parteigrenzen mehr gegeben.

» Vielleicht, dass einmal in 100 Jahren die Leute ein verändertes Heimatbewusstsein haben.

Johannes Schmidt

Neutraubling

44

Johannes Schmidt sitzt in einem thronartigen Holzstuhl im Wohnzimmer seines Hauses in einem ruhigen Wohngebiet von Neutraubling. Durch die breiten Fenster blickt ein gemütlicher Wintergarten herein. Dahinter ist der eigentliche Garten. „Den kann ich leider nicht mehr so pflegen, wie ich es gerne täte.“ Die schlecht durchbluteten Beine spielen nicht mehr so mit wie gewünscht. Davon abgesehen ist Johannes Schmidt ohne jeglichen Notizzettel sehr präsent.

Johannes Schmidt

wurde am 22. März 1932 in Graslitz in der ehemaligen Tschechoslowakei geboren. Nach der Vertreibung fand er in Neutraubling eine neue Heimat. Schmidt war von 1966 bis 1999 im Gemeinde- bzw. im Stadtrat von Neutraubling und dreißig Jahre zweiter Bürgermeister. Er ist seit 1957 Mitglied der CSU.

Neben dem politischen Engagement war Johannes Schmidt auch Leiter des Jugendheimes St. Gunter und Kulturreferent am Landratsamt Regensburg.

Die Gebietsreform hat ihn emotional sehr berührt, „weil Regensburg gewollt hat, dass Neutraubling eingemeindet wird. Nein, habe ich gesagt. Das kommt überhaupt nicht in Frage.“ Auch heute noch wirkt er bei dieser Feststellung sehr entschlossen.

Schmidt kämpfte für die Eigenständigkeit von Neutraubling – auch für die Stadterhebung im Jahr 1986. Dass die Stadt Regensburg die Gemeinde Neutraubling einverleiben wollte, das hat Johannes Schmidt außerordentlich geärgert – „weil wir durch unsere Industrie eine ausgezeichnete Gewerbesteuer haben.“ Er verweist zum Beispiel auf das weltweit agierende Unternehmen KRONES.

„Haben regelrechte Ringkämpfe veranstaltet“

Statt zu jammern ging Schmidt zusammen mit dem Gemeinderat in die Offensive. Man forderte die Eingemeindung von Harting. „Regelrechte Ringkämpfe haben wir da veranstaltet.“ Nach Schmidts Aussagen wollten die Hartinger auch mehrheitlich zu Neutraubling – das sei auch heute noch so. „Die kaufen bei uns, die Kinder gehen zu uns in die Schule.“ Der damalige Hartinger Bürgermeister habe aber zu Regensburg tendiert, weil ihm angeblich ein Stadtratsmandat versprochen wurde. „Dazu ist es aber dann doch nicht gekommen“, stellt Schmidt rückblickend fest.

Die Eingemeindung von Harting nach Neutraubling sei aber vom Innenministerium in München „gekippt“ worden, trotz eines anders lautenden Bürgervotums. Harting kam schließlich zu Regensburg – damit auch das spätere BMW-Gelände.

Schmidt berichtet auch noch von einem Plan des Innenministers Bruno Merk, Neutraubling nach Osten hin zu erweitern. „Da haben wir entschieden Nein gesagt. Wir wollten im Wesentlichen so bleiben wie wir waren. Aber wir haben dann in Heising einige landwirtschaftliche Flächen bekommen. Hier sind wieder Unternehmen entstanden.“ Das ist für den Heimatvertriebenen Johannes Schmidt wohl auch nach wie vor entscheidend: Prosperierende Betriebe mit zukunfts-sicheren Arbeitsplätzen!

„Dieses Urteil kann noch wichtig werden“

Befürchtet Johannes Schmidt eigentlich für die Zukunft wiederkehrende Begehrlichkeiten der dominierenden Nachbarstadt Regensburg?

Lächelnd verweist hier der ehemalige Bürgermeister auf ein Verwaltungsgerichtsurteil. „Das habe ich in unser Archiv gegeben und gesagt: Hebt dieses Urteil gut auf. Es kann noch wichtig werden. Darin festgehalten ist nämlich, dass eine ökologische Grünzone bei Irl nicht bebaut werden darf. Hier ist die Grenze zwischen Regensburg und Neutraubling sehr genau geregelt.“ Da sei quasi ein ökologischer Puffer zwischen den beiden Kommunen.

Selbstbewusst fügt Johannes Schmidt dann auch noch an, dass Neutraubling 1986 zur Stadt erhoben wurde. Den lang andauernden Kampf um diesen Titel sieht der Kommunalpolitiker als sein „Lebenswerk“ an. Er wirkt sehr stolz als er sagt: „Das ist Imagepflege. Das ist enorm wichtig für unsere Fabriken und Unter-

nehmer hier. Schon alleine wenn sie sagen können: Unser Standort ist die Stadt Neutraubling.“ Johannes Schmidt vermittelt den Eindruck, dass daneben für ihn die Gebietsreform etwas verblasst. Auf jeden Fall aber waren die politischen Scharmützel der vergangenen Jahre auch für ihn „eine sehr interessante Zeit.“ Johannes Schmidt bringt den Besucher schließlich aufmerksam zur Haustüre. Dabei verweist er noch kurz darauf, dass er wohl in den vielen Jahren seines Schaffens dazu beigetragen hat, dass aus der Flüchtlingsgemeinde Neutraubling eine stabile Stadt werden konnte. Darauf ist er nachhaltig stolz.



» Regensburg hat gewollt, dass *Neutraubling eingemeindet* wird. *Nein*, habe ich gesagt. Das kommt überhaupt nicht in Frage.

Hans Schuster

Hemau

46

Dass Hans Schuster seiner Heimatregion überaus verbunden ist, wird auch in seinem Besucherzimmer deutlich: Die Wände sind überfüllt mit Bildern und Fotografien aus dem Bereich des Tangrintel. „Doch die bedeuten nur mir etwas. Jedes einzelne Bild ist eine persönliche Erinnerung.“ Überhaupt: Hans Schuster ist ein nachdenklicher, lebenskluger Mann. Zur Gebietsreform meint er deshalb: „Nach so langer Zeit gewinnt das Positive erfahrungsgemäß immer mehr Raum. Das Negative wird verdrängt.“

Die Stadt Hemau inmitten des Tangrintel gehörte vor der Gebietsreform zum Altlandkreis Parsberg. Damit waren die Bürgerinnen und Bürger und auch die Mandatsträger nach der Erinnerung von Hans Schuster unzufrieden.

„Der Hemauer, Beratzhauser, Laaberer, Deuerlinger Bürger fuhr auch schon vor der Landkreisreform eher nach Regensburg als nach Parsberg.“

„Unrealistische“ Rettungsversuche

Überdies hätten die Tangrintler mit den Parsbergern andauernde Schwierigkeiten gehabt. „Wir wollten die Mittelschule, die haben wir nicht bekommen. Dann wollten wir das Gymnasium. Das haben wir auch nicht bekommen.“

Hans Schuster meint nach wie vor, dass die Gebietsreform deshalb letztlich das vollzogen hat, was in der Bevölkerung schon Gewohnheit war. Er stellt nüchtern fest: „Die vom damaligen Landrat Alfred Spitzner angeführten Versuche, den Landkreis Parsberg zu retten, waren unrealistisch.“ Bei einer Sitzung im Regensburger Bischofshof habe Landrat Spitzner gerade einen Vortrag gehalten, als Innenminister Bruno Merk übereinstimmende, eilige Post sowohl von der Hemauer SPD als auch von der CSU erhielt. Daraufhin habe Merk gesagt: „Ja, Herr Landrat, schauen Sie

mal: Zwei Telegramme habe ich da. Hemau will nach Regensburg. Hemau will nicht mehr in Parsberg bleiben.“ Damit war das Thema erledigt, Alfred Spitzner sei „sehr enttäuscht“ gewesen. Neben der räumlichen Anbindung an Regensburg lockte laut Hans Schuster auch die damals niedrigste Kreisumlage in Bayern. „Von dem sparsamen Wirtschaften des Landrats Deininger hatten wir natürlich längst gehört.“

Allerdings gab es für den Kreisrat Hans Schuster im neuen Großlandkreis Regensburg anfangs auch einigen Unmut von Landrat Leonhard Deininger auszuhalten. Der Landkreis Neumarkt hatte nämlich einen Bettenbau für das Kreiskrankenhaus in Hemau „mit 400.000 DM anfinanziert, ohne das im Krankenhausbedarfsplan absichern zu lassen.“ Der Landkreis Regensburg musste das nicht endgültig finanzierte Haus dann übernehmen. Leonhard Deininger war ziemlich erbost über diesen Umstand. „Das ließ uns Deininger dann schon spüren. Diesbezügliche Anwürfe haben wir schon verstanden.“ Die neuen Kreisräte aus den Randgebieten waren aber schnell und wie selbstverständlich integriert.

Das Resümee von Hans Schuster fällt deshalb eindeutig positiv aus. Der Verlauf des Zusammenschlusses ist auch deswegen so reibungslos verlaufen, „weil die hinzugekommenen Gebiete im dann zu wählenden Kreistag von Anfang an eine auch zahlenmäßig starke Vertretung hatten. Hervorgerufen wurde dies durch ein Wahlverhalten der Bürger, das mehr auf die Herkunft eines Kandidaten achtete, als auf dessen Parteizugehörigkeit.“

Hans Schuster kramt schließlich noch in seinen Unterlagen und zieht ein selbst verfasstes Büchlein über das Tangrintelgebiet heraus. Schreiben und musizieren – das war ihm immer ein besonderes Anliegen, neben seiner „Bürgermeisterei“.

Hans Schuster

wurde am 28. Januar 1928 in Hemau geboren. Nach dem Besuch der Volksschule übernahm er zunächst den Bauernhof der Eltern und erlernte den Beruf des Mauerers. Später wurde er Postzusteller in seiner Heimatstadt.

Von 1972 bis 1990 war der CSU-Politiker Bürgermeister der Stadt Hemau. Ferner fungierte er von 1990 bis 2002 als Stellvertreter des Landrats.

Hans Schuster ist leidenschaftlicher Musiker, sang Jahrzehnte lang im Kirchenchor mit und verfasste mit großer Hingabe und Sachkunde heimatkundliche Schriften.



» Nach so langer Zeit gewinnt
das *Positive* erfahrungsgemäß
immer *mehr Raum*.

Hans Zelzner

Regenstauf

48

Hans Zelzner ist gut präpariert für das Gespräch in seinem weitläufigen Haus im Innenbereich von Regenstauf. Immer wieder verweist er auf einen Vortrag, den er Ende Oktober 2012 anlässlich einer Feier zum Thema „40 Jahre Gebietsreform“ gehalten hat. Da Hans Zelzner sehr schnell spricht ist es gut, dass er dem Gesprächspartner eine Kopie an die Hand gibt.

Doch auch ohne das Manuskript hat der temperamentvolle Kommunalpolitiker die früheren Geschehnisse noch im Kopf gespeichert.

„Versammlung wurde mit äußerster Härte geführt“

Jene Dienstbesprechung etwa, bei der alle beteiligten Gemeinden die Pläne der Stadt Regensburg bekommen haben, was die Stadt als Eingliederung von den Gemeinden erwartet. Das war der so genannte Schlienz-Plan, der 29 Umlandgemeinden für Regensburg forderte. „Die Versammlung wurde natürlich mit äußerster Härte geführt“, so Zelzner, und der anwesende Stadtbaudirektor von Regensburg „hatte Glück, dass er gesund davon kam“. Die „Zerschlagung des Landkreises“ hätte gedroht. Das war natürlich für Landrat Leonhard Deininger und seine betroffenen Bürgermeister unakzeptabel. Die Stimmung erreichte den Siedepunkt: Die Interventionen in München und bei der Bezirksregierung der Oberpfalz verhinderten schließlich den Schlienz-Plan.

Hans Zelzner begrüßte die Gebietsreform aber grundsätzlich, hielt sie sogar für unabdingbar. „Ich war immer schon ein Verfechter von Gebietsreformen und großen Einheiten.“

Auch hier ist der erfahrene Bürgermeister eindeutig. Er kann diese Aussage auch nachweisen. „Wir haben im Jahre 1964 in unserer Marktgemeinde Regenstauf den großen Wasserzweckverband mit zehn Gemein-

den gegründet. Damals war die Meinung, dass die Gemeinden eigene Kläranlagen errichten sollen.“ Zelzner sah aber lange vor der Gebietsreform bereits den Zwang zu wirtschaftlichen, also zu weiter gefassten Lösungen. Zu all diesen Erinnerungen hat Hans Zelzner Unterlagen. „Ich habe ja alles aufgehoben.“ Ein großes Büro im Keller birgt viele, einschlägige Notizen, Protokolle, Vereinbarungen. Selbstverständlich erinnert sich Zelzner noch an jeden einzelnen Schritt bis hin zur heutigen Großgemeinde Regenstauf. Dass er auf die Entwicklung stolz ist, sieht man ihm an.

„Diese Übergaben der Geschäfte waren oft sehr ergreifend“

Letztlich kamen zum 1. Januar 1978 die Gemeinden Ramspau, Hirschling, Heilinghausen und Karlstein und zum 1. Mai 1978 die Gemeinden Diesenbach, Eitlbrunn und Steinsberg sowie Teile von Bubach am Forst zu Regenstauf.

„Diese Übergaben der Geschäfte waren freundschaftlich und oft sehr ergreifend.“ Während Hans Zelzner das sagt, wirkt er auf einmal sehr nachdenklich.

„Ich habe in der Gemeindekanzlei Bubach im alten Schulhaus erlebt, wie Bürgermeister Peter Jobst, der viele Jahre mit voller Hingabe und persönlichem Einsatz Bürgermeister war, zu Tränen gerührt die Übergabe durchführte. Ich verspürte damals, was es für einen Menschen heißt, der viele Jahre als Bürgermeister seiner Gemeinde und seinen Bürgern diene, diese Aufgaben abzugeben.“

Und Hans Zelzner, der mit allen kommunalpolitischen Wassern gewaschene Altbürgermeister sagt: „Diese Übergabe und dieses Bild werde ich niemals vergessen.“

Hans Zelzner

wurde am 6. Oktober 1925 in Regenstauf geboren. Zunächst war er Besitzer einer Schreineri, bevor er 1956 seine kommunalpolitische Laufbahn begann.

Dieser Schritt bestimmte seither nicht nur sein eigenes Leben. Der „schnelle Hans“ war „nicht zehn Mal im Jahr am Abend daheim“. Vielmehr entwickelte er „das arme Dorf Regenstauf“ zu einem dynamisch wachsenden Wirtschafts- und Lebensraum im nördlichen Landkreis Regensburg.

Zum 1. Mai 1956 wurde Hans Zelzner für die CSU in den Marktgemeinderat von Regenstauf gewählt. Zwei Jahre später war er zweiter Bürgermeister, ab 1966 erster Bürgermeister von Regenstauf. Er blieb dies dreißig Jahre. Von 1977 bis 1990 war Zelzner auch stellvertretender Landrat von Regensburg.



» *Ich war immer schon
ein **Verfechter von Gebietsreformen**
und großen Einheiten.*

Gebietsreform im Landkreis Regensburg in den 1970er Jahren

1. Die Ankündigung der Landkreisgebietsreform

Durch den Ausbau ihrer parlamentarischen Mehrheit bei der Landtagswahl 1970 sah sich die Staatsregierung befähigt, die seit langem als unverzichtbar angesehene Gebietsreform zu Beginn der neuen Legislaturperiode zu starten.¹ In einem Fraktionspapier vom 14.1.1971 informierte Innenminister Merk seine Kollegen CSU-intern über einen groben Zeitplan² sowie die geplanten Maßnahmen und Ziele.³

Von Roman Lindner

Ministerpräsident Goppel kündigte die Umsetzung von Reformen in seiner Regierungserklärung vom 27.1.1971 öffentlich an. Als Ziel gab er vor, dass die Landkreise und kreisfreien Städte in Zukunft groß genug sein sollten, um alle anfallenden Investitionen tätigen zu können – als Größenordnung nannte er einen Richtwert von etwa 80.000 Einwohnern für die Kreise und 50.000 für die kreisfreien Städte. Bei der Neugliederung sollte jedoch darauf Rücksicht genommen werden, dass Lebens- und Verwaltungsraum deckungsgleich sowie bestehende kulturelle, historische und sonstige Bindungen wenn möglich nicht zerstört würden. Terminlich war geplant, die Landkreisgebietsreform bis zur Kommunalwahl im Frühjahr 1972 abzuschließen, um danach die Gemeindeebene reformieren zu können. Eine parallel stattfindende Funktionalreform sollte Kompetenzen in die unteren Verwaltungsebenen verlagern, um den Bürgern weite Wege zu ersparen – und damit die Bürgernähe der Verwaltung zu verbessern – und die Verwaltung effizienter zu gestalten.⁴

Der Gegenvorschlag der Opposition

Die SPD im Bayerischen Landtag legte am 15.2.1971 den nach einem Abgeordneten ihrer Fraktion benannten „Rothemund-Plan“ vor. Darin stellte sie die For-

derung auf, die viergliedrige Verwaltungseinteilung Bayerns in ihrer bisherigen Form aufzulösen und die Bezirke und Landkreise durch Verwaltungsregionen zu ersetzen. Insgesamt sollten gemäß den Vorstellungen der SPD 18 bis 30 dieser Regionen mit jeweils etwa 250.000 Einwohnern geschaffen werden. Die Präsidenten und Regionaltage würden von den Bürgern direkt gewählt werden.⁵

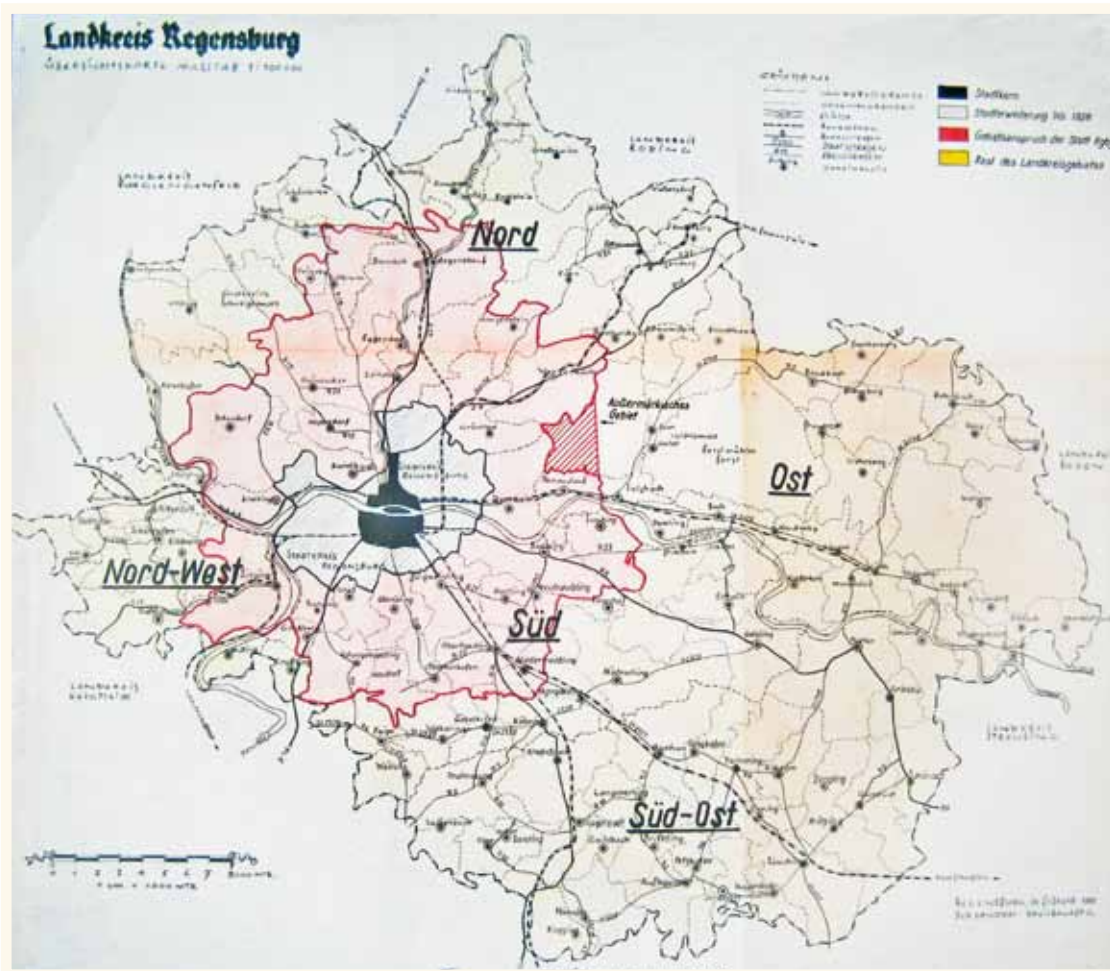
Allerdings lehnte die CSU diese Pläne in einer Stellungnahme des Innenministeriums jedoch umgehend ab. Als Hauptargument wurde aufgeführt, dass die geplante Einwohnerzahl der Verwaltungsregionen von etwa 250.000 für dünn besiedelte Teile Bayerns viel zu groß angesetzt wäre und Bürgernähe und Übersichtbarkeit des zu verwaltenden Gebietes darunter leiden würden.⁶ Die SPD brachte den Vorschlag Ende des Jahres 1971 dennoch im Landtag zur Abstimmung ein, dort wurde er jedoch mit den Stimmen der CSU-Mehrheit abgelehnt.⁷

Der Auftrag zur Erarbeitung eines Vorschlags durch die Regierungen

Bereits am 21.1.1971 hatte beim Innenministerium ein Dienstgespräch mit den Regierungspräsidenten stattgefunden. Dabei wurden ihnen die Planungen der Staatsregierung vorab erläutert und der Auftrag erteilt, bis zum 22.2.1971 vertraulich konkrete Vorschläge für die ihnen unterstellten Landkreise auszuarbeiten.⁸

Die Regierungen wurden angewiesen, bei ihren Vorschlägen auch zu erwartende künftige Entwicklungen zu berücksichtigen. Um diese Vorgabe umsetzen zu können, wurde es den Regierungen erlaubt, die Grenzen sämtlicher alten Landkreise zu durchschneiden und bei Bedarf neu festzulegen. Wegen der gleich-

Abbildung 2: Karte zur Forderung von 29 Gemeinden der Stadt Regensburg aus dem Februar 1971.



Erste Entwürfe der Regierung der Oberpfalz und die Forderung der Stadt Regensburg

Bei der Regierung der Oberpfalz wurde umgehend ein erster Entwurf entwickelt. Dieser Versuch der Neugliederung vom 5.2.1971 wurde intern in größerer Runde diskutiert. Er sah vor, die Zahl der Landkreise in der Oberpfalz von 17 auf acht zu reduzieren, jedoch sollte der niederbayerische Landkreis Kelheim zur Oberpfalz kommen. Der Landkreis Regensburg war bereits zu diesem Zeitpunkt stark genug, um die modernen Aufgaben bewältigen zu können. Da um ihn herum einige kleine Landkreise aufgelöst werden sollten, war geplant, ihm einige mit dem Raum Regensburg verflochtene Gebiete zuzuschlagen: aus dem bisherigen Landkreis Parsberg das Gebiet um die Gemeinde Beratzhausen sowie die Städte Burglengenfeld, Maxhütte-

zeitig vorzunehmenden Neuordnung der kreisfreien Städte sollte versucht werden, das Stadt-Umland-Problem⁹ zu lösen. Eingemeindungen konnten in Betracht gezogen werden – allerdings nur in einem sinnvollen Maße. Es sollte den Vertretern der betroffenen Gebietskörperschaften außerdem ermöglicht werden, eigene Vorstellungen bezüglich der Reform zu präsentieren.¹⁰

Haidhof und das südlich davon gelegene Gebiet des Landkreises Burglengenfeld. Dies ergab einen riesigen Landkreis mit mehr als 144.000 Einwohnern. Man rechnete aber mit Gebietsverlusten im Osten des Kreises und gegenüber der Stadt, die im weiteren Reformverlauf die Einwohnerzahl wieder reduzieren würden.¹¹

» Auch die Regierung war vom *Umfang* *der Forderungen* überrascht

Der nächste Entwurf vom 10.2.1971 entsprach für den Landkreis Regensburg in weiten Teilen dem Vorgänger, es wurde nur noch das Gebiet um die Gemeinde Hemau hinzugefügt. Der Grenzverlauf zur Stadt war noch nicht geklärt. Man überlegte aber, die Autobahn Regensburg-Passau als südliche Stadtgrenze festzulegen, was schon vor der Reform einmal geplant und auf Einverständnis seitens des Landkreises getroffen war.¹² Dass die ministeriellen Richtlinien der Stadt Regensburg die Möglichkeit zu einer Ausdehnung ihres Gebietes auf Kosten des sie umschließenden Landkreises boten, ahnte auch Landrat Deininger. Bereits Ende Januar machte er den für den Stimmkreis Regensburg-Land gewählten Landtagsabgeordneten Beck darauf aufmerksam, dass der Landkreis nicht beabsichtige, eine seiner finanzstarken Gemeinden im Stadtumland aufzugeben. Genau diese Gemeinden würden es mit ihrer Steuerkraft dem flächen- und einwohnermäßig großen Landkreis ermöglichen, die kommunalen Aufgaben zu erfüllen. Ihr Verlust wäre für den ansonsten sehr steuerschwachen Landkreis nicht aufzufangen.¹³ Deiningers Maxime während des gesamten Reformprozesses war: „Wir wollen nichts, und wir geben nichts her.“¹⁴

Die Stadt Regensburg informierte am 12.2.1971 das Landratsamt und die Medien über ihre Forderungen, die Regierung erhielt vorab eine Mitteilung. So sollten ihrer Ansicht nach insgesamt 29 rund um Regensburg gelegene Gemeinden – Oberisling, Neudorf, Hohengebraching, Großberg, Pentling, Sinzing, Kneiting, Pettendorf, Kareth, Lappersdorf, Hainsacker, Regendorf, Diesenbach, Steinsberg, Eitlbrunn, Regenstau, Zeitlarn, Grünthal, Hauzenstein, Wenzelbach, Donaustauf, Tegernheim, Sarching, Barbing, Neutraubling, Obertraubling, Harting, Burgweinting und Oberhinkofen – eingemeindet werden. Als Gründe

wurden aufgeführt, dass diese Gemeinden zum Teil siedlungs- oder verwaltungstechnisch mit der Stadt verflochten seien beziehungsweise dies anzustreben sei und sie eine Funktion als Flächenlieferant für die Entwicklung der Stadt in fernerer Zukunft hätten.¹⁵ Dieser vom Oberstadtbaudirektor Paul Schlienitz entwickelte Plan hätte für die Stadt einen Einwohnerzuwachs von 50.455 bedeutet. Der Landkreis Regensburg hätte allein durch diese Maßnahme mehr als die Hälfte seiner bisherigen Einwohner eingebüßt. Die Stadt betonte zwar im Schreiben an den Landkreis, dass die Forderung für die Entwicklung der Stadt in den nächsten 100 Jahren gedacht und lediglich eine Diskussionsgrundlage sei.¹⁶ Dies beschwichtigte Landrat Deininger jedoch keineswegs.

Deininger berichtete dem Kreisausschuss umgehend von den Forderungen und kündigte an, die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden zu einer Dienstbesprechung einzuberufen, um sich mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen.¹⁷ Die Besprechung fand am 16.2.1971 im Landratsamt statt. Dort wurde eine gemeinsame Entschliebung verabschiedet, die den Antrag der Stadt scharf verurteilte und der Stadt fehlenden Anstand vorwarf, weil sie hinter dem Rücken von Landkreis und betroffenen Gemeinden mit den Forderungen an die Regierung der Oberpfalz herangetreten war.¹⁸

Die Befürchtung des Regensburger Landrats, durch die Landkreisgebietsreform Einbußen im Gebiet und damit der Steuerkraft zu erleiden, drohte mit der Veröffentlichung der städtischen Forderungen Wirklichkeit zu werden. Jedoch war auch die Regierung vom Umfang der Forderungen überrascht. Insgesamt gesehen hatte sich die Stadt mit dem Vorstoß also einen „Bären dienst“ erwiesen. Das Verhältnis zum Landkreis hatte sich schlagartig verschlechtert und die Arbeit der Regierung wurde durch die unverhältnis-

mäßigen Forderungen erschwert. Die Stadt hatte für die restliche Dauer des Reformprozesses unter dem „Schlitz-Plan“ zu leiden, weil härtere Kriterien bei der Überprüfung der Legitimität und Verhältnismäßigkeit ihrer Forderungen angelegt wurden.

2. Der offizielle Vorschlag der Regierung der Oberpfalz im März 1971

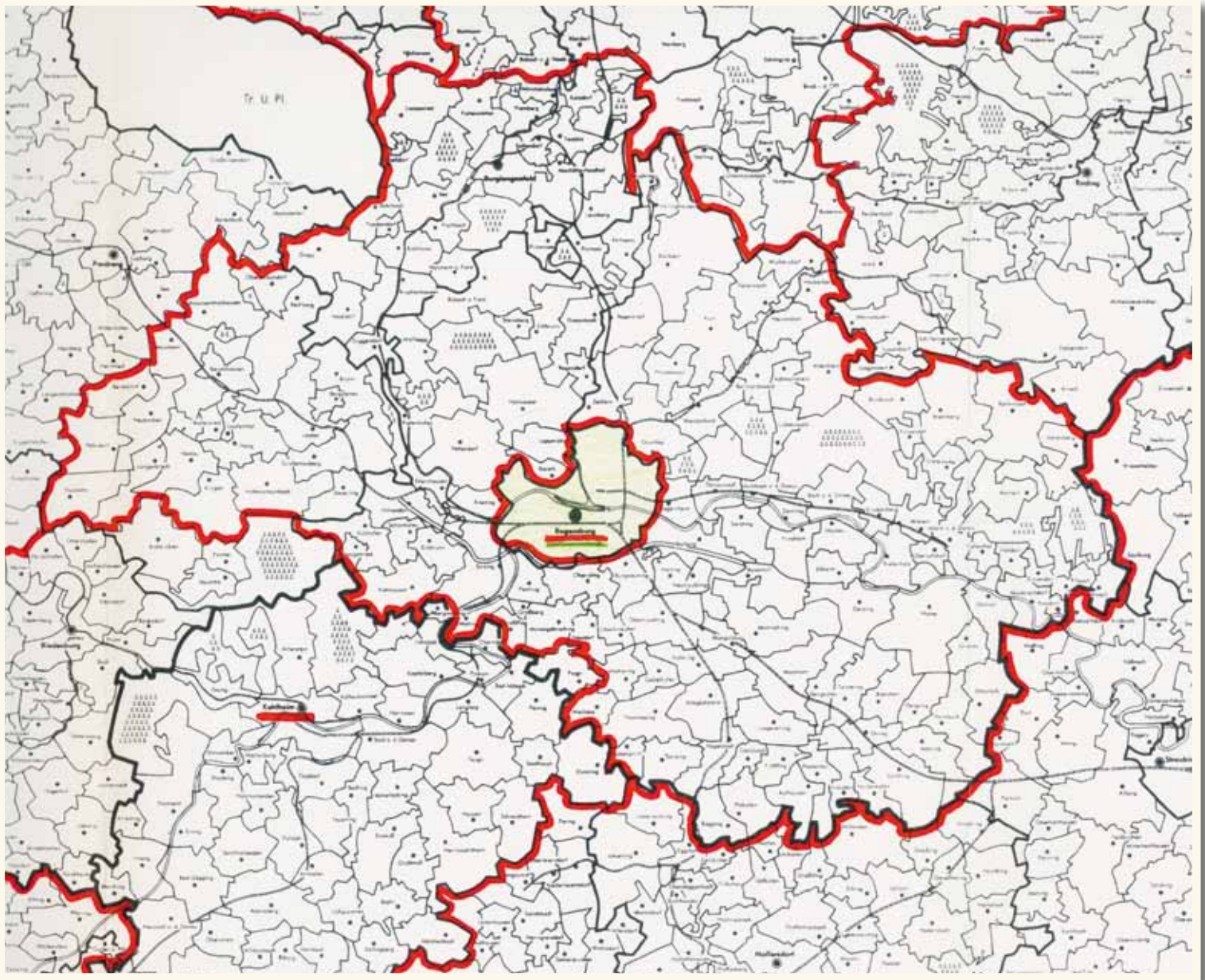
Die Regierung der Oberpfalz hatte bei der ersten Dienstbesprechung beim Innenministerium im Januar abstrakte Richtlinien vorgegeben bekommen, um in Bayern einheitliche Wege der Entscheidungsfindung zu garantieren. Diese Vorgaben wurden bei der Konzeption des Entwurfs für eine Neugliederung befolgt, allerdings noch um einige eigene Grundsätze ergänzt. Dies war aus Sicht der Bezirksregierung nötig, um die besonderen Umstände in der Oberpfalz zu berücksichtigen.

Unter anderem wurde großes Augenmerk darauf gelegt, dass die neu zusammengestellten Landkreise bei der Wirtschafts- und Steuerkraft ausgewogen waren, um die kommunalen Aufgaben erfüllen zu können. Die Finanzkraft von einzelnen Gebieten schwankte im Vergleich zum Rest Bayerns enorm, was sich mit diversen Standortnachteilen erklären ließ, unter denen sie zu leiden hatten.¹⁹ Des Weiteren wurde betont, dass gewachsene regionale Bindungen in der Oberpfalz besonders stark seien. Sie würden die Denk- und Empfindungsweise sowie das Zusammengehörigkeitsgefühl der Bevölkerung stark beeinflussen. Vor allem in Abgrenzung zu anderen Regierungsbezirken sei dies festzustellen, jedoch sei dies auch in kleineren geographischen Räumen zu beobachten.²⁰ Es wurde

ausdrücklich davor gewarnt, „sich über solche tief verwurzelten Realitäten, die freilich mit wirtschaftsstatistischen Methoden nicht fassbar sind, hinwegzusetzen“²¹.

Der offizielle Vorschlag der Regierung der Oberpfalz wurde am 1.3.1971 dem Bayerischen Innenministerium zugesandt. Er sah vor, dass die Oberpfalz statt aus 17 Landkreisen künftig nur noch aus neun bestehen sollte, von den ehemals fünf kreisfreien Städten blieben nur noch drei übrig. Die Einwohnerzahlen der geplanten Kreise betragen zwischen etwa 57.000 im Landkreis Tirschenreuth und mehr als 146.000 im Landkreis Regensburg.²²

Der Landkreis Regensburg wäre in Fläche und Einwohnerzahl um etwa 50 Prozent gewachsen. Wie bereits in den früheren Entwürfen vorgesehen, teilte ihm die Regierung 22 Gemeinden des Landkreises Burglengenfeld²³ und 21 Gemeinden des Landkreises Parsberg²⁴ zu. Begründet wurde die Eingliederung damit, dass sowohl das industriell geprägte Gebiet um Burglengenfeld und Maxhütte-Haidhof, als auch die Gegend um Hemau und Beratzhausen mit dem Regensburger Raum verflochten seien.²⁵ Die Finanzkraft des Landkreises stieg leicht an.²⁶ Das lag aber auch daran, dass die Regierung in ihrem Hauptvorschlag davon absah, Umlandgemeinden in die Stadt Regensburg einzugliedern. Es sollten zwar lediglich leichte Grenzkorrekturen an der Autobahn Regensburg-Passau vorgenommen werden, um sie als Stadtgrenze zu etablieren. Jedoch sahen die zwei Alternativvorschläge Eingemeindungen in unterschiedlichem Rahmen vor.²⁷ Es bestand bei der Regierung kein Zweifel, dass für eine weitere positive Entwicklung der Stadt Regensburg eine Erweiterung des Stadtgebietes nötig war. Allerdings waren ernsthafte Verhandlungen zwischen Stadt und Landkreis in naher Zukunft nicht zu erwarten.



ten, weil letzterer sich ultimativ dagegen sträubte, auch nur eine Gemeinde abzugeben. Die Regierung machte durch die zwei Alternativvorschläge jedoch deutlich, dass aus ihrer Sicht kein Weg an Eingemeindungen, zumindest von Oberisling und Pentling, vorbei führen würde.

Abbildung 3: Karte zum Vorschlag der Regierung der Oberpfalz für den Landkreis Regensburg vom März 1971.

Der Vorschlag der Regierung der Oberpfalz aus der Sicht des Landkreises und der Stadt Regensburg

Der Landkreis Regensburg behandelte den Vorschlag der Regierung der Oberpfalz am 18.3.1971 in einer Sitzung des Kreisausschusses. Landrat Deininger beharrte darauf, dass eine Reform des Kreisgebietes nur finanzielle Nachteile mit sich bringen würde. Er plädierte dafür, gegenüber der Regierung den Standpunkt zu vertreten, dass der Landkreis bis auf kleine Grenzberichtigungen entlang der Autobahn nichts an die Stadt abtreten werde und im Gegenzug keine Gebiete von anderen Landkreisen fordere – außer eine Gemeinde wünsche dies ausdrücklich. Allerdings bemerkten einige Kreisräte, dass Eingemeindungen in die Stadt wohl nicht aufzuhalten wären und es nur noch darum gehe, welche Gemeinden zur Stadt kämen. Die einzige Möglichkeit, Einfluss auf das Auswahlprozedere auszuüben, bestünde darin, die Bildung von Großgemeinden im Stadtumland zu forcieren. Dadurch wären die Gemeinden an den Landkreis gebunden. Trotz dieser Einwände fasste der Kreisausschuss auf Vorschlag des Landrats vorerst einen Beschluss, in dem eine Reform des Kreisgebietes als unnötig bezeichnet und Eingemeindungen in jeglicher Form abgelehnt wurden.²⁸

Aus der Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses wird deutlich, dass sich vor allem Deininger gegen jegliche Reform sperrte. Die benachbarten – und im Vorschlag der Bezirksregierung aufgelösten – Landkreise unterstützte er mit seinem Verzicht auf Gebietsforderungen bei deren Anliegen, auch nach der Reform weiter zu bestehen. Sein wichtigstes Anliegen war jedoch sein schon fast ideologischer Kampf gegen die Eingemeindungswünsche der Stadt. Allerdings war es für das Innenministerium und die Regierung der

Oberpfalz unumgänglich, der Stadt weiteren Raum zur Entwicklung zu überlassen – weshalb die Bemühungen des Landrats das Unvermeidliche wohl bestenfalls nur hinauszögern konnten.

Doch auch die Stadt war mit keinem der drei Vorschläge der Regierung der Oberpfalz zufrieden. Sie bemängelte, dass nicht empfohlen worden war, das Gelände des Osthafens der Gemeinde Barbing in die Stadt einzugliedern.²⁹ Die Regierung hatte dies abgelehnt, weil keine verwaltungstechnischen Verflechtungen bestünden.³⁰ Es war dem Stadtrat deutlich anzumerken, dass er nur möglichst bescheidene Kritik am Vorschlag äußern wollte. Man beschränkte sich in der Stellungnahme auf das Osthafengebiet und ließ sämtliche anderen Gemeinden außen vor. Anscheinend hatte man aus dem Fehler, den man mit den überdimensionierten Forderungen im Februar begangen hatte, gelernt und wollte zunächst nicht weiter Öl ins Feuer gießen. In einem Brief an Innenminister Merk schlug Oberbürgermeister Schlichtinger einige Tage später vor, die Gemeinden Burgweinting, Oberisling, Pentling, Barbing, Harting, Tegernheim, Kareth und Lappersdorf in die Stadt einzugliedern.³¹ Diese gemäßigte Forderung nach acht Gemeinden stellte den Versuch eines Neustarts bei den Verhandlungen seitens der Stadt dar.

Neben Landkreis und Stadt äußerten sich auch einige Gemeinden zum Vorschlag der Regierung der Oberpfalz. Die Gemeinde Hemau zeigte sich sehr zufrieden mit der angeregten Eingliederung in den Landkreis Regensburg.³² Gemeinden um Schierling³³ aus dem Landkreis Mallersdorf und das dem Landkreis Kelheim zugehörige Bad Abbach³⁴ beantragten, dem Landkreis Regensburg zugeschlagen zu werden. Da der Regensburger Landrat von sich aus keine Forderungen stellen wollte, sich aber offen gegenüber Eingliederungswün-

» Vor allem Oberisling sollte wegen des Klinikums eingemeindet werden

schen einzelner Gemeinden zeigte, deuteten sich weitere Veränderungen des Landkreisgebietes an.

3. Der Vorschlag des Bayerischen Staatsministeriums des Innern zur Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte

Der Zeitplan für die Durchführung der Reform sah als nächsten Schritt die Entwicklung eines Vorschlags des bayerischen Innenministeriums vor. Ein erster Entwurf Ende März 1971 orientierte sich weit weniger an den bestehenden Landkreisgrenzen, als es der Vorschlag der Regierung der Oberpfalz noch getan hatte.

Die Arbeitsgruppe IV des Innenministeriums plante, den südlichen Teil des Landkreises Regensburg mit dem Landkreis Kelheim zusammenzulegen, während der Nordteil mit Gebieten der Landkreise Parsberg und Burglengenfeld vereinigt werden sollte.³⁵ Diese „Regensburg-Nord“ und „Regensburg-Süd“ benannten Kreise hatten 105.000 beziehungsweise 103.000 Einwohner.³⁶ Allerdings zeigte sich in einer Diskussion mit Vertretern der Bezirksregierungen, dass dieser Vorschlag nur schwer umzusetzen sei. Die Arbeitsgruppe musste sich daher wieder am Regierungsentwurf orientieren.³⁷ Bezüglich der Eingemeindungen plädierte das Innenministerium für eine Erweiterung des Stadtgebiets im Süden – vor allem Oberisling sollte wegen des Klinikums eingemeindet werden.³⁸

Nachdem das Innenministerium mehr als zwei Monate an seinen Entwürfen gearbeitet hatte, ging es mit seinem Vorschlag am 18.5.1971 an die Öffentlichkeit. Innenminister Dr. Merk erklärte, dass der nach inten-

siver Arbeit der Bezirksregierungen und der Arbeitsgruppe IV entstandene Vorschlag auch Anregungen aus der öffentlichen Diskussion beinhalte.

Der Vorschlag reduzierte die Anzahl der Landkreise in Bayern von 143 auf 74. Die Oberpfalz sollte acht Landkreise umfassen, Kelheim wurde nicht wie im Vorschlag der Bezirksregierung hinzugenommen. In Fläche, Einwohnerzahl und Finanzkraft waren sie sehr ausgeglichen, lediglich der geplante Landkreis Schwandorf stach etwas heraus. Kreisfrei sollten die Städte Regensburg, Amberg und Weiden bleiben.³⁹

Das Gebiet und die Einwohnerzahl des Landkreises Regensburg wurden im Vorschlag des Innenministeriums im Vergleich zu den Vorstellungen der Bezirksregierung stark verringert. Zwar sollten 22 Gemeinden aus dem Landkreis Parsberg⁴⁰ und zusätzlich sieben Gemeinden im Raum Schierling⁴¹ aus dem Landkreis Mallersdorf in den Landkreis Regensburg eingegliedert werden. Allerdings war nur noch die Gemeinde Duggendorf aus dem Landkreis Burglengenfeld ebenfalls dafür vorgesehen.⁴² Dies bedeutete, dass das industriell und finanziell sehr starke Gebiet um Burglengenfeld und Maxhütte-Haidhof mit seinen etwa 30.000 Einwohnern nicht wie im Vorschlag der Regierung der Oberpfalz die wirtschaftliche Lage des Landkreises Regensburg weiter verbessern würde. Weiterhin war im Vorschlag des Innenministeriums vorgesehen, die Gemeinden Burgweinting und Oberisling aus städtebaulichen Gründen und zur besseren Versorgung des Klinikums in die Stadt Regensburg einzugliedern. Da auch die anschließend geplante Gemeindegebietsreform von den bei der Landkreisgebietsreform beschlossenen Entscheidungen beeinflusst werden würde, untersuchte das Innenministerium die wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Bindungen einzelner Gemeinden zueinander und stellte Überlegun-

gen zu künftigen Gemeindebildungen an. Aus diesem Grund lehnte es in seinem Vorschlag auch eine Einbeziehung Bad Abbachs in den Landkreis Regensburg ab, wohingegen die Gemeinden Hackenberg, Ponholz und Wulkersdorf in den Landkreis Schwandorf, die Gemeinde Rettenbach in den Landkreis Cham und die Gemeinden Höhenberg, Obermiethnach, Pillnach und Pondorf in den Landkreis Straubing ausgegliedert werden sollten.⁴³

Letztendlich verblieben im Landkreis Regensburg 116.000 Einwohner auf 1.309 km². Die Steuerkraft ohne staatliche Schlüsselzuweisungen sank im Vergleich zum Vorschlag der Regierung der Oberpfalz vom März enorm.⁴⁴ Dies war auf die unterbliebene Eingliederung des Gebiets um Burglengenfeld und den Verlust der Umlandgemeinden an die Stadt Regensburg zurückzuführen. Dennoch war man beim Ministerium der Ansicht, dass diese Maßnahme vertretbar war.

Die Veröffentlichung der Pläne stellte jedoch nur eine Vorabinformation dar. Die genauen Unterlagen erhielten die Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte im Rahmen des Anhörungsverfahrens. Dabei sollte ihnen die Möglichkeit eingeräumt werden, zum Vorschlag Stellung zu beziehen und eigene Vorstellungen einzubringen.

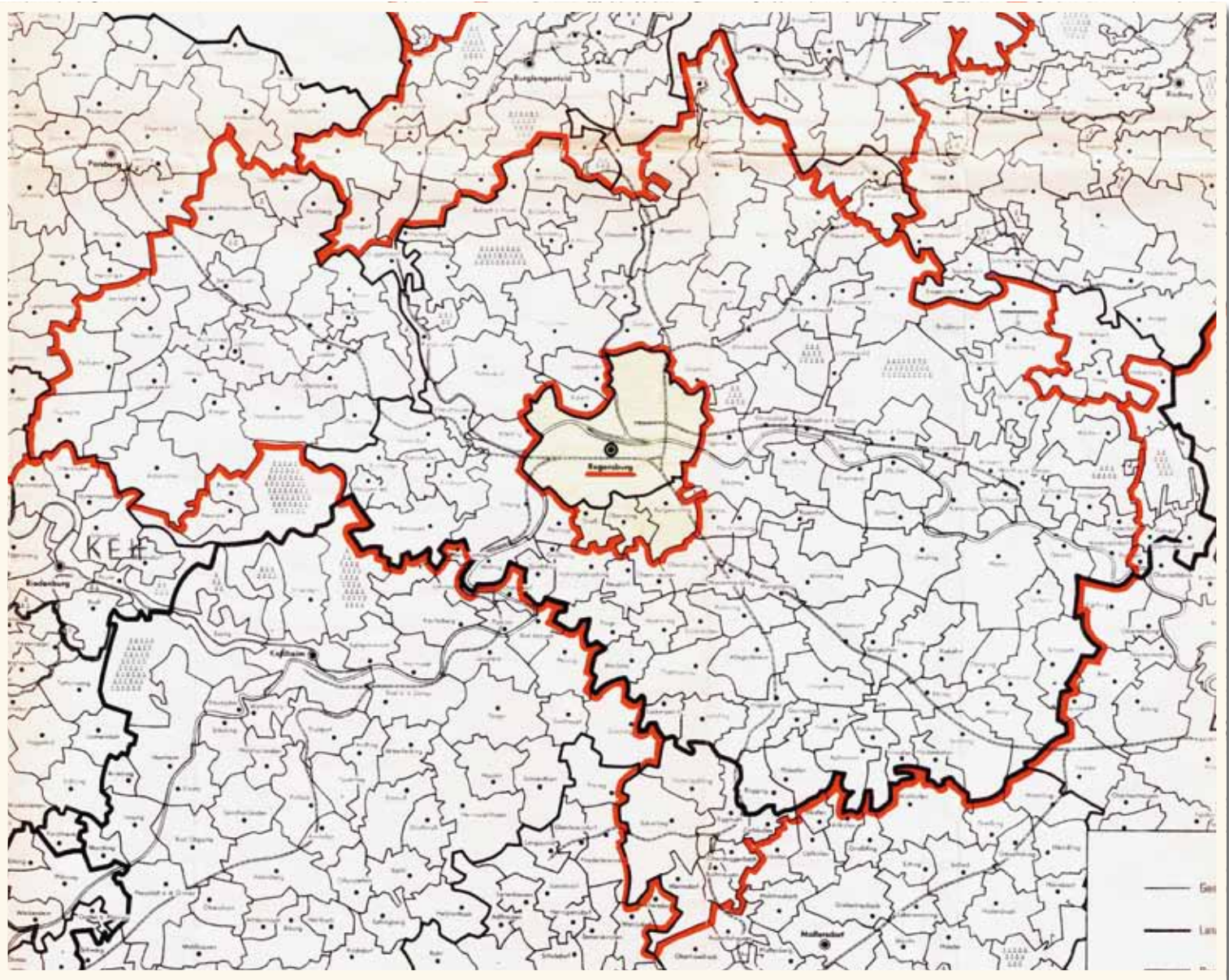
Reaktionen auf den Vorschlag des bayerischen Innenministeriums

Noch vor Beginn des Anhörungsverfahrens rief Landrat Leonhard Deininger die Bürgermeister der Gemeinden, die gemäß dem Vorschlag des Innenministeriums in andere Landkreise ausgegliedert werden sollten, am 25.5.1971 zu einer Dienstbesprechung zusammen. Dabei wurde deutlich, dass die Gemeinden

Obermiethnach, Pillnach und Pondorf aufgrund ihrer geographischen Nähe zu Straubing keine Einwände gegen die Zuordnung zum Landkreis Straubing hatten. Die restlichen Gemeinden lehnten den Vorschlag des Ministeriums mit Verweis auf enge Bindungen zu Regensburg strikt ab.⁴⁵

Der Hintergedanke zur Einberufung dieses Treffens war, die Meinungen der Gemeinden einzuholen und für das anstehende Anhörungsverfahren ein gemeinschaftliches Vorgehen zu vereinbaren. Das oberste Ziel des Landrats war weiterhin, Gebietseinbußen für seinen Landkreis um jeden Preis zu verhindern. Gegenseitige Unterstützung und eine schlüssige Argumentation erhöhten die Aussichten, Innenministerium und Staatsregierung im Anhörungsverfahren von der Notwendigkeit des Verbleibs beim Landkreis Regensburg zu überzeugen. Bei den Gemeinden, die in Richtung Straubing tendierten, war eine Koordination des weiteren Vorgehens unnötig, weil die Ausgliederung ihrem eigenen Wunsch entsprach und den Entwicklungsplanungen auf gemeindlicher Ebene entgegenkam.

Oberisling und Burgweinting lehnten eine Eingemeindung in die Stadt Regensburg ab.⁴⁶ Oberisling plante, mit Graßlfing, Großberg, Hohengebraching, Matting, Neudorf und Pentling eine Großgemeinde im Süden der Stadt Regensburg zu formen.⁴⁷ Dabei wurde es vom Landkreis unterstützt. Allerdings zeichnete sich ab, dass Eingemeindungen auf Dauer definitiv nicht zu verhindern sein würden. Zu gewichtig waren die Gründe, die für eine Erweiterung des Stadtgebiets sprachen und viel zu auffällig war, dass sich nach der Regierung der Oberpfalz auch das bayerische Innenministerium für eine Eingliederung von Gemeinden im Süden der Stadt ausgesprochen hatte. Die Regensburger Stadtverwaltung rechnete durch den Vorschlag



des Ministeriums fest mit der Eingliederung von Umlandgemeinden, speziell Oberisling galt als sicherer Kandidat.⁴⁸ Auch wenn die sich andeutenden Erweiterungen noch nicht ihren endgültigen Vorstellungen entsprachen, so befand sich der Reformprozess in den Augen der Stadt auf dem richtigen Weg.

Abbildung 4: Karte zum Vorschlag des Innenministeriums für den Landkreis Regensburg vom Mai 1971.

» *Einflussnahme von Leonhard Deininger ist deutlich erkennbar*

4. Das erste Anhörungsverfahren von Juli bis September 1971

Die Landkreise und kreisfreien Städte bekamen die Unterlagen zum Anhörungsverfahren Mitte Juli 1971 vom Innenministerium zugestellt, bis Mitte September wurde ihnen Zeit gegeben, sich zu äußern. Die Staatsregierung bestand darauf, die Bezirke, Landkreise, kreisfreien Städte und Gemeinden anzuhören, um für den Willensbildungsprozess von Kabinett und Landtagsabgeordneten die Meinung der Gebietskörperschaften zu kennen. Weiterhin wurde bekanntgegeben, dass die Lösung des Stadt-Umland-Problems in Anbetracht des engen Zeitrahmens wohl nicht innerhalb der Landkreisgebietsreform erfolgen könne.⁴⁹ Es wurde demnach in Betracht gezogen, die Regelung von Eingemeindungen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben.

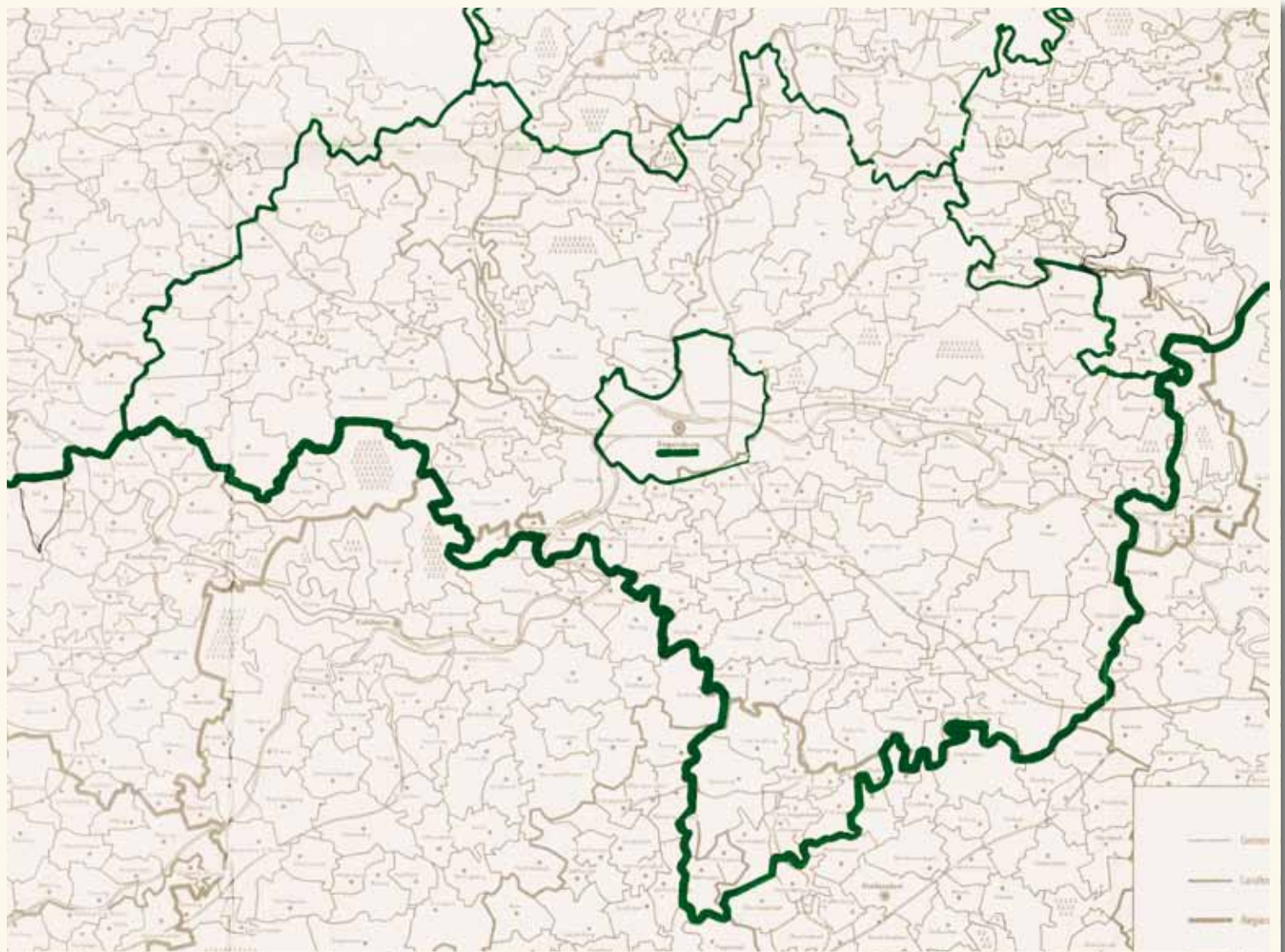
Die Stellungnahme des Landkreises Regensburg und seiner Gemeinden im ersten Anhörungsverfahren

Der Landkreis lehnte die geplanten Änderungen zum Großteil ab.⁵⁰ Landrat Leonhard Deininger war deshalb bemüht, für die Stellungnahmen einheitliche Forderungen und Formulierungen aller Gemeinden einzuführen. Es war ihm wichtig, dass möglichst alle geschlossen gegen Ausgliederungen aus dem Landkreis, die gegen den Willen der Betroffenen geplant waren, protestierten. Zu diesem Zweck rief er unmittelbar nach Eingang der Unterlagen zum Anhörungsverfahren alle Bürgermeister zu einer erneuten Dienstbesprechung am 26.7.1971 zusammen.⁵¹

Diese Maßnahme war erfolgreich. Zwar sah der Formularvordruck, der an die Gemeinden ging, nur vor, dass sich jede Gemeinde ausschließlich zur eigenen Sache äußern sollte, indem sie ankreuzte, ob sie mit den für sie vorgesehenen Bestimmungen einverstanden war oder nicht. Allerdings nahm der Großteil der Gemeinden zur Situation im gesamten Landkreis Stellung.

Von den 107 Gemeinden des Landkreises, die eine Stellungnahme abgaben, sprachen sich 60 explizit gegen jegliche Eingemeindungen aus. 31 protestierten gegen die Ausgliederung der Gemeinden Hackenberg, Höhenberg, Ponholz, Rettenbach und Wulkersdorf gegen deren Willen.⁵² Auch die Begründungen für die Ablehnung der oben aufgeführten Gebietsveränderungen stimmen miteinander überein – zum Teil wörtlich –, sodass hier deutlich die Einflussnahme des Landrats zu erkennen ist. In der Eingemeindungsfrage kommunizierte Landrat Deininger weiterhin seine Ablehnung von Gebietsabtretungen an die Stadt jenseits der Grenzberingung an der Autobahn. Ihm war klar, dass diese Auseinandersetzungen – wenn es auch in der Landkreisgebietsreform eventuell zu keiner Entscheidung kommen würde – nahtlos in der Gemeindegebietsreform weitergehen würden, weshalb er seinen Standpunkt nochmals verdeutlichte.

Jedoch äußerte eine Gemeinde den Wunsch, aus dem Landkreis ausgegliedert zu werden. Niederachdorf beantragte in der Stellungnahme, zusammen mit den Nachbarorten Obermiethnach, Pillnach und Pondorf in den Landkreis Straubing eingegliedert zu werden. Begründet wurde diese Bitte damit, dass diese Gemeinden schulisch und kirchlich miteinander verbunden seien.⁵³

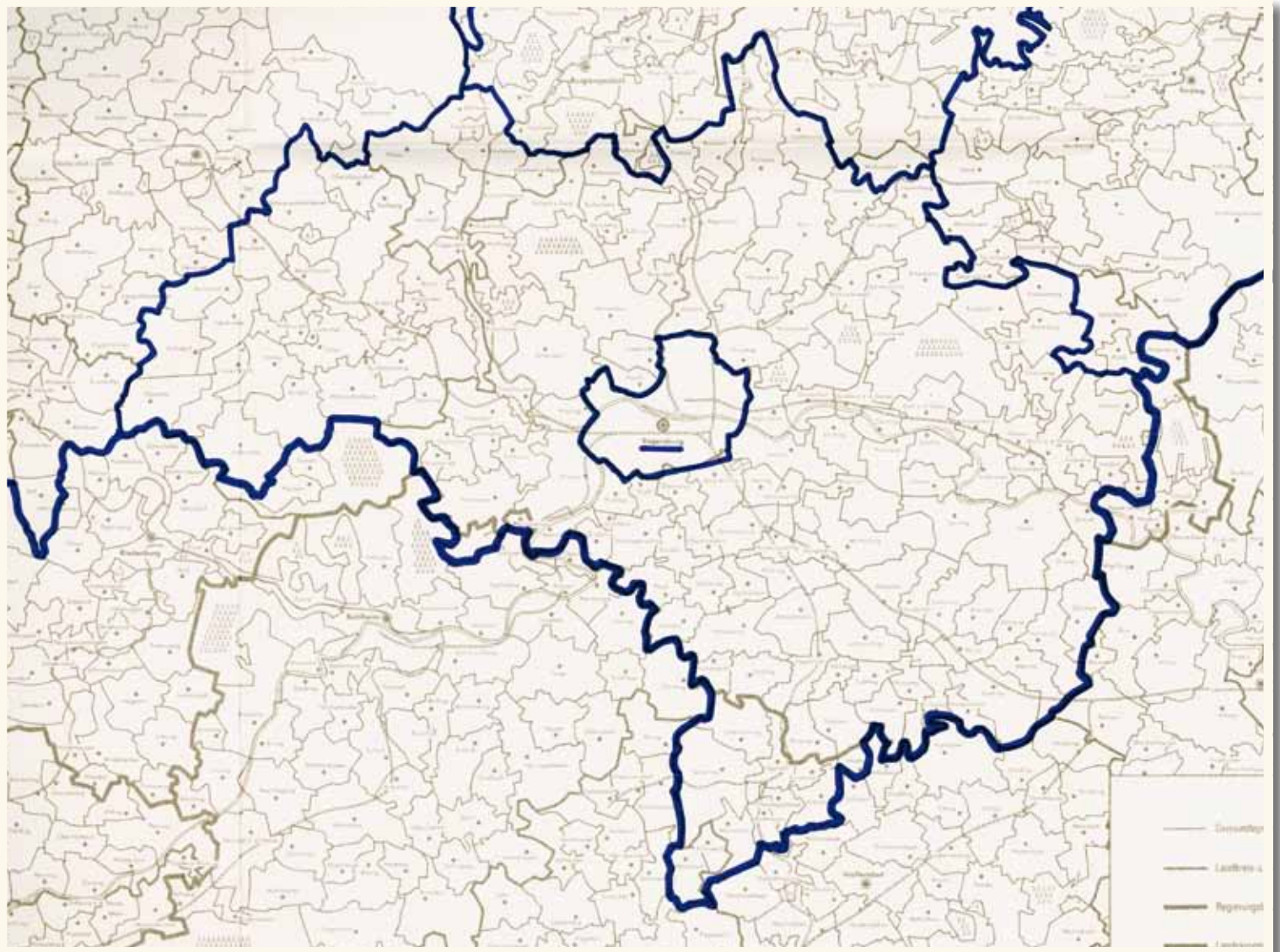


Die Stellungnahme der Stadt Regensburg vom 9.9.1971

Die Stadt ging bei ihrer Stellungnahme zum Anhörungsverfahren sehr vorsichtig vor, um die Staatsregierung nicht nochmals zu verärgern.⁵⁴

Abbildung 5: Karte des überarbeiteten Vorschlags des Innenministeriums für den Landkreis Regensburg nach dem ersten Anhörungsverfahren.

Abbildung 6: Karte zur Neugliederung des Landkreises Regensburg nach dem zweiten Anhörungsverfahren.



Im Beschluss der Ferienausschusssitzung am 9.9.1971 forderte der Stadtrat einstimmig die Eingemeindung von Barbing, Burgweinting, Harting, Kareth, Lappersdorf, Oberisling, Pentling und Tegernheim. Die Eingliederung Barbings samt Hafengebiet und Hartings war der Stadtverwaltung wichtig, um einen geschlossenen Wirtschaftsraum mit Burgweinting und dem gesamten Regensburger Donauhafen zu erhalten.⁵⁵

Die Stadt beschränkte sich in Bezug auf Eingemeindungen also auf die Forderungen, die sie bereits im April gegenüber der Regierung der Oberpfalz geäußert hatte. Daran ist deutlich zu erkennen, wie groß die Furcht der Stadt war, durch übertriebene Forderungen die eigene Entwicklung erneut zu gefährden.

Die Stellungnahme der Regierung der Oberpfalz vom 21.9.1971

Der Bezirkstag der Oberpfalz forderte in seiner Sitzung am 9.9.1971, dass Bergmatting und Bad Abbach samt den anliegenden Orten Dünzling, Peising und Oberndorf in den Landkreis Regensburg eingegliedert werden. Weiterhin sollte die Gemeinde Höhenberg beim Landkreis verbleiben dürfen.⁵⁶

Diese Forderungen nahm auch die Regierung der Oberpfalz in ihre Stellungnahme auf, erweiterte sie jedoch um einige Punkte. Es wurde zusätzlich angeregt, Hackenberg, Wulkersdorf und Ponholz gemäß ihrem Wunsch beim Landkreis Regensburg zu belassen. Auch Rettenbach sollte dort verbleiben, ergänzt durch die Gemeinde Falkenstein, um eine Gemeindebildung in der Gegend zu gewährleisten. Außerdem wurde vorgeschlagen, aus dem Landkreis Burglengenfeld die Gemeinden im Raum Kallmünz⁵⁷ in den Landkreis Regensburg einzugliedern, weil diese einen solchen Wunsch im Anhörungsverfahren geäußert hatten.⁵⁸

In Bezug auf die Stadt Regensburg hielt die Regierung es für angebracht, für zukünftige Entscheidungen die Eingemeindung von Burgweinting, Kareth, Lappersdorf, Oberisling, Pentling und dem Westteil der Gemeinde Barbing mit dem Gebiet des Osthafens vorzuschlagen, da dies das hauptsächliche Entwicklungsgebiet der Stadt sei.⁵⁹

5. Das zweite Anhörungsverfahren vom Oktober 1971

Nachdem die Stellungnahmen der Bezirksregierungen, Landkreise und kreisfreien Städte beim bayerischen Innenministerium eingegangen waren, wurde der Vorschlag dort nochmals überarbeitet. Am 6.10.1971 wurde ein weiteres Anhörungsverfahren angekündigt, dessen Dauer auf einen knappen Monat angesetzt wurde. Es bestand jedoch nur die Möglichkeit, sich zu den Änderungen seit der ersten Anhörung zu äußern.⁶⁰

Der überarbeitete Entwurf des bayerischen Innenministeriums sah vor, dass einige zusätzliche Gemeinden dem Landkreis Regensburg eingegliedert werden.⁶¹ Die Gemeinden Kallmünz, Dinau, Hochdorf, Holzheim am Forst, Krachenhausen, Rohrbach, Traidenbach und Teile der Gemeinde See aus dem Landkreis Burglengenfeld, Bergmatting aus dem Landkreis Kelheim, Inkofen und Pinkofen aus dem Landkreis Mallersdorf sowie Allersdorf und Wahlsdorf aus dem Landkreis Rottenburg an der Laaber hatten diesen Wunsch im Anhörungsverfahren geäußert. Da jeweils ausreichende Verflechtungen mit dem Raum Regensburg bestanden, kam das Ministerium ihrer Bitte nach.⁶²

Die Gemeinden Hackenberg und Ponholz wurden nun doch beim Landkreis Regensburg belassen. Allerdings musste Ponholz einen Gemeindeteil westlich der Bahnlinie Regensburg-Hof abtreten, um die Grenze zur Gemeinde Pirkensee zu bereinigen.⁶³ Die Gemeinde Niederachdorf wurde wunschgemäß in den Landkreis Straubing ausgegliedert.

Bis zur endgültigen Klärung des Stadt-Umland-Problems entschloss sich das Innenministerium, die südliche Stadtgrenze – wie schon im Vorschlag der Regierung der Oberpfalz vom März 1971 vorgesehen – entlang der Autobahn Regensburg-Passau verlaufen zu lassen.⁶⁴ Dieser Rückzug des Innenministeriums auf bloße Grenzbereinigungen im überarbeiteten Vorschlag macht deutlich, dass man sich außer Stande sah, dieses hochsensible und umstrittene Problem noch innerhalb der Landkreisgebietsreform zu regeln, da man fürchtete, eventuell die Durchführung der gesamten Reform aufs Spiel zu setzen. Deshalb entschied man sich, die Frage der Eingemeindungen erst in der Gemeindegebietsreform anzugehen.

Die Stellungnahmen der Stadt und des Landkreises

Obwohl bereits zu Beginn des ersten Anhörungsverfahrens öffentlich bekanntgegeben worden war, dass in der Landkreisgebietsreform eventuell keine Eingemeindungen vorgenommen werden könnten, protestierte der Stadtrat in seinem Beschluss vom 21.10.1971 gegen die Entscheidung, nur geringfügige Grenzbereinigungen an der Autobahn Regensburg-Passau vorzunehmen. Die Stadt selbst forderte vom Innenministerium die Eingemeindung von Burgweinting, Oberisling, Harting und Barbing.⁶⁵

Der Landkreis Regensburg reagierte in der Sitzung des Kreisausschusses vom 22.10.1971 auf den Beschluss des Stadtrates. In der vom Landrat vorformulierten offiziellen Stellungnahme wies man die Forderung der Stadt zurück. Weiterhin trat der Landkreis dafür ein, die Gemeinden Wulkersdorf, Rettenbach und Höhenberg wie bisher in seinem Bereich zu belassen, da starke Bindungen zum Landkreis bestünden und sie für die Gemeindebildung in der jeweiligen Gegend benötigt würden.⁶⁶ In den errungenen Teilerfolgen, die die Belassung von Hackenberg und des Ortskerns von Ponholz beim Landkreis Regensburg für ihn darstellten, sah sich Landrat Deininger in seiner Haltung, jegliche Gebietsverluste für seinen Landkreis abzulehnen, bestätigt und ermutigt, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen.

6. Die Verabschiedung der „Verordnung zur Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte“

Nach erneuter Sichtung der Stellungnahmen beschloss die Staatsregierung am 9.11.1971 die „Verordnung zur Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte“, um sie abschließend dem Landtag vorzulegen. Für den Landkreis und die kreisfreie Stadt Regensburg hatten sich nach dem zweiten Anhörungsverfahren keine Änderungen ergeben.⁶⁷ In der Sitzung des Landtags am 15.12.1971 wurde die Verordnung gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet.⁶⁸ Sie wurde Ende Dezember 1971 im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht.⁶⁹ Der bayerische Minis-

» *Innenminister Merk hatte sein Ziel erreicht*

terpräsident Alfons Goppel zeigte sich zum 1.7.1972, an dem die Verordnung in Kraft trat, sehr zufrieden, dankte für das Verständnis gegenüber aufgetretenen persönlichen Härten und sprach den neuen Landkreisen seine besten Wünsche für die Zukunft aus.⁷⁰

Bayernweit wurde die Zahl von 143 Landkreisen auf 71 verringert und es blieben nur noch 25 der ursprünglich 48 kreisfreien Städte übrig.⁷¹ Der Landkreis Regensburg hatte nach Abschluss der Landkreisgebietsreform als einer der sieben verbliebenen oberpfälzischen Landkreise nunmehr 126.000 Einwohner und eine Fläche von rund 1.400 km². Durch die Eingliederung der steuerschwächeren Gebiete im Norden und Westen sank seine Finanzkraft leicht.⁷²

Innenminister Merk hatte sein Ziel erreicht. Innerhalb eines Jahres waren die Verhandlungen über die Landkreisgebietsreform abgeschlossen worden. Damit hatte man die verstärkte Durchsetzungsfähigkeit des Parlaments direkt nach der Wahl entscheidend genutzt und ein Grundgerüst für die weitere Reform des Verwaltungsaufbaus in Bayern geschaffen. Landrat Deininger hatte durch die Neuordnung zwar einige seiner alten Gemeinden verloren, jedoch war die Veränderung des Landkreisgebietes noch nicht endgültig abgeschlossen.

7. Die Veränderungen des Gebietes des Landkreises Regensburg während der Gemeindegebietsreform

Obwohl die Neuordnung der Landkreise offiziell abgeschlossen war, ergaben sich in der anschließenden Gemeindegebietsreform einige Änderungen. Wie bereits von der Staatsregierung angekündigt, sollte

das Stadt-Umland-Problem in diesem Rahmen gelöst werden. Allerdings wurden in Einzelfällen an der Grenze des Landkreises Regensburg zum Landkreis Schwandorf ebenfalls Veränderungen vorgenommen.

Die Eingliederung der Gemeinde Wulkersdorf in den Landkreis Regensburg zum 1.1.1974

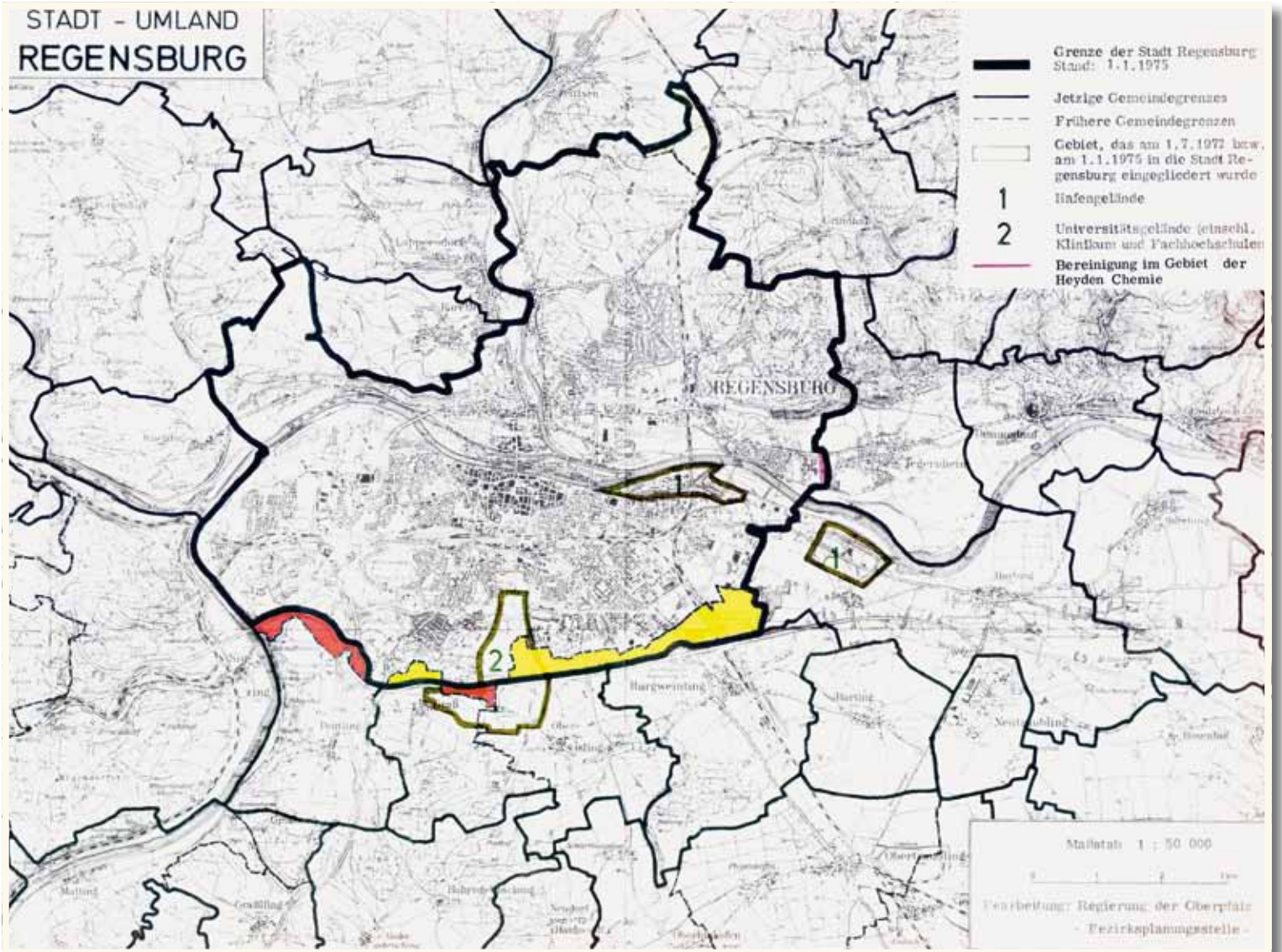
In den beiden Anhörungsverfahren wurde dem Wunsch der Gemeinde Wulkersdorf, beim Landkreis Regensburg verbleiben zu dürfen, nicht stattgegeben. Begründet wurde es damit, dass stärkere Bindungen zum Raum Nittenau bestünden, weshalb die Gemeinde in den Landkreis Schwandorf eingegliedert wurde.⁷³ Druck seitens der Bevölkerung bewog den Gemeinderat jedoch, die Sache damit nicht auf sich beruhen zu lassen und veranlasste ihn am 12.7.1972 dazu, erneut die Rückgliederung in den Landkreis Regensburg zu fordern.⁷⁴ Man erhoffte sich nun einen positiven Bescheid, weil die Staatsregierung Änderungen in Einzelfällen nach Abschluss der Landkreisgebietsreform in Aussicht gestellt hatte.⁷⁵

Nachdem der Regensburger Landrat Leonhard Deininger davon erfahren hatte, wurde er in der Sache sofort wieder aktiv. Da der Landkreis Schwandorf kein gesteigertes Interesse an der Gemeinde hatte, wurde in der Sitzung des dortigen Kreistags am 5.10.1972 beschlossen, der Rückgliederung zuzustimmen.⁷⁶

Im Dezember erhielt die Gemeinde schließlich den Entscheid der Regierung der Oberpfalz, der vorsah, zum 1.1.1974 zwei Gehöfte des Gemeindeteils Goppelshof in die Stadt Nittenau und den Rest der Gemeinde Wulkersdorf wunschgemäß in die Gemeinde Bernhardswald im Landkreis Regensburg einzugliedern.⁷⁷ Die Haltung der Staatsregierung und des Landkreises

Abbildung 7: Karte zur Grenzberreinigung zwischen der Stadt und dem Landkreis Regensburg in der Landkreisgebietsreform 1971.

Die rot eingezeichneten Flächen wurden in die Gemeinden Pentling und Oberisling eingegliedert, während die Stadt die gelben Flächen erhielt (Bearbeitung der Originalkarte durch Roman Lindner).



Schwandorf waren während der Gemeindegebietsreform in dieser Sache weitaus entspannter als noch zuvor. Dies ermöglichte der Gemeinde Wulkersdorf, ihr Ziel doch noch zu erreichen, obwohl sie im Vergleich zum Anhörungsverfahren der Landkreisgebietsreform keine neuen Argumente präsentiert hatte.

Die Eingliederung der Gemeinde Ponholz in die Stadt Maxhütte-Haidhof

Der Ortskern der Gemeinde Ponholz erlitt durch die Neugliederungsmaßnahmen während der Gemeindegebietsreform ein gegenteiliges Schicksal. Es hatte sich bereits bei der Entscheidungsfindung im Landtag zur Landkreisgebietsreform angedeutet, dass die Gemeindegrenze von Ponholz nochmals überprüft werden sollte.⁷⁸ Die Regierung der Oberpfalz schlug in ihrer Zielplanung zum Abschluss der Gemeindegebietsreform Ende 1975 vor, den Großteil der Gemeinde Ponholz samt dem Ortskern in die Stadt Maxhütte-Haidhof im Landkreis Schwandorf einzugliedern – anstatt wie vom Gemeinderat und der Bevölkerung gefordert, in den Markt Regenstau im Landkreis Regensburg.⁷⁹ Da die Gemeinde dies jedoch nicht akzeptieren wollte, entschloss sie sich, beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof Klage einzureichen⁸⁰ – letztlich blieb man erfolglos.⁸¹ Auch eine Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof wurde abgewiesen.⁸²

Das Stadt-Umland-Problem und Eingemeindungen in die Stadt Regensburg

Noch im Dezember 1971 hatte die Staatsregierung die Einsetzung einer Kommission angekündigt, die Vorschläge zur Lösung des Stadt-Umland-Problems

erarbeiten sollte.⁸³ Eingemeindungen sollten dafür nur dann als Mittel in Frage kommen, wenn zwischen der betroffenen Gemeinde und der Stadt enge Verflechtungen existierten, die angestrebte Entwicklung der Stadt und die Erledigung der Verwaltungsaufgaben dies erfordere und die Gemeinde alleine oder nach Zusammenlegung mit Nachbargemeinden nicht im Bestand gesichert wäre.⁸⁴ Jedoch sollten vor der Mitte 1972 stattfindenden Kommunalwahl keine Lösungsvorschläge mehr präsentiert werden, um die Bevölkerung nicht zu beunruhigen.⁸⁵ Auch im Anschluss kam die Bearbeitung des Themas nur langsam in Gang. Der Landkreis Regensburg ignorierte die Möglichkeit von Eingemeindungen in die Stadt und fasste die Umlandgemeinden in seinen Planungen zur Gemeindegebietsreform zu Großgemeinden zusammen.⁸⁶ Die Stadt hingegen bestand nun auf der Eingliederung von acht Umlandgemeinden – Barbing, Burgweinting, Harting, Kareth, Lappersdorf, Oberisling, Pentling und Tegernheim.⁸⁷ Man betrachtete die Gemeindegebietsreform als Neustart im Verhandlungspoker und wollte sich nach der Ankündigung der Staatsregierung, die Lösung des Stadt-Umland-Problems zu forcieren, wieder in eine bessere Verhandlungsposition bringen. Von Innenministerium und Staatsregierung kamen bis zum Ende des Jahres 1974 keine neuen Impulse, da sie erst auf das Gutachten der Anfang 1973 eingesetzten Stadt-Umland-Kommission warten wollten, bevor sie weitere Schritte unternahmen.

Die Stadt-Umland-Kommission

Die Stadt-Umland-Kommission bestand aus Vertretern des Innenministeriums, Mitgliedern der kommunalen Spitzenverbände und Professoren der Münchener Universitäten. Sie wurde von Ministerpräsident

Goppel im Mai 1973 eingesetzt und war damit beauftragt, das Stadt-Umland-Problem im Allgemeinen umfassend zu untersuchen und Vorschläge zu unterbreiten, wie es in den einzelnen Fällen am besten zu lösen wäre. Im Zuge der Beratungen kam sie zu dem Ergebnis, dass Eingliederungen von Umlandgemeinden in die Kernstadt nur dann sinnvoll seien, wenn auf vielen Gebieten der Verwaltung eine ständige Kooperation nötig sei, um die Versorgung der Bürger im Grenzgebiet zweier Kommunen zu gewährleisten.⁸⁸

Im Jahr 1974 begann die Stadt-Umland-Kommission die Bearbeitung der konkreten Einzelfälle und besuchte am 9.4.1974 die Region Regensburg.⁸⁹ Sowohl die Stadt als auch der Landkreis gaben gegenüber den Experten bei dieser Gelegenheit eine Stellungnahme ab. Landrat Deininger legte dar, dass der Landkreis eine Erweiterung des Stadtgebietes ablehne, weil die Stadt bereits im Zuge der Landkreisgebietsreform durch Grenzbereinigungen Gebiete hinzugewonnen hätte und eine zusätzliche Abtretung von Umlandgemeinden den Landkreis finanziell über Gebühr belasten würde.⁹⁰ Von seiner Maxime, der Stadt keine Gemeinde abzutreten, wich er auch weiterhin nicht ab – die einvernehmliche Regelung zur Grenzbereinigung durch die Landkreisgebietsreform bot ihm nun die zusätzliche Möglichkeit, den Raumbedarf der Stadt als abgegolten darzustellen.

Die Stadt hingegen wünschte die Eingliederung von neun Gemeinden. Zusätzlich zu Barbing, Burgweinting, Harting, Kareth, Lappersdorf, Oberisling, Pentling und Tegernheim forderte man nun auch Grünthal. Oberbürgermeister Schlichtinger führte aus, dass in diesen Fällen weder eine Gemeindebildung im Umland vereitelt, noch der Landkreis – angesichts seiner extrem niedrigen Kreisumlage – finanziell übermäßig belastet würde.⁹¹

Um der Forderung der Stadt entgegenzukommen und einer eventuellen Eingliederung des gesamten Gebietes zu entgehen, bot die Gemeinde Grünthal in der Folge an, eine an die Stadt grenzende Fläche abzutreten.⁹²

Die Stadt-Umland-Kommission legte Mitte Dezember 1974 ihr „Stadt-Umland-Gutachten Bayern“ vor. Darin schlug sie vor, Burgweinting, Harting, das Gebiet des Osthafens der Gemeinde Barbing und die von der Gemeinde Grünthal angebotene Fläche zur Industrieansiedlung sowie Oberisling und Pentling zur Erweiterung des Raumbedarfs der Kernstadt einzugemeinden.⁹³ Die Forderung des Landkreises, keine Eingemeindungen vorzuschlagen, wurde von der Kommission nicht befolgt. Dies war aber wohl selbst dem Regensburger Landrat klar gewesen.

Eingemeindungen beim Abschluss der Gemeindegebietsreform

Da das Gutachten der Stadt-Umland-Kommission nur den Charakter einer Empfehlung hatte, setzten Stadt und Landkreis nochmals alle Hebel in Bewegung, um die Staatsregierung mit ihren bereits mehrfach vorgebrachten Argumenten zu überzeugen.

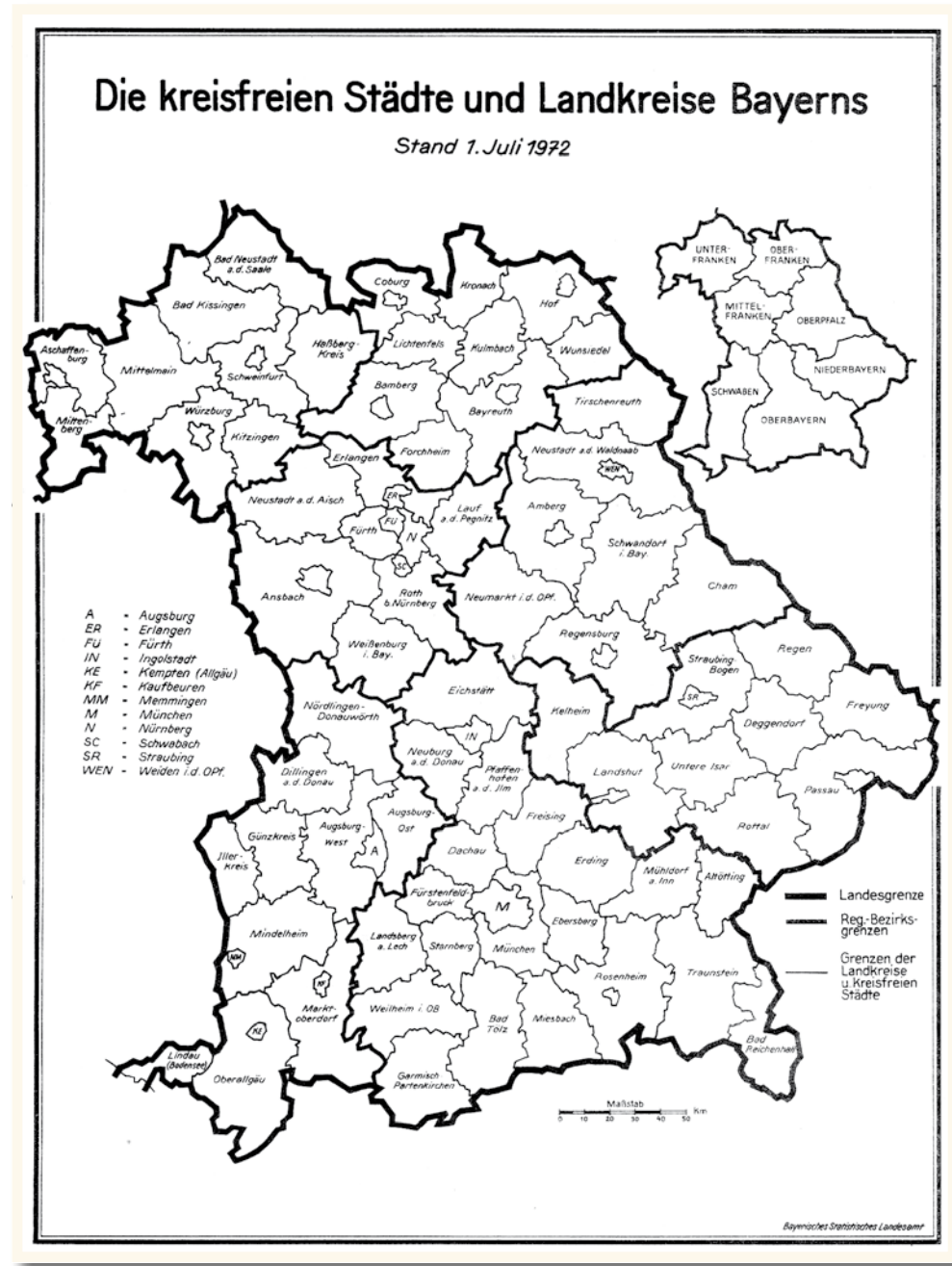
Stadt und Landkreis hatten mehrere Jahre zumeist sachlich, von Sticheleien gegeneinander begleitet, mit der Regierung der Oberpfalz und dem bayerischen Innenministerium über ihre Ansichten diskutiert. Seitens der Stadt hoffte man, dass die „vom Landrat betriebene Stimmungsmache“⁹⁴ keine negativen Auswirkungen auf die Durchsetzung der städtischen Forderungen haben würde.

Derartige Befürchtungen erwiesen sich zunächst als unbegründet, als die Regierung der Oberpfalz am

Abbildung 8: Karte der bayerischen Landkreise zum 1. Juli 1972.

1.7.1975 einen offiziellen Vorschlag zur Neugliederung der Gemeindeebene vorlegte. Darin sprach sie sich für eine Eingemeindung von Burgweinting, Harting, Oberisling und dem Osthafengebiet der Gemeinde Barbing aus.⁹⁵

Aufgrund dieser Entscheidung und der immer geringer werdenden Erfolgsaussichten entschlossen sich Burgweinting, Oberisling und Harting, ihren Widerstand aufzugeben und mit der Stadt auf freiwilliger Basis Eingemeindungsverträge zum 1.1.1977 abzuschließen.⁹⁶ Sie waren in diesem Beschluss von der abschließenden Zielplanung der Regierung der Oberpfalz vom Oktober 1975 bestärkt worden, worin ebenfalls ihre Eingemeindung vorgesehen war, und den Innenministerium und Bezirksregierung als Fingerzeig wahrgenommen haben wollten, „als Entscheidungshilfe für freiwillige, finanziell zu fördernde Neugliederungsmaßnahmen [...], die bis zum 1. Januar 1976 beschlossen werden können [...] [sowie als] Grundlage für die danach [...] noch erforderlichen Maßnahmen von Amts wegen“⁹⁷. Für den Landrat ging es daher nun nur noch darum, die in der endgültigen Zielplanung der Re-



gierung der Oberpfalz für Regensburg vom Oktober 1975 ebenfalls vorgesehene Eingliederung des Osthafengebiets zu verhindern.⁹⁸ Die Zeit für etwaige Maßnahmen war allerdings knapp bemessen. Bevor die Verordnung im Februar 1976 dem Landtag zur Abstimmung vorgelegt wurde, musste ihr genauer Wortlaut und damit die daraus hervorgehenden Gebietsänderungen am 13.1.1976 von der Landtagsfraktion der CSU abgesegnet werden. Dies bot dem Regensburger Landrat die letzte Möglichkeit, eine Änderung zu erwirken. In informellen Gesprächen und mit einem Schreiben an alle Mitglieder der Fraktion⁹⁹ schaffte er es tatsächlich, die Mehrheit der CSU-Abgeordneten inklusive dreier Kabinettsmitglieder¹⁰⁰ davon zu überzeugen, im Verordnungstext das Gebiet des Osthafens bei der Gemeinde Barbing und damit dem Landkreis zu belassen. Der Regensburger CSU-Stadtrat Wilhelm Gastinger saß gleichzeitig auch als Abgeordneter im Landesparlament und wurde vom Eingreifen Deiningers überrascht. Er reagierte sofort, sein Plädoyer gegenüber seinen Kollegen¹⁰¹ war jedoch nicht erfolgreich. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich schon eine knappe Mehrheit der Fraktionsmitglieder der Sicht des Regensburger Landrats angeschlossen.¹⁰² Da auch die Staatsregierung aufgrund der Intervention des Landrates der Vorgabe der Fraktion folgte, bestand für die Stadt nur noch die Möglichkeit, sich an die Opposition zu wenden. Bei der Diskussion über die Verordnung im Verfassungsausschuss wurde die von SPD und FDP unterstützte Forderung der Stadt, die kurzfristig vorgenommenen Änderungen wieder rückgängig zu machen, allerdings mit den Stimmen der CSU-Mitglieder abgewiesen.¹⁰³ Der Verordnungsentwurf, der Ende Februar 1976 im Landtag beschlossen wurde, beließ den Osthafen bei der Gemeinde Barbing und damit dem Landkreis.¹⁰⁴

Die Landtagsfraktion der CSU richtete daraufhin erfolglos einen Appell an die Stadt, man möge die Sache nun auf sich beruhen lassen.¹⁰⁵ Wilhelm Gastinger und die restliche CSU-Stadtratsfraktion fühlten sich von ihrer Partei im Stich gelassen. Daher schlugen sie der Stadt vor, eine Klage vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof vorzubereiten,¹⁰⁶ die seitens des maßlos verärgerten Stadtrats auch eingereicht wurde.¹⁰⁷ Nach zwei mündlichen Verhandlungen¹⁰⁸ und mehrmonatiger Bearbeitungszeit urteilte der Verwaltungsgerichtshof, dass der die Grenze zwischen der Stadt und der Gemeinde Barbing betreffende Teil der Verordnung ungültig sei, weil er gegen die Gemeinwohlvorstellungen verstoße.¹⁰⁹ Nachdem sich die Gemeinde Barbing und die Stadt auf eine im Urteil angeregte einmalige Ausgleichszahlung in Höhe von zwei Millionen DM geeinigt hatten,¹¹⁰ wurde die Eingemeindung des Osthafengebietes zum 1.1.1978 besiegelt.¹¹¹ Nach jahrelangen Verhandlungen und Auseinandersetzungen waren bis 1978 schließlich die Gemeinden Burgweinting, Harting und Oberisling sowie das wirtschaftlich wichtige Gebiet des Osthafens in die Stadt Regensburg eingegliedert worden.

Abbildungsnachweis:

Abbildung 1: REGIERUNG DER OBERPFALZ, Registratur R14, Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte, Ordner 6: Plakat „Neue Kraft in neuen Kreisen. Die richtige Ordnung. Gebietsreform Bayern“ des Bayerischen Staatsministerium des Innern aus dem Februar 1972.

Abbildung 2: LANDRATSAMT REGENSBURG, Abteilungsregistratur L1, Akt „Neugliederung der Landkreise“: Karte der Kreisbauabteilung des Landkreises Regensburg zum Gebietsanspruch der Stadt Regensburg, erstellt im Februar 1963.

Anmerkung zur Datierung der Karte:

Die Forderung der Stadt vom Februar 1971 basierte wohl auf Überlegungen aus den 1950er Jahren, deshalb wurde diese Karte bereits in den 1960er Jahren vom Landkreis erstellt.

Abbildung 3: Karte zum Vorschlag der Regierung der Oberpfalz für den Landkreis Regensburg vom März 1971

Abbildung 3: REGIERUNG DER OBERPFALZ, Registratur R14, Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte, Ordner 1: Ausschnitt aus der Karte „Neugliederung des Staatsgebietes auf der Kreisebene. Regierungsbezirk Oberpfalz. 3. März 1971“.

Abbildung 4: REGIERUNG DER OBERPFALZ, Registratur R14, Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte, Ordner 2: Ausschnitt aus der Karte „Neugliederung des Staatsgebietes auf der Kreisebene. Regierungsbezirk Oberpfalz. 18. Mai 1971“.

Abbildung 5: REGIERUNG DER OBERPFALZ, Registratur R14, Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte, Ordner 5: Ausschnitt aus der Karte „Plan der Bayerischen Staatsregierung zur Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte. 5. Oktober 1971“.

Abbildung 6: REGIERUNG DER OBERPFALZ, Registratur R14, Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte, Ordner 5: Ausschnitt aus der Karte „Plan der Bayerischen Staatsregierung zur Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte. 9. Nov. 1971“.

Abbildung 7: LANDRATSAMT REGENSBURG, Abteilungsregistratur L1, Akt: „Eingemeindungsansprüche der Stadt Regensburg“: Karte „Stadt-Umland Regensburg, Stand: 1.1.1975“ der Bezirksplanungsstelle der Regierung der Oberpfalz, undatiert.

Abbildung 8: BAYERISCHES STATISTISCHES LANDESAMT: Strukturdaten für die neuen kreisfreien Städte und Landkreise Bayerns aus der Volkszählung 1970, München 1972, S. 5.

UNGEDRUCKTE QUELLEN:

LANDRATSAMT REGENSBURG, ABTEILUNGSREGISTRATUR L1
Eingemeindungsansprüche der Stadt Regensburg
Gebietsreform/Verwaltung
Neugliederung der Landkreise
Stadt-Umland-Problem

LANDRATSAMT REGENSBURG, REGISTRATUR
Einheitsaktenplan 022

REGIERUNG DER OBERPFALZ, REGISTRATUR R14
Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte

STAATSARCHIV AMBERG
Landratsamt Regensburg, Abgabe 2008

STADTARCHIV REGENSBURG
Ausschußsitzungsprotokolle
Eingemeindete Orte, Burgweinting
Eingemeindete Orte, Harting
Eingemeindete Orte, Oberling
Rechtsdezernat

Quellen:

- 1 Vgl. Bruno MERK, Klarstellungen, Günzburg 1996, S. 77.
- 2 Die Bezirksregierungen sollten bis März 1971 Vorschläge einbringen, die vom Innenministerium bis zum Sommer nochmals bearbeitet wurden. Im Herbst war eine Anhörung der Landkreise, Städte und Gemeinden angesetzt, um den Entwurf anschließend dem Landtag zum Beschluss vorzulegen, vgl. dazu Franz-Ludwig KNEMEYER, Kreisgebietsreform und Beginn der Gemeindereform in Bayern, in: Archiv für Kulturgeschichte 11 (1972), S. 44–72, hier S. 69f; Otto REIGL/Josef SCHÖBER/Gerhard SKORUPPA, Kommunale Gliederung in Bayern nach der Gebietsreform. Die Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften, Landkreise und Bezirke mit den wichtigsten Daten und einer Verwaltungsgrenzenkarte (Gebietsstand: 1. Mai 1978), Köln 1978, S. 35–42.
- 3 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 1: Schreiben „Gebietsreform in Bayern. Wichtigste innenpolitische Aufgabe dieser Legislaturperiode“ vom 14.1.1971.
- 4 Vgl. Peter Jakob KOCK, Der Bayerische Landtag. 1946 bis 1986. Band I. Chronik, Bamberg 1986, S. 188f; Karl-Ulrich GELBERG/Ellen LATZIN (Bearb.), Quellen zur politischen Geschichte Bayerns in der Nachkriegszeit. Band II. 1957–1978, München 2005, S. 435ff; Philipp HAMANN, Gemeindegebietsreform in Bayern. Entwicklungsgeschichte, Bilanz und Perspektiven, München 2005, S. 31f, 35f, 46f; Bruno MERK, Sinn und Ziel der Gebietsreform in Bayern, in: Bayerische Verwaltungsblätter 123 (1992), S. 385–387, hier S. 386.
- 5 Vgl. HAMANN, Gemeindegebietsreform (wie Anm. 4), S. 40; Jaromir BALCAR, Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz. 1945 bis 1972 (Bayern im Bund, Bd. 5), München 2004, S. 370; KNEMEYER, Kreisgebietsreform (wie Anm. 2), S. 56f.
- 6 Vgl. STA AMBERG, LRA 2008, Nr. 142: Stellungnahme des bayerischen Innenministers Merk zu den Vorstellungen der Opposition zur Gebietsreform vom 19.2.1971.
- 7 Vgl. HAMANN, Gemeindegebietsreform (wie Anm. 4), S. 40f.
- 8 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 1: Vormerkung der Arbeitsgruppe IV vom 20.1.1971, S. 1ff.
- 9 Es war oft nicht mehr möglich, den Grenzverlauf zwischen dem Stadtgebiet und den Umlandgemeinden zu erkennen, weil die Siedlungsgebiete miteinander verwachsen waren – was es erschwerte, die Verantwortlichkeiten einzelner Verwaltungen abzugrenzen. Zur genauen Definition und Erörterung des Stadt-Umland-Problems vgl. BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN (Hg.), Stadt-Umland-Gutachten Bayern. Gutachten der Sachverständigenkommission zur Untersuchung des Stadt-Umland-Problems in Bayern, München 1974, S. 19–35.
- 10 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 1: Niederschrift des Bayerischen Staatsministeriums des Innern über die Dienstbesprechung mit den Herren Regierungspräsidenten am 21.1.1971, S. 1–6; RDO, Neugliederung, Ordner 1: Niederschrift der Regierung der Oberpfalz über die Dienstbesprechung der Regierungspräsidenten im Bayerischen Staatsministerium des Innern wegen der Neugliederung des Staatsgebietes auf Kreisebene am 21.1.1971, S. 1–4; RDO, Neugliederung, Ordner 1: Richtlinien für Vorschläge zur Kreisreform vom 20.1.1971; KNEMEYER, Kreisgebietsreform (wie Anm. 2), S. 47ff.
- 11 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 1: Neugliederung des Staatsgebietes auf Kreisebene vom 5.2.1971, S. 6f.
- 12 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 1: Neugliederung des Staatsgebietes auf Kreisebene vom 15.2.1971, S. 6f. Die Autobahn als Grenze war bereits in einem früheren Verfahren diskutiert worden, als die Stadt Ende der 1960er Jahre Gebiete nördlich der Autobahn am Fernsehturm von den Gemeinden Oberisling und Pentling forderte, um dort Wohnungen und den Neubau des Klosters St. Klara zu errichten. Im Gegenzug bot man Flächen der Stadt südlich der Autobahn zum Tausch an. Der Landkreis stimmte dem Tausch zu, die Durchführung der Pläne wurde jedoch angesichts der angekündigten Gebietsreform verschoben, vgl. dazu LRA REGENSBURG, L1, Akt „Eingemeindungsansprüche der Stadt Regensburg“: Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages Regensburg am 31.7.1970; LRA REGENSBURG, L1, Akt „Eingemeindungsansprüche der Stadt Regensburg“: Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages Regensburg am 4.12.1970. Weitere Unterlagen dazu finden sich im Stadtarchiv Regensburg, vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Eingemeindete Orte, Oberisling 1645.
- 13 Vgl. LRA REGENSBURG, L1, Akt „Neugliederung der Landkreise“: Brief des Landrats an den Landtagsabgeordneten Beck vom 25.1.1971.
- 14 Hans PILLEP, 1972–2002. 30 Jahre Landkreisgebietsreform in der Oberpfalz, Regensburg 2002, S. 31.
- 15 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Eingemeindete Orte, Oberisling 1648: Schreiben der Stadt an die Regierung der Oberpfalz vom 9.2.1971, S. 1f. Die Forderung basierte wohl auf einer zu optimistischen Prognose der Stadtentwicklung aus dem Jahr 1956, vgl. dazu Hans SCHAIDINGER, Wie Regensburg über sich hinaus gewachsen ist. Die Gemeindegebietsreform von 1975 aus der Sicht der Stadt, in: Konrad Maria FÄRBER (Hg.), Kriegsende und Neubeginn. Regensburger Almanach 2005, Regensburg 2005, S. 103–111, S. 103f.

- 16 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 6: Aktenvormerkung zu mehreren Dienstbesprechungen beim Oberbürgermeister vom 9.2.1971; STADTARCHIV REGENSBURG, Eingemeindete Orte, Oberisling 1648: Schreiben der Stadt an den Landkreis vom 12.2.1971; STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 142: Schreiben des Landrats an den Präsidenten der Regierung der Oberpfalz vom 6.4.1971.
- 17 Vgl. STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 95: Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kreis Ausschusses Regensburg am 11.2.1971.
- 18 Vgl. STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 96: Entschließung der Bürgermeister der 29 Gemeinden vom 16.2.1971.
- 19 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 1: Schreiben der Regierung der Oberpfalz an das Innenministerium vom 1.3.1971, S. 2. Besonders die Gebiete an der Grenze zur sowjetischen Einflusszone waren dünn besiedelt und strukturschwach, vgl. Ernst EMMERIG, Die Entwicklung in der Oberpfalz nach dem Krieg, Regensburg 1972, S. 4f, 9, 13f, 23.
- 20 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 1: Schreiben der Regierung der Oberpfalz an das Innenministerium vom 1.3.1971, S. 2f.
- 21 EBD., S. 3.
- 22 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 0: Vorschlag der Regierung der Oberpfalz für die Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte vom 3.3.1971. Vgl. auch STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 6: Protokoll der Sendung „Bayernchronik“ des Bayerischen Rundfunks vom 19.3.1971, S. 1.
- 23 Im Einzelnen waren dies die Gemeinden und Städte Burglengenfeld, Dietldorf, Dinau, Duggendorf, Fischbach, Hochdorf, Holzheim a.Forst, Kallmünz, Katzdorf, Krachenhausen, Lanzenried, Leonberg, Maxhütte-Haidhof, Münchshofen, Pirkensee, Pottenstetten, Premberg, Rohrbach, Saltendorf, See, Teublitz und Traidendorf mit insgesamt 31175 Einwohnern. Ergänzt wurden sie von einigen gemeindefreien Gebieten.
- 24 Es handelte sich um die Gemeinden und Städte Beratzhausen, Bergstetten, Berletzhof, Brunn, Deuerling, Großbetzenberg, Haag, Hemau, Hohenschambach, Kligen, Kollersried, Laaber, Langenkreith, Laufenthal, Mausheim, Neukirchen, Oberpfraundorf, Pellndorf, Rechberg, Schwarzentonhausen und Thonlohe mit insgesamt 17253 Einwohnern. Ergänzend kamen auch hier zur Abrundung des Landkreisgebiets einige gemeindefreie Gebiete hinzu.
- 25 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 1: Arbeitsbogen zum Landkreis Regensburg vom 1.3.1971, S. 2ff, 13, 20ff.
- 26 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 0: Vorschlag der Regierung der Oberpfalz für die Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte vom 3.3.1971. Der Landkreis Regensburg verfügte gemäß Vorschlag über eine Umlagekraft von 154 statt 150 DM/ Einwohner. Diese Steigerung war bedingt durch die Eingliederung des Raumes Burglengenfeld/Maxhütte-Haidhof.
- 27 Die von der Regierung zur Diskussion gestellten zwei Alternativen sahen wie folgt aus: Alternative 1 bestand in einer Eingemeindung von Oberisling und Pentling, um das Klinikum der Regensburger Universität über die Stadt zu versorgen und weiteren Wohnraum zu schaffen. Alternative 2 betraf eine zusätzliche Erweiterung der Stadt im Norden. Neben Oberisling und Pentling sollten Kareth, Lappersdorf, Hainsacker, Petten- dorf und Kneiting wegen ihrer baulichen Verflechtung mit der Stadt und zur Abrundung des Stadtgebiets eingegliedert werden. Alternative 1 habe jedoch definitiv Vorrang vor Alternative 2, vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 1: Arbeitsbogen zur Stadt Regensburg vom 1.3.1971, S. 11ff.
- 28 Vgl. LRA REGENSBURG, L1, Akt „Neugliederung der Landkreise“: Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kreis Ausschusses Regensburg am 18.3.1971; LRA REGENSBURG, L1, Akt „Neugliederung der Landkreise“: Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages Regensburg am 14.5.1971, S. 1f.
- 29 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 2: Beschluss des Stadtrats Regensburg vom 22.4.1971, S. 1.
- 30 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 6: Protokoll der Sendung „Bayernchronik“ des Bayerischen Rundfunks vom 19.3.1971, S. 2f.
- 31 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 2: Schreiben von Oberbürgermeister Schlichtinger an Innenminister Merk vom 26.4.1971. Dies seien die Gemeinden mit der stärksten Verflechtung mit der Stadt, außerdem sei damit das gesamte Gebiet des Regensburger Donauhafens unter städtischer Verwaltung.
- 32 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 2: Schreiben des Bürgermeisters von Hemau an die Regierung der Oberpfalz vom 1.4.1971.
- 33 Vgl. N.N., Schierling zum Landkreis, in: Mittelbayerische Zeitung vom 17.3.1971, S. 17; N.N., JU: Schierling soll nicht zum Landkreis Kelheim, in: Mittelbayerische Zeitung vom 24.3.1971, S. 28; N.N., Schierling für einen Labertallandkreis, in: Mittelbayerische Zeitung vom 31.3.1971, S. 31. Die Regierung von Niederbayern plante, Schierling dem Landkreis Kelheim zuzuteilen. Der Großteil der Bevölkerung und die Mehrheit im Gemeinderat sprachen sich jedoch aus verkehrsmäßigen und wirtschaftlichen Gründen für eine Eingliederung in den Landkreis Regensburg aus.

- 34 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 2: Aktenvormerkung des Regierungspräsidenten Emmerig über den Besuch des Bürgermeisters von Bad Abbach vom 22.3.1971. Darin begründet der Bürgermeister den Wunsch unter anderem mit der geographischen Nähe zu Regensburg, den guten Verkehrsverbindungen und den Pendlerbeziehungen.
- 35 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 2: Aktenvormerkung zu einer Besprechung mit der Arbeitsgruppe IV des Bayerischen Staatsministeriums des Innern am 23.3.1971. S. 2f.
- 36 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 0: Zusammenstellung der Einwohnerzahlen zum Vorschlag der Arbeitsgruppe IV vom 30.3.1971, S. 2f.
- 37 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 2: Aktenvormerkung zu einer Besprechung mit der Arbeitsgruppe IV des Bayerischen Staatsministeriums des Innern am 23.3.1971, S. 4-7. Vgl. auch RDO, Neugliederung, Ordner 0: Bericht über die Besprechung zur Feinabstimmung der Landkreisgrenzen am 7.5.1971.
- 38 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 2: Aktenvormerkung zu einer Besprechung mit der Arbeitsgruppe IV des Bayerischen Staatsministeriums des Innern am 23.3.1971, S. 4, 6f.
- 39 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 0: Vorschlag des Bayerischen Staatsministeriums des Innern für die Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte des Regierungsbezirks Oberpfalz vom 18.5.1971.
- 40 Zusätzlich zu den 21 Gemeinden aus dem Vorschlag der Regierung der Oberpfalz sollte Aichkirchen hinzukommen.
- 41 Dies waren die Gemeinden Buchhausen, Eggmühl, Mannsdorf, Oberdeggenbach, Schierling, Unterlaichling und Zaitzkofen. Das Innenministerium gliederte diese Gemeinden aufgrund ihres in den Lokalzeitungen geäußerten Wunsches in den Landkreis Regensburg ein.
- 42 Vgl. BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN (Hg.), Gebietsreform Bayern. Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte. Entwürfe der Bayerischen Staatsregierung. Gesetz zur Neuabgrenzung der Regierungsbezirke. Verordnung zur Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte, München 1971, S. 44, 202.
- 43 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 5: Landtagsdrucksache 7/1445 vom 10.11.1971, S. 84, 100, 108; BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN, Entwürfe (wie Anm. 42), S. 45, 77f, 182, 187, 192.
- 44 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 0: Vorschlag des Bayerischen Staatsministeriums des Innern für die Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte des Regierungsbezirks Oberpfalz vom 18.5.1971.
- 45 Vgl. STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 140: Stellungnahmen der Bürgermeister in dem Gespräch vom 25.5.1971.
- 46 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Eingemeindete Orte, Burgweinting 112: Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates Burgweinting vom 26.5.1971; STADTARCHIV REGENSBURG, Eingemeindete Orte, Oberisling 1429: Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates Oberisling vom 1.6.1971.
- 47 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Eingemeindete Orte, Oberisling 1318: Schreiben der Gemeinde Oberisling an das Landratsamt Regensburg vom 11.7.1971. In der bei der Bürgerversammlung am 11.7.1971 durchgeführten Abstimmung sprachen sich 341 der 421 Stimmberechtigten für die Bildung dieser Großgemeinde aus.
- 48 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 2: Schreiben des Oberstadtdirektors Dolhofer an Oberbürgermeister Schlichtinger vom 25.5.1971.
- 49 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 5: Begleitschreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern zum Anhörungsverfahren vom 7.7.1971. Vgl. auch Franz-Ludwig KNEMEYER, Das Anhörungsverfahren im Rahmen der bayerischen Gebietsreform, in: Bayerische Verwaltungsblätter 102 (1971), S. 371-375, hier S. 372f.
- 50 Vgl. LRA REGENSBURG, L1, Akt „Neugliederung der Landkreise“: Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kreistages Regensburg am 27.8.1971.
- 51 Vgl. STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 96: Schreiben des Landrats an alle Bürgermeister des Landkreises vom 19.7.1971.
- 52 Vgl. STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 95: Auswertung des gemeindlichen Anhörungsverfahrens vom 9.9.1971; RDO, Neugliederung, Ordner 5: Stellungnahmen der Gemeinden im Landkreis Regensburg, undatiert. Der Bestand im Staatsarchiv Amberg enthält auch viele Beschlüsse der Gemeinderäte der einzelnen Orte, worin sie ihre Ausführungen ausführlich begründen. Die Beschlüsse wurden zusammen mit den Formularen ans Landratsamt geschickt. Als Grund für die Ablehnung von Eingemeindungen wird die Bedrohung der finanziellen Lage des Landkreises aufgeführt. Hackenberg, Höhenberg, Ponholz, Rettenbach und Wulkersdorf sollten wegen den Beziehungen zum Raum Regensburg im Landkreis verbleiben.
- 53 Vgl. STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 95: Auswertung des gemeindlichen Anhörungsverfahrens vom 9.9.1971.
- 54 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 2: Vertrauliches Schreiben des Oberstadtdirektors Dolhofer an den Oberstadtdirektor Dr. Pfluger vom 12.8.1971. Darin warnt Dolhofer,

- Oberstadtbaudirektor Schlienzy könnte in der nächsten Sitzung des Stadtrats „mit seiner sogenannten großen Lösung vorprellen“ (S. 1), allerdings solle man sich auf die Forderung nach 8 Gemeinden beschränken, denn alles andere hätte „keine Aussicht auf Berücksichtigung beim Bayerischen Staatsministerium des Innern“ (S. 1).
- 55 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 2: Stellungnahme des Ferienausschusses des Stadtrats Regensburg vom 9.9.1971.
- 56 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 5: Schreiben der Regierung der Oberpfalz an das Bayerische Staatsministerium des Innern vom 14.9.1971, S. 5. Begründet wurden die Forderungen mit den ausgeprägten Verflechtungen der Gemeinden mit dem Raum Regensburg.
- 57 Im Einzelnen waren dies die Gemeinden Dinau, Hochdorf, Holzheim a.Forst, Kallmünz, Krachenhausen, Rohrbach, Traidendorf und Teile der Gemeinden Fischbach und See.
- 58 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 6: Stellungnahme im Anhörverfahren zum Landkreis Regensburg vom 21.9.1971. Zum Raum Kallmünz vgl. auch Erich LABLEBEN, Kallmünz von 1800 bis zur heutigen Zeit, in: MARKT KALLMÜNZ (Hg.), 1000 Jahre Kallmünz. 983-1983. Festschrift, Kallmünz 2000, S. 71-80, S. 72.
- 59 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 6: Stellungnahme im Anhörverfahren zur kreisfreien Stadt Regensburg vom 21.9.1971.
- 60 Vgl. STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 95: Begleitschreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern zum zweiten Anhörungsverfahren vom 6.10.1971.
- 61 Vgl. STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 95: Anlage 2 zur Ministerialentschließung vom 6.10.1971, S. 26f.
- 62 Vgl. STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 95: Anlage 3 zur Ministerialentschließung vom 6.10.1971 zum Regierungsbezirk Niederbayern, S. 6ff, 12f; STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 96: Anlage 3 zur Ministerialentschließung vom 6.10.1971 zum Regierungsbezirk Oberpfalz, Landkreis Regensburg, S. 1f.
- 63 Begründet wurde die Entscheidung bezüglich Ponholz und Hackenberg auch hier damit, dass starke Beziehungen zum Regensburger Raum bestehen würden, vgl. STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 96: Anlage 3 zur Ministerialentschließung vom 6.10.1971 zum Regierungsbezirk Oberpfalz, Landkreis Regensburg, S. 2. Ponholz hatte die Abtretung der westlich der Bahnlinie gelegenen Gebiete selbst ins Spiel gebracht, vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 3: Vormerkung über die Bereisung der Oberpfalz im Zuge des Anhörverfahrens vom 31.8.1971, S. 32.
- 64 Vgl. STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 95: Anlage 2 zur Ministerialentschließung vom 6.10.1971, S. 27.
- 65 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 3: Beschluss des Stadtrats Regensburg vom 21.10.1971.
- 66 Vgl. LRA REGENSBURG, L1, Akt „Neugliederung der Landkreise“: Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses Regensburg am 22.10.1971. Rettenbach und Wulkersdorf veranstalteten jeweils eine Unterschriftenaktion, bei der 94% beziehungsweise 90% der Einwohner für die Zugehörigkeit zum Landkreis Regensburg stimmten, vgl. STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 95: Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates Rettenbach vom 10.10.1971; STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 95: Schreiben der Gemeinde Wulkersdorf an das Landratsamt Regensburg vom 12.10.1971.
- 67 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 4: Pressemitteilung der Regierung der Oberpfalz vom 11.11.1971.
- 68 Vgl. KOCK, Landtag (wie Anm. 4), S. 191f.
- 69 Vgl. Ernst EMMERIG, 25 Jahre Gebietsreform in der Oberpfalz, in: Bayerische Verwaltungsblätter 129 (1998), S. 673-677, hier S. 673.
- 70 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 6: Pressemitteilung der Staatskanzlei vom 28.6.1971.
- 71 Bzgl. Strukturdaten vgl. BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN (Hg.), Gebietsreform Bayern. Neugliederung der Landkreise und kreisfreien Städte. Verordnung zur Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte. Gesetz zur Neuabgrenzung der Regierungsbezirke. 27. Dezember 1971, München 1972, S. 69-72.
- 72 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 4: Beilage 3 zur Pressemitteilung der Regierung der Oberpfalz vom 11.11.1971. Der Landkreis Regensburg verlor durch die Reform 3499 Einwohner an andere Landkreise, erhielt jedoch 28448 Einwohner in den eingegliederten Gebieten hinzu, vgl. dazu LRA REGENSBURG, L1, Akt „Gebietsreform/Verwaltung“: Änderungen durch die Verordnung zur Neugliederung Bayerns in Landkreise und kreisfreie Städte vom 25.2.1971.
- 73 Vgl. STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 96: Anlage 3 zur Ministerialentschließung vom 6.10.1971 zum Regierungsbezirk Oberpfalz, Landkreis Regensburg, S. 2.
- 74 Vgl. LRA REGENSBURG, 022, Akt „Wulkersdorf“: Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates Wulkersdorf vom 12.7.1972.

- 75 Vgl. LRA REGENSBURG, 022, Akt „Wulkersdorf“: Schreiben der Regierung der Oberpfalz an alle Landratsämter vom 25.8.1972.
- 76 Vgl. LRA REGENSBURG, 022, Akt „Wulkersdorf“: Auszug aus dem Sitzungsbuch des Kreistages Schwandorf vom 5.10.1972.
- 77 Vgl. LRA REGENSBURG, 022, Akt „Wulkersdorf“: Schreiben der Regierung der Oberpfalz an die Gemeinde Wulkersdorf vom 12.12.1973.
- 78 Vgl. RDO, Neugliederung, Ordner 5: Landtagsdrucksache 7/1445 vom 10.11.1971, S. 108.
- 79 Vgl. LRA REGENSBURG, 022, Akt „Ponholz“: Schreiben des Landrats Deininger an Abgeordnete des Bayerischen Landtags vom 12.3.1976; LRA REGENSBURG, 022, Akt „Ponholz“: Schreiben von Innenminister Merk an Landrat Deininger vom 31.5.1976.
- 80 Vgl. LRA REGENSBURG, 022, Akt „Ponholz“: Normenkontrollantrag der Gemeinde Ponholz gegen den Freistaat Bayern vom 25.7.1977.
- 81 Vgl. LRA REGENSBURG, 022, Akt „Ponholz“: Schreiben der Regierung der Oberpfalz an die Landratsämter Regensburg und Schwandorf vom 24.1.1978; LRA REGENSBURG, 022, Akt „Ponholz“: Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof vom 25.6.1978.
- 82 Vgl. LRA REGENSBURG, 022, Akt „Ponholz“: Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes vom 17.2.1983.
- 83 Vgl. LRA REGENSBURG, 022, Akt „Barbing“: Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern an die Bezirksregierungen vom 30.12.1971.
- 84 Vgl. BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN (Hg.), Richtlinien für die Zusammenfassung zu größeren Verwaltungseinheiten vom 10.8.1971, in: Ministerialamtsblatt der Bayerischen Inneren Verwaltung 90 (1971), S. 845-849, hier S. 847f. Vgl. auch Bruno MERK, Gebiets- und Verwaltungsreform in Bayern, in: Bayerische Verwaltungsblätter 102 (1971), S. 165-168 und S. 214-217, hier S. 216; Heinz MÜNZENRIEDER, Zwanzig Jahre Landkreisreform. Eine kurze Betrachtung unter dem Gesichtspunkt der Stadt-Umland-Problematik, in: Bayerische Verwaltungsblätter 124 (1993), S. 481-483, hier S. 482.
- 85 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 7: Aktenvormerkung zu einer Besprechung mit Ministerialdirigent Knies am 23.5.1972.
- 86 Vgl. LRA REGENSBURG, 022, Karton „Gebietsreform/Zielplanung 1975/Planungsvorschläge d. LRA 1971/73“, Akt „Gemeinde-Gebietsreform/Planungsvorschläge 1971-1973 d. Landkreises“: Niederschrift über die Besprechung mit 27 Gemeinden am 9.7.1973. Man wollte Burgweinting, Harting und Obertraubling zu einer Großgemeinde zusammenfassen, während Oberisling mit Pentling zusammengelegt werden sollte.
- 87 Vgl. LRA REGENSBURG, 022, Karton „Zeitungsausschnitte der Gebietsreform“, Akt „Gemeinde-Geb.-Reform/Stadt-Umland-Problem 1975“: Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses Regensburg am 9.3.1973. Zur Begründung der Forderung wurde vorgebracht, dass die Gemeinden mit der Stadt baulich verbunden wären, sie starke Pendlerbeziehungen zur Stadt aufweisen, ihre Bürger die kommunalen Einrichtungen der Stadt nutzen und sie Fläche für den Bedarf der Stadt liefern würden, vgl. dazu STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 7: Auflistung der Verflechtungskriterien mit den beanspruchten Umlandgemeinden vom 1.3.1973.
- 88 Vgl. BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN, Stadt-Umland-Gutachten (wie Anm. 9), S. 13f, 85-99.
- 89 Zur Bereisung vgl. LRA REGENSBURG, L1, Akt „Stadt-Umland-Problem“: Auszug aus dem Sitzungsbuch des Kreistages Regensburg zur Sitzung am 29.7.1974, S. 1f.
- 90 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 10: Stellungnahme von Landrat Deininger in der Sitzung der Stadt-Umland-Kommission am 9.4.1974, S. 1-8, 12f.
- 91 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 11: Entwurf des Einführungsvortrags des Oberbürgermeisters vor der Stadt-Umland-Kommission am 9.4.1974, S. 2-12, 14f..
- 92 Vgl. LRA REGENSBURG, L1, Akt „Eingemeindungsansprüche der Stadt Regensburg“: Auszug aus dem Sitzungsbuch des Kreisausschusses Regensburg zur Sitzung am 24.5.1974, S. 2. Die Umgliederung erfolgte zum 1.1.1975, vgl. LRA REGENSBURG, 022, Karton „Gebietsreform/Zielplanung 1975/Planungsvorschläge d. LRA 1971/73“, Akt „Gemeinde-Gebietsreform/ Zielplanung/RS vom 27.10.1975“: Entwurf einer Verordnung zur Änderung von Grenzen der Regierungsbezirke, Landkreise und kreisfreien Städte vom 27.1.1976, S. 69.
- 93 Vgl. BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN, Stadt-Umland-Gutachten (wie Anm. 9), S. 192-196.
- 94 STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 12: Aktenvormerkung über ein Gespräch mit Regierungsdirektor Reigl vom Bayerischen Staatsministerium des Innern vom 20.1.1975, S. 1.
- 95 Vgl. LRA REGENSBURG, L1, Akt „Stadt-Umland-Problem“: Vorschlag zur Neugliederung der kreisfreien Stadt Regensburg vom 1.7.1975, S. 1-4.
- 96 Vgl. LRA REGENSBURG, L1, Akt „Stadt-Umland-Problem“: Auszug aus dem Sitzungsbuch des Kreisausschusses Regensburg zur Sitzung am 15.12.1975; STADTARCHIV REGENSBURG,

- Eingemeindete Orte, Oberisling 1545: Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 8.12.1975; STADTARCHIV REGENSBURG, Eingemeindete Orte, Burgweinting 354: Protokoll zur Besprechung mit der Stadt Regensburg vom 5.8.1975; STADTARCHIV REGENSBURG, Eingemeindete Orte, Harting 77: Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 8.12.1975.
- 97 LRA REGENSBURG, L1, Akt „Stadt-Umland-Problem“: Begleitschreiben zur Zielplanung der Regierung der Oberpfalz für die Neugliederung der Gemeinden vom 27.10.1975, S. 1f.
- 98 Zur Begründung der vorgeschlagenen Eingemeindungen in die Stadt Regensburg vgl. LRA REGENSBURG, 022, Karton „Gebietsreform/Anhörungsverfahren“, Akt „Gemeinde-Geb.-Reform/Anhörungsverfahren 1.7.1975/Reg.-Vorschlag“: Erwägungen zur Zielplanung der Regierung der Oberpfalz zur Neugliederung des Landkreises Regensburg/der Stadt Regensburg vom 20.11.1975, S. 7-16.
- 99 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 14: Schreiben von Landrat Deininger an die Mitglieder der CSU-Landtagsfraktion vom 7.1.1976.
- 100 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 14: Schreiben von Stadtdirektor Baldauf an den CSU-Stadtrat Wilhelm Gastinger vom 9.1.1976, S. 1.
- 101 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 14: Informationsschreiben des Landtagsabgeordneten Wilhelm Gastinger an die Mitglieder der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag vom 9.1.1976.
- 102 Von den bei der Abstimmung am 13.1.1976 anwesenden 80 Fraktionsmitgliedern stimmten 48 für eine Änderung zugunsten des Landkreises und der Gemeinde Barbing. Insgesamt hatte die CSU-Fraktion 132 Mitglieder – es ist also fraglich, wie die Abstimmung bei Vollzähligkeit der Fraktion ausgefallen wäre, vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 14: Schreiben des CSU-Stadtrats Wilhelm Gastinger an Oberbürgermeister Schlichtinger vom 14.1.1976.
- 103 In der Diskussion wurde von CSU-Vertretern auf die Fraktionsentscheidung verwiesen und eine Diskussion weitestgehend abgeblockt. Die Entscheidung fiel mit 14 Stimmen der CSU gegen 10 der Opposition und 1 der CSU, vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 16: Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen des Bayerischen Landtags vom 11.2.1976.
- 104 Vgl. KOCK, Landtag (wie Anm. 4), S. 219; STA AMBERG, LRA Regensburg 2008, Nr. 139: Stenographischer Bericht 8/43 zur Sitzung des Bayerischen Landtags vom 25.2.1976, S. 2113-2143.
- 105 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 15: Schreiben des Vorsitzenden der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag an Oberbürgermeister Schlichtinger vom 4.3.1976, S. 1f.
- 106 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 14: Schreiben des CSU-Stadtrats Wilhelm Gastinger an Oberbürgermeister Schlichtinger vom 14.1.1976, S. 2; STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 14: Schreiben der Stadtratsfraktion der CSU an Oberbürgermeister Schlichtinger vom 3.2.1976.
- 107 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 19: Beschluss des Stadtrats Regensburg vom 20.5.1976; STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 19: Entwurf des Normenkontrollantrags der Stadt Regensburg gegen den Freistaat Bayern vom 1.6.1976.
- 108 Vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 20: Niederschrift über die mündliche Verhandlung des V. Senats des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof vom 26.11.1976; STADTARCHIV REGENSBURG, Rechtsdezernat 20: Niederschrift über die mündliche Verhandlung des V. Senats des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof vom 1.12.1976.
- 109 Vgl. LRA REGENSBURG, 022, Akt „Barbing“: Schreiben der Regierung der Oberpfalz an die Stadt Regensburg, den Landkreis Regensburg und die Gemeinde Barbing vom 19.10.1977, S. 1f; LRA REGENSBURG, L1, Akt „Stadt-Umland-Problem“: Auszug aus dem Sitzungsbuch des Kreistages Regensburg vom 5.8.1977. Vgl. auch Christa MEIER, 20 Jahre Gebietsreform im Raum Regensburg. Die Sicht der Stadt, in: Ernst EMMERIG/Konrad Maria FÄRBER (Hg.), Regensburger Almanach 1993, Regensburg 1993, S. 78-83, hier S. 80.
- 110 Zu den Verhandlungen finden sich diverse Unterlagen in einem Bestand des Regensburger Stadtarchivs, vgl. STADTARCHIV REGENSBURG, Ausschusssitzungsprotokolle 282. Vgl. auch LRA REGENSBURG, 022, Akt „Barbing“: Aktenvormerkung zu Gesprächen zwischen Vertretern der Stadt, des Landkreises und der Gemeinde Barbing am 11.11.1977; LRA REGENSBURG, 022, Akt „Barbing“: Auszug aus dem Sitzungsbuch des Kreis Ausschusses Regensburg über die Sitzung am 28.11.1977.
- 111 Vgl. LRA REGENSBURG, 022, Akt „Barbing“: Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates Barbing vom 21.11.1977; LRA REGENSBURG, 022, Akt „Barbing“: Auftrag zur Veröffentlichung der überarbeiteten Verordnung im Regierungsamtsblatt durch Regierungspräsident Emmerig vom 21.12.1977.

Die Gemeindegebietsreform

Im Rahmen der gesamten Gebietsreform von 1972 bis 1978 erhielt der Landkreis Regensburg ein deutlich verändertes Gesicht. Das zeigt ein Blick auf die regionale Landkarte. Die Gesamtfläche wuchs um 30 Prozent von 1.093 auf 1.394 Quadratkilometer. Die Einwohnerzahl stieg auf etwa 130.000 – rund um ein Viertel also.

Von Bernhard Fuchs

An der Grundstruktur änderte sich zwar nichts: Nach wie vor umschließt der Landkreis von allen Himmelsrichtungen her die kreisfreie Großstadt Regensburg. Diese konnte sich vor allen Dingen in Richtung Burgweinting und Osthafen ausdehnen.

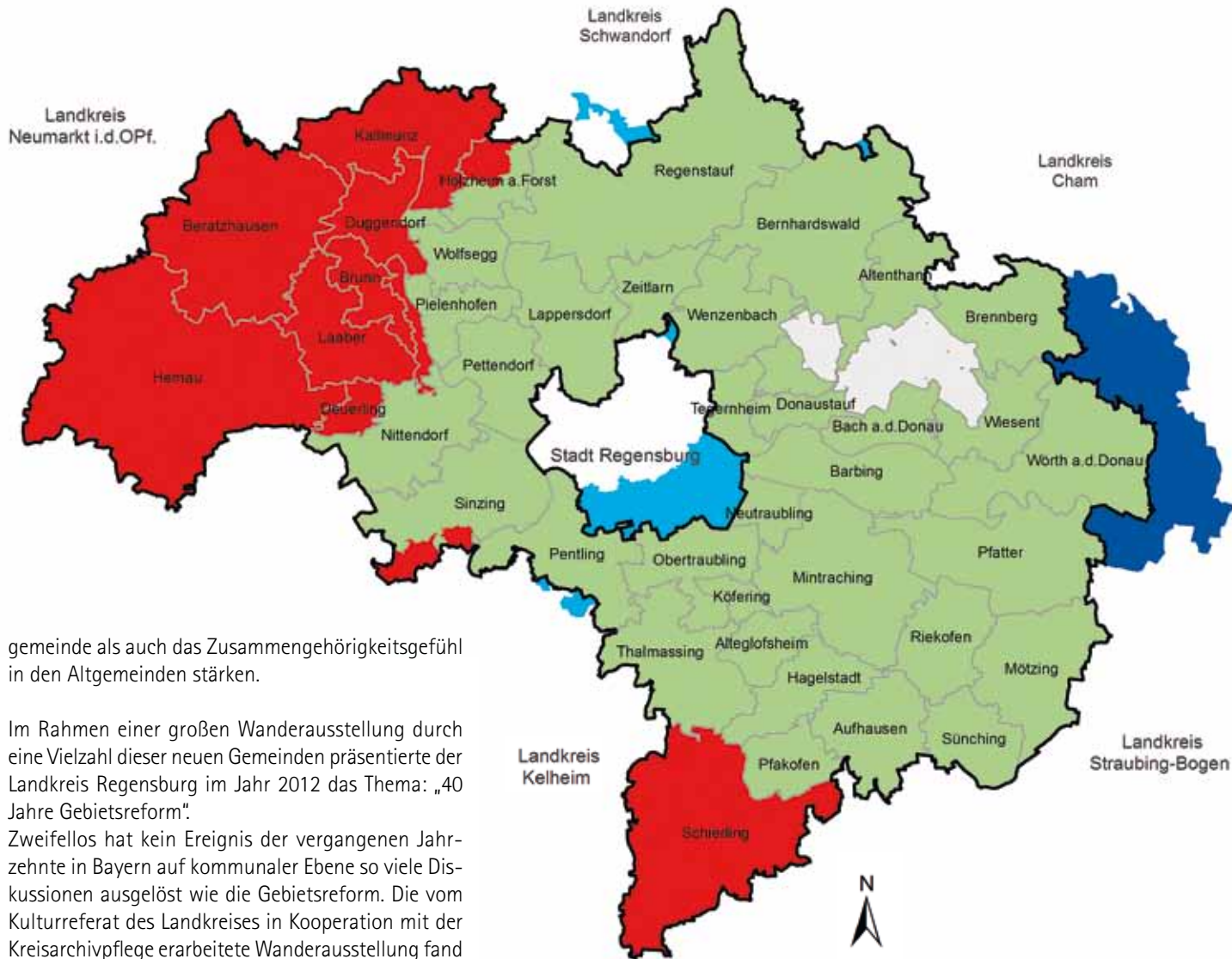
An den äußeren Rändern kam es dagegen für den Landkreis Regensburg zu deutlichen Zuwächsen: Aus den Altlandkreisen Burglengenfeld, Kelheim, Mallersdorf, Parsberg und Rottenburg an der Laaber schlossen sich größere und kleinere Gemeinden an – lediglich im Osten wechselten einige Gemeinden nach Cham und Straubing.

Während und nach diesem ersten Schritt der Landkreisreform wurde auch die kommunale Ebene der Gemeinden neu strukturiert. Bereits 1970 trat die Regierung an die Landkreise heran, Vorschläge zur Verringerung der Gemeindezahl zu machen, Besprechungen mit beteiligten Bürgermeistern und Gemeindegremien über die Vorstellungen der Landkreise und der Regierung einzuberufen. Den meisten Klein- und Kleinstgemeinden war in dieser Phase bereits klar, dass der Ist-Zustand nicht aufrecht zu erhalten sein würde und sie sich mit anderen Gemeinden zu einer größeren Gemeinde zusammenschließen oder sich im Rahmen einer Eingemeindung an eine größere Gemeinde angliedern müssen. In einer ersten Phase verringerte sich bis 1972 die Zahl der Gemeinden auf 107 (davon 89 aus dem Altlandkreis).

Durch den zweiten Schritt der Gemeindegebietsreform bis 1978 entstanden daraus 41 finanzstarke

Gemeinden. 1975 wurde von der Regierung der Oberpfalz in einer Zielplanung ein Konzept vorgelegt, das im Großen und Ganzen auch so umgesetzt wurde. Bis zum Ende der Freiwilligkeitsphase hatten die meisten Gemeinden der Planung zugestimmt oder sich ihr gebeugt, auch um die staatlichen Sonderzuweisungen nicht zu verlieren. Bei diesen Zusammenschlüssen und Eingemeindungen kam es auch zu Konflikten, mussten doch alte Verwaltungsstrukturen und Selbständigkeiten aufgegeben werden. Probleme entstanden in einigen Fällen auch bei der Bestimmung des neuen Gemeindepflichtsitzes. Neben richtigen Großgemeinden wie Nittendorf und Pentling, die jeweils nicht über ein beherrschendes Zentrum verfügten, entstanden auch gerade in kleinen Orten, die sich in ihren Einwohnerzahlen ebenso wenig unterschieden, erbitterte Kämpfe um den Verwaltungssitz. Die Umsetzung der getroffenen Beschlüsse wurde dann mit der Feststellung der Geldmittel und der Bürogegenstände sowie des Verwaltungsschriftgutes und der Standesamtbücher vollzogen. Als deutliches Zeichen der Auflösung der Altgemeinden kann dabei die Übergabe der Gemeindekasse und die Einsendung der Dienstsiegel an das Landratsamt bzw. an das Hauptmünzamt in München gelten.

In fast allen Gemeinden hatte sich jedoch die Ansicht durchgesetzt, dass eine leistungsfähige Verwaltung nur im größeren Rahmen zu bewerkstelligen ist und mit dem Ausbau der Gemeindestraßen und der deutlich gestiegenen Mobilität der Menschen – fast jeder Haushalt hatte Ende der 1970er Jahre ein eigenes Auto – waren die hauptsächlichen Gegenargumente der Reform überwunden. Die Entwicklung der kleinen Feuerwehren, die selbstverständlich in den Großgemeinden weiterbestanden, und die Bildung neuer lokaler Vereine konnten sowohl die Identität der Groß-



gemeinde als auch das Zusammengehörigkeitsgefühl in den Altgemeinden stärken.

Im Rahmen einer großen Wanderausstellung durch eine Vielzahl dieser neuen Gemeinden präsentierte der Landkreis Regensburg im Jahr 2012 das Thema: „40 Jahre Gebietsreform“.

Zweifellos hat kein Ereignis der vergangenen Jahrzehnte in Bayern auf kommunaler Ebene so viele Diskussionen ausgelöst wie die Gebietsreform. Die vom Kulturreferat des Landkreises in Kooperation mit der Kreisarchivpflege erarbeitete Wanderausstellung fand überaus große und positive Resonanz in den einzelnen Orten. Die Wanderausstellung erreichte auf eindrucksvolle Weise ihr Ziel, die Gestalt der früheren wie auch das Werden der neuen Strukturen im Regensburger Land zu beleuchten. Für die nachkommenden Generationen von Landkreisbewohnern und -bewohnerinnen wurde damit auch die Entwicklung einer lebendigen und zukunftsfähigen Region aufgezeigt.

Das Landratsamt Regensburg als übergeordnete und ausführende Behörde bei der Umsetzung der Gemeindegebietsreform hat einen reichen Aktenbestand, der

die Verhandlungen und Ergebnisse auf gemeindlicher Ebene dokumentiert. Aus diesen Quellen entstand für jede Gemeinde eine Überblicksdarstellung der Veränderungen, ergänzt um Karten des Grafikers Günter Lichtenstern, Luftaufnahmen aus den 1970er Jahren sowie um einschlägige Zeitungsartikel.

- Gebietszugang 1972
- Gebietsabgang 1972
- Gebietsabgang nach 1972
- Landkreis Regensburg
- Gemeinden im Landkreis Regensburg
- Gemeindefreie Gebiete

Graphik: Landratsamt Regensburg (L37, Plötz), 2012
 Geobasisdaten © Bayerische Vermessungsverwaltung
 (www.geodaten.bayern.de), 2011

Alteglöfsheim

In den ersten Planungen zur Gemeindereform 1971 wurde eine Verwaltungseinheit im Gebiet zwischen Thalmassing und Sengkofen vorgeschlagen. Für Alteglöfsheim änderte sich jedoch bis 1975 nichts an der kommunalen Situation. Der Zielplanungsentwurf der Regierung sah für diesen Raum die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit Sitz in Alteglöfsheim vor, die daneben die Mitgliedsgemeinden Hagelstadt, Pfakofen und Thalmassing umfassen sollte. Alteglöfsheim selbst sollte durch die Angliederung des Ortes Köfe-

ring gestärkt werden.¹ Köfering konnte jedoch den Bestand seiner Gemeinde sichern und sollte deshalb als Mitgliedsgemeinde ebenfalls der Verwaltungsgemeinschaft beitreten. Das Gemeindegebiet Alteglöfsheims erfuhr somit während der Reform keine Veränderung. Ihm kam aber als geographisches und einwohnerstarkes Zentrum dieses Raums die Rolle des Verwaltungssitzes der neuen Verwaltungsgemeinschaft zu.² Diese stand mit fünf Mitgliedsgemeinden von Anfang an



Altenthann

Pläne zur Zusammenlegung von Gemeinden im Vorwald existierten bereits Ende der 1960er Jahre. Verschiedene Konzepte wurden erarbeitet, so die Bildung einer Großgemeinde von Bernhardswald, Brennberg sowie Altenthann als Zentrum. Der Versuch einer Angliederung an die sich bildende Großgemeinde Bernhardswald 1972 scheiterte. Die Altenthanner Bürger hatten sich bei einer Volksabstimmung mit 235 zu 29 Stimmen für eine westlich orientierte Lösung entschieden. Der Gemeinderat dagegen votierte mit fünf zu vier Stimmen gegen einen Zusammenschluss.⁴ Auch mit Brennberg, das dem drohenden Verlust jeglicher Verwaltungs-



zentren im Vorwald entgegnen wollte, zeichnete sich keine Lösung ab. 1975 stellte die Zielplanung der Regierung die Gemeinde Altenthann in ihrem bisherigen Bestand nicht in Zweifel, forderte aber die Mitgliedschaft in der Verwaltungsgemeinschaft Donauaustauf. Bei einer Bürgerabstimmung in Lichtenwald sprachen sich 63 Prozent der Wähler für eine Eingliederung nach Altenthann und nicht nach Donauaustauf aus. Altenthann war bereit, diesen Wunsch zu unterstützen, da Lichtenwald der Pfarrei und Schule Altenthann angehörte. Die Regierung nahm diesen Vorschlag an.⁵ Am 29.1.1976 schlossen die Gemeindegremien und die Bürgermeister Anton Weber von Lichtenwald und Karl Hochstetter von Altenthann eine Vereinbarung, die das Inkrafttreten des Ortsrechts von Altenthann, die Erhaltung der Gemeindegremien, der Feuerwehr Lichtenwald sowie die Zusicherung von Teilbürgerversammlungen regelte. Die Eingliederung erfolgte schließlich am 1.1.1978.⁶ Die Beteiligung an der Verwaltungsgemeinschaft Donauaustauf war für Altenthann sicher vorteilhaft, konnte es so doch seine Existenz als Gemeinde sichern. 1975 beschlossen die beteiligten Gemeinden aufgrund des Regierungsvorschlages die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft, die zum Stichtag am 1.5.1978 ihre Arbeit aufnahm.⁷



Acht Vorwaldgemeinden berieten über einen Zusammenschluß

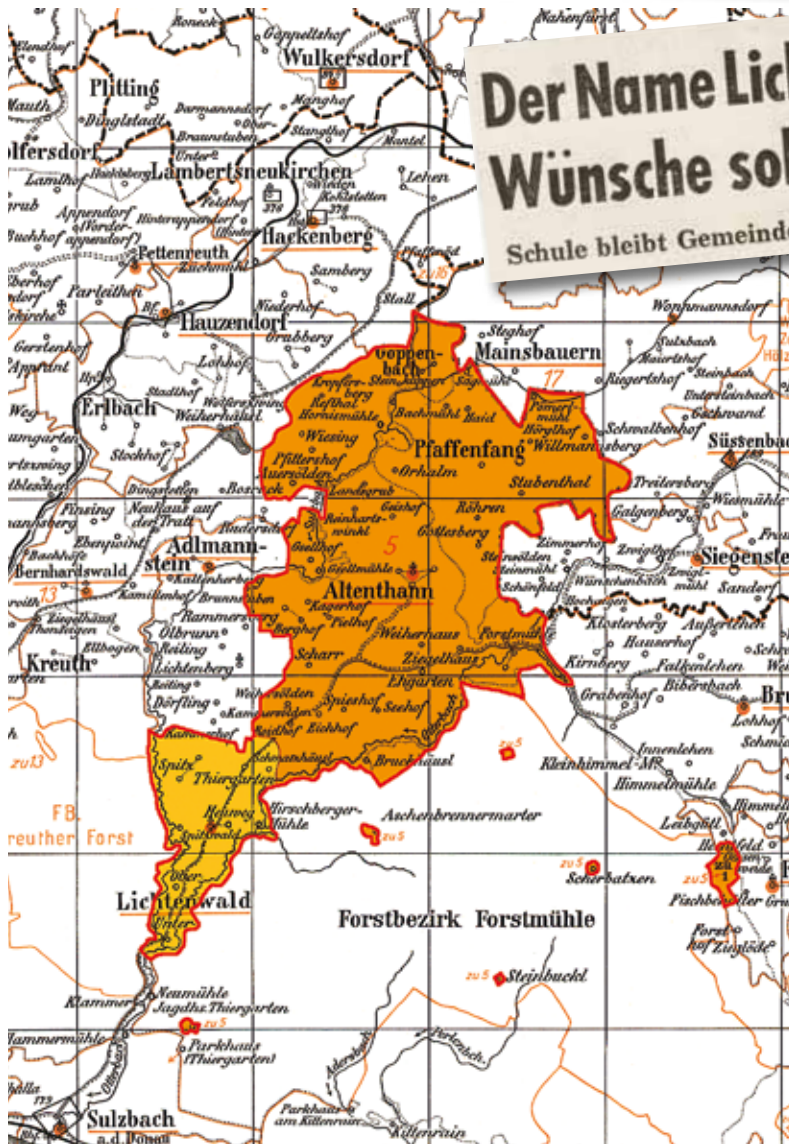
Altenthann stellt sich dagegen / Entscheidung noch vor 1. Januar 1972 / Letztes Wort bei den Gemeinderäten

Der Name Lichtenwald verschwindet ganz
Wünsche sollen Altenthann nicht weh tun

Schule bleibt Gemeindezentrum / Bruckmüller für „Verlobungsfeier“ vor „Ehe“

Mittelbayerische Zeitung,
23.08.1971 und 04.02.1976

» Bei einer *Bürgerabstimmung* in Lichtenwald sprachen sich *63 Prozent* der Wähler für eine Eingliederung nach *Altenthann* und nicht nach *Donaustauf* aus.



Aufhausen

Die Gemeinde Aufhausen besteht heute aus den ehemaligen Kleingemeinden Aufhausen, Petzkofen, Triftlfing und Irnkofen. Pläne zur Vereinigung dieser Orte bestanden auf Anregung des Bezirksamtes bereits seit 1868, wurden von den Gemeindeausschüssen Ende 1869 beschlossen, aber 1870 wieder aufgehoben. Auch der erzwungene Zusammenschluss während des Dritten Reiches war nicht von langer Dauer.⁸ Anfang 1970 wurde im Rahmen der beginnenden Gemeindegebietsreform ein erneuter Versuch zur Zusammenlegung unternommen. Aufgrund der in Aussicht gestellten Sonderzuweisungen sprachen sich die Gremien der vier Gemeinden für die Einleitung eines vorbereitenden Verfahrens aus. Dabei war neben Bürgerver-

Mittelbayerische Zeitung,
24.12.1975

sammlungen, in denen Vertreter des Landratsamtes die Vorteile der Reform erläuterten, auch eine Bürgerabstimmung vorgesehen. Bei dieser stimmte eine klare Mehrheit in allen Gemeinden für die Bildung einer gemeinsamen Verwaltungseinheit. Gemeindegemeinschaft sollte der Ort Aufhausen werden, der mit ungefähr 750 Bewohnern einwohnerstärker war als die drei übrigen Gemeinden zusammen. Am 1.4.1971 wurde die „Großgemeinde“ Aufhausen gebildet.⁹ Sie umfasste jetzt etwa 1.400 Einwohner. Die allgemeine Planung der Staatsregierung forderte jedoch Verwaltungseinheiten mit mindestens 5.000 Bewohnern. Damit sah Aufhausen erneuten Veränderungen entgegen. Die

Aufhausen will Regierung zeigen wo der Barthl den Most holt

Akten werden nur unter Polizeischutz herausgegeben / Fahnen auf halbmast, Glockengeläute und Trauerchoräle

Aufhausen (bm). Am letzten Montag lief der Mehrheit im Aufhausener Gemeinderat das Haferl über. Unter der Leitung von Bürgermeister Toni Schmid wurde mit zehn gegen zwei Stimmen ein Beschluß gefaßt, der vermutlich in die Annalen der Gemeinde um die Wallfahrtskirche Maria Schnee eingehen wird. Danach lehnt die Gemeinde die Zielplanungsvorschläge der Regierung im Hinblick auf eine Verwaltungsgemeinschaft mit Sünching rundweg ab. Sollte die Absicht der „Regierenden“ aber doch vollzogen werden, wollen die Aufhausener nur der Gewalt weichen. Das hierzu erarbeitete „Programm“ wurde der Landredaktion vom Bürgermeister gestern übermittelt.

Wie Bürgermeister Toni Schmid bei der letzten Sitzung des Gemeinderates feststellte, habe Aufhausen durch Zusammenschlüsse mit Nachbargemeinden, darunter Triftlfing, bereits im April 1971 eine „Großgemeinde“ gebildet. Die Zusage, wonach Aufhausen sein gebietsreformerisches Soll damit erfüllt und das Recht auf Selbständigkeit erworben habe, soll den Aufhausenern damals gegeben worden sein. Wie Toni Schmid erklärte, sei seither in der Großgemeinde „Unwahrscheinliches“ geleistet worden: im Straßenbau, der Anlage von Gehwegen, der Erweiterung der

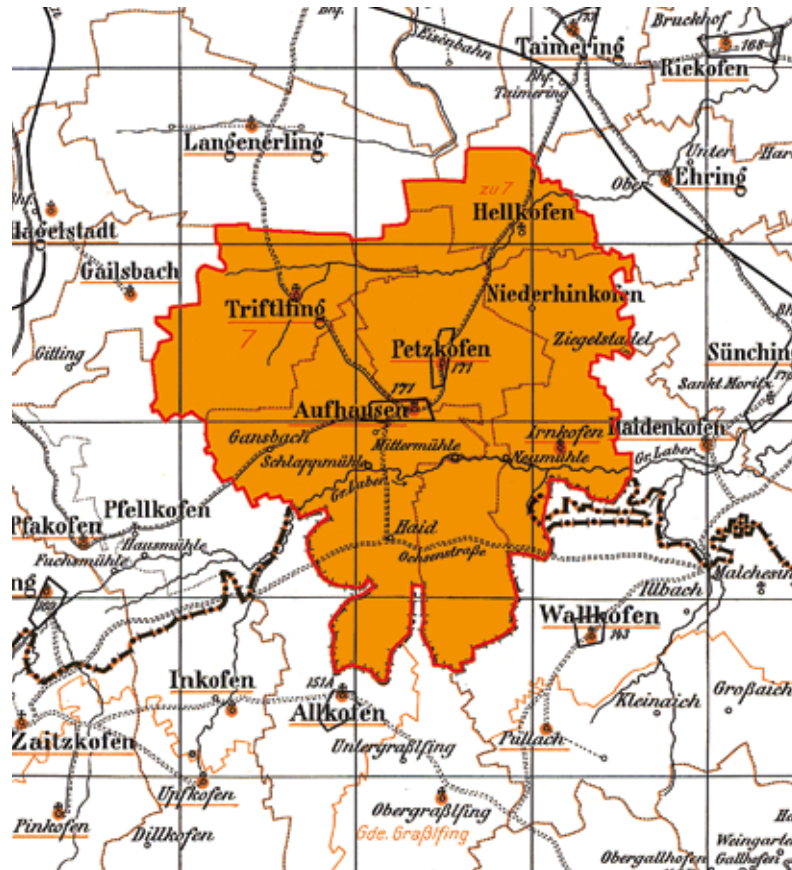
Nach dieser flammenden Rede des Gemeindeoberhauptes wurde mit zehn gegen zwei Stimmen folgender Gemeinderatsbeschluß gefaßt, den wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben: Die Gemeinde Aufhausen lehnt hiermit jeden weiteren Schritt für eine Verwaltungsgemeinschaft strikt ab und verzichtet dadurch auf die Kopfbeträge von 80 Mark, die (für den Fall des Zusammenschlusses in einer Verwaltungsgemeinschaft mit Sitz in Sünching) in den Jahren 1978/81 zur Auszahlung kommen würden. Sollte am 31. März 1976 gegen den Willen der Gemeinde abgestimmt (vermutlich entschieden) werden, so behält sich die Gemeinde folgendes vor: Die Standesamt- und Verwaltungsakten werden nur mit Polizeischutz herausgegeben. Auf dem Kirchplatz und Verwaltungsgebäude werden die Fahnen auf halbmast gesetzt. Die Glocken der beiden Kirchen werden die Trauerbotschaft über den Untergang der Gemeindeverwaltung Aufhausen, weit in beide Landkreise tragen. Mit Trauerchorälen am Rathaus, sowie Auszug mit sämtlichen Ortsvereinen, an der Spitze Bürgermeister mit seiner 15 Mann starken Blaskapelle, werden die Trauermärsche Beethoven und Chopin bis zur Ortschaft erklingen. Vom Ortsausgang geht es mit einem Schmissmarsch zu

Freistaates Bayern bildet für diese Trauerfeier den Abschluß.

Soweit der wörtlich wiedergegebene Text aus der Montagsitzung des Gemeinderates von Aufhausen. Um Fehlinterpretationen auszuschließen, sei angefügt, daß die oben angeführten Aufschriften keineswegs in Stein gehauen die Aufhausener Kriegerdenkmäler zieren. Die Protest-Texte sollen im Demonstrationsfall auf Taferin gemalt und an den Denkmälern angebracht werden. Sollte es in Aufhausen zu Protestaktionen kommen, dürfte der Zustrom Schaulustiger jeden und damit auch den besten bisherigen Barthl-Markt in den Schatten stellen, dann nämlich, wenn die Aufhausener der Obrigkeit beweisen werden, wo der Barthl den Most wirklich holt. Für eine Verwaltungsgemeinschaft mit Sünching und damit gegen eine spektakuläre Aktion stimmten Kreisrat Lichtinger und H. Bumés im Aufhausener Gemeinderat.

» Am 1.4.1971 wurde die „Großgemeinde“ Aufhausen gebildet.

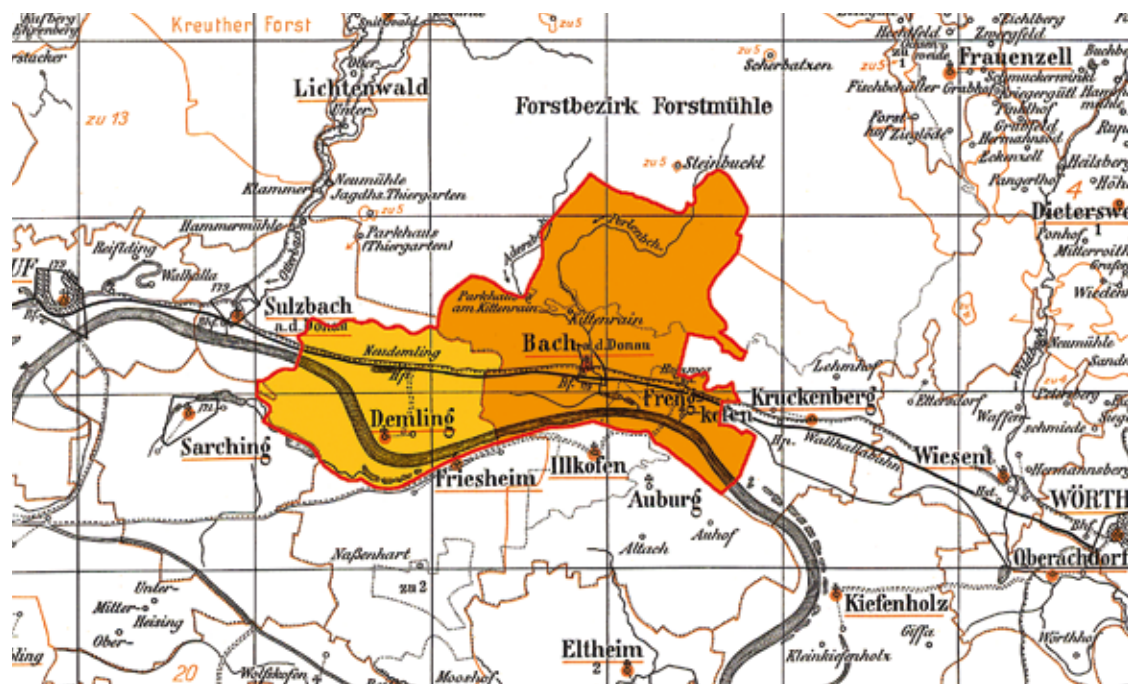
Regierung der Oberpfalz plante in ihrem Zielentwurf 1975 für den Südosten des Landkreises eine Verwaltungsgemeinschaft Sünching, der neben Mötzing, Pfakofen und Riekofen auch Aufhausen angehören sollte. Dagegen wehrte sich Aufhausen jedoch, versuchte Verhandlungen mit Pfakofen und Langenerling über einen möglichen Zusammenschluss einzuleiten, um eine selbständige Gemeinde bleiben zu können. Da die potentiellen Partner allerdings kein Interesse zeigten und sich eher Richtung Alteglofsheim orientierten, konnte dieses Konzept nicht weiter verfolgt werden.¹⁰ Noch bis zum Ablauf der Freiwilligkeitsphase der Gebietsreform Ende 1975 lehnte Aufhausen den Zusammenschluss zur Verwaltungsgemeinschaft Sünching ab.¹¹ Damit verfielen die Ansprüche auf Sonderzuweisungen und die Gemeinde wurde von Amts wegen der Verwaltungsgemeinschaft Sünching zugewiesen. Erster Vorsitzender der Gesamt-Verwaltungsgemeinschaft, die sich am 1.5.1978 formierte, wurde der Aufhausener Bürgermeister Anton Schmid.¹²



Bach an der Donau

Erste Pläne zur Gebietsreform um 1970 forcierten im Raum westlich von Bach die Vereinigung der Gemeinden Demling, Lichtenwald und Sulzbach an der Donau. Dieser Idee war jedoch kein Erfolg beschieden, sah man darin doch keine dauerhafte Lösung für den Raum Donaustauf, da von der Staatsregierung Verwaltungseinheiten in der Größe von mindestens 5.000 Einwohnern gefordert wurden. Eine Konkretisierung begann für Bach 1975 mit der Zielplanung der Regierung. Diese sah vor, Demling, das etwa 350 Einwohner hatte, an Bach (etwa 1.100 Einwohner) anzugliedern und die vergrößerte Gemeinde in die zu bildende Verwaltungsgemeinschaft Donaustauf zu integrieren.¹³ Im Dezember 1975 beschloss der Gemeinderat Demling

mit fünf zu vier Stimmen den Eingemeindungsvertrag. Auch das Gemeindegremium von Bach mit Bürgermeister Johann Scheck nahm den Vertrag an. Im Jahr 1976 beantragte Bürgermeister Lambert Beer von Demling, den vorgesehenen Eingliederungszeitpunkt vom 1.1.1978 auf den 1.5.1978 hinauszuzögern, doch das Landratsamt und die Gemeinde Bach beharrten auf dem 1.1.1978. Nach der Übergabe der Kassengeschäfte am 29.12.1977 wurde dann zu Neujahr die Gemeinde Demling aufgelöst und der Gemeinde Bach angegliedert.¹⁴ Anfang Mai desselben Jahres wurde diese Gemeinde dann Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft Donaustauf.



» Im Dezember 1975 beschloss
der Gemeinderat Demling
mit fünf zu vier Stimmen
den Eingemeindungsvertrag.

Gemeinden Bach und Demling haben sich geeinigt
Von den Demlinger Gemeinderäten stimmten vier gegen den Zusammenschluß

87



Donau-Post
01.12.1975

Barbing

1970 war im Zuge der Gebietsreform die Zusammenlegung der Gemeinden Eltheim, Friesheim, Illkofen und Sarching noch ohne Barbing vorgesehen. Doch bald war eine Vereinigung dieser Gemeinden einschließlich Barbing im Gespräch. Während Barbing sich damit einverstanden zeigte, beklagten die Eltheimer die mangelnde Aufklärung über die Zusammenlegungspläne und einigten sich auf eine abwartende Haltung. Damit wurde das vorbereitende Verfahren ohne Eltheim eingeleitet. Bei der Volksabstimmung sprachen sich nur die Bürger von Illkofen mehrheitlich gegen einen Zusammenschluss aus. Die übrigen Gemeindevertretungen beschlossen daraufhin einstimmig eine Vereinigung zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Dagegen erhob jedoch die Stadt Regensburg Einwendungen, hatte sie doch Interesse an einer Eingliederung der kompletten Altgemeinde Barbing in das Gebiet der Stadt.¹⁵ Auch die Staatsregierung ließ Zusammenlegungen nicht zu, die eine Lösung des Stadt-Umland-Problems erschweren könnten. Damit war der erste Versuch einer Großgemeinde Barbing gescheitert. Nachdem im Zuge

der Landkreisreform 1972 Barbing selbständig blieb, wünschten die Gemeinderäte der fünf Gemeinden – einschließlich Eltheim und Illkofen – 1974 wiederum einen Zusammenschluss, sofern Barbing keine Gebietsabtretungen an Regensburg hinzunehmen habe.¹⁶ Die Regierung war in ihrer Zielplanung 1975 mit dieser Lösung nur bedingt einverstanden und forderte, dass Barbing die Gärtnersiedlung und Oberheising an Neutraubling sowie Irl und den gesamten Osthafen mit Kreuzhof an Regensburg abzutreten habe.¹⁷ Davon wiederum waren Bürgermeister Ludwig Raith und der Gemeinderat von Barbing in keiner Weise begeistert. Sie wehrten sich mit Unterstützung des Landkreises und Landrat Deininger gegen die drohenden Verluste. 1976 entschied der Bayerische Landtag, dass der Osthafen bei Barbing verbleiben solle. Gegen diesen Beschluss legte die Stadt Regensburg beim Verwaltungsgerichtshof im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens Klage ein. Dieser wurde trotz intensiver Bemühungen Barbings stattgegeben.¹⁸ Schlussend-



Mittelbayerische Zeitung,
07.08.1975 und 30.11.1977

Empörung in Barbing über geplantes „Ausziehen bis aufs Hemd“

Die Gemeinde soll fünf Sechstel ihres Gebietes verlieren / Darlehen für Weiterfinanzierung der neuen Grundschule

Barbing (lab). Mit Empörung reagierte der gesamte Gemeinderat bei seiner letzten Sitzung auf die Vorschläge der Regierung, das Gebiet um Barbing zu verkleinern und erhöhen, um das gemeindliche Budget zu decken.

In bezug
hen bis au
tern nicht
ziemlich a
lage dem
den Pläne

Die Grenze Regensburg–Barbing nun festgelegt Eingliederung von 558 Hektar schon zu Neujahr

In voller Übereinstimmung mit dem Gemeinderat Barbing und dem Regensburger Stadtrat

Eingangs
unerledigte
einigte sich
zu setzen. Eine Bauvoranfrage der Raiffeisenbank Donaustauf ließen die Räte passieren. Die Interessengemeinschaft „Verkehrerschließung Osthafen“ hatte einen Zuschuß beantragt. Die Gemeindeverwaltung wurde beauftragt, in Abstimmung mit der Interes-

zustreben.

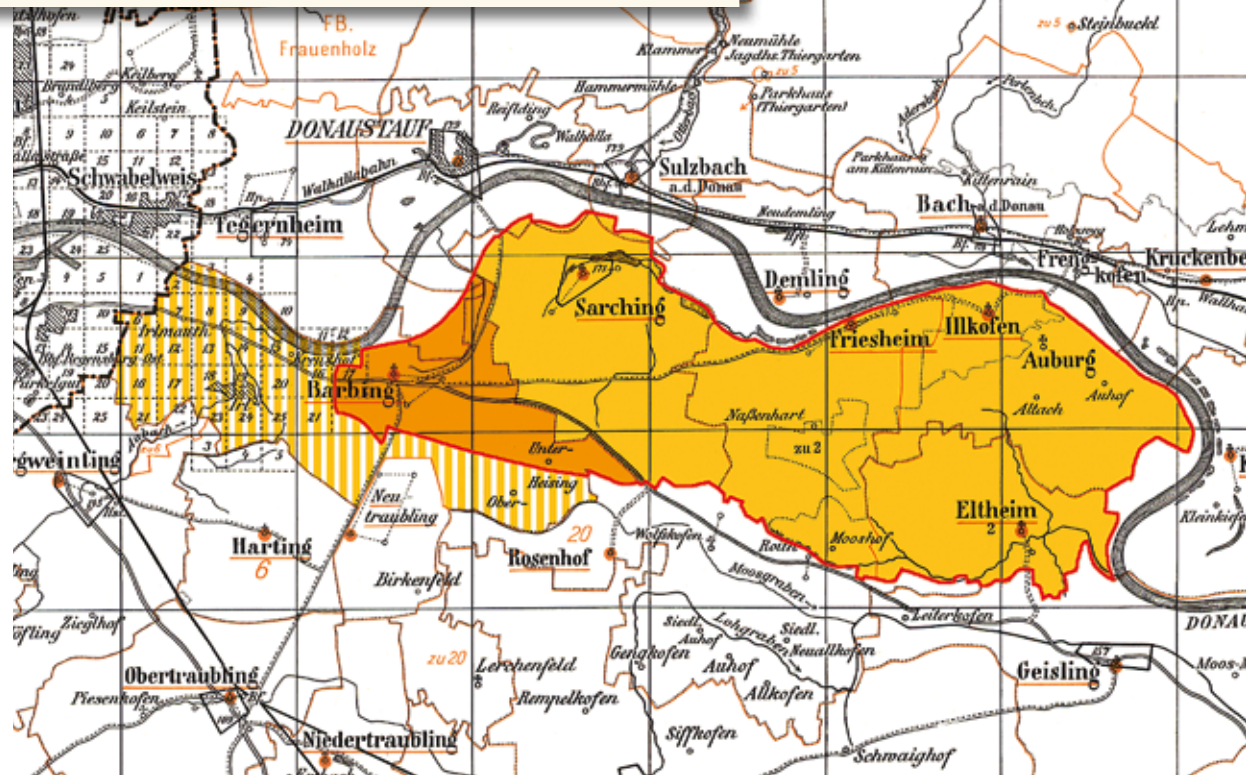
Zur weiteren Finanzierung des Schulhausbaues wurde eine Darlehensaufnahme beschlossen. Um die Abtretungen in der Heisinger Straße und den Ernteausschlag entgelten zu können, will der Gemeinderat demnächst mit den Anliegern zusammentreffen. In Barbing-

unglaublich, wenn Barbing von den derzeitigen zwölf Quadratkilometern sage und schreibe zehn abtreten soll. Aber nicht nur Fläche ginge verloren, sondern damit schier alles, was Steuereinnahmen bringt. Die Räte beschlossen, sich mit einer entsprechenden Stellungnahme bemerkbar zu machen und alles zu versuchen, das drohende Unheil“



lich wurde diese Fläche von 558 Hektar am 1.1.1978 von Barbing entsprechend abgetrennt und der Gemeinde eine Summe von zwei Millionen DM als Ausgleichszahlung der Stadt Regensburg für das Absinken der Gewerbesteuer zugesprochen und schließlich der Zusammenschluss am 1.1.1978 vollzogen.¹⁹

» Der **Zusammen-**
schluss wurde
schließlich
am **1.1.1978**
vollzogen.



Beratzhausen

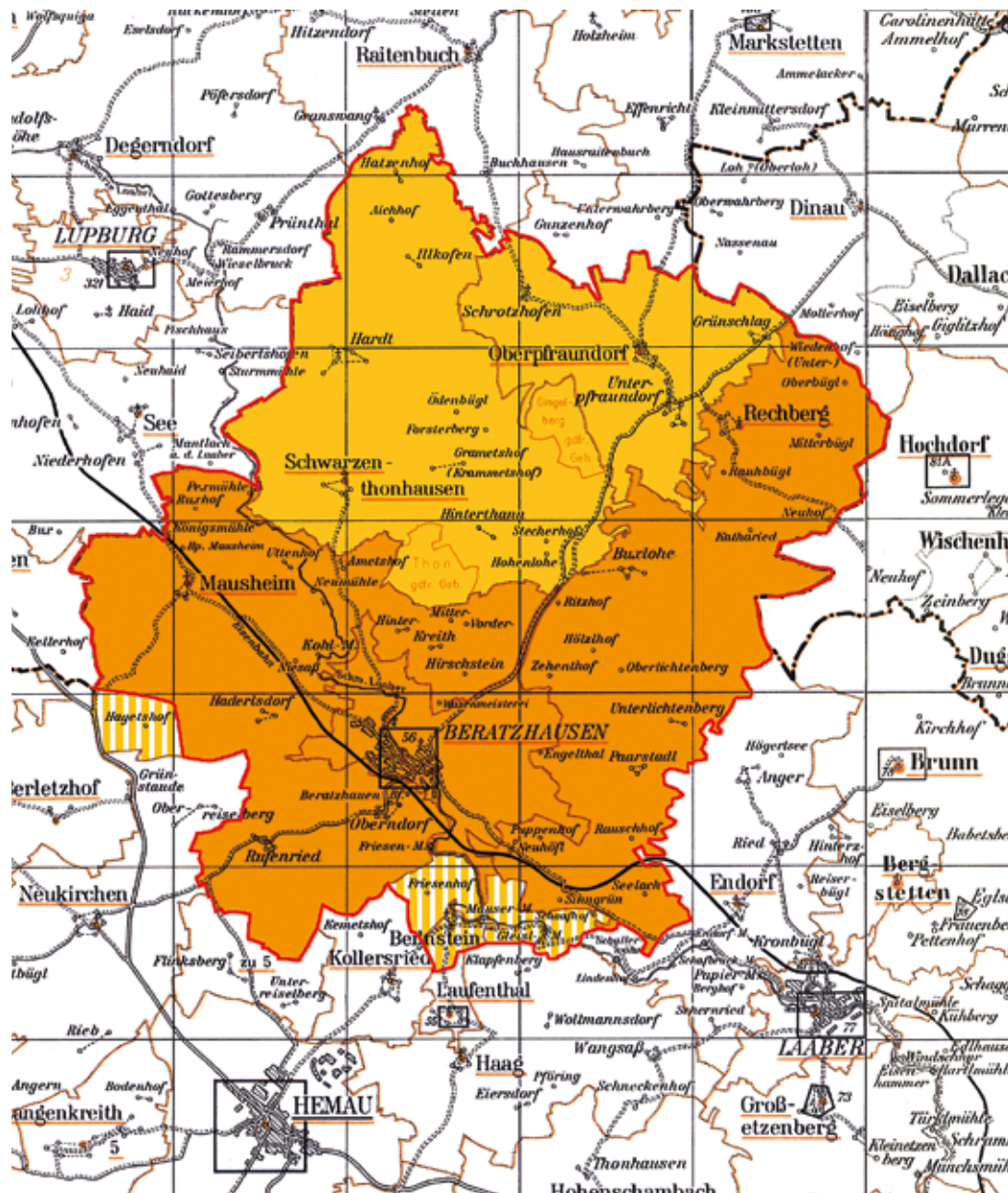
Die Altgemeinden, die heute den Markt Beratzhausen bilden, waren bis zur Gebietsreform allesamt dem Landkreis Parsberg zugeordnet. Bei der Landkreisreform entschieden sich neben den Gemeinden auf dem Tangrintel auch die nördlich gelegenen Orte für den Landkreis Regensburg. Bereits zuvor, am 1.1.1972, hatten sich Mausheim und Rechberg dem Markt Beratzhausen freiwillig angeschlossen aufgrund einstimmiger Beschlüsse der beteiligten Gemeindegremien. Mausheim und Rechberg hatten früh erkannt, dass ihre Kleingemeinden in der sich anbahnenden Reform nicht überlebensfähig sein würden und schlossen deshalb mit Beratzhausen einen Vertrag, in dem der Markt zusicherte, mit den zusätzlichen Schlüsselzuweisungen Wirtschaftswege und Gemeindeverbindungsstraßen

auszubauen, Ortsbeleuchtungen in den Altgemeinden zu errichten und Feuerlöschweier anzulegen.²⁰ Nach diesen Eingemeindungen trat eine kurze Phase des Stillstandes ein. Im Jahr 1975 geriet wieder Bewegung in die Reform auf Gemeindeebene. Die Zielplanung strebte eine Eingliederung der umliegenden Gemeinden Oberpfraundorf, Schwarzenthonhausen, der Gemeindeteile Friesenhof, Friesenmühle, Gleismühle, Mausermühle und Schaafhof der Gemeinde Haag sowie des Ortes Beilstein der Gemeinde Laufenthal an. Als Begründung dienten neben den wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen der gemeinsame Schulsprengel, sowie das Fernsprechnet. Auch war das Standesamt bereits seit 1966 in Beratzhausen

vereinigt. Der Ortsteil Hagetshof sollte von Beratzhausen an die Stadt Hemau umgemeindet werden. Mit der vorgesehenen Lösung waren die Gemeindegremien von Beratzhausen, Oberpfraundorf und Laufenthal einverstanden.²¹ Bis Ende 1975 wurde auch mit Schwarzenthonhausen ein Eingemeindungsvertrag ausgehandelt, der von beiden Gemeindegremien einstimmig angenommen wurde. Er sah die Einführung des Beratzhausener Ortsrechts und die Ver-



» Im Jahr 1975 geriet wieder *Bewegung*
in die *Reform* auf Gemeindeebene.



wendung der Sonderschlüsselzuweisungen auf dem Gebiet der Altgemeinde, vorwiegend für den Straßenbau, vor. Auch für Oberpfraundorf wurde ein ähnlicher Vertrag geschlossen.²² Am 1.1.1978 wurden nach erfolgter Kassenübergabe beide Gemeinden in den Markt Beratzhausen integriert, sowie die vorgesehenen Teile der Altgemeinde Haag übernommen und der Ortsteil Hagetsdorf an Hemaum umgliedert.²³ 1982 kam es nochmals zu kurzzeitigen Veränderungen, als auf Wunsch der Bevölkerung von Gunzenhof und Unterwahrberg diese Orte aus der Gemeinde Hohenfels nach Beratzhausen umgemeindet wurden. 1984 hob der Bayerische Verwaltungsgerichtshof diesen Beschluss jedoch auf Antrag des Marktes Hohenfels wieder auf und die Umgliederung wurde zurückgenommen.²⁴

Bernhardswald

Die Gebietsreform im Raum Bernhardswald vollzog sich bereits zu Beginn der 1970er Jahre, so dass die Zielplanung 1975 die Reform dort „als weitgehend abgeschlossen“ betrachtete. Im August 1971 verhandelten die

Bürgermeister der Gemeinden Adlmannstein, Altenhann, Bernhardswald, Hackenberg, Hauendorf, Kürn, Pettenreuth und Wulkersdorf „von lang anhaltendem Donner eines heftig tobenden Gewitters begleitet“ im Landratsamt über eine Vereinigung ihrer Gemeinden. In Aussicht gestellt wurde dabei eine Sonderzuweisung von 1,25 Millionen DM, wenn ein freiwilliger Zusammenschluss realisiert werden sollte.²⁵ Bei der Volksabstimmung im Oktober 1971 stimmten lediglich die Bürger von Kürn mehrheitlich der vorgeschlagenen Reform nicht zu. Uneinigkeit herrschte bei den Wahlberechtigten noch über den Sitz der Gemeindeverwaltung. In Bernhardswald, Hauendorf, Hackenberg und Kürn entfielen die gültigen Stimmen mehrheitlich auf den eigenen Gemeindenamen, in Pettenreuth und

Wulkersdorf auf Hauendorf, in Adlmannstein auf Bernhardswald. Die Wähler der Gemeinde Altenhann waren statt des Gemeindenamenproblems mit der Frage konfrontiert, in welche Richtung sich ihre Gemeinde orientieren sollte. 235 von 264 Stimmen wünschten eine westlich ausgerichtete Lösung.²⁶

Im November erfolgten dann die Beschlüsse der Gemeinderäte von Adlmannstein, Bernhardswald, Hackenberg, Hauendorf, Pettenreuth und auch Kürn, die dafür stimmten. Altenhann wollte selbständig bleiben und Wulkersdorf konnte sich nicht beteiligen, da es von der Staatsregierung dem neuen Landkreis Schwandorf zugewiesen wurde. Die Forderungen der Gemeinden richteten sich vornehmlich auf den Erhalt der Feuerwehren und deren Unterstützung, den Ausbau von Gemeindeverbindungsstraßen, die Errichtung von Ortsbeleuchtungen, Bachverrohrungen

und auf die Abhaltung von wöchentlichen Amtsstunden in den ehemaligen Gemeinden. Bis zum Bau eines neuen Verwaltungsgebäudes sollten die Räumlichkeiten in Bernhardswald, dem größten Ort der neuen Großgemeinde, genutzt werden.²⁷ Über den Gemeindenamen konnte kein Ergebnis erzielt werden - es blieben Bernhardswald und Hauendorf im Gespräch. Das Hauptstaatsarchiv wollte keinen historisch begründbaren Vorschlag einbringen, die Entscheidung fällte schließlich die Regierung der Oberpfalz am 29.2.1972. Der

Tages-Anzeiger, 23.08.1971

Acht Vorwaldgemeinden vor Vereinigung Gewittersitzung im neuen Landratsamt

Umfangreiche Beratungen für die Bildung einer neuen Großgemeinde im nördlichen Landkreis

(L) Altenhann. Vom langanhaltenden Donner eines heftig tobenden Gewitters begleitet, gingen am Samstagabend im großen Sitzungssaal des neuen Landratsamtsgebäudes in Regensburg die Beratungen der Bürgermeister und Gemeinderäte über den freiwilligen Zusammenschluß der Gemeinden Adlmannstein, Altenhann, Bernhardswald, Hackenberg, Hauendorf, Kürn, Pettenreuth und Wulkersdorf vor. Landrat Deininger, der die Sitzung leitete, erklärte, daß sie auf Wunsch der beteiligten Bürgermeister bereits am 10. August, abends, nachdem die Bürgermeister in das Landratsamt einberufen worden sei, in einer Besprechung von den Gründen, die für die Zusammenführung der acht Gemeinden zu einer Großgemeinde sprechen, unterrichtet worden seien.

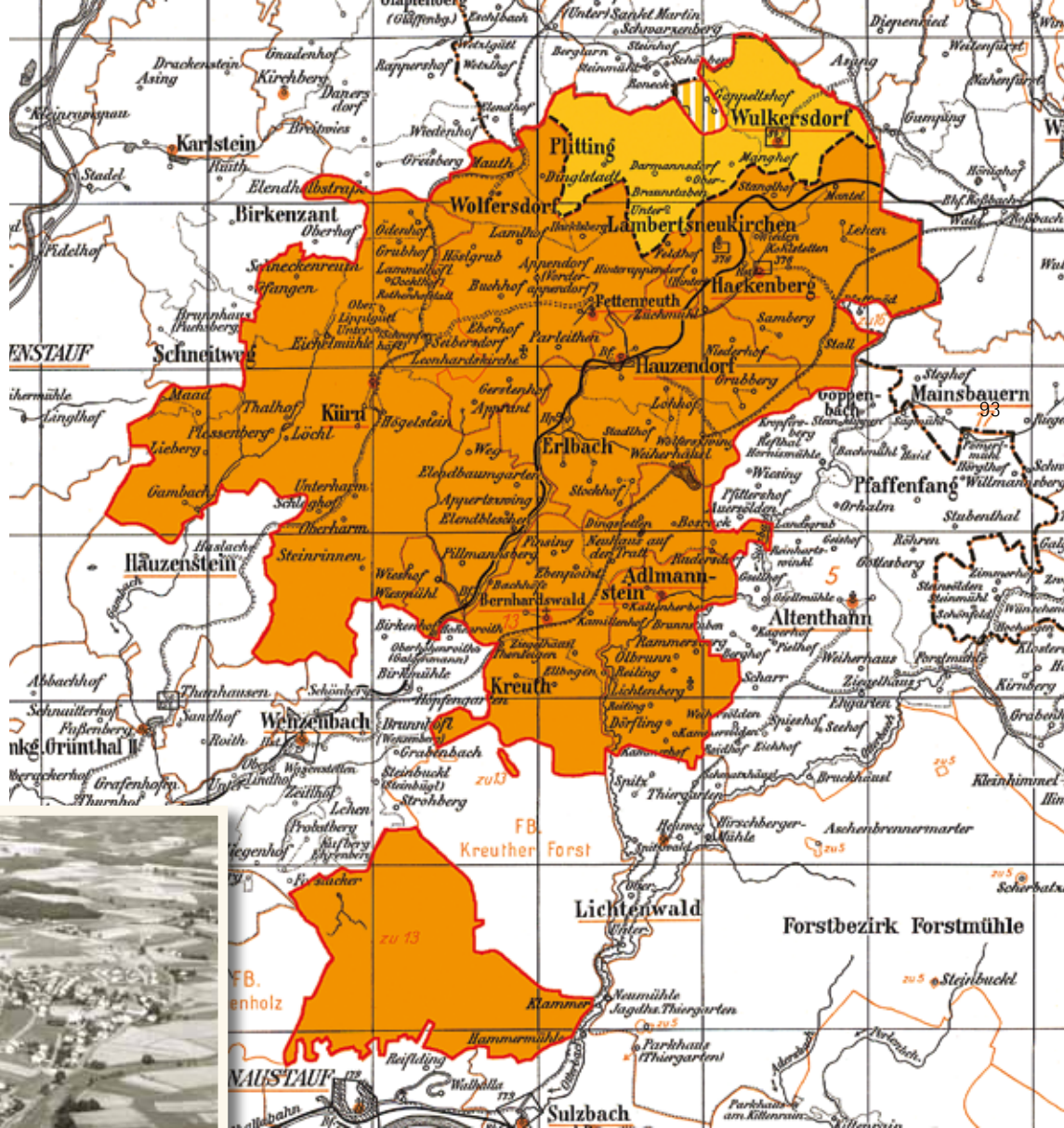
wägung aller Möglichkeiten die Bildung der Großgemeinde in der vorgesehenen Form die beste Lösung darstelle. Schmid sprach dann den festzulegenden Sitz der Verwaltung der neuen Gemeinde an. Da die Bundesstraße 16 die Verkehrsader für diesen Bereich an ihr auch

senbach angesprochen wurde, betonten die Bürgermeister der übrigen sieben Gemeinden ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Zusammenschluß zu einer Großgemeinde. Sowohl Deininger wie Schmid wiesen die Vertreter von Altenhann darauf hin, daß die im dortigen Gemeinderatsbeschuß angeführten Gründe auf die Dauer nicht

von allen acht Gemeinden günstig erreicht werden könne. Kreisrat Loidl schlug vor, daß die acht Bürgermeister gemeinsam den in Frage kommenden Bereich besichtigen und entsprechende Vorschläge machen sollten.

Nach den umfangreichen Beratungen faßten die Vertreter der einzelnen Gemeinden jeweils für sich die erforderlichen und vom Landrat erbetenen Beschlüsse. Sie besagen, daß die acht Gemeinden nunmehr die Einleitung des vorbereitenden Verfahrens für den freiwilligen Zusammenschluß der Gemeinden Adlmannstein, Altenhann, Bernhardswald, Hackenberg, Hauendorf, Kürn, Pettenreuth und Wulkersdorf beantragen. Der Zusammenschluß soll zum 1. Januar 1972 erfolgen. Die Bürger sollen in allen acht Gemeinden in geheimen Abstimmungen darüber entscheiden, ob sie mit dem freiwilligen Zusammenschluß ihrer Gemeinden zu einer Großgemeinde

Zusammenschluss der sechs Gemeinden (Wulkersdorf kam erst 1974 zur Gemeinde Bernhardswald) wurde bereits am 1.1.1972 wirksam. Da es jedoch noch keinen gewählten Gemeinderat und auch keinen Bürgermeister der neuen Einheitsgemeinde gab, kümmerte sich Felix Mehler aus Hauzendorf als „staatlicher Beauftragter“ um die Amtsgeschäfte. Nach der Wahl im März 1972 trat dann der neue Gemeinderat mit Bürgermeister Hans Loidl an der Spitze zum ersten Mal am 1.4.1972 zusammen.



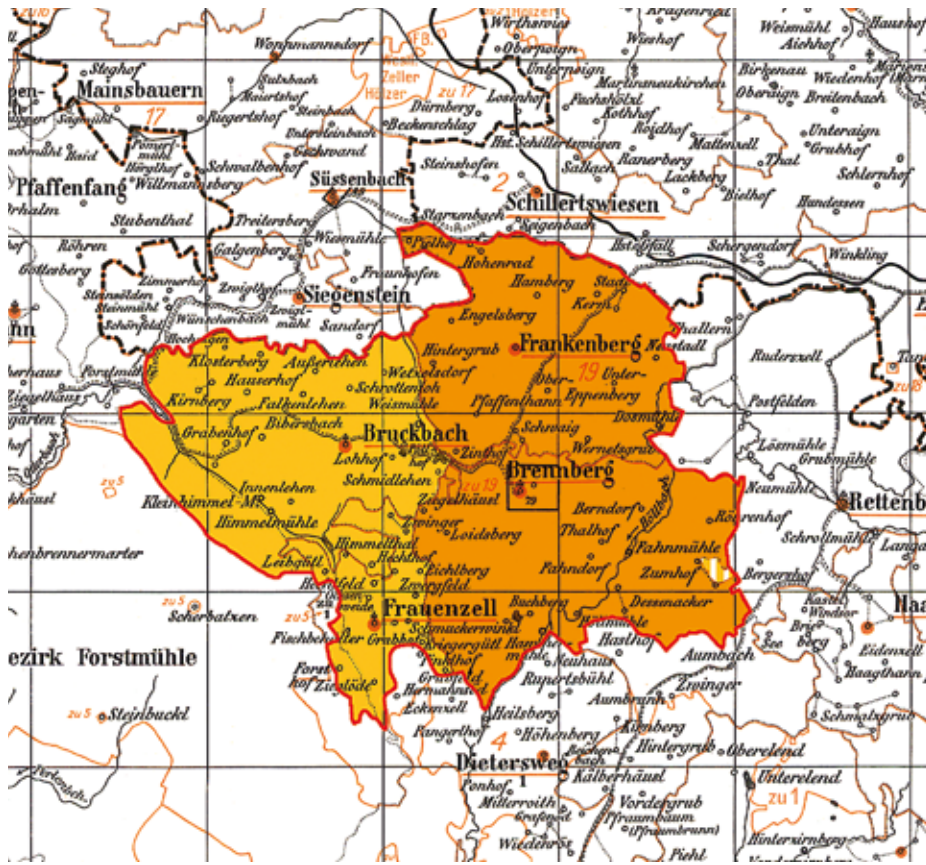
» Über den *Gemeindenamen* konnte kein Ergebnis erzielt werden – es blieben *Bernhardswald* und *Hauzendorf* im Gespräch.

Brennberg

Die Verhandlungen zum freiwilligen Zusammenschluss um Brennberg begannen Ende 1969 zwischen den Bürgermeistern Anton Spitzner von Brennberg, Xaver Windorfer von Bruckbach, Karl Fichtl von Frankenberg und Ludwig Beibl von Frauenzell auf einer von Landrat Deininger – der die finanziellen Vorteile für die Großgemeinde hervorhob – einberufenen Versammlung der Gemeindevertreter dieser Orte.²⁸ Bei der anstehenden Bürgerabstimmung im Mai 1970 sprachen sich lediglich die Einwohner Frauenzells gegen eine Zusammenlegung und damit gegen das Votum ihres Gemeinderates und ihres Bürgermeisters Beibl aus. Bei den folgenden Gesprächen zeigte sich auch in Bruckbach ein „Wetterumsturz“. Die Bruckbacher sahen durch die Absage Frauenzells keinen dauerhaften Zusammenhalt zwischen den drei verbliebenen

Gemeinden.²⁹ So kam es am 1. Januar 1971 zunächst lediglich zum Zusammenschluss von Frankenberg und Brennberg, neuer Bürgermeister wurde Erwin Heider. Doch die Vereinigung war bald auf eine harte Probe gestellt, da die Schulden der Altgemeinde Brennberg höher als zunächst angegeben waren, was für Unmut in Frankenberg sorgte.³⁰ Der Gefahr einer Angliederung der Vorwaldgemeinden an Wörth und Donaustauf und damit des Verlustes einer eigenen Verwaltung wollten die Brennberger mit einer Vorwaldgroßgemeinde mit Höhenberg und Rettenbach, möglicherweise auch mit Altenthann, begegnen. Insbesondere der Brennberger Gemeinderat Hans Schreier setzte sich dafür ein. Diese Pläne scheiterten jedoch an der Umgliederung Rettenbachs in den Landkreis Cham.³¹ Auch die Zielplanung der Regierung 1975 verwarf diese Idee und forderte einen Zusammenschluss von Brennberg, Bruckbach und Frauenzell zu einer Gemeinde, die der Verwaltungsgemeinschaft Wörth angehören sollte.³² Die Gemeinden stimmten dem zu, 1978 wurde schließlich ihre Vereinigung vollzogen. Schwierig gestaltete sich die Zuordnung des Ortes Zumhof, der zwischen Brennberg und Rettenbach geteilt war. Bei einer Abstimmung 1976 entschieden sich beide Teile mehrheitlich für einen Verbleib in ihrer jeweiligen Gemeinde. Der Bürgermeister von Rettenbach hatte vergeblich versucht, alle Zumhofer für den Landkreis Cham zu gewinnen. Auch der Pfarrer von Rettenbach war involviert und hatte in einem Pfarrbrief die Angliederung des ganzen Ortes an Rettenbach befürwortet. Die Spaltung des Ortes wurde schließlich durch die Zuteilung zu Brennberg verhindert.³³ Der von Bundesminister a. D. Hermann Höcherl unterstützte Versuch, 1983 analog zu Pfatter und Wiesent die Verwaltungsgemeinschaft Wörth wieder zu verlassen, hatte keinen Erfolg.³⁴





» Der **Bürgermeister** von Rettenbach hatte vergeblich versucht, alle **Zumhofer für den Landkreis Cham** zu gewinnen.

Mittelbayerische Zeitung, 27.05.1970

Frauzenzeller wollen Zusammenschluß und stimmen dagegen

Landrat Deininger trat ins Fettnäpfchen / „Mir san koane Hanswurscht“ / Beleidigt, empört und zutiefst verletzt

Frauzenzell. Jetzt sind die Ursachen der ablehnenden Haltung der Bürger von Frau-
 enzell zur Gemeindefusion mit Brennbach, Frankenberg und Bruckbach geklärt.
 Die Stimmberechtigten von Frauenzell hatten sich bekanntlich am letzten Sonntag mit 75 zu
 47 Stimmen dagegen ausgesprochen. Noch in der letzten Nacht vor dem Wahltag waren
 überall im Dorf Plakate mit der Aufschrift „Verkauft nicht unser Frauenzell“ angebracht
 worden. Ebenso lief die Propaganda gegen einen Gemeindefusionsschluß von Mund zu
 Mund. Der Grund: die Frauenzeller fühlten sich von Brennbach schön übergegangen. Das
 ging, wie ein dortiger Bürger wörtlich erklärte, gegen ihren „Nationalstolz“. Eine vermutlich
 humorvoll gemeinte, aber angesichts des Abstimmungsfiebers in die falsche Kehle geratene
 Äußerung von Landrat Deininger gegenüber einem Frauenzeller und einige angeblich von
 Oberregierungsrat Schmid geäußerten Worte an die Adresse der Brennbacher ließen das
 Haferi in Frauenzell vollends überlaufen. So stimmte die Mehrheit von Frauenzell aus Trotz
 und Protest gegen einen Zusammenschluß mit Brennbach, obwohl sie im Prinzip weder dage-
 gen sind, noch eine Alternative im Auge haben.

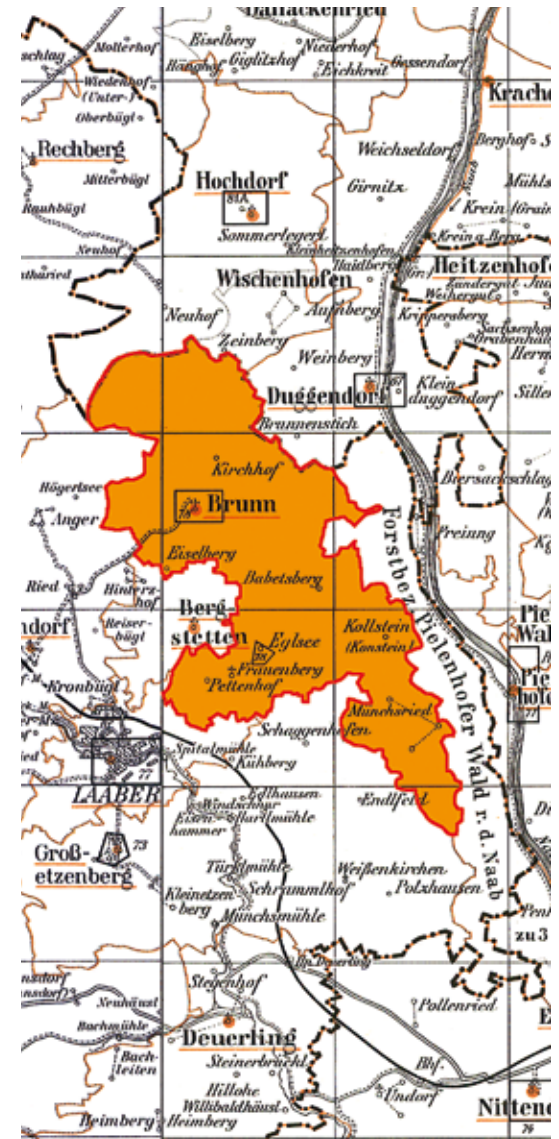
Die Sache kam so: zunächst hatten sich die Gemeinderäte der vier genannten Gemeinden für die Abhaltung einer Volksbefragung ausgesprochen. Zur Einstimmung auf dieses Unterfangen wurden Bürgerversammlungen abgehalten, wobei es in nicht überdimensionalem Ausmaß zu den üblichen Randerscheinungen kam, in denen Verleumdungen, Oberregierungsrat

Leonhard Deininger verfügt. Angesichts dieser Sachlage erhebt sich ein Ruf wie Donnerhall nach dem Autor eines Werkes, das sich, ähnlich wie die Richtlinien der berühmt gewordenen und vielbelächelten Frau von Pappritz die Gangarten in Regeln zu fassen versucht, die offenbar trachten, nur auf der beherrschten

dann nicht, wenn es sich um einen Parteifreund handelt und humorvoll gemeint sein sollte, mit den Worten, „aha, da kommt ein Spion aus Frauenzell“ begrüßen dürfen. Der also bezeichnete lächelte zwar, er zeigte sich humorvoll und von seiner besten Seite, doch der Stachel scheint ihm trotzdem tief ins Fleisch gedrungen zu sein. Über diesen Umweg erfuhren die Frauenzeller am darauffolgenden Tag etwa folgendes: die Initiative zur Gemeindefusionsschluß von Brennbach, Bruckbach, Frankenberg und Frauenzell kann nicht — wie die Frauenzeller bislang dachten — vom Landratsamt ausgegangen sein, sonst hätte Oberregierungsrat Schmid den Brennbachern bei der Bürgerversammlung nicht öffentlich gedankt, daß sie (die Brennbacher) die Initiative zur Gemeindefusionsschluß ergriffen. (Der Beamte bestreitet, diesen Dank geäußert zu haben!) Wenn aber, so registrierten die Frauenzeller, Brennbach die Initiative ergriffen habe, dann war dieses Vorgehen an-

Brunn

Die Gemeinde Brunn hatte durch die Gemeindegebietsreform zunächst keine Veränderungen erfahren. Das Gemeindegebiet blieb in seiner Vollständigkeit erhalten. 1971 beschloss der Gemeinderat die Einleitung eines Verfahrens zur Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit Laaber. Dies wurde von Laaber sofort abgelehnt, das eine Eingemeindung Brunns forderte. Die Ansprüche des Marktes Laaber konnten vorerst abgewiesen werden. Die Zielplanung der Regierung der Oberpfalz 1975 akzeptierte die Haltung der Gemeinde und wünschte lediglich die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit dem Markt Laaber. Dieser Forderung nachzukommen war die Gemeinde bereit, nicht jedoch Laaber, das auf der Eingliederung und Bildung einer Einheitsgemeinde beharrte. Laaber wies in seiner Begründung auf die historische Zugehörigkeit Brunns zu Laaber, den gemeinsamen Schulverband und auf die Nähe der beiden Gemeindegemeinden hin. Die Argumente der Zielplanung, die die Größe Brunns und den guten Ausbau der Verbindungsstraßen sowie die Autobahn als Trennungsgründe ansah, konnten den Gemeinderat Laaber verständlicherweise nicht überzeugen, da ähnliche Begründungen andernorts für die Bildung einer Einheitsgemeinde erhalten mussten.³⁵ 1976 wurden sich die drei Gemeinden aus pragmatischen Gründen – Gefahr der zwangsweisen Errichtung einer Verwaltungsgemeinschaft unter Wegfall der Sonderschlüsselzuweisungen – doch noch einig. Die Verwaltungsgemeinschaft wurde einschließlich Deuerling dann am 1.5.1978 realisiert.³⁶





» Die *Verwaltungsgemeinschaft* wurde einschließlich Deuerling dann am *1.5.1978* realisiert.

97



Mittelbayerische
Zeitung,
06.12.1975

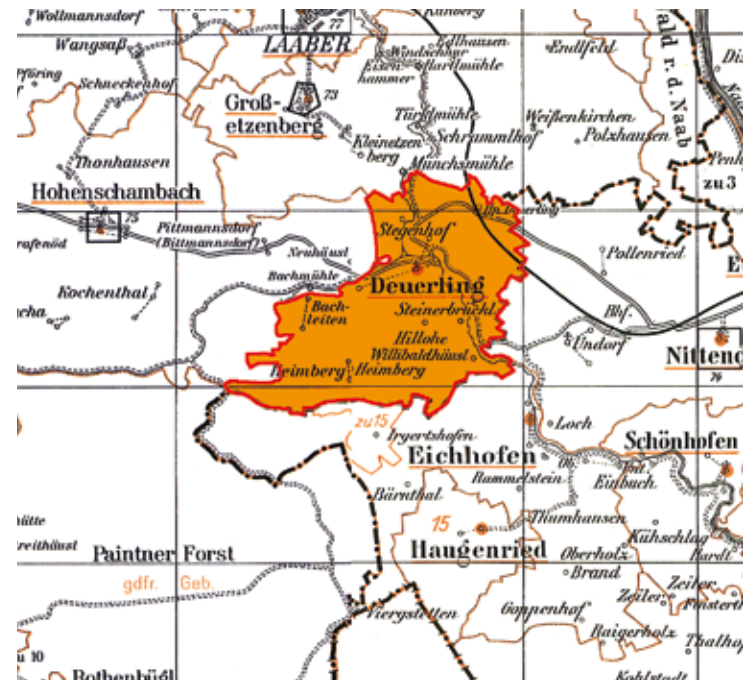
Gemeinden sorgen für reibungslosen Start der VG Laaber

Jährliche Verwaltungskosten von rund 400 000 Mark erwartet / Schreiner informierte über das Programm zum Straßenbau

Deuerling

Deuerling, heute zur Verwaltungsgemeinschaft Laaber gehörig, strebte im Zuge der Gebietsreform Verhandlungen mit der neu zu bildenden Laaber-Naab-Gemeinde um Nittendorf an. Als eine von sechs Gemeinden in diesem Raum votierte Deuerling bei einer Bürgerbefragung 1971 für einen Zusammenschluss mit Nittendorf. Kurz vor Realisierung dieses Plans beschloss der Gemeinderat von Deuerling unter Bürgermeister Josef Meier jedoch, vorerst selbständig zu bleiben. Damit schied Deuerling aus den Planungen aus.³⁷ Die Regierungsplanung 1975 wollte Deuerling zwar als Gemeinde bestehen lassen, jedoch der Verwaltung des Marktes Laaber zuweisen. Begründet wurde dies zum einen mit den Verflechtungen im Schulverband, zum anderen sei Deuerling für die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung von Laaber notwendig und Nittendorf bedürfe der Gemeinde Deuerling nicht. Die Argumente Deuerlings fanden keine Unterstützung.³⁸ Nittendorf wäre trotz der ungleichen Größenverhältnisse zu einer Verwaltungsgemeinschaft bereit gewesen, Laaber dagegen forderte immer intensiver eine Eingemeindung Brunns und Deuerlings in eine Einheitsgemeinde Laaber. Damit schien eine Lösung mit Laaber unerreichbar. Auf Druck der Regierung, die ihre Pläne ja auch ohne Zustimmung der Gemeinden und damit unter Wegfall der Sonderzuweisungen umgesetzt hätte, rückte Laaber von seinen Vorstellungen ab und beugte sich der Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft zum 1.5.1978.³⁹

» *Deuerling* votierte bei einer Bürgerbefragung 1971 für einen Zusammenschluss mit Nittendorf.





Mittelbayerische
Zeitung,
06./07.12.1975

Ausschnitt aus der "MZ" vom 6./7.12.1975

Deuerling für Verwaltungsgemeinschaft mit Laaber und Brunn

Der Gemeinderat entschied mit knapper Mehrheit / Den schulischen Verflechtungen wurde große Bedeutung beigemessen

Deuerling (lkj). Zimmer Nr. 1 im Schulhaus am 1. Dezember um 23 Uhr: Nach dreieinhalbstündiger Sitzungsdauer ruft Bürgermeister Meier die zwölf Gemeinderäte nach einer kurzen „Denkpause“ zur Entscheidung über die Gemeindegebietsreform. Der Regierungsvorschlag, auch als „Diktat“ apostrophiert, der eine Verwaltungsgemeinschaft mit Laaber und Brunn vorsieht, steht zur Abstimmung ... vier, fünf, sechs Hände werden erhoben, dann noch eine siebente; sechs bleiben unten — über die Zukunft der Gemeinde ist die Entscheidung gefallen. Es kommt zu einer Verwaltungsgemeinschaft mit Laaber und Brunn.

Der Abstimmung waren stundenlange Diskussionen vorausgegangen, nachdem sich die

fahren gefaßten Entschluß Deuerlings zu einer VG mit Nittendorf führt die Regierung auf die Weigerung des Marktes Laaber zur Bildung einer VG und dem Wunsch derselben nach einer Einheitsgemeinde zurück.

Die teilweise heftig geführte Debatte machte deutlich, daß die Regierung „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ an der Zielplanung festhalten werde. Nachdem bei Nichtanerkennung des Regierungsvorschlags auch der Verlust der Fördermittel in Höhe von 104 000 Mark fast so gut wie sicher erschien, entschied man sich mit Mehrheit für die VG Laaber.

Die Übernahmevereinbarung mit dem Straßenbauamt wegen der abzuhelfenden B. 2

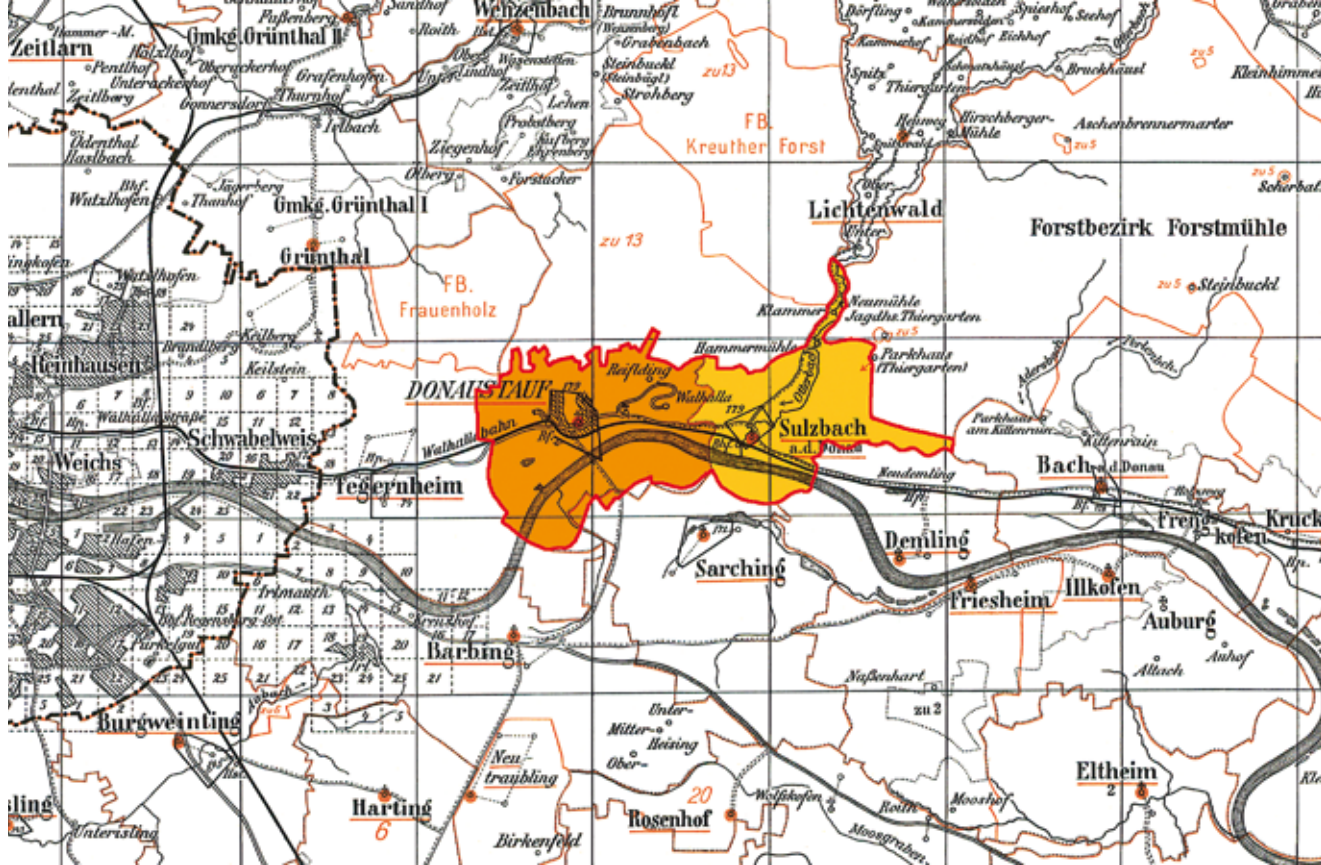
Donaustauf

Bis 1975 hatte es im Raum Donaustauf keine Gemeindegebietsveränderungen gegeben. Vorverhandlungen zwischen Tegernheim und Donaustauf führten zu keinem Ergebnis, ebenso wie der Versuch, Sulzbach, Demling und Lichtenwald zu einer Gemeinde zu vereinigen. Bei ihrer Zielplanung 1975 entschloss sich die Regierung der Oberpfalz in dieser Region nicht zur Bildung einer Großgemeinde, sondern wünschte eine Verwal-



» Die Verwaltungsgemeinschaft *Donaustauf* konnte somit am *1.5.1978* gebildet werden.

tungsgemeinschaft, bestehend aus Altenthann, Bach an der Donau und Donaustauf. Für Donaustauf selbst war die Angliederung Sulzbachs und Lichtenwalds vorgesehen. Dagegen wehrten sich die Lichtenwalder mit Erfolg, die eine Vereinigung mit Altenthann anstrebten. Die endgültige Zielplanung erfüllte diesen Wunsch. Sulzbach, zwischen Donaustauf und Bach



gelegen, war mit der Planung einverstanden, konnte es doch mit einer Einwohnerzahl von 585 nicht auf Dauer alleine bestehen.⁴⁰ Am 19.12.1975 beschloss der Gemeinderat von Sulzbach mit Bürgermeister Franz Steibl einstimmig die Eingliederung seiner Gemeinde nach Donaustauf inklusive der getroffenen Vereinbarungen über Gemeinderechte, Bebauungspläne, Jagdrechte usw. Auch Donaustauf unter Bürgermeister Hans Groß war mit dieser Lösung und der Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit Bach und Althensthan einverstanden.⁴¹ Die übrigen beteiligten Gemeinden sahen diese Lösung ebenfalls als geeignet an, um eine funktionierende Verwaltung zu erreichen. Die Verwaltungsgemeinschaft Donaustauf konnte somit am 1.5.1978 gebildet werden. Erster Vorsitzender wurde der Donaustäufer Bürgermeister Hans Groß.⁴²

Donaustauf billigt die Eingemeindung von Sulzbach

Gemeinderat sprach sich auch einstimmig für eine VG mit Althensthan und Bach aus

Donaustauf (Isd). In der letzten Gemeinderatssitzung unter Vorsitz von Bürgermeister Groß wurde einstimmig die Eingliederung von Sulzbach in die Marktgemeinde im Rahmen der Gebietsreform angenommen. Ebenso wurde die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit Althensthan und Bach a. d. Donau einstimmig gebilligt.

Für Sulzbach werde die Sonderschlüsselzuweisung zur Ausschüttung kommen. Der Name Sulzbach, sowie die jetzigen Ortsteilnamen Hammermühle, Klammer, Neumühle werden zu Gemeindeteilnamen. Der Friedhof in Sulzbach bleibt erhalten, die Bestattungen werden in der bisherigen Form weitergeführt. Die Verbands-, Wasserabgabe-, Beitrags- und Gebührensatzung der Sulzbacher Gruppe bleiben in der jeweiligen Fassung geltendes Recht, solange der Ortsteil Sulzbach dem Wasserzweckverband angehört. Die Realsteuern können bis 31. Dezember 78 nach den bisherigen Hebesätzen und durch die Realsteuerstelle eingehoben werden. Das Ortsvermögen und die staatlichen Zuwendungen auf-

grund des Gemeindezusammenschlusses werden im dortigen Bereich für öffentliche Einrichtungen verwendet, ebenso der Erlös aus Veräußerungen nach dem Zusammenschluß. Die nebenberufliche Verwaltungskraft wird auf Wunsch übernommen. Die öffentlichen Einrichtungen, FFW, Sport-, Spiel- und Kinderspielplatz sind weiterhin zu erhalten. Die Gemeindejagd bleibt als selbständige Gemeinschaftsjagd beibehalten. Das ehemalige Schulgebäude wird dem Ortsteil Sulzbach zur Verfügung gestellt. Der bisherige Gemeindebereich Sulzbach bildet auch nach der Eingliederung einen eigenen Stimmbezirk. Eine Beschwerde wegen der Müllabfuhr von Hermann Fisch, Burgstraße, wird von der Verwaltung bereinigt. Dem Antrag der OBAG über Kabelverlegung in der Heinrichstraße stimmte der GR zu. Eine Beschwerde der Anlieger an der Moltkestraße wegen des schlechten Straßenzustandes nach Kabelverlegungen, wird an die OBAG weitergegeben. Gegen die wilden Müllablagerungen am gemeindeeigenen Platz an der Eichendorffstraße werden Schritte unternommen.

Duggendorf

Die Altgemeinden Duggendorf und Hochdorf gehörten bis zur Gebietsreform dem Landkreis Burglengenfeld an und wechselten zusammen mit Kallmünz, in dessen Einzugsgebiet sie liegen, 1972 zum Landkreis Regensburg. Mit der im selben Jahr beginnenden Eingemeindung einiger Kleinstgemeinden in den Markt Kallmünz wurde auch diese Frage für die Bewohner Duggendorfs und Hochdorfs relevant. Die Zielplanung der Regierung 1975 sah die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft Kallmünz vor, der die vereinigte Gemeinde Duggendorf als Mitglied angehören sollte. Neben Hochdorf war zur Vereinigung auch die Altgemeinde Heitzenhofen, die sich bereits 1972 Wolfsegg angeschlossen hatte, vorgesehen. Als Begründung wurden die Nähe zu Duggendorf und die Tendenz der Bevölkerung Richtung Kallmünz angegeben. Die Investitionen, die die Gemeinde Wolfsegg bereits in Heitzenhofen getätigt hatte, seien dagegen kein Argument und in einer Vermögensauseinandersetzung auszugleichen.⁴³ Da Heitzenhofen schon vor der Landkreisreform zu Regensburg gehört hatte, erwartete man sich wohl auch eine stärkere Einbindung der neuen Gemeinden des Naabraumes in den Landkreis Regensburg. Bei einer Bürgerabstimmung im September 1975 entschieden sich im Ort Heitzenhofen



Mittelbayerische
Zeitung,
19.10.1977

über 80 Prozent der Wähler für den Raum Kallmünz, in den übrigen Orten der Altgemeinde etwa 55 Prozent für einen Verbleib bei Wolfsegg. Auf Anraten des Bürgermeisters Johann Reindl von Duggendorf, der auf den Verlust der Sonderzuweisungen bei der zwangsweisen Umgliederung hinwies, stimmte der Gemeinderat Wolfsegg mit zehn zu einer Stimme dafür, dass zumindest der Ort Heitzenhofen an Duggendorf angeschlossen werden sollte, die übrigen Orte der Altgemeinde jedoch bei Wolfsegg verbleiben sollten. Nichtsdestotrotz wurde am 1.5.1978 von Amts wegen die komplette Altgemeinde Heitzenhofen nach Duggendorf umgegliedert.⁴⁴ Hochdorf wollte selbständiges Mitglied der neuen Verwaltungsgemeinschaft bleiben. Da es jedoch, ebenso wie Duggendorf, allein nur rund 500 Einwohner aufwies, konnte nach der Zielplanung diesem Wunsch nicht entsprochen werden. Die Wahlbeteiligung bei einer Bürgerbefragung im September 1975 blieb gering, waren den Abstimmenden doch nur zwei Möglichkeiten – die Eingemeindung nach Kallmünz oder der Zusammenschluss mit Duggendorf – zur Wahl gestellt worden. Die Mehrheit der Hochdorfer forderte jedoch den Erhalt der Gemeinde. Sogar eine Dienstaufsichts-

Duggendorfer sehen Kurzsichtigkeit in Kallmünz

Die Gemeinde hat sparsam gewirtschaftet / Der Verbindungsweg vorerst nur für Anlieger

D u g g e n d o r f (Ird). Bei der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde der Prüfungsbericht über die Jahresrechnungen von 1974 bis 1976 zur Kenntnis genommen. Er bescheinigt, daß die Gemeinde nach sparsamen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geführt werde. Die Finanzlage sei geordnet und die Erschließungsanlagen ordnungsgemäß abgerechnet. Trotz der unterdurchschnittlichen Steuerkraft und niedrigen Realsteuerhebesätze (250 und 300 Prozent) konnte eine beträchtliche Summe für Baumaßnahmen bereitgestellt und den Rücklagen zugeführt werden. Danach hat die Gemeinde...

Der Verbindungsweg nach Heitzenhofen, der in den letzten Wochen erneuert wurde, soll solange, bis innerhalb der Ortschaft Heitzenhofen eine Regelung zur Verkehrssicherheit getroffen ist, auf den Anliegerverkehr beschränkt werden, wobei natürlich die Benützung des Weges durch Bewohner von Heitzenhofen und dem früheren Kleinduggendorf mit eingeschlossen ist.

Schließlich berichtete Bürgermeister Reindl über die Einstellung von Verwaltungskräften für die künftige Verwaltungsgemeinschaft. Hierzu sei eine Vereinbarung getroffen worden, wonach der Markt Kallmünz...



» Nichtsdestotrotz wurde am 1.5.1978 von Amts wegen die komplette Altgemeinde **Heitzenhofen nach Duggendorf** umgegliedert.

103

beschwerde des Gemeindeschreibers Paul Sinzinger gegen den ersten Bürgermeister Ludwig Reindl, der die Interessen der Gemeinde verraten habe, weil er für eine Vereinigung plädierte, stand im Raum.⁴⁵ Dennoch einigten sich die beiden Gemeinden 1975 auf einen Zusammenschluss zum 1.5.1978 im Hinblick auf eine drohende erzwungene Vereinigung unter Verlust der Sonderzuweisungen. Auf einen Gemeindennamen konnten sich die Beteiligten jedoch nicht verständigen. Diesen entschied erst die Regierung der Oberpfalz 1977 zugunsten Duggendorfs, da dieser Ort zentraler liege, größer sei, Sitz einer Pfarrei sei und nicht zuletzt wegen der Einzigartigkeit des Namens.⁴⁶ Am 1.5.1978 wurde neben der Vereinigung auch die Eingliederung in die Verwaltungsgemeinschaft Kallmünz vollzogen.⁴⁷



Hagelstadt

Neben Hagelstadt zählen zur heutigen Gemeinde auch die Altgemeinden Langenerling und Gailsbach. Bereits 1946 war unter amerikanischer Besatzung Gailsbach an Hagelstadt angegliedert, diese Änderung jedoch 1948 wieder rückgängig gemacht worden. Bei Beginn der Reformabsichten sah der Gemeinderat deshalb in Anbetracht der erwarteten Sonderzuweisungen den erneuten Anschluss als einzig vernünftige Lösung an, wies die Gemeinde 1971 ja nur 233 Einwohner auf. Mit 93 gegen eine Stimme entschieden sich die Gailsbacher Anfang 1972 klar für eine freiwillige Eingliederung nach Hagelstadt, die dann am 1.1.1972 verwirklicht wurde.⁴⁸ Das Gemeindegremium Langenerlings hatte ebenfalls einen Antrag auf Eingliederung gestellt – allerdings nach Alteglofsheim. Bei einer Bür-

gerbefragung zeigte sich jedoch eine große Mehrheit von der Möglichkeit der vorläufigen Selbständigkeit angetan, so dass der Gemeinderat von diesem Eingliederungsplan absah und keine offizielle Abstimmung durchführte. Langenerling hatte als Gemeinde vorerst weiter Bestand.⁴⁹ Die Zielplanung der Regierung 1975 wies Langenerling dann der Gemeinde Hagelstadt zu, um die vorgesehene Gemeinde im Raum südlich von Alteglofsheim zu stärken, da dieses mit Köfering vereinigt werden sollte. Der Gemeinderat Langenerlings war mit dieser Lösung durchaus einverstanden, auch damit dass die Gemeinde Hagelstadt dann der neu zu bildenden Verwaltungsgemeinschaft Alteglofsheim einverleibt werden sollte. Letzteres lehnte Hagelstadt allerdings ab.⁵⁰ Im Dezember 1975 stimmten beide beteiligten Gemeindegremien einstimmig für eine Angliederung Langenerlings an Hagelstadt. Vertraglich vereinbart wurden die Unterhaltung der Langenerlinger Feuerwehr und der Gemeindewege sowie der Fortbestand der Jagdgenossenschaften.⁵¹ Der Gemeinderat Hagelstadts verzichtete mit acht zu vier Stimmen auf eine freiwillige Teilnahme an der Verwaltungsgemeinschaft, womit 75.000 DM an Sonderzuweisungen entfielen. Bei einer Zustimmung hätten sich aber keine Rechtsansprüche für ein späteres Ausscheiden ergeben. So wurde am 1.5.1978 nicht nur die freiwillige Aufnahme Langenerlings vollzogen, sondern auch die Teilnahme an der Verwaltungsgemeinschaft von Amts wegen durchgeführt. Die sich ergebenden Schwierigkeiten veranlassten Hagelstadt bereits 1978 aufgrund der geänderten Vorgaben für Verwaltungsgemeinschaften zu einem Austrittsgesuch. Dieses wurde jedoch nicht angenommen.⁵² Erst in den 1990er Jahren erreichte Hagelstadt die notwendige Einwohnerzahl für eine Einheitsgemeinde, so dass seit dem 1.1.1994 Hagelstadt wieder eigenständige





Mittelbayerische
Zeitung,
02.01.1976

Hagelstadt gegen Verwaltungsgemeinschaft mit Alteglofsheim

Eingemeindung Langenerlings ist perfekt / Die Bürgermeister Honal und Grundner unterzeichneten den Vertrag

Gemeinde ist.



Die beiden Bürgermeister Honal und Grundner bei der Unterzeichnung des Eingliederungsvertrages. Aufnahme: Fuß

» Erst in den 1990ern erreichte Hagelstadt die notwendige Einwohnerzahl für eine Einheitsgemeinde.

Hagelstadt (af). Bei der letzten Gemeinderatssitzung des alten Jahres waren schwerwiegende Entscheidungen zu treffen. An der Sitzung nahm auch das Gremium aus Langenerling mit Bürgermeister Grundner teil, um den Zusammenschluß im Zuge der Gebietsreform zu vollziehen. Die dafür nötigen Beschlüsse wurden von selten Langenerlings bereits einstimmig gefaßt. Mit dem Zielplanungsanschlag der Regierung, demzufolge

gelt war, gab es innerhalb des Hagelstädter Gremiums eine rege Diskussion über den Zielplanungsanschlag der Regierung. Die Entscheidung wurde durch die gegebenen Fakten wesentlich erschwert. Ein „Nein“ zum freiwilligen Beitritt zur Verwaltungsgemeinschaft bedeutete gleichzeitig den Verzicht auf die finanzielle Förderung in Höhe von 75 800 DM. Bei einem „Ja“ geht jeglicher

Hemau

Die flächenmäßig größte Gemeinde des Landkreises Regensburg entstand in zwei Phasen. Die erste Erweiterung des Hemauer Stadtgebietes erfolgte noch unter Aufsicht des Landratsamts Parsberg. Nach Gesprächen zwischen den Orten im Tangrintelgebiet stimmten im April 1971 die Gemeindegremien von Aichkirchen, Berletzhof, Haag, Klingen, Kollersried, Langenkreith, Laufenthal, Neukirchen, Pellndorf und Thonlohe zu, sich am 1.7.1971 der Stadt Hemau anzuschließen. Die Verhandlungen zogen sich jedoch länger hin. Bürgerabstimmungen in Haag, Langenkreith und Laufenthal fielen negativ aus, sodass diese drei Gemeinden ihre Beschlüsse wieder aufhoben. Auch Aichkirchen entschloss sich im November 1971, vorerst selbständige Gemeinde zu bleiben. Im selben Monat führte eine Abstimmung in Klingen zu demselben Ergebnis. In den Ortsteilen Berg, Mantlach und Netzstall stimmte eine Mehrheit für einen Anschluss an den Markt Painten. Dieser war, ebenso wie die Gemeinde Neulohe, zunächst ebenfalls an einer Vereinigung mit

Hemau interessiert gewesen, zog dann jedoch die Umgliederung in den Landkreis Kelheim vor.⁵³ Nach dem Abschluss der Verträge zwischen den verbliebenen Gemeinden konnte so am 1.1.1972 die Eingliederung der Gemeinden Berletzhof, Kollersried, Neukirchen, Pellndorf und Thonlohe in die Stadt Hemau vollzogen werden.⁵⁴

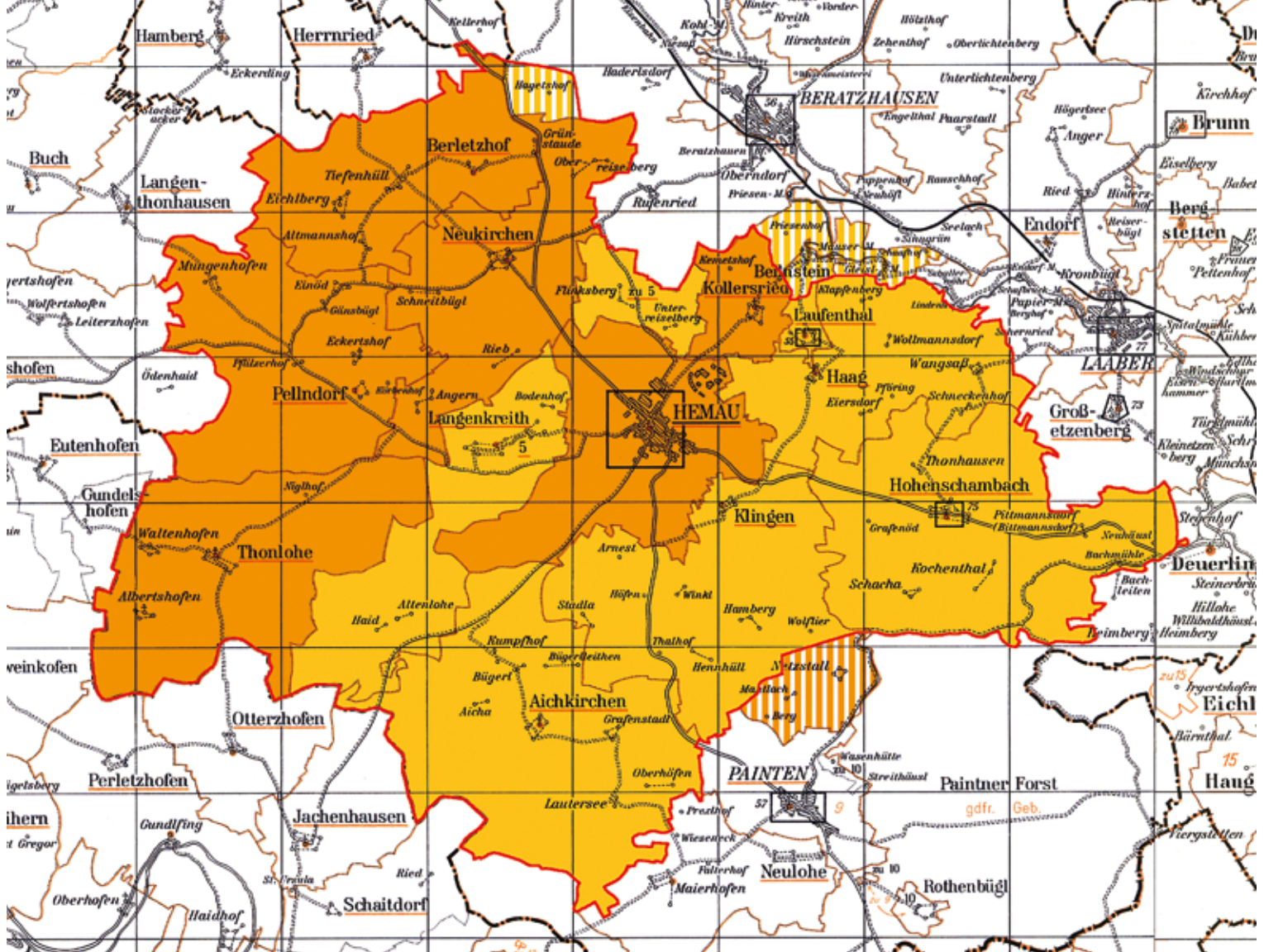
Bereits 1971 hatte die Staatsregierung im Rahmen der Landkreisgebietsreform die Auflösung des Landkreises Parsberg und die Bildung eines großen Juralandkreises mit Zentrum Neumarkt

»Für das Gebiet um Hemau ergab sich damit die Möglichkeit einer Neuausrichtung.

geplant. Für das Gebiet um Hemau ergab sich damit die Möglichkeit einer Neuausrichtung. Neben Neumarkt waren auch die Landkreise Regensburg und Kelheim aufnahmebereit. Aufgrund der Konkurrenz zur Stadt Parsberg und auch wegen der Ausrichtung auf Regensburg zog der Stadtrat Hemaus eine Angliederung an den Landkreis Regensburg vor. Als Innenminister Merk sich zu einer Besprechung mit allen oberpfälzischen Landräten in Regensburg traf, sendeten der Bürgermeister sowie der CSU-Vorsitzende und spätere Bürgermeister Schuster eilends jeweils ein Telegramm nach Regensburg, in dem nochmals deutlich die Zugehörigkeit zum Landkreis Regensburg gefordert wurde. Diesem Wunsch wurde schließlich entsprochen und das Tangrintelgebiet ging ebenso wie der Raum Beratzhausen und Laaber am 1.7.1972 bei der Realisierung der Landkreisreform an den Landkreis Regensburg.⁵⁵

Der zweite Teil der Gemeindegebietsreform begann dann mit der Zielplanung der Regierung 1975. Sie sah vor, Aichkirchen, Hohenschambach, Klingen, Langenkreith, den Ort Hagetshof aus dem Markt Beratzhausen, Teile der Gemeinde Haag sowie den Ort Laufenthal ins Stadtgebiet von Hemau einzugliedern. Damit wäre der komplette Raum der Tangrintel-Hochebene in einer Verwaltungseinheit vereinigt worden. Nicht einverstanden mit dieser Neuregelung war lediglich der Gemeinderat Haag, da sich die Einwohner des Haager Ortsteiles Wangsaß für einen Anschluss an den Markt Laaber ausgesprochen hätten. Der Gemeinderat gab dabei aber keine Anregung, wie in dieser Frage zu verfahren sei. Im Übrigen wurde der Aufteilung der Gemeinde zwischen Hemau und Beratzhausen zugestimmt.⁵⁶ Wegen der geringen Größe der Kleingemeinden sahen diese keine Möglichkeit, gegen die Vorschläge der Regierung Widerstand zu





leisten und so schlossen Mitte Dezember 1975 die beteiligten Bürgermeister Franz Meier aus Aichkirchen, Johann Pollinger aus Hohenschambach, Josef Dinauer aus Haag, Johann Waldhier aus Klingen, Willi Köhler aus Langenkreith und Johann Pollinger aus Laufenthal als Bevollmächtigte ihrer Gemeinden eine Vereinbarung mit Hemaue, vertreten durch Bürgermeister Hans Schuster, die neben den üblichen Fragen zu Steuerhebesätzen, Teilbürgerversammlungen und Erhalt der Feuerwehren auch die Errichtung von Straßenbeleuchtungen in den Gemeinden sowie

den Straßenausbau von Gemeindewegen zusicherte. Auch die Verpflichtung zur Wartung der Aichkirchner Kirchturmuhre ging an die Stadt Hemaue über.⁵⁷ Am 1.5.1978 wurde dann die Einbeziehung der Gemeinden vollzogen, nachdem der zunächst vorgeschlagene Neujahrstag 1978 als Auslösungstermin von den sechs Kleingemeinden einstimmig abgelehnt worden war. Sie befürchteten, vier Monate ohne Vertretung im Stadtrat aushalten zu müssen, denn die Neuwahl des Hemaueer Bürgermeisters und Stadtrats sollte erst Anfang Mai 1978 in Kraft treten.⁵⁸

Holzheim am Forst

Die Gemeindegebietsreform im Raum Holzheim am Forst beginnt bereits 1970, als sich die drei Kleinstgemeinden Bubach am Forst, Schönleiten und Buchenlohe, die alle dem Altlandkreis Regensburg angehörten, für eine Vereinigung aussprachen. Die Einwohnerzahl dieser neuen Gemeinde hätte dann 570 Personen erreicht. Die Anwohner der Orte Frauenberg, Forstberg und Reiterberg befürworteten bereits 1969 einen Anschluss ihrer Orte an die Gemeinde Steinsberg, da diese wesentlich näher liegt als Bubach. Der Gemeinderat Buchenlohe unterstützte dieses Vorhaben. Bei der Abstimmung zum Zusammenschluss der drei Gemeinden votierten überall die abstimmenden Bürger mehrheitlich für eine Vereinigung, die am 1.1.1971 umgesetzt wurde.⁵⁹ Diese Lösung blieb jedoch nicht von Dauer, die Zielplanung der Regierung 1975 verfolgte den Plan, die Gemeinde wieder zu teilen, die ehemaligen Orte Buchenlohe und Schönleiten dem Markt Regenstauf zuzuweisen und Bubach mit Holzheim am Forst, das 1972 aus dem aufgelösten Land-

Tagesanzeiger,
08./09.01.1972

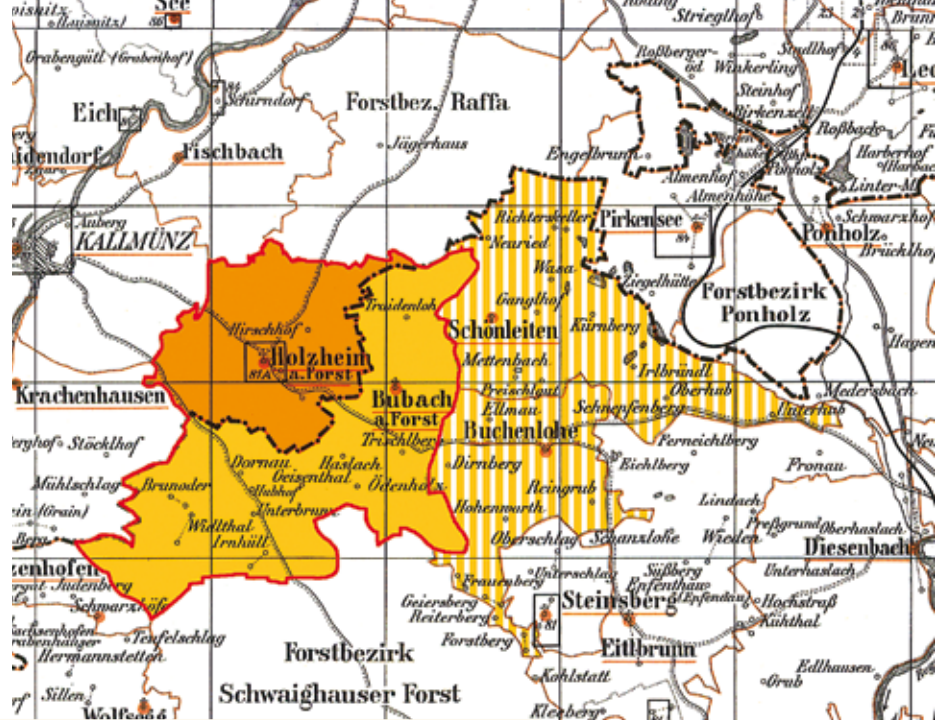
kreis Burg-



lengenfeld nach Regensburg umgegliedert worden war, zu vereinigen.⁶⁰ Der Gemeinderat von Bubach war anfangs nur bereit, die westlich gelegenen Orte Brunoder, Dornau, Unterbrunn und Irnhüll an Holzheim und damit an die geplante Naabtal-Verwaltungsgemeinschaft abzutreten und die Orte Traidenloh, Bubach, Trischlberg und Haslach ebenfalls nach Regenstauf einzugliedern, wie er bereits 1973 beschlossen hatte. Diese Lösung wurde auch in der Bevölkerung bei einer Abstimmung 1975 unterstützt.⁶¹ Im Dezember 1975 beugte sich die Gemeinde schließlich den Vorstellungen der Regierungsplanung, sodass am 1.1.1978 die Gemeinde Holzheim aus den Altgemeinden Holzheim und Bubach gebildet werden konnte. Seit 1.5.1978 bildet Holzheim mit Duggendorf und dem Markt Kallmünz die Verwaltungsgemeinschaft Kallmünz.⁶²



» Am 1.1.1978 konnte die **Gemeinde Holzheim** aus den Altgemeinden **Holzheim** und **Bubach** gebildet werden.



109



Kallmünz

Kallmünz, neben Regensauf die nördlichste Gemeinde des Landkreises, gehörte bis zur Kreisreform 1972 dem Landkreis Burglengenfeld an. Nachdem Pläne, die die Einbeziehung der Stadt Burglengenfeld nach Regensburg vorsahen, verworfen worden waren, wurden schließlich die Gemeinden Dinau, Duggendorf, Hochdorf, Holzheim am Forst, Krachenhausen, Rohrbach, ein Teil der Gemeinde See und Traidendorf mit dem Markt Kallmünz auf Wunsch der Bevölkerungsmehrheit dem Landkreis Regensburg eingegliedert. Bereits 1971 fand sich das nur 124 Einwohner zählende Krachenhausen mit Bürgermeister Rupert Igl bereit, einen

freiwilligen Anschluss an Kallmünz zu vollziehen, der am 1.7.1972 rechtskräftig wurde. Dieser Wunsch wurde auch von der Bevölkerung getragen. Die Gemeinde See, die nach dem Willen der Staatsregierung mit der Kreisreform geteilt und zum Teil Kallmünz, zum anderen Teil Burglengenfeld zugewiesen werden sollte, stellte noch 1971 einen Auflösungsantrag. Mit Wirkung vom 1.7.1972 wurden die Gemeindeteile Eich, Grabenhof und Zaar in den Markt Kallmünz integriert.⁶³ Die Zielplanung der Regierung 1975 sah weitere Eingliederungen vor. So sollten neben dem fünf Kilometer entfernten Dinau auch die Gemeinden Rohrbach und Traidendorf im Vilstal sowie Teile der inzwischen zum Landkreis Schwandorf gehörenden Gemeinde Fischbach nach Kallmünz aufgenommen werden. Alle betroffenen Gemeinden waren mit der Neugliederung einverstanden, und so schlossen der Bürgermeister Heinrich Weiß aus Kallmünz und die Bürgermeister Johann Bleyer aus Dinau, Johann Loritz aus Rohrbach, Heinrich Hummel aus Traidendorf und Alfons Dechant aus Fischbach die Eingliederungsverträge.⁶⁴ Am 1.5.1978 wurden schließlich die Altgemeinden Dinau, Rohrbach, Traidendorf sowie die Orte Fischbach und Schirndorf Bestandteil des Marktes Kallmünz.⁶⁵

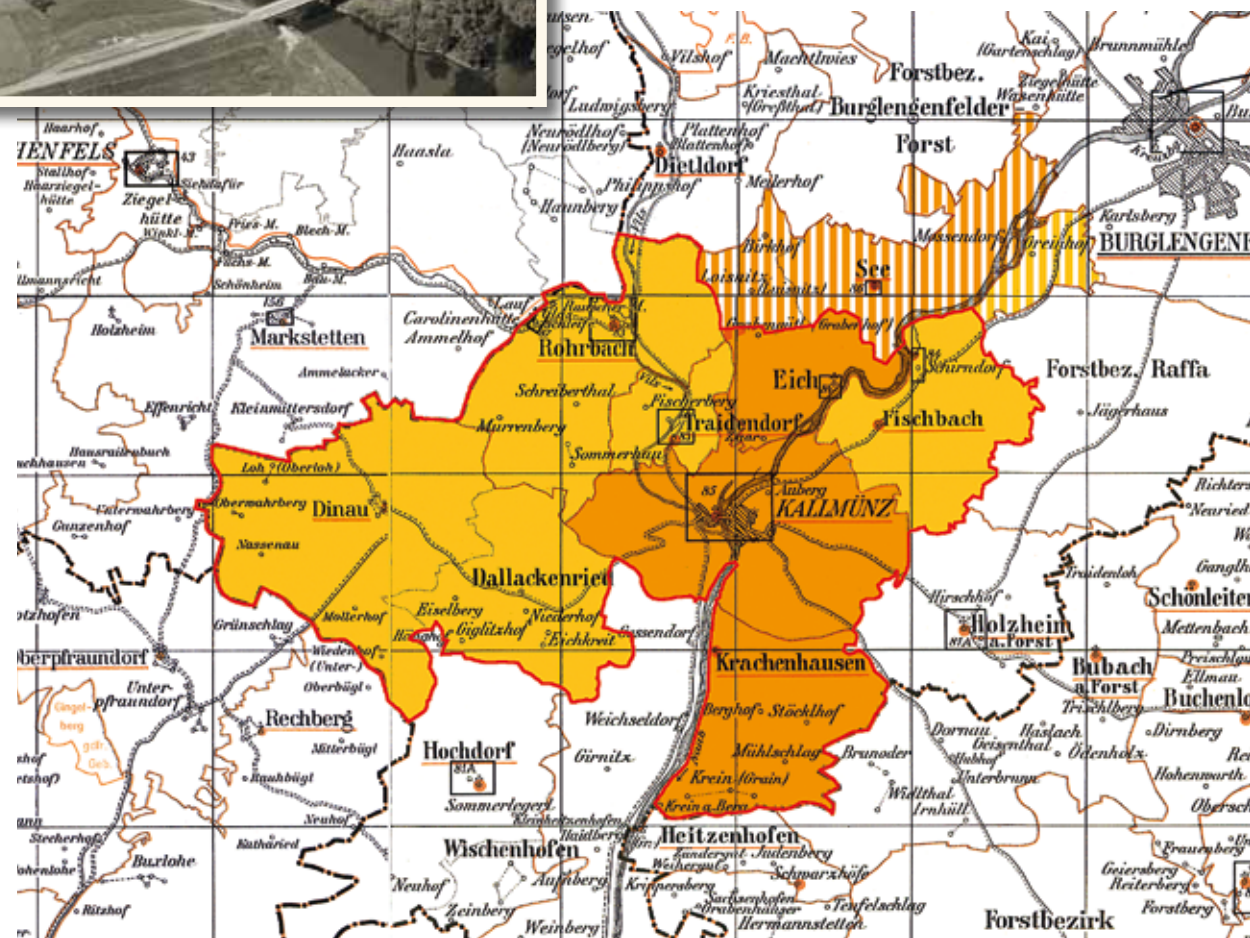
Ferner sollte Kallmünz auch Sitz einer Verwaltungsgemeinschaft mit den beiden verbliebenen Gemeinden des Südtails des Altlandkreises Burglengenfeld werden. Der Vorschlag von Kallmünz, eine Einheitsgemeinde zu errichten, wurde aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte und der Weiträumigkeit des Gebietes nicht weiter verfolgt. Mit einer Verwaltungsgemeinschaft einverstanden waren Holzheim und Duggendorf. Hochdorf wollte ebenfalls Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft werden, um einem Zusammenschluss mit Duggendorf zu entgehen. Doch





» Am 1.5.1978 wurden die Altgemeinden Dinau, Rohrbach, Traidendorf sowie die Orte Fischbach und Schirndorf Bestandteil des Marktes Kallmünz.

daraus wurde nichts. Im Laufe des Jahres 1975 einigten sich die drei Gemeinden Duggendorf, Holzheim und Kallmünz und seit 1.5.1978 bildet der gesamte Raum des südlichen Altlandkreises Burglengenfeld, der an den Landkreis Regensburg übergegangen war, eine Verwaltungsgemeinschaft mit Sitz in Kallmünz.⁶⁶



Köfering

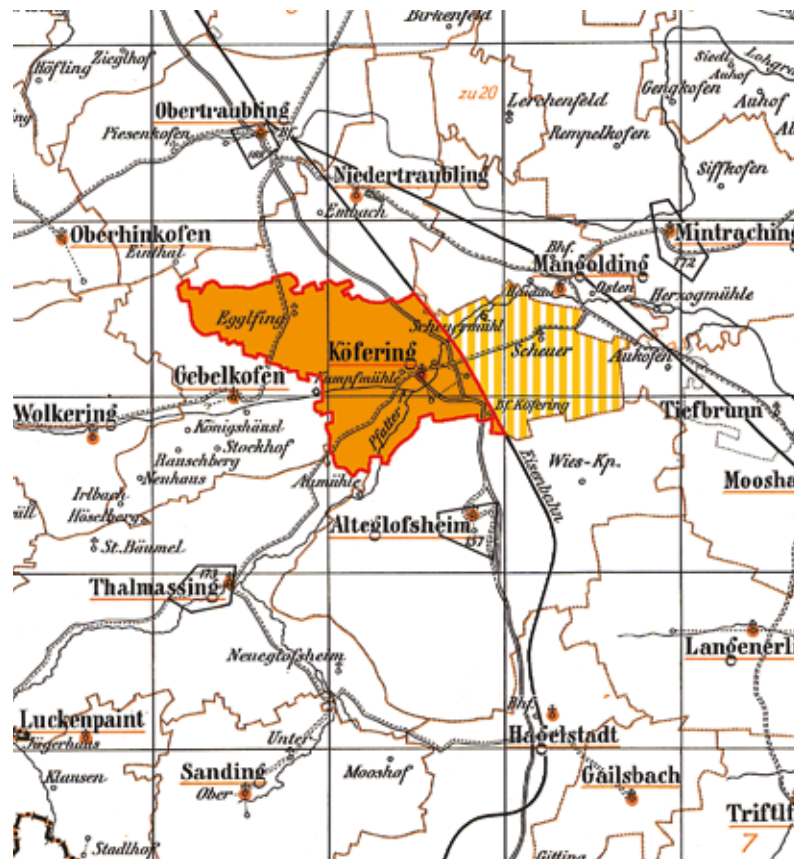
» Die neue *Ostgrenze Köferings* wurde entlang der *Bahnstrecke* gezogen.

112

Die Gemeinde Köfering ist die einzige Gemeinde des Landkreises, deren Fläche sich im Zuge der Gebietsreform verringerte und die dabei als Gemeinde erhalten blieb. Zunächst deutete sich für Köfering keine Veränderung an. Die Zielplanung der Regierung 1975 sah dann allerdings eine Dreiteilung der Gemeinde vor. Der östliche Teil um Scheuer sollte an Mintraching gehen, der westliche Ort Egglfing, der in das Gebiet von Obertraubling ragte, an dieses, und der zentrale Ort Köfering wäre an Alteglofsheim angeschlossen worden.⁶⁷ Köfering forderte dagegen den Erhalt der Ge-

meinde im Rahmen einer Verwaltungsgemeinschaft sowie die Angliederung Mangoldings, dessen Bürger sich aufgrund ihrer engen Beziehungen mit Scheuer für einen Zusammenschluss mit Köfering ausgesprochen hatten. Bürgermeister Albert Kaindl von Köfering argumentierte, dass eine überdurchschnittlich hohe Steuerkraft und die Einwohnerzahl (ohne Mangolding) von 1.300 Bewohnern ausreichen, um als Gemeinde bestehen bleiben zu können. Die Einheit und Zusammengehörigkeit der drei Ortsteile dieser

„schönen steuerkräftigen Gemeinde“ wurde betont: Es könne „doch nicht der Sinn der Reform sein“, dass die vitale Gemeinde „Köfering aufgeteilt und ausgelöscht werden“ solle.⁶⁸ Diese Haltung unterstützte auch das Landratsamt Regensburg, auch wenn Alteglofsheim davon „nicht begeistert“ war. Im Januar 1976 stellte die Regierung der Oberpfalz fest, dass dem Wunsch Köferings nach Erhalt der Gemeinde trotz der Abtretung von Scheuer „unter Zurückstellung erheblicher Bedenken entsprechen werden“ könne.⁶⁹ Im selben Monat sprachen sich zwar bei einer geheimen Bürgerabstimmung in Scheuer 159 von 169 Wählern für einen Verbleib ihres Ortes bei Köfering





aus. Dennoch wurde der Ort schließlich trotz einer Normenkontrollklage⁷⁰ wegen seiner Verflechtungen mit Mangolding und zur Stärkung des Mintrachinger Raumes der Gemeinde Mintraching zugewiesen. Die neue Ostgrenze Köferings wurde entlang der Bahnstrecke gezogen. Eggfing konnte bei der verkleinerten Gemeinde verbleiben. Die Gemeinde hatte sich tapfer gewehrt und konnte so ihren Bestand sichern. In die Bildung der Verwaltungsgemeinschaft Alteglofsheim wurde Köfering als Mitgliedsgemeinde mit einbezogen, Dr. Bruno Sahliger, inzwischen Bürgermeister von Köfering, wurde erster Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft. Am 1.1.2002 verließ Köfering die Verwaltungsgemeinschaft wieder, da sie die notwendigen Bedingungen für eine Einheitsgemeinde, darunter auch die Mindestzahl von 2.000 Einwohnern, erfüllte.⁷¹

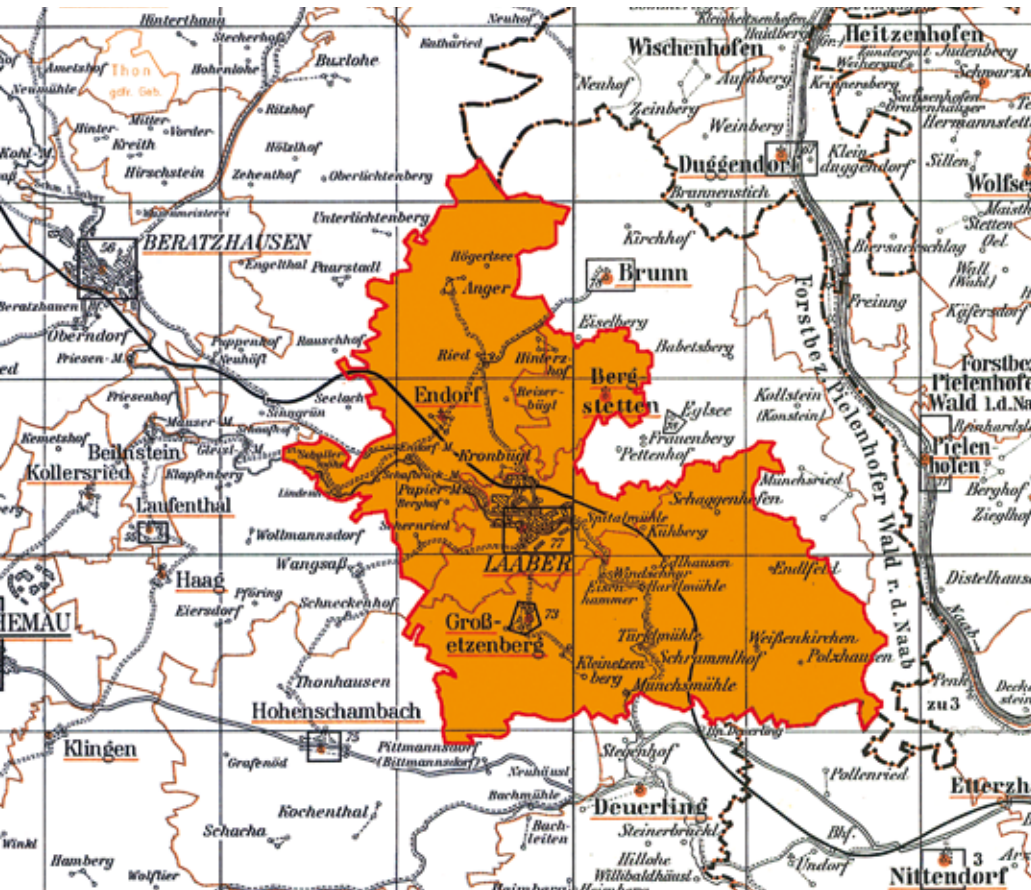


Laaber

114

Die Gemeinden der heutigen Verwaltungsgemeinschaft Laaber waren bereits im Jahr 1946 von der amerikanischen Militärregierung vereinigt worden, erhielten aber 1948 wieder ihre Selbständigkeit.⁷² 1970 jedoch, im Zuge der beginnenden Gebietsreform, erschien es unumgänglich, wieder Zusammenlegungen in diesem Raum vorzunehmen. Der Bürgermeister von Endorf berichtete an das Landratsamt, dass – „wenn finanziell etwas zu holen ist“ –, das Gemeindegremium einem Zusammenschluss mit Laaber nicht abgeneigt

wäre. Nach einer Bürgerversammlung stimmte der Gemeinderat Endorf zu, der Marktrat von Laaber war ebenfalls aufgrund der „engen Verbundenheit“ zu einer Vereinigung, allerdings eine Angliederung, bereit. Nach einer positiv verlaufenen Bürgerabstimmung im November konnte die Gemeinde Endorf damit am 1.1.1971 dem Markt Laaber eingegliedert werden. Die Sonderschlüsselzuweisungen wurden vornehmlich für den Ausbau der Gemeindestraßen um Endorf genutzt.⁷³ Anfang 1971 liefen auch die Verhandlungen mit Bergstetten und Großetzenberg wegen eines Anschlusses an Laaber. Die Gemeindegremien der beiden Kleingemeinden beschlossen im April 1971 die Angliederung. Zügig wurden die Verhandlungen geführt, am 1.7.1971 waren die beiden Gemeinden in Laaber aufgegangen.⁷⁴ Weitere Zusammenlegungen in diesem großflächigen Raum schienen der Regierung nicht sinnvoll. So regte die Zielplanung 1975 lediglich die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft Laaber mit den Gemeinden Brunn und Deuerling an.⁷⁵ Diese Planung hielt insbesondere die Gemeindevertretung von Laaber für unsinnig. Sie beharrte auf der Bildung einer Einheitsgemeinde, da diese wirtschaftlicher zu führen sei. Deuerling dagegen war mit der Ausrichtung auf Laaber ganz und gar nicht einverstanden und wünschte eine Verwaltungsgemeinschaft mit Nittendorf. Dieses wäre dazu auch bereit gewesen. Brunn war mit der von der Regierung gewünschten Regelung einverstanden. Bis zum Ende der Freiwilligkeitsphase 1975 einigten sich die drei beteiligten Gemeinden, um die Fördermittel nicht zu verlieren, auf die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft, die am 1.5.1978 ins Leben gerufen wurde und sich bewährt hat. Am selben Tag wurde auch das Gebiet Eselburg der aufgelösten Gemeinde Haag in den Markt Laaber umgegliedert.⁷⁶



» Die Gemeindevertretung von Laaber beharrte auf der **Bildung einer Einheitsgemeinde**, da diese **wirtschaftlicher** zu führen sei.



115

Mittelbayerische
Zeitung,
04.08.1975

Marktrat Laaber sprach sich für eine Einheitsgemeinde aus

Bei Verwaltungsgemeinschaft nur 175 000 DM / Liebäugeln Deuerlings mit Nittendorf als Erpressungsversuch gewertet

Laaber (al). Bei der Sitzung des Marktrates am Donnerstag im Sportheim „Markt Laaber“, die wegen Stromausfalls durch Blitzschlag wie zu Zeiten der alten Ritter teilweise bei Kerzenlicht stattfand, nahm das Thema „Gemeindegebietsreform — Anhörungsverfahren zum Regierungsvorschlag“ breiten Raum ein. Bürgermeister Schreiner, der in der letzten Sitzung schon ein eindeutiges Plädoyer für die Einheitsgemeinde abgegeben hatte, streifte noch einmal kurz die Kernfragen und überließ dann das Feld den Markträten zur Diskussion. Die Fraktions-

Marktrat erst nach einem Votum der Bürger endgültig entscheiden solle.

Obwohl sich die Fraktionen im Grundprinzip einig waren, gab es in Detailfragen hitzige Debatten. Jedenfalls brachte die rege Diskussion zum Ausdruck, wie ernst der Marktrat dieses Thema nahm. Der Beschluß der Gemeinde Deuerling, eine Verwaltungsgemeinschaft anzupeilen, wurde zur Kenntnis genommen. Das Liebäugeln Deuerlings mit Nittendorf wurde von Mitgliedern des Marktrates als „Erpressungsversuch“ gewertet. Daß Deuerling und Brunn mit einer Verwaltungsgemeinschaft rund eine halbe Million her-

Marktrat Link brachte zum Ausdruck, daß es nicht ausreiche, wenn die Laaberer für eine Einheitsgemeinde seien, aber die „Braut“ Deuerling-Brunn nicht mitziehe. Man müsse bestrebt sein, auch dort die Bürger zu überzeugen. Marktrat Thann regte an, die Bürgerversammlungen mit Befragung auf eine Wahl auszudehnen. Im übrigen verwahrte er sich gegen Äußerungen, im Laaberer Marktrat redeten nur der Bürgermeister und die Fraktionssprecher. — Rückschauend stellte der Marktrat fest, daß sich der Zusammenschluß von Laaber, Großbetzenberg, Endorf und Bergstetten bewährt habe. Nach weiteren Diskussionsbeiträgen, an denen sich fast der

Lappersdorf

Anfang der 1970er Jahre hatten sich die Gemeinden Kareth, Hainsacker und Lappersdorf mit dem Wunsch der Stadt Regensburg auseinanderzusetzen, die unter anderem diese drei Orte gerne eingemeindet hätte.

Um diesem Schicksal zu entgehen, verhandelten die Bürgermeister von Kareth, Lappersdorf und Hainsacker über die mögliche Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft. Hainsacker lehnte jedoch ab, um nicht ebenfalls von der Eingliederung bedroht zu sein.⁷⁷ Bei der ersten Welle der Eingemeindungen um 1972 konnten alle drei Gemeinden jedoch ihre Selbständigkeit erhalten, auch da sich die Wünsche der Stadt im weiteren Reformverlauf auf den südlichen Raum um Burgweinting konzentrierten.

Die Zielplanung der Regierung vom Juli 1975 schlug für den Raum nordwestlich von Regensburg eine Einheitsgemeinde Lappersdorf vor, der auch Kareth und Hainsacker angehören sollten. In der Stellungnahme des Gemeinderates Hainsacker unter Bürgermeister Franz Baumer wurde diese Lösung allerdings abgelehnt mit der Begründung, dass weit kleinere Gemeinden (Hainsacker hatte um die 2.700 Einwohner) erhalten bleiben würden, während die aufstrebende Gemeinde aufgelöst werden sollte. Die endgültige Planung der Regierung vom November 1975 nahm



diese Anregungen auf und sah vor, Hainsacker als Gemeinde zu erhalten und zum Sitz einer Verwaltungsgemeinschaft mit der Mitgliedsgemeinde Steinsberg

zu machen, die auch Eitlbrunn und Teile von Bubach am Forst umfasst hätte.⁷⁸

Doch die Gemeinde Hainsacker sah ihre Zukunft schließlich doch nicht in einer Verbindung mit dem Raum zwischen Naab und Regen, sondern forcierte eine Zusammenarbeit mit Lappersdorf und eine Ausrichtung auf Regensburg. Auch Steinsberg tendierte Richtung Regensburg, so dass der Plan einer Verwaltungsgemeinschaft verworfen wurde.⁷⁹ Die Bürger Kareths

hatten sich im September 1975 ebenfalls für einen Zusammenschluss mit Lappersdorf ausgesprochen. Im Februar 1976 wurden in einer gemeinsamen Sitzung der drei Gemeindegremien die Vereinbarungen bezüglich der Vereinigung beschlossen, am 1.5.1978 bildete sich dann die neue Gemeinde mit Lappersdorf als Gemeindegemeinschaft.⁸⁰ Sie ist dank der Nähe zu Regensburg, einer hervorragenden Infrastruktur und einer großen Zahl an Betrieben zur zweitgrößten Gemeinde des Landkreises Regensburg angewachsen. Dieser Erfolg wurde gekrönt durch die Erhebung zum Markt im Jahr 1997.

Die Mehrheit im Hainsackerer Gemeinderat für Lappersdorf

„Auf lange Sicht Eingliederung besser als Verwaltungsgemeinschaft“ / Weiterer Abschnitt des Kanals vergeben

Hainsacker (Ibh). Wichtigstes Thema der letzten Gemeinderatssitzung war die Stellungnahme zur Zielplanung der Regierung im Hinblick auf die Gemeindegebietsreform. Dazu faßte der Gemeinderat mit neun gegen vier Stimmen einen Beschluß, wonach Hainsacker zum 1. Januar 1978 oder zum 1. Mai 1978 in die Gemeinde Lappersdorf eingegliedert werden solle. Die Gemeinderäte der SPD (vier) und ein Gemeinderat der Unparteilichen stimmten, in Einklang mit der Zielplanung der Regierung, für einen Zusammenschluß mit Steinsberg und Eitlbrunn in einer Verwaltungsgemeinschaft mit Sitz in Hainsacker.

Nachdem Bürgermeister Baumer einen ausführlichen Bericht über den bisherigen Verlauf der Gebietsreform gegeben und erinnert hatte, daß von der Regierung zunächst eine Einheitsgemeinde Kareth-Lappersdorf-Hainsacker vorgesehen war, wozu Hainsacker mit 14 gegen eine Stimme die Erhaltung der Selbständigkeit mit eigener Verwaltung gefordert hatte, gingen die Meinungen im Hainsackerer Gemeinderat weit auseinander. Zweiter Bürgermeister Xaver Wolf hatte sich beim Innenministerium eingesetzt, daß Hainsacker

selbständig bleibe und eine Verwaltungsgemeinschaft mit Steinsberg und Eitlbrunn bildet, wenn sich die beiden letztgenannten Gemeinden zusammengeschlossen haben. Bei der letzten Sitzung vertraten nun die acht Gemeinderatsmitglieder der CSU und ein Überparteilicher die Meinung, daß, auf lange Sicht betrachtet, eine Verwaltungsgemeinschaft den Bürgern geringere Vorteile bietet, als eine Eingliederung in die Gemeinde Lappersdorf. Die vier Ratsmitglieder der SPD und ein Überparteilicher vertraten hingegen die Meinung, daß Hainsacker auf jeden Fall selbständig bleiben und eine Verwaltungsgemeinschaft mit Steinsberg/Eitlbrunn bilden solle.

Trotz längerer Aussprache kam im Gemeinderat keine Annäherung der Standpunkte zustande. So faßte der Gemeinderat dann mit den neun Stimmen der CSU und eines Überparteilichen gegen die vier SPD-Räte und einen Überparteilichen den Beschluß, Hainsacker in die Großgemeinde Lappersdorf einzugliedern. Mit dem Zusatz allerdings, daß der Gemeinderat mit der Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft ab 1. Mai 1978 einverstanden sei, wenn eine Eingliederung

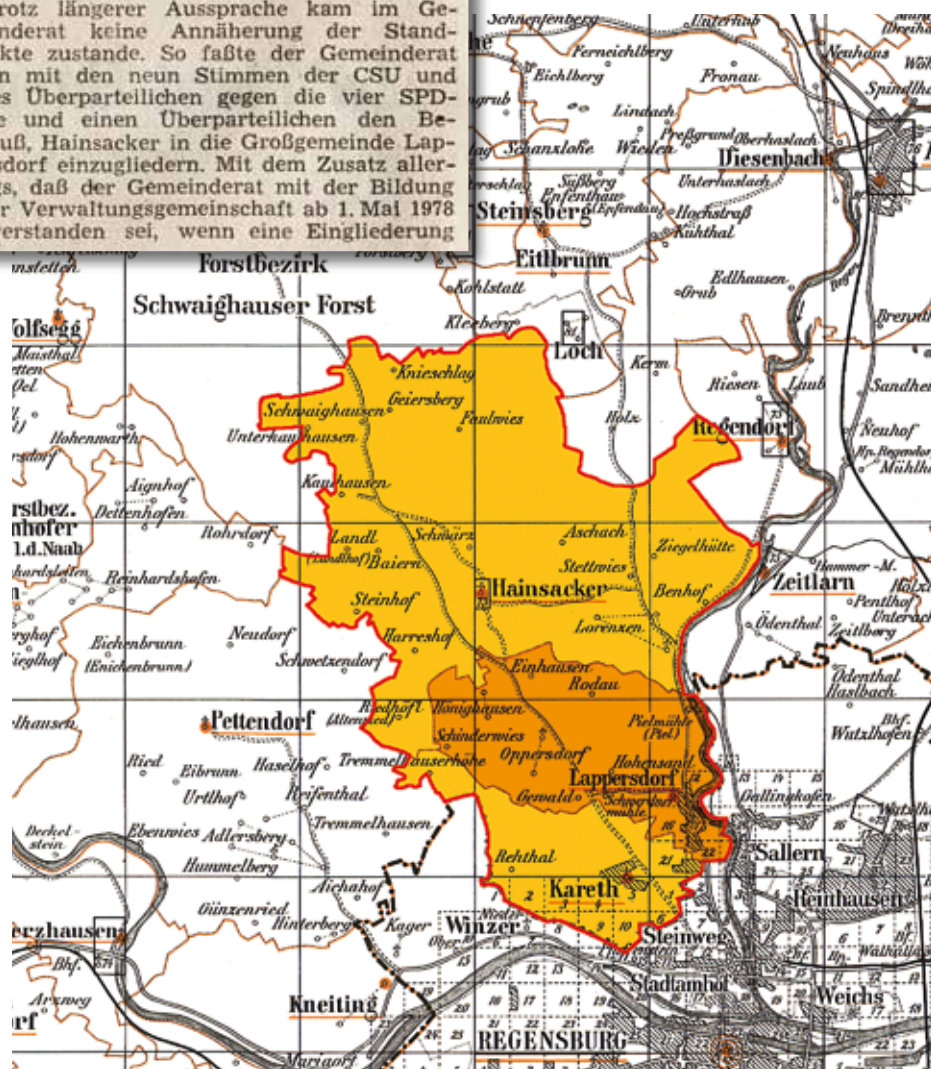
nach Lappersdorf nicht möglich sein sollte. — Wie 2. Bürgermeister Xaver Wolf der Redaktion mitteilte, wolle er in dieser Sache eine Sondersitzung des Gemeinderates beantragen, um das Thema erneut vor den Gemeinderat zu bringen.

Im weiteren Verlauf der Gemeinderatssit-

Mittelbayerische Zeitung,
27./28.12.1975

117

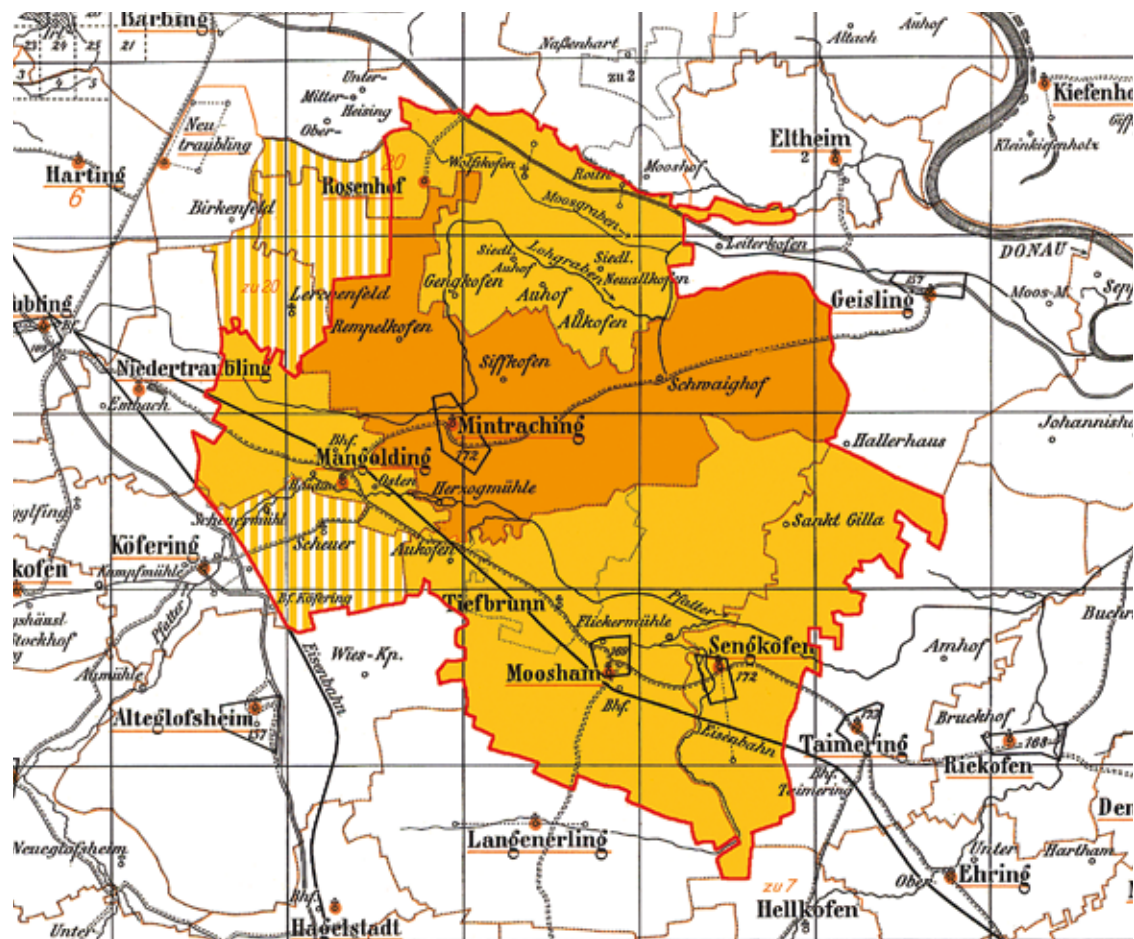
» Die Bürger Kareths hatten sich im September 1975 ebenfalls für einen Zusammenschluss mit Lappersdorf ausgesprochen.



Mintraching

Im Raum Mintraching, dem Zentrum des alten Landgerichts Haidau, kam der Gedanke der Gebietsreform erst sehr spät auf. Lediglich die Gemeinde Rosenhof war sich ihrer vor auszusehenden Auflösung bewusst – der Gemeinderat tendierte zu Neutraubling – und wollte Anfang 1975 eine Bürgerabstimmung durchführen lassen, die das Innenministerium allerdings nicht genehmigte, um die Veröffentlichung der Zielplanung der Regierung am 1.7.1975 abzuwarten.⁶¹ Mit dieser

Planung kam die Gebietsreform in diesem Raum ins Rollen. Es war vorgesehen, die Gemeinden Mangolding, Moosham, Rosenhof, Sengkofen und den Ort Scheuer der Gemeinde Köfering in die Einheitsgemeinde Mintraching zu integrieren. Kleinere Abtretungen sollten an Neutraubling erfolgen. Neben dem Mintrachinger Bürgermeister Willi Edlmann und dem dortigen Gemeinderat selbst war auch Sengkofen un-





» Am 1.5.1978 wurde die *Eingemeindung* aller in der Zielplanung der Regierung vorgeschlagenen Gemeinden *verwirklicht*.

119

ter Bürgermeister Johann Guggenberger mit diesen Erwägungen einverstanden. Moosham dagegen strebte eine Mitgliedschaft in der Verwaltungsgemeinde Alteglofsheim an und Mangolding schließlich wies auf seine engen Beziehungen zu Scheuer hin und drückte den Wunsch einer Eingemeindung nach Köfering aus.⁸² Diese Ideen wurden von der Regierungsplanung verworfen. Moosham sei für die Stärkung des Raumes Mintraching von Bedeutung, dem Mangoldinger Wunsch werde durch die Einbeziehung Scheuers entsprochen und das landwirtschaftlich geprägte Rosenhof, dessen Gemeindegremium sich knapp für eine Eingemeindung nach Neutraubling entschieden hatte, diene zur „sinnvollen“ Abrundung des Gemeindegebietes nach Norden. Bei den nachfolgenden Verhandlungen waren auch Moosham mit Bürgermeister Karl Kellner und Rosenhof unter Artur Westhäuser mit dieser Lösung – mit Ausnahme der Abgabe Lerchenfelds – einverstanden. Der Mangoldinger Bürgermeister Johann Häbler und der dortige Gemeinderat beharrten noch auf ihrem Wunsch, auch bestätigt durch die Bürger, die sich mit 80 Prozent für Köfering entschieden hatten. Am 1.5.1978 wurde schließlich die Eingemeindung aller in der Zielplanung der Regierung vorgeschlagenen Gemeinden verwirklicht.⁸³



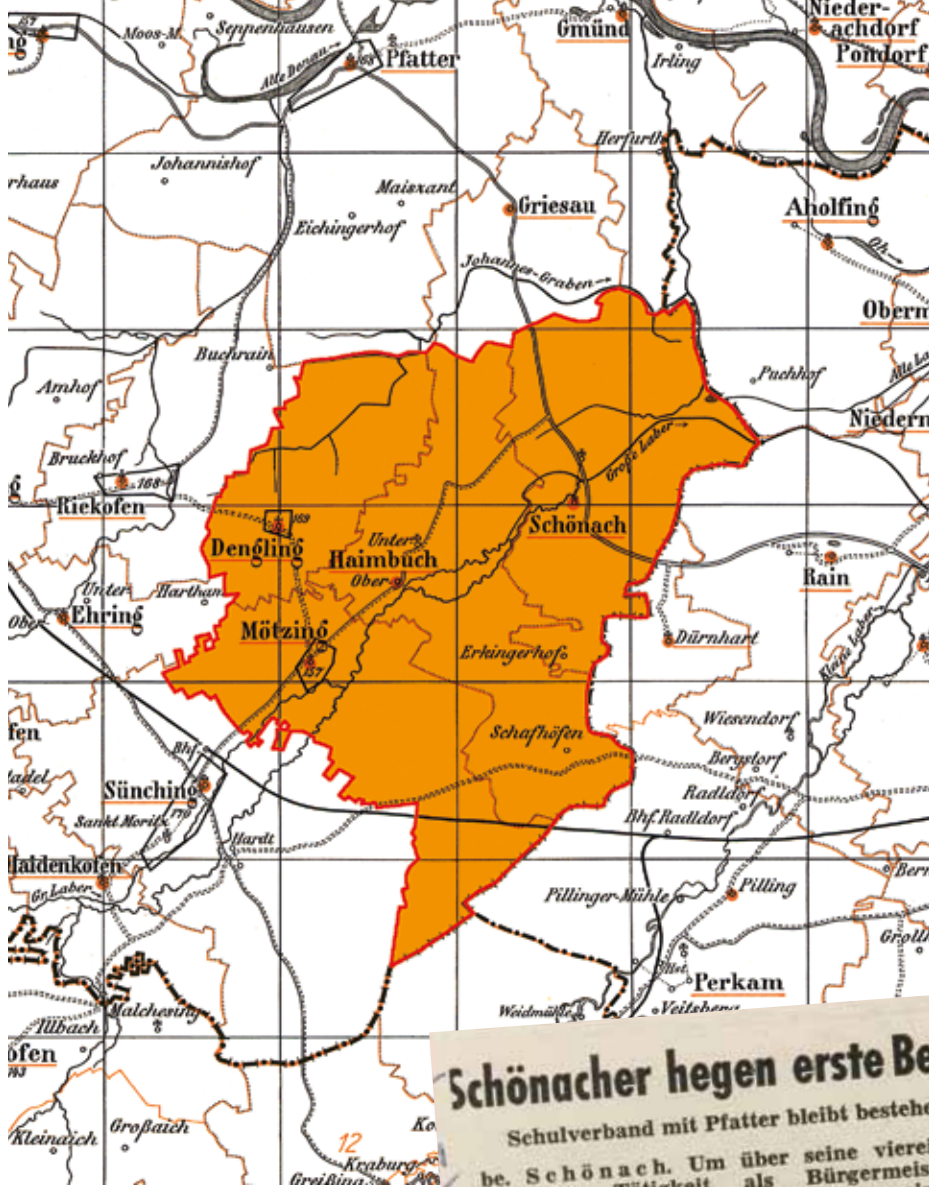
Mötzing

Im Gemeindewappen Mötzings spiegelt sich die Entstehung der heutigen Gemeinde wider. Aus vier kleinen Gemeinden, die sich schon in der ersten Freiwilligkeitsphase am 1.1.1972 zusammenschlossen, entstand die neue

Gebietskörperschaft Mötzing.⁸⁴ Die Entwicklung begann im April 1970 mit einer Anfrage des Haimbacher Bürgermeisters Johann Giersdorfer beim Landratsamt, ob ein Zusammenschluss von Dengling, Haimbuch und Mötzing gebilligt werden würde. Das Landratsamt äußerte sich positiv. Bereits zuvor hatte sich in einer Mötzinger Bürgerversammlung die Mehrheit der Anwesenden für eine Vereinigung mit umliegenden Gemeinden ausgesprochen.⁸⁵ Im Oktober vereinbarten die Gemeindegremien unter Leitung des Landratsamtes die Einleitung des vorbereitenden Verfahrens für einen Zusammenschluss. Die Bürgerabstimmung wurde jedoch mehrfach verschoben. Am 25.4.1971 schließlich votierten die Bürger Mötzings fast vollständig für die neue Gemeinde, die Haimbacher ebenfalls mit 74 Prozent, die Denglinger dagegen nur knapp mit 52 zu 50 Stimmen. Wie nicht anders zu erwarten, wünschten fast alle Bewohner den Gemeindegemeinschaft in ihrer eigenen Gemeinde. Da Mötzing mehr Einwohner als die übrigen beteiligten Orte aufwies, war diesem Namen die Mehrheit sicher. Anfang August 1971 beschloss der Gemeinderat Schönachs nun auch einen Anschluss an die entstehende Großgemeinde. Da ja Anfang 1972 die Vereinigung vollzogen werden sollte, führte die Gemeinde die Abstimmung noch im September durch. Dabei zeigte sich zwar eine Mehrheit für den Zusammenschluss, nicht jedoch für den vorgeschlagenen Gemeindegemeinschaftenamen Mötzing. Als am 13.10.1971 die entscheidenden Verhandlungen stattfanden, konnte jedoch auch in Bezug auf den künftigen Gemeindegemeinschaftenamen Einigkeit erzielt werden.⁸⁶ Am 1.1.1972 entstand damit die neue Gemeinde Mötzing, Bürgermeister wurde Paul Freiherr



von Moreau. Den Beteiligten war durchaus bewusst, dass dieses Konstrukt nur eine Übergangslösung darstellte, die Forderungen der Staatsregierung gingen ja über die Bildung solcher trotz Zusammenschlusses kleiner Gemeinden weit hinaus.⁸⁷ Die Zielplanung der Regierung der Oberpfalz 1975 konnte sich daher aufgrund des gering besiedelten Raumes auch mit einer Verwaltungsgemeinschaft arrangieren, deren Sitz in Sünching zu liegen hätte. In einer ersten Stellungnahme sah Mötzing keine Veranlassung, einer solchen Gemeinschaft beizutreten, da es fürchtete, die Kosten für die gemeinsame Verwaltung lägen höher als die momentanen Kosten. Bis Ende 1975 konnte sich Mötzing, um nicht der Sonderzuweisungen verlustig zu gehen, mit der Situation anfreunden und bildet damit seit dem 1.5.1978 einen Teil der Verwaltungsgemeinschaft Sünching.⁸⁸



» Erwartungsgemäß
wünschten fast alle
Bewohner den *Gemeinde-*
sitz in ihrer eigenen
Gemeinde.

Mittelbayerische Zeitung,
04.01.1972

Schönacher hegen erste Bedenken gegen Großgemeinde

Schulverband mit Pfatter bleibt bestehen / „Neue Großgemeinde eine Übergangslösung“

be. Schönach. Um über seine viereinhalbjährige Tätigkeit als Bürgermeister Rechenschaft abzulegen rief Bürgermeister Baron von Moreau am Mittwoch, drei Tage vor der endgültigen Auflösung, eine Bürgerversammlung ein. Dabei stellte er besonders heraus, daß in der Gemeinde ordentlich gewirtschaftet wurde.

Als erstes konnte der Bürgermeister Maria Meisinger für 25jährige Arbeit als Gemeindevizeiterin beglückwünschen. Er fand herzliche Worte des Dankes und überreichte ihr eine Urkunde. Auch Gemeindevizeiter Josef Six wurde für 25jährige Dienstzeit bei der Gemeinde mit einer Urkunde geehrt. Anschließend kam der Bürgermeister auf die nun abgeschlossene Kanalisation zu sprechen und teilte mit, daß die Anschlußgebühren je nach Grundfläche zwischen 864 und 1488 DM zu

stehen kommen werden.

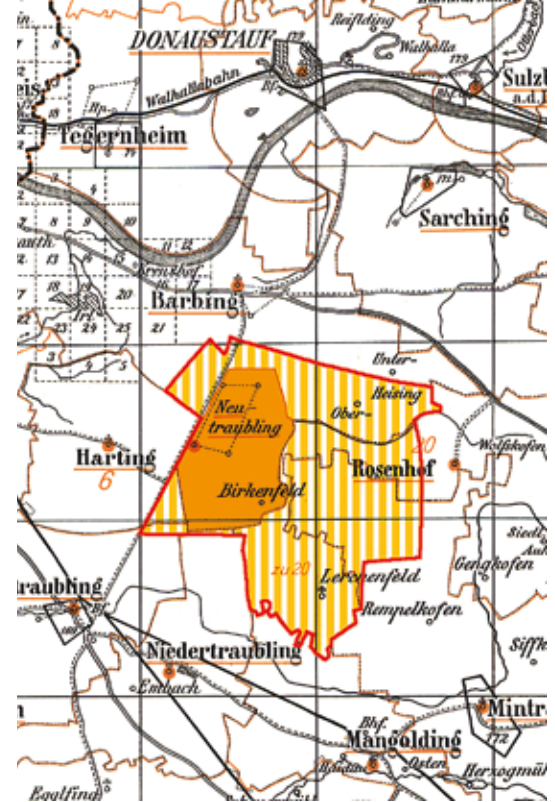
Allen Äußerungen war zu entnehmen, daß in der Gemeinde sehr ordentlich gewirtschaftet wurde und daß noch ein ansehnlicher Betrag von 48 000 Mark an Rücklagen und etwa 13 000 DM in bar durch die neue Gemeinde übernommen werden kann. In der Diskussion wurden Stimmen laut, daß es mit der Aufgabe der Selbständigkeit in Schönach bald keine Schule und keinen Pfarrer mehr geben werde. Auch mit dem Abzug der Poststelle rechnen die Kritiker.

Baron von Moreau machte aber klar, daß alles bleibt wie es ist, daß einmal wöchentlich in Schönach Amtsstunde ist und daß der Schulverband mit Pfatter bestehen bleibt. Auch gab er bekannt, daß die neue Gemeinde mit 1340 Einwohnern nur eine Übergangslösung bedeutet.

Neutraubling

Neutraubling, das nach dem 2. Weltkrieg als Vertriebenensiedlung auf dem Militärflugplatz Obertraubling entstanden war und 1951 eine selbständige Gemeinde wurde, umfasste zunächst nur die Fläche des ehemaligen Flugplatzgeländes, mehr wollte die Gemeinde Barbing 1951 nicht abtreten. Mit Beginn der Gebietsreform ging es Neutraubling nicht so sehr um die Eingemeindung kleinerer Orte als vielmehr um den Zugewinn an Fläche zur Bebauung. Allerdings war es auch bereit, die Altgemeinde Harting zu übernehmen, die sich in einer Volksabstimmung gegen Regensburg und für eine Verbindung mit Neutraubling entschieden hatte.⁸⁹ Die Zielplanung der Regierung 1975 postulierte dennoch eine Angliederung Hartings an Regensburg. Neutraubling sollte die so genannte

Mittelbayerische Zeitung,
08.03.1976



Neutraubling mit Regierungsvorschlägen nicht einverstanden

Johannes Schmidt: Gemeinde kann sich in keine Richtung ausdehnen / Von Harting wird ein klares Votum erwartet

Neutraubling (Ins). Der Gemeinderat wandte sich in seiner letzten Sitzung einstimmig gegen die derzeitigen Vorstellungen der Regierung bezüglich der Gemeindeform, da der für Neutraubling erforderliche Entwicklungsraum nicht zugesprochen wurde. Da Harting von der Stadt Regensburg nicht eingemeindet werden will und die Idee der Verwaltungsgemeinschaft mit Barbing nicht verwirklicht werden kann, erwartet der Gemeinderat von der dortigen Bevölkerung ein klares Votum für Neutraubling.

Bei der letzten Gemeinderatssitzung teilte Bürgermeister Scholz mit, daß sich Neutraubling bezüglich der Gebietsreform im Rahmen eines gut nachbarschaftlichen Verhältnisses eines gut nachbarschaftlichen Verhältnisses immer sehr bescheiden verhalten habe. Allerdings habe er angenommen, daß Harting problemlos zu Neutraubling kommen würde. Bürgermeister Scholz verlas die Vorstellungen der Regierung, wonach zwar ein nördlich der Autobahn gelegenes Gebiet zu Neutraubling kommen soll, im Osten jedoch eine Gemarkung fast bis an den Ortsrand Neutraublings bis an den Ortsrand Neutraublings im Süden nicht

daß Mitter- und Unterheißing, jenseits der Autobahn, auch weiterhin bei Barbing, bzw. Sarching bleiben sollte. Allerdings werde erwartet, daß das Gebiet von Barbing südlich der Autobahn zu Neutraubling komme, ebenso Gebietsflächen von Rosenhof und Mintraching in Höhe der Autobahnüberführung parallel zur Kreisstraße nach Süden verlaufend, wobei das Naherholungsgebiet und Lerchenfeld eingeschlossen sein sollten. Im Süden erwarte man, daß die Grundstücke, die seit über 20 Jahren von Neutraublinger Landwirten bewirtschaftet werden und ca. 10 Hektar ausmachen, auch zu Neutraubling kommen. Gegenüber Harting, das mit seinen bebauten Flächen von Neutraubling 700 Meter entfernt sei, meinte Scholz, bestünden zahlreiche Geschäfts- und Vereinsverbindungen. Die Hartinger benützten zunehmend die Grundversorgungseinrichtungen Neutraublings, die Kinder gingen in die hiesigen Schulen und die Gemeinde gehöre zur Pfarrei Neutraubling.

Zweiter Bürgermeister Schmidt verwies darauf, daß sowohl im Regierungsvorschlag als auch in anderen amtlichen Erklärungen der Regierung und der Ministerien

könne, würde Neutraubling Gefahr laufen, eine Gemeinde aus der Retorte zu bleiben. Einerseits argumentiere die Regierung, daß Neutraubling der erforderliche Entwicklungsraum gegeben werden müsse, andererseits sei man jedoch nicht bereit ein räumliches Existenzminimum zu geben. Die von Johannes Schmidt vorgetragene Argumente hinsichtlich der Zentralitätsfunktion wurden in die Stellungnahme mit aufgenommen.

Johannes Schmidt erklärte, daß der Gemeinde Neutraubling durch die Autobahn und das Naherholungsgebiet bereits Grenzen gesetzt seien. Deshalb sei Neutraubling auf Harting angewiesen. Allerdings sei es notwendig, daß die Bevölkerung Hartings hierzu auch ein klares Votum abgebe. Schmidt hoffte, daß die Regierung und das Staatsministerium die Argumente entsprechend würdigen und somit dem Anhörungsverfahren eine echte Wirksamkeit verleihen werde.

Die Gemeinde wird dem ersten Oberpfälzer Minigolfclub ein Teil des Grundstückes beim Wasserwerk an der Berliner und Aussiger Straße für die Errichtung einer Minigolfanlage zur Verfügung stellen. Die Bayerische Landesregierung läßt den Bebauungsplan für das Gebiet nordöstlich des Birkenfelders ändern, daß



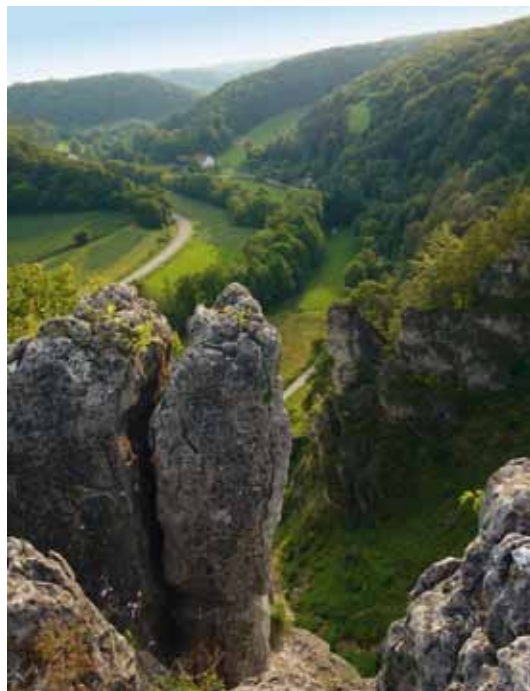
» Die *erfolgreiche Entwicklung* des Ortes wurde 1986 schließlich mit der *Erhebung zur Stadt* gekrönt.

Gärtnersiedlung und Oberheising von der Gemeinde Barbing erhalten, die beide südlich der Autobahntrasse lagen. Ferner sollten zur Erweiterung das Gut Lerchenfeld der Gemeinde Rosenhof sowie unbewohnte Teile der Gemeinden Mintraching, Obertraubling und Harting östlich der Walhallastraße eingegliedert werden, was eine Erweiterung der Gesamtfläche von 2,52 auf 9,75 Quadratkilometer bedeutete.⁹⁰ Gegen diese Pläne sträubte sich vor allem die neu zu bildende Großgemeinde Mintraching wegen des Verlustes von Lerchenfeld, dessen Bewohner ihre Zukunft auch eher im landwirtschaftlich geprägten Mintraching als in der Industriegemeinde Neutraubling sahen.⁹¹

Neutraubling selbst war mit den Vorstellungen der Regierung ebenfalls unzufrieden und versuchte, gerichtlich zumindest einen etwa einen Kilometer breiten Streifen westlich der Walhallastraße von Harting zu bekommen, der nach der Stadt-Umland-Kommission aus ökologischen Gründen von jeder Bebauung freigehalten werden sollte. Dass das Stadtgebiet von Regensburg direkt an die Bebauungsgrenze heranrückte, damit war Neutraubling nicht einverstanden. Die Klage wurde jedoch abgewiesen.⁹² Und so geschah alles, wie es die Zielplanung 1975 vorgesehen hatte. Die erfolgreiche Entwicklung des Ortes wurde 1986 schließlich mit der Erhebung zur Stadt gekrönt.

Nittendorf

Planungen zur Bildung einer Großgemeinde im Raum Nittendorf begannen Anfang der 1970er Jahre. Die Gemeindegremien von sieben Gemeinden – Eichhofen, Eilsbrunn, Etterzhausen, Haugenried, Nittendorf, Schönhofen aus dem Altlandkreis Regensburg, sowie Deuerling (Landkreis Parsberg) – stimmten 1971 mehrheitlich für die Einleitung eines vorbereitenden Verfahrens zur Schaffung einer Einheitsgemeinde. Bei lebhaften Diskussionen und Bürgerversammlungen zeichneten sich verschiedene Wünsche der einzelnen Gemeinden ab, z. B. war der Gemeindegemeinschaft umstritten, viele votierten für den Ort Undorf, der größer als Nittendorf war und bisher schon zu dieser Gemeinde gehörte.⁹³ Die Bürgerabstimmung am 10.10.1971 erbrachte für Eilsbrunn eine klare Hinwendung zum Sinzinger Raum, die Eichhofener waren mehrheitlich für die Großge-



» *Abgelehnt wurden künstliche Neufassungen wie „Laaber-Naab-Gemeinde“ oder ähnliches.*

meinde Nittendorf. Diese sollte ihrem Wunsch nach jedoch den Namen Eichhofen tragen. Gleiches galt entsprechend für Etterzhausen, Haugenried stimmte für Undorf als Gemeindegemeinschaft und selbst die Nittendorfer Gemeindegemeinschaft, die ja in der Mehrheit in Undorf wohnten, teilten diese Auffassung. Auch Schönhofen (sehr knapp) und Deuerling sprachen sich für einen Zusammenschluss aus. Dabei votierten insgesamt mehr als doppelt so viele Bürger für den Gemeindegemeinschaftenamen Undorf als für Nittendorf.⁹⁴ Von amtlicher Stelle wurde auf den negativen Beigeschmack der Vorsilbe Un- verwiesen und argumentiert, dass die Verkehrsströme dieses Gebietes Richtung Regensburg tendierten und deshalb ein Gemeindegemeinschaftszentrum im östlichen Teil der neuen Gemeinde empfehlenswerter sei. Das Bayerische Hauptstaatsarchiv, das in jedem Fall von Gemeindegemeinschaftszusammenschlüssen befragt wurde, hätte die Benennung Etterzhausen wegen seiner historischen Bedeutung und als größten Ort begrüßt. Abgelehnt hingegen wurden künstliche Neufassungen wie „Laaber-Naab-Gemeinde“ oder ähnliches. Nach positiv verlaufenen Verhandlungen der Gemeindegemeinschaftsvertreterungen mit ihren Bürgermeistern Wolfgang Peter (Eichhofen), Alfred Wölfel (Etterzhausen), Franz Obenhofer (Haugenried), Wolfgang Dorfner (Nittendorf) und Alfred Sußbauer (Schönhofen) legte die Regierung der Oberpfalz den Zusammenschluss auf den 1.7.1972 fest. Gemeindegemeinschaftsname sollte Nittendorf werden. Dagegen klagte der Gemeindegemeinschaftsrat Nittendorf jedoch, nahm den Widerspruch im Juli aber wieder zurück.⁹⁵ Anfang Juli 1972 konnte so die neue Großgemeindegemeinschaft aus den Altgemeindegemeinschaften Eichhofen, Etterzhausen, Haugenried, Nittendorf und Schönhofen gebildet werden. Deuerling hatte sich noch im Frühling 1972 umentschieden und wollte vorerst selbständig bleiben. Zum ersten Bürgermeister der neuen Gemeindegemeinschaft

Obertraubling

» Die *Ergebnisse in Gebelkofen und Oberhinkofen fielen eindeutig für eine Eingliederung nach Obertraubling aus.*

Im Verlauf der Gebietsreform schlossen sich drei Kleingemeinden freiwillig der Gemeinde Obertraubling an. Anfang 1970 begannen Vorverhandlungen zwischen Ober- und Niedertraubling bezüglich einer Vereinigung. Besonders die finanzielle Förderung der Wasserversorgung und des Straßenbaus gab hierzu den Ausschlag. Die am 28.6.1970 stattfindende Bürgerabstimmung brachte eine knappe Mehrheit für eine Eingliederung nach Obertraubling. Die Vertragsausarbeitung zwischen Bürgermeister Hermann Zierer von Obertraubling und Bürgermeister Johann Kellner aus Niedertraubling erfolgte von Juli bis September 1970, am 1.1.1971 wurde schließlich der Anschluss vollzogen.⁹⁸ Im selben Jahr begannen bereits Gespräche über weitere Eingemeindungen, diesmal im Westen und Süden der Gemeinde. Gebelkofen und Oberhinkofen, die jeweils etwa 500 Einwohner hatten, zeigten sich bereit zu Gesprächen. Noch im Sommer 1971 wurde ein vorbereitendes Verfahren eingeleitet, Ende November 1971 eine Volksabstimmung durchgeführt. Die Ergebnisse in beiden Gemeinden fielen eindeutig für eine Eingliederung nach Obertraubling aus. Nach Verhandlungen, bei denen es beispielsweise um den Straßenausbau und die Installation einer Straßenbeleuchtung sowie die Fertigstellung des Oberhinkofener Friedhofs ging, konnte die Aufnahme dieser beiden Gemeinden am 1.1.1972 erfolgen.⁹⁹ 1974 kamen bei der Auflösung der Gemeinde Neudorf die Orte Höhenhof und Tenacker hinzu. Daneben hofften auch Burgweinting und Harting, der Eingemein-

dung nach Regensburg zu entgehen, indem sie den Vorschlag einer Verwaltungsgemeinschaft mit Obertraubling vorbrachten. In den folgenden Jahren sah sich Obertraubling mit Gebietswünschen seiner Nachbarn konfrontiert. Neutraubling forderte eine mehrere Hektar umfassende kleine und unbewohnte Fläche zwischen Walhallastraße und Lerchenfeldstraße zur Arrondierung seines Gemeindegebietes, Thalmassing erwartete die Abtretung der Einzelgehöfte Neuhaus und Irlbach. Letzterem wollte die Zielplanung der Regierung 1975 nicht stattgeben. Die beiden Höfe kamen aber schließlich doch nach Thalmassing. Dagegen sollte aus der aufzulösenden Gemeinde Köfering der Ortsteil Egglfing an Obertraubling übergehen. Damit war der Gemeinderat einverstanden, die Ansprüche der Nachbargemeinden lehnte er ab. Nachdem sich im Laufe des Jahres 1975 gezeigt hatte, dass Köfering als Gemeinde bestehen bleibt, musste von Seiten



Niedertraubling ist noch unentschlissen

Bürgerversammlung mit Landrat Deininger befaßte sich mit Gemeindegemeinschaften

(L) Niedertraubling. Am Donnerstagabend machten die Bürger von Niedertraubling in einer von Bürgermeister Kellner geleiteten Bürgerversammlung von der Möglichkeit, sich über die Probleme zu informieren, die durch eine eventuelle Zusammenlegung mit der größeren Nachbargemeinde Obertraublingen entstehen, regen Gebrauch. Die Gründe, die für diesen Zusammenschluß sprechen, führte vor allem Gemeinderat Koch ins Feld. Landrat MdL Deininger verwies auf das im Landkreis für die Zusammenlegung von Gemeinden immer stärker in Erscheinung tretende Verständnis. Nach der Eröffnung der sehr zahlreich besuchten Versammlung kam sogleich Gemeinderat Koch zu Wort. Er bezifferte die großzügige

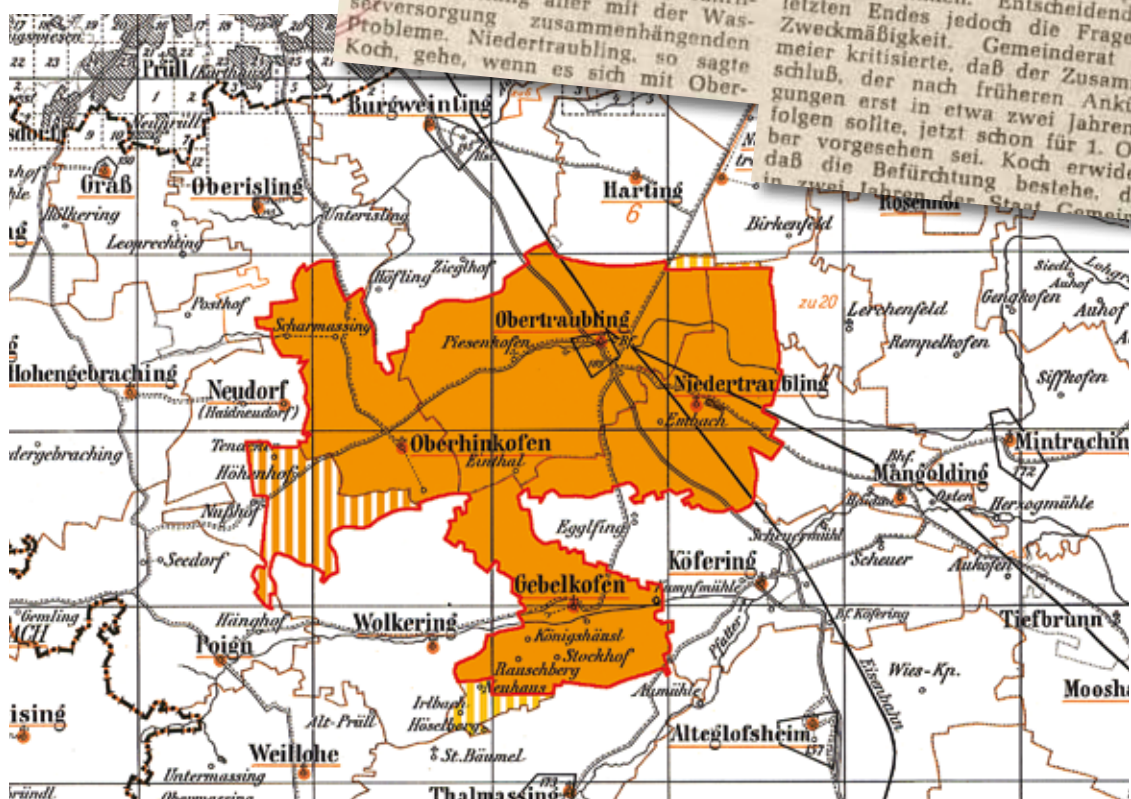
finanzielle Förderung des Bayer. Staates, die dann Niedertraubling zuwenden wird, wenn das Zusammengehen mit Obertraubling erfolgt, auf 405 DM. Koch ließ nicht unerwähnt, daß die kleine Gemeinde Niedertraubling mit den anstehenden großen Projekten (Dorfbacherneuerung, Wasserversorgung und Kanalisation) kaum zu Rande kommen werde. Schon deshalb sollte die Zusammenlegung mit der Nachbargemeinde Obertraubling erfolgen, weil man die finanzielle Mitgift des Staates nicht preisgeben sollte. Im Verband mit Obertraubling sei es leicht möglich, die für Niedertraubling anstehenden Aufgaben zu bewältigen.

Gemeinderat Rensch war anderer Meinung. Er meinte, man dürfe „die Gmoi nicht verkaufen“. Das sei praktisch ein Konkursverfahren. Rensch kritisierte dann die in Aussicht getraublings durch die größere Nachbargemeinde. Dies veranlaßte Gemeinderat Koch zu einer ausführlichen Darstellung aller mit der Wasserversorgung zusammenhängenden Probleme. Niedertraubling, so sagte Koch, gehe, wenn es sich mit Ober-

traubling zusammenschließe, nicht unter. Der Ortsname bleibe nach wie vor bestehen. Koch schwor dann die geschichtliche Vergangenheit Niedertraublings. Niemand werde die Entscheidung, ob man mit Obertraubling zusammengehen solle, auf die leichte Schulter nehmen. Entscheidend sei das letzte Ende jedoch die Frage der Zweckmäßigkeit. Gemeinderat Allmeier kritisierte, daß der Zusammenschluß, der nach früheren Ankündigungen erst in etwa zwei Jahren erberblich vorgesehe, jetzt schon für 1. Oktober die Befürchtung bestehe, dann in zwei Jahren der Staat Gemeinde-

den. Wenn im Landkreis Regensburg immer mehr Gemeinden sich für freiwillige Zusammenschlüsse interessieren, dann in Erkenntnis der sich jetzt bietenden Vorteile. Die am 28. Juni anstehende geheime Befragung der Bürger biete die demokratische Möglichkeit der Meinungsäußerung. Hier von sollte Gebrauch gemacht werden. Nach einer recht regen Aussprache verwies auch Hauptlehrer Schneider als Gemeindegemeinschaft auf den 28. Juni als Abstimmungstag. Er gab noch bekannt, daß der Gemeinderat Niedertraubling bei einer Gegenstimme sich für die Eingliederung in die Nachbargemeinde Obertraubling äußere.

Obertraublings auf diesen Ort verzichtet werden. Umso mehr waren Bürgermeister Zierer und der Gemeinderat nicht bereit, Neutraubling Flächen zur Ausdehnung seiner Industrie zu überlassen, doch schließlich hatte sich die Gemeinde zu beugen.¹⁰⁰ Somit war mit der Abgabe an Neutraubling die Gebietsreform für Obertraubling beendet.



Tagesanzeiger, 20./21. 06.1970

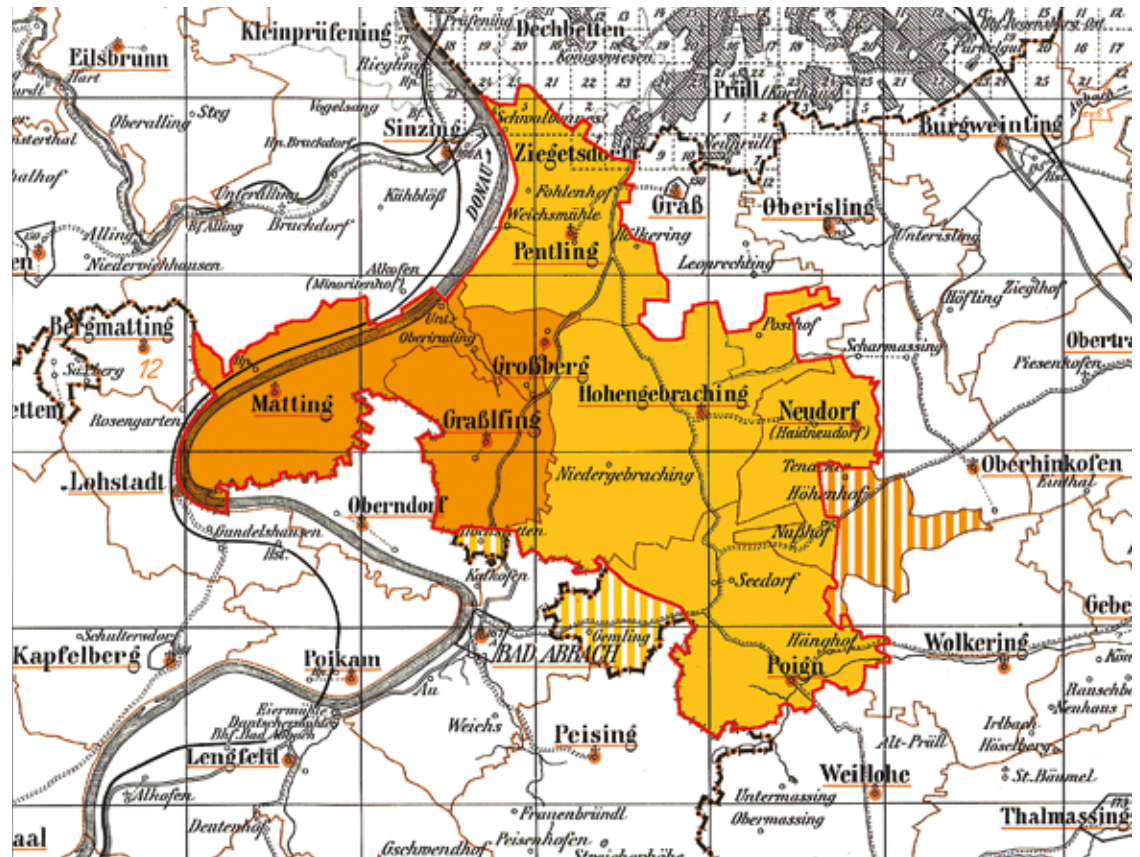
Pentling

» Langwierige Verhandlungen zwischen Pentling und Großberg um den Gemeindenamen.

128

Die Entstehung der heutigen Großgemeinde Pentling nahm ihren Anfang im Februar 1971, als Landrat Deininger auf einer Bürgermeisterversammlung in Niedergebraching die Planung einer Großgemeinde Regensburg-Süd, bestehend aus den sechs Gemeinden Graßfling, Großberg, Hohengebraching, Matting, Pentling und Poign vorstellte. Mit Ausnahme der nicht anwesenden Vertreter von Pentling sprachen sich die Bürgermeister und Gemeinderatsmitglieder für eine solche Lösung aus, aus Furcht vor einer möglichen Eingemeindung nach Regensburg und da man sich „dem Trend

der Zeit kaum mehr verschließen“ könne, und sicher spielte auch die in Aussicht gestellte Sonderzuweisung von über einer Million Mark eine Rolle.¹⁰¹ Pentling und auch Oberisling, das der Stadt Regensburg zugewiesen werden sollte, waren schließlich ebenfalls mit dieser Lösung einverstanden. Im Juli 1971 fand im Planungsraum mit Ausnahme der Gemeinden Pentling und Poign eine Bürgerbefragung statt, die in den Orten eine zum Teil überwältigende Mehrheit für einen Zusammenschluss brachte, lediglich die Gemeinde Neu-



Pettendorf

Für die Gemeinde Pettendorf war vom Landratsamt 1971 schon eine Verwaltungseinheit mit Kneiting, Pielenhofen und Wolfsegg geplant worden. Bis 1975 wurden jedoch keine Zusammenschlüsse verwirklicht. Die Zielplanung der Regierung entwarf eine Verwaltungsgemeinschaft, der die betreffenden Gemeinden, außer Kneiting, angehören sollten. Kneiting mit etwa 550 Einwohnern war aus Sicht der Regierung nicht einmal als Mitgliedsgemeinde überlebensfähig und sollte Pettendorf angegliedert werden.¹⁰⁶ Dagegen wehrte sich der Gemeinderat Kneiting, sah er doch die Zukunft des Ortes als Stadtteil von Regensburg. Bei einer Bürgerabstimmung im September 1975 forderte auch eine Mehrheit (58,63 Prozent) den Anschluss an

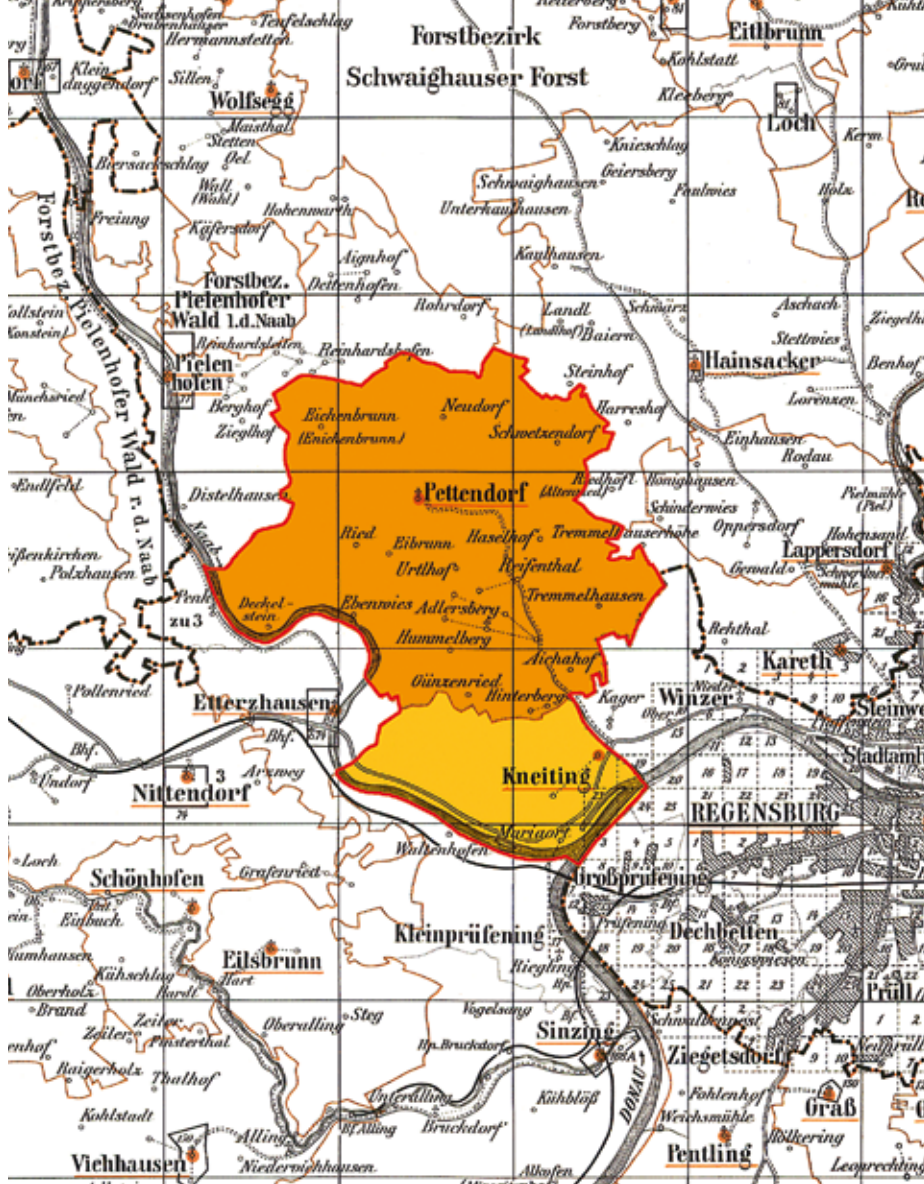


Mittelbayerische Zeitung,
17.05.1976

Kneiting will Gemeindereform vor Verwaltungsgericht regeln

Kneiting (lkr). In seiner letzten Sitzung beschloß der Gemeinderat, beim Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München die von der Regierung der Oberpfalz erlassene Verordnung zur Neugliederung der Gemeinden im Landkreis Regensburg vom 9. April 1976, wonach die Gemeinde Kneiting in die Gemeinde Pettendorf eingegliedert wird, für ungültig erklären zu lassen. Das Abstimmungsergebnis lautete 5:2 bei zwei Stimmenthaltungen. In der Debatte wurde von den Antragstellern vorgebracht, daß sich sowohl die Kneitinger Bürger in einer geheimen Abstimmung als auch die Mehrheit der Gemeinderäte für eine Eingliederung nach Regensburg ausgesprochen haben. Weiterhin wurde die Hilfe eines Rechtsbeistandes beschlossen. — Ferner gibt die Gemeinde bekannt, daß in der Gemeindekanzlei der Teilplanfeststellungsbeschuß über den Ausbau der B 8 von Mariaort nach Etterzhausen zwei Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme ausliegt.

die Bezirkshauptstadt. Nachdem das Innenministerium die Möglichkeit einer Angliederung an Regensburg verworfen hatte, forderte ein Bürgerausschuss in Mariaort eine Vereinigung mit der Großgemeinde Sinzing. Diese hatte keine Einwendungen, lediglich eine Brücke über die Naab müsse errichtet werden.¹⁰⁷ Kneiting beharrte jedoch auf seinem Wunsch, in die Stadt Regensburg einbezogen zu werden. Im Jahr 1976 stellte die Gemeinde deshalb einen Normenkontrollantrag beim Verwaltungsgerichtshof auf Ungültigerklärung der von der Regierung geforderten Eingliederung Kneittings nach Pettendorf, da es naturräumlich, postalisch und kirchlich enger mit Regensburg, bzw. dessen Stadtteilen Winzer und Kager verbunden sei. Das Gericht wies den Antrag jedoch ab, da Kneiting zur Stärkung des Raumes der zu bildenden Verwaltungsgemeinschaft benötigt werde, Regensburg allerdings nicht auf Kneiting angewiesen sei. Auch der gemeinsame Schulsprengel wurde



berücksichtigt.¹⁰⁸ So wurde am 1.5.1978 Kneiting der Gemeinde Pettendorf einverleibt. Ab demselben Tag bildeten die Gemeinden Pettendorf, Pienhofen und Wolfsegg auch die Verwaltungsgemeinschaft Pettendorf. Bis in die 1980er Jahre zog sich noch die Frage nach dem Bau eines Verwaltungsgebäudes hin.¹⁰⁹ Die Verwaltungsgemeinschaft hatte jedoch nur bis 2002 Bestand, als Pettendorf die Verwaltungsgemeinschaft verließ und die beiden verbliebenen Gemeinden den Verwaltungssitz nach Wolfsegg verlegten.

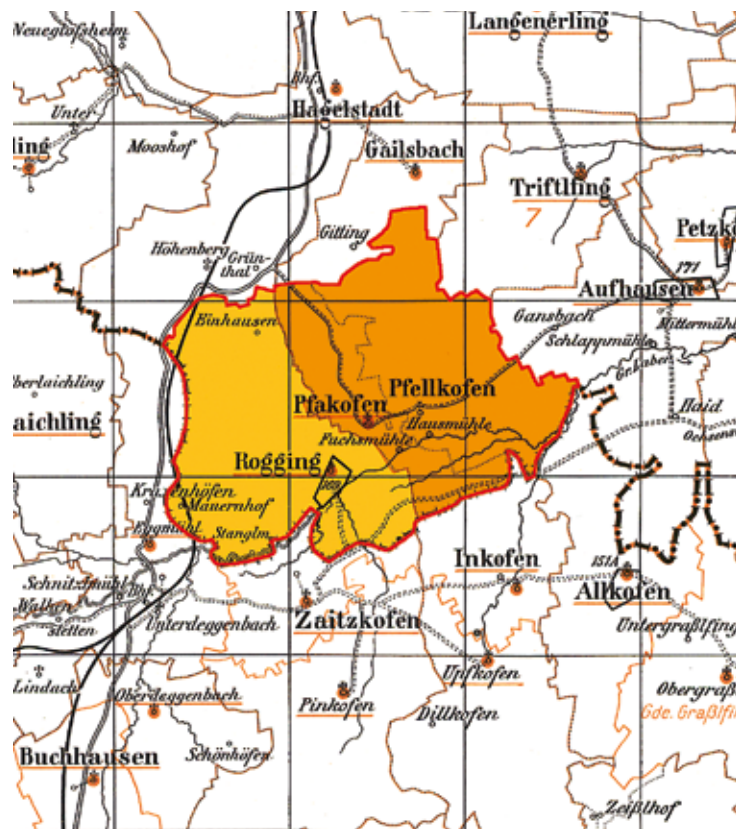
» Der Gemeinderat Kneiting sah die *Zukunft* des Ortes als *Stadtteil von Regensburg*.

Pfakofen

» Am 1.5.1978 nahm Pfakofen die Gemeinde Rogging auf und wurde zugleich Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft.

Die heutige Gemeinde Pfakofen hatte in ihren Ausmaßen bereits zwischen 1945 und 1948 Bestand. Damals wurden die drei Gemeinden Pfakofen, Pfellkofen und Rogging zur Gemeinde Pfakofen zusammengefasst. Rogging konnte sich jedoch bald wieder aus dem Verband befreien. Mit Beginn der Gebietsreform stand wieder eine mögliche Vereinigung im Raum. Der Bürgermeister Georg Fischer und der Gemeinderat Rogging beantragten zunächst die Einleitung des vorbereitenden Verfahrens zur Angliederung. Bei der 1972 durchgeführten Bürgerabstimmung stimmten jedoch etwas mehr Wähler gegen diesen Plan als sich dafür aussprachen. Der Rogginger Gemeinderat mit dem neuen Bürgermeister Jakob Buberger änderte daraufhin seine Einstellung und entschied sich für eine vorläufige Selbständigkeit der Gemeinde.¹¹⁰ Dass diese nicht lange zu halten sein würde, dürfte allen bewusst gewesen sein, da zu diesem Zeitpunkt die Richtlinien der Staatsregierung Gemeinden bzw. Verwaltungsgemeinschaften mit 5.000 Einwohnern als Untergrenze forderten. Die Rogginger Einwohnerzahl betrug dagegen gerade knapp 300 Bewohner. Die Zielplanung der Regierung 1975 sah für den Raum um Alteglöfshaus eine Verwaltungsgemeinschaft vor, der auch Pfakofen und Rogging als vereinigte Mitgliedsgemeinde angehören sollten. Damit waren die beiden Gemeinden uneingeschränkt einverstanden, drohte doch sonst die zwangs-

weise Vereinigung, die mit dem Verlust der in Aussicht gestellten Sonderzuweisungen verbunden gewesen wäre. Abgelehnt wurde der Wunsch Aufhausens, ebenfalls eine Verwaltungsgemeinschaft zu gründen, an der Pfakofen teilnehmen sollte. Auch die Möglichkeit, sich der Verwaltungsgemeinschaft Sünching anzuschließen, stieß in Pfakofen nicht auf Interesse.¹¹¹ Im Dezember 1975 einigten sich Pfakofen und Rogging auf einen Vertrag, der den Erhalt der Rogginger Feuerwehr sowie des Trachtenvereins, der Wahl eines Ortssprechers und die Einrichtung von Bürger-



meistersprechstunden in Rogging beinhaltet. Am 1.5.1978 nahm Pfakofen die Gemeinde Rogging auf und wurde zugleich Mitglied der Verwaltungsgemeinschaft. Pfakofen ist neben Altglofsheim die einzige Gemeinde, die der Verwaltungsgemeinschaft treu geblieben ist.¹¹²



REGIERUNG DER OBERPFALZ

Nr. II 3 - 4021 b 606/2
(im Antwortschreiben bitte angeben)

84 Regensburg 2, den 27. September 1972
Postfach 322
Fernruf 57041, 55058

An das
Landratsamt
Regensburg

Landratsamt Regensburg
Dno. 2. OKT. 1972
Nr. 3679 Bstl.

Eingliederung der Gemeinde Rogging in die Gemeinde Pfakofen
(beide Landkreis Regensburg)
Zum Schreiben vom 20.9.1972 Az.: II/3 - 3296

Der vorgelegte Beschlußbuchauszug diente zur Kenntnis. Das
Verfahren zur Eingliederung der Gemeinde Rogging in die Gemeinde
Pfkofen wird hiermit eingestellt. Es wird gebeten, die Gemeinden
Rogging und Pfakofen davon zu unterrichten.

Im Auftrag
Rößler
Regierungsdirektor

Pfatter

» Damit war klar, dass eine Lösung auf „freiwilliger“ Basis unausweichlich war.

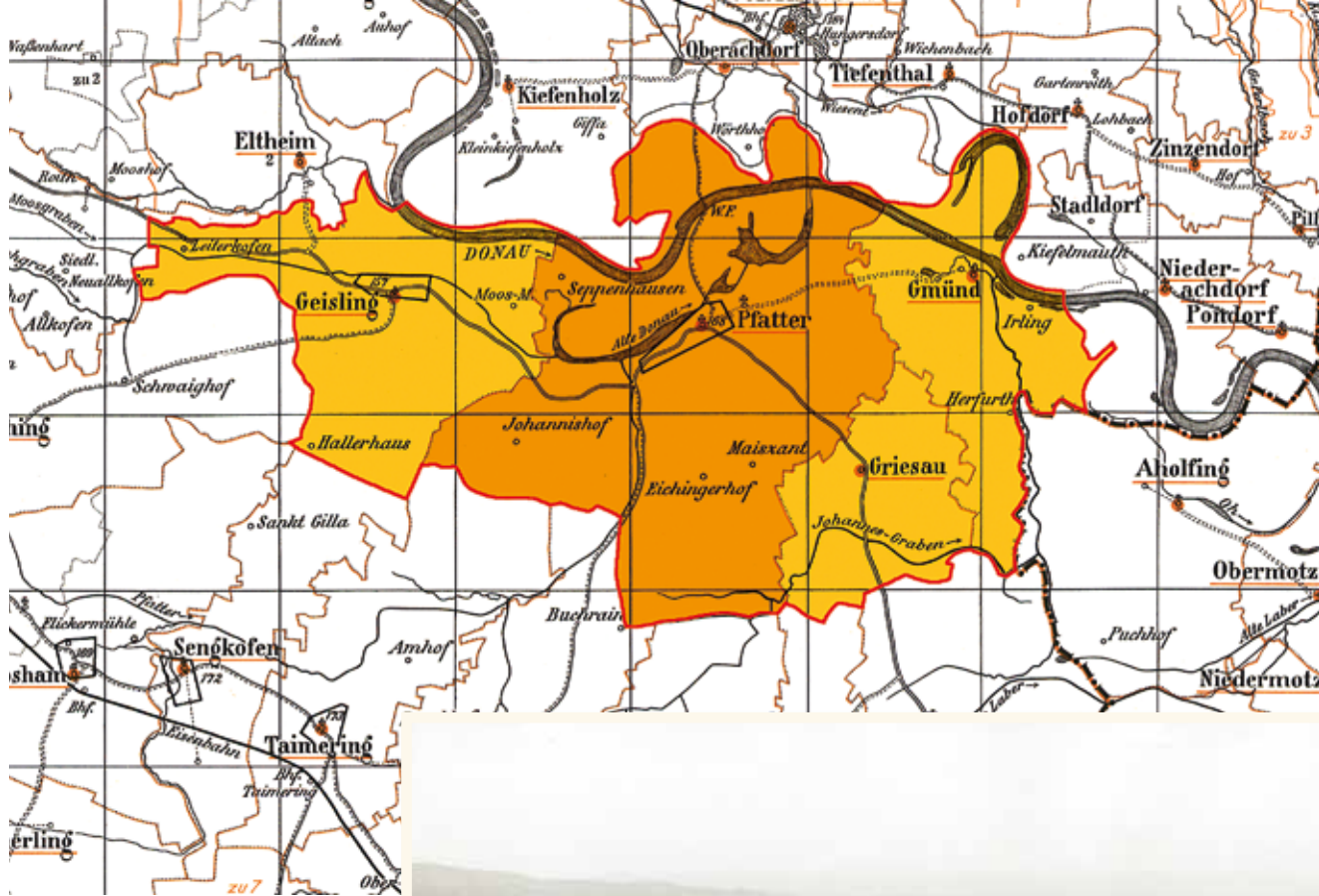
Reformverhandlungen im Gebiet Pfatter fanden bereits Anfang 1971 statt. Die fünf Gemeinden Eltheim, Geisling, Gmünd, Griesau und Pfatter sollten nach dem Wunsch des Landratsamtes eine politische Einheit bilden.

Eltheim war grundsätzlich gegen diesen Vorschlag, wollte so lange wie möglich selbständig bleiben, die Gemeinderäte der anderen Gemeinden forderten die Durchführung einer Volksabstimmung, tendierten aber zu einem Zusammenschluss. Die Abstimmung im Oktober zeigte jedoch, dass die Wähler in Geisling und Gmünd mehrheitlich gegen eine Ehe mit Pfatter eingestellt waren. Lediglich die Einwohner Griesaus, das die geringste Einwohnerzahl dieser Gemeinden

aufwies, zeigten sich interessiert. Da die Gemeindegremien in Geisling und Gmünd aber einen Zusammenschluss ablehnten, war auch Griesau nicht bereit, sich nach Pfatter eingliedern zu lassen, ein förmlicher Zusammenschluss wäre nicht möglich gewesen. So blieben alle Gemeinden zunächst selbständig.¹¹³ Die Zielplanung der Regierung 1975 forderte erneut einen Zusammenschluss der vier Gemeinden und überdies die Eingliederung der neuen Gemeinde in die Verwaltungsgemeinschaft Wörth an der Donau.¹¹⁴ Damit war klar, dass eine Lösung auf „freiwilliger“ Basis unausweichlich war, sollten die Ansprüche auf die staatli-

Donau-Post,
30.09.1971



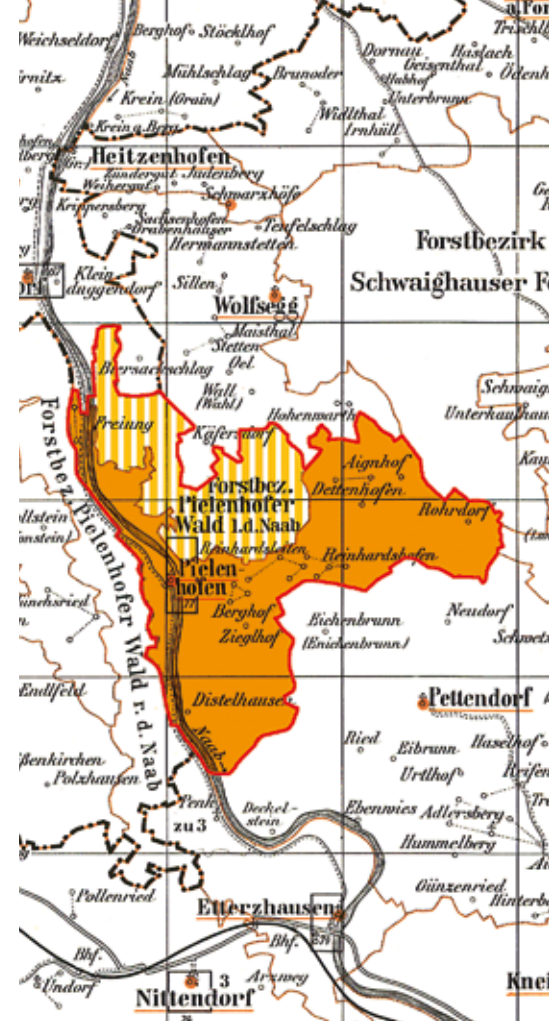


chen Förderungen gewahrt bleiben. Am 19.12.1975 beschlossen alle vier Gemeinden in einer gemeinsamen Gemeinderatssitzung einstimmig die Eingliederungen in die Gemeinde Pfatter. Ebenso eindeutig, mit nur einer Gegenstimme, wurde der Vorschlag der Verwaltungsgemeinschaft abgelehnt. Die Realsteuersätze sollten bis 1982 erhalten bleiben, die jährliche Abhaltung von Teilbürgerversammlungen und der Erhalt der Feuerwehren und der Jagdgenossenschaften sowie der Ausbau der Kanalisation wurden beschlossen. Vollzogen wurden diese Beschlüsse dann am 1.5.1978.¹¹⁵



Pielenhofen

Der Klosterort Pielenhofen war bereits vor der Gebietsreform Mittelpunkt einer verhältnismäßig großflächigen Gemeinde, die sich aus dem Naabtal Richtung Osten bis Rohrdorf ausdehnte. Vom Landratsamt wurde schon 1971 die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit Pettendorf und Wolfsegg vorgesehen. Dazu kam es jedoch zunächst nicht. Die Zielplanung der Regierung 1975 nahm diese Forderung wieder auf. Da Pielenhofen mit seinen etwa 1.000 Einwohnern und dank der Schwierigkeit der Bildung einer Großgemeinde



in diesem Raum ansonsten nicht in seiner Existenz als Gemeinde bedroht war, stimmte Bürgermeister Anton Wittl mit dem Gemeinderat dieser Regelung zu, wünschte aber zugleich den Bau eines Dienstgebäudes der Verwaltungsgemeinschaft in Rohrdorf, das in der Mitte zwischen den drei für die Verwaltungsgemeinschaft vorgesehenen Gemeinden liegt. Diesem Wunsch kam die Regierung allerdings nicht nach. Die ab 1.5.1978 bestehende Verwaltungsgemeinschaft Pettendorf hatte ihren Dienstsitz bis 2002 in Pettendorf. Am 1.1.2002 trat Pettendorf aus der Verwaltungsgemeinschaft aus und bildet seitdem eine Einheitsgemeinde. Der Verwaltungssitz der verbliebenen Verwaltungsgemeinschaft Pielenhofen-Wolfsegg wurde nach Wolfsegg verlegt.¹¹⁶

» Die Zielplanung der Regierung 1975 nahm die Forderung – *Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit Pettendorf und Wolfsegg* – wieder auf.



Regenstauf

» *Mit Ausnahme von Ponholz wurden alle Gemeinden an der Nordspitze des Landkreises vereinigt.*

Die heutige Marktgemeinde Regenstauf umfasst die Altgemeinden Diesenbach, Eitlbrunn und Steinsberg auf der Ebene zwischen Naab und Regen, Karlstein und Grafenwinn östlich des Regen, sowie Heilinghausen, Hirschling und Ramspau

und den alten Markt Regenstauf im Regental. Damit wurden, mit Ausnahme von Ponholz, alle Gemeinden an der Nordspitze des Landkreises vereinigt. Doch bis dahin war es ein weiter Weg. Auf einer ersten Versammlung Ende 1971, an der neben den oben genannten Gemeinden auch Ponholz, Bubach und Zeitlarn teilnahmen, bekundeten nur Regenstauf und Diesenbach eine gewisse Aufgeschlossenheit gegenüber Gemeindezusammenschlüssen. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich dennoch bereits die Gemeinden Karlstein und Grafenwinn zusammengeschlossen. Die Bürgermeister waren bei der Besprechung lediglich an der Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft interessiert, so dass diese

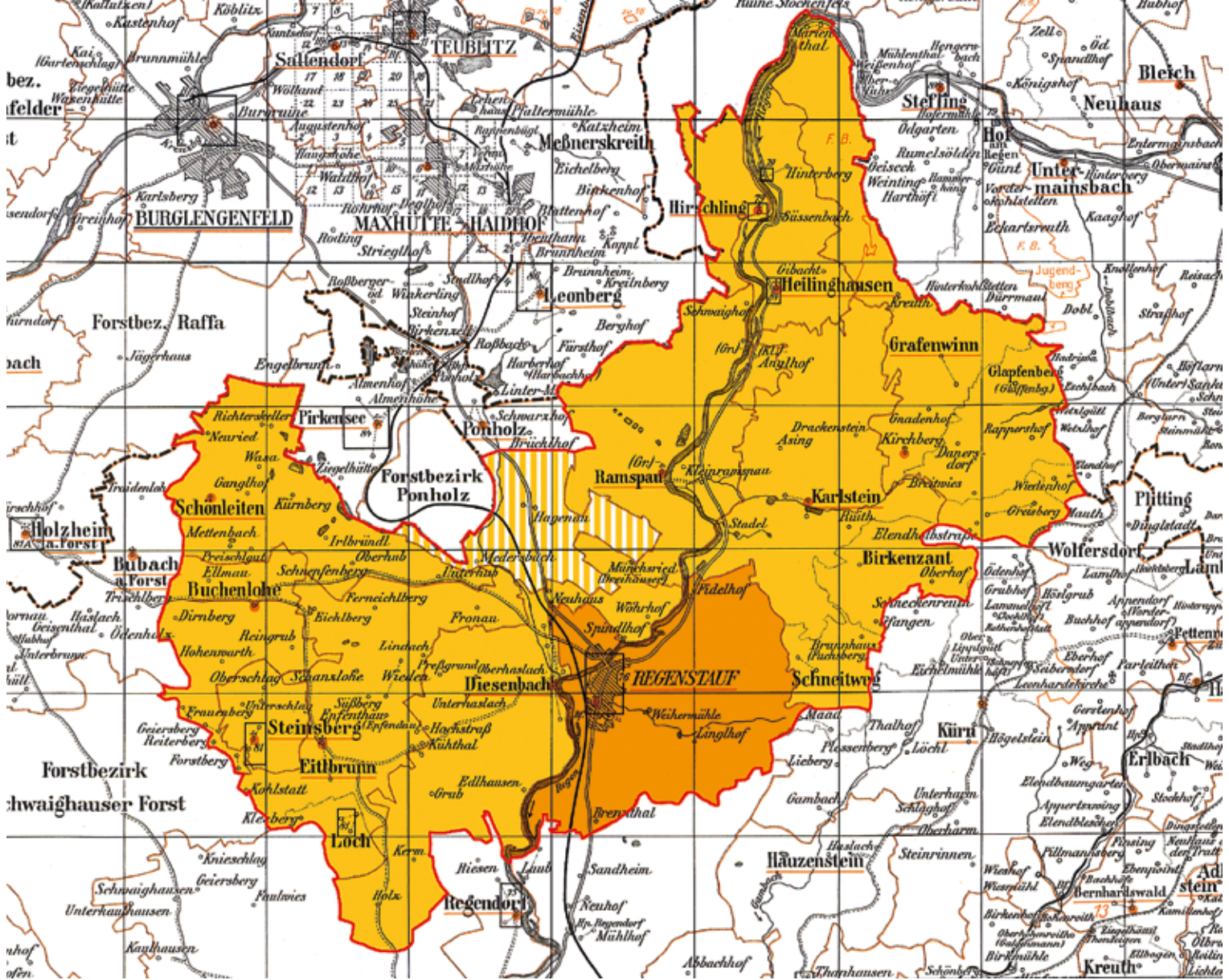
Verhandlungen zu keinen Ergebnissen führten.¹¹⁷

Die Zielplanung der Regierung 1975 sah zunächst vor, Regenstauf solle mit den Gemeinden Diesenbach, Hirschling, Karlstein, Ponholz und Ramspau eine Einheitsgemeinde bilden. Die betroffenen Gemeinden waren mehrheitlich gegen eine solche Lösung eingestellt. Der Vorschlag Diesenbachs, das auf die Fälle Brunn und Pielenhofen verwies, bestand in der Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft zwischen Diesenbach, einer Regentalgemeinde und der zu ver-

einigenden Gemeinde Steinsberg-Eitlbrunn ohne den Markt Regenstauf. Eitlbrunn wie auch Steinsberg waren einverstanden. Die Regentalgemeinden Ramspau, Karlstein und Hirschling waren zwar bereit, einen Zusammenschluss untereinander zu begrüßen, wünschten aber die Erhaltung der Selbständigkeit. Lediglich Heilinghausen stimmte mit Regenstauf für den Regierungsvorschlag. Regenstauf legte überdies in einer umfangreichen Stellungnahme die räumliche Verflechtung der Gemeinden in Zweckverbänden und kulturellen Einrichtungen als Gründe für den Beschluss dar, an einer Großgemeinde festzuhalten.¹¹⁸ Nach länger dauernden Verhandlungen mit den Gemeinden im Verlauf des Jahres 1975 konnten die Kleingemeinden Ramspau, Hirschling, Karlstein, Eitlbrunn und Steinsberg für die Angliederung an Regenstauf gewonnen werden. Diesenbach wehrte sich weiter gegen die Gebietsreform und verzichtete damit auf die staatlichen Sonderzuweisungen. Nach Regenstauf eingegliedert werden sollten ferner die Orte Buchenlohe und Schönleiten, die sich bereits 1970 mit Bubach am Forst vereinigt hatten. Bubach selbst, das ebenfalls einen Anschluss an Regenstauf anstrebte, sollte der Gemeinde Holzheim am Forst zufallen.¹¹⁹ 1978 kam es zum Stichtag 1.1. zunächst zur Eingemeindung von Heilinghausen, Hirschling, Ramspau, Karlstein, sowie der vorgesehenen Teile von Bubach. Steinsberg und Eitlbrunn folgten am 1.5.1978.¹²⁰

Der Ort Ponholz dagegen sollte nach geändertem Vorschlag der Regierung der Stadt Maxhütte-Haidhof angegliedert werden und damit zum Landkreis Schwandorf überwechseln. 80 Prozent der Abstimmenden bei der Bürgerbefragung votierten für die Angliederung an Regenstauf. Ungeachtet dessen sollte die Gemeinde Ponholz geteilt, der südliche Teil, nämlich die Orte Hagenau und Medersbach, nach Regenstauf einge-





meindet, der Ort Pongholz selbst Maxhütte-Haidhof zugeschlagen werden. Gegen diesen Beschluss zog Pongholz jedoch vor Gericht, konnte in langjährigen Prozessen beim Bayerischen Verwaltungsgericht und schließlich 1982/83 beim Bayerischen Verfassungsgericht jedoch nicht erreichen, dass der Ort Pongholz beim Landkreis Regensburg verbleibe. Die Verwaltungsneugliederung im Raum Regensburg bezog schließlich neben den bereits zustimmenden Gemeinden auch die

Gemeindeteile Hagenau und Medersbach der Gemeinde Pongholz und die Gemeinde Diesebach mit ein, die jedoch noch 1978 beharrlich gegen die Aufgabe der Selbständigkeit kämpfte und auf die Eingliederungsentscheidung der Regierung der Oberpfalz am 3.2.1978 Widerspruch einlegte, der allerdings scheiterte. Diese Angliederungen erfolgten ebenfalls am 1.5.1978.¹²¹

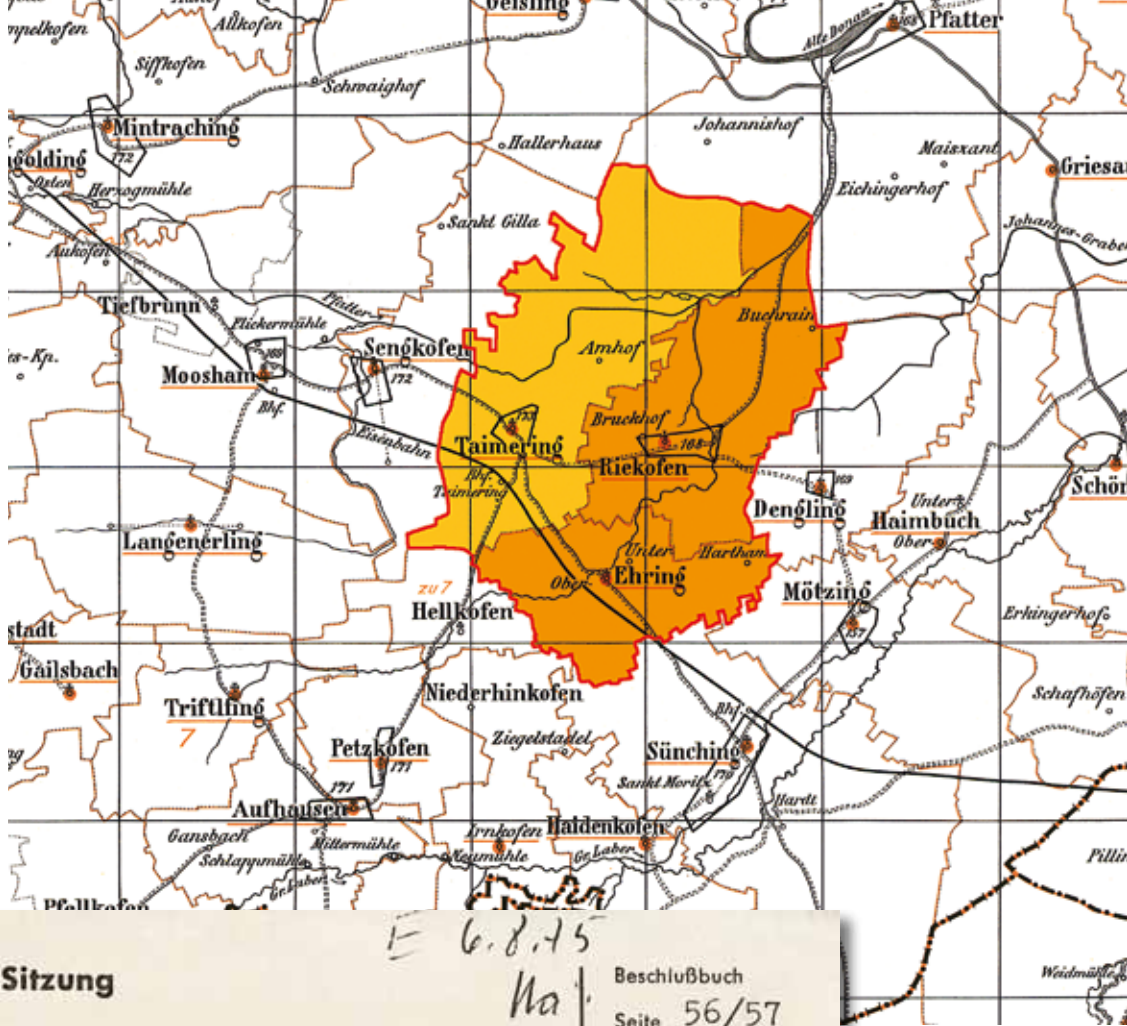
Riekofen

Die heute bevölkerungsmäßig kleinste Gemeinde des Landkreises Regensburg wurde in zwei Stufen gebildet. Zunächst sollten die drei Gemeinden Ehring (139 Einwohner), Riekofen (330 Einwohner) und Taimering (392 Einwohner [31.12.1969]) zu einer neuen Gemeinde zusammengefasst werden. Die Verhandlungen hierzu setzten im Jahr 1970 ein. Alle drei Bürgermeister sprachen sich für einen solchen freiwilligen Zusammenschluss aus. Eine Volksabstimmung im April 1971 brachte für Ehring eine Zustimmung zu den Plänen, der Gemeindegremien Riekofen sollte, mit knapper Mehrheit, Riekofen werden. Auch Riekofen stimmte mit 97-prozentiger Mehrheit für einen Zusammenschluss und den Verwaltungssitz in Riekofen. Die Taimeringer Bevölkerung wünschte zwar ebenso eine Vereinigung, allerdings waren hier 96 Prozent für Taimering als Gemeindegremien Riekofens und Ehrings beschlossen daraufhin, dennoch an einer Vereinigung ihrer Gemeinden festzuhalten. Am 1.1.1972 wurde diese neue Gemeinde Riekofen gebildet.¹²² Ihr war allerdings keine lange Dauer beschieden, denn 1975 sah die Zielplanung der Regierung der Oberpfalz wiederum einen Zusammenschluss mit Taimering und überdies die Mitgliedschaft in der zu bildenden Verwaltungsgemeinschaft Sünching vor. Mit diesen Forderungen waren beide Gemeindegremien in ihren Stellungnahmen einverstanden, sahen sie nur darin zumindest die Erhaltung ihrer Gemeinde.¹²³ Am 31.7.1975 beschlossen beide Gemeindegremien eine ziemlich gleichlautende Einverständniserklärung, die sich allerdings beim zu bestimmenden Gemeindegremien unterschied. Bei-

» Die *Regierung der Oberpfalz* musste 1977 den *Namen festlegen, nämlich Riekofen.*

de vertraten die Meinung, ihr Ort solle der künftige Gemeindegremien Riekofens sein. Auch bei den folgenden Verhandlungen konnte in diesem Punkt keine Einigkeit erzielt werden. So musste die Regierung der Oberpfalz 1977 den Namen festlegen, nämlich Riekofen. Da die Gemeinde 1978 beim Zusammenschluss neu entstehen sollte, war den beiden Altgemeinden keine rechtliche Möglichkeit gegeben, Widerspruch einzulegen, sie wurden lediglich informiert. Nach der Übergabe der Gemeindegremien Riekofens und Ehrings übernahm am 1.1.1978 die Verwaltungsgemeinschaft Sünching die Aufgaben der am selben Tage neu geschaffenen Gemeinde Riekofen.¹²⁴

Auszug aus der Niederschrift	
des Gemeinderates Riekofen	
Tag und Ort	am 31.07
Vorsitzender	Anton
Schifführer	R. Kr
Anwesend sind	Von den ordnungsgemäß
Es fehlen	entschuldigt / un
	Außerdem
	sowie He
	BESCHLUSS
Nr. und Gegenstand der Beratung	mit 9 g
1. Gemeindegebietsreform;	
a) Stellungnahme zum Neugliederungsvorschlag der Regierung der Oberpfalz	Der G dem N Oberp



ber die Sitzung
n

6.8.75

Na

Beschlußbuch

Seite 56/57

.1975 in der Gastwirtschaft Dirlmeier, Taimering

Simeth, Bürgermeister

isten, Gde. Angest.

ngsgemäß geladenen 9 Gemeinderats .Mitgliedern sind 9 anwesend.

entschuldigt (Name): ----

waren die Gemeinderäte von Taimering - Mitglieder
rr Reg.Amtmann Härtl vom Landratsamt anwesend

egen Stimmen:

emeinderat Riekofen beschließt einstimmig,
eugliederungsvorschlag der Regierung der
falz zuzustimmen.



Schierling

» *Es war allen Beteiligten klar, dass bei der einsetzenden Gebietsreform nur eine Gesamtlösung für diesen Raum möglich war.*

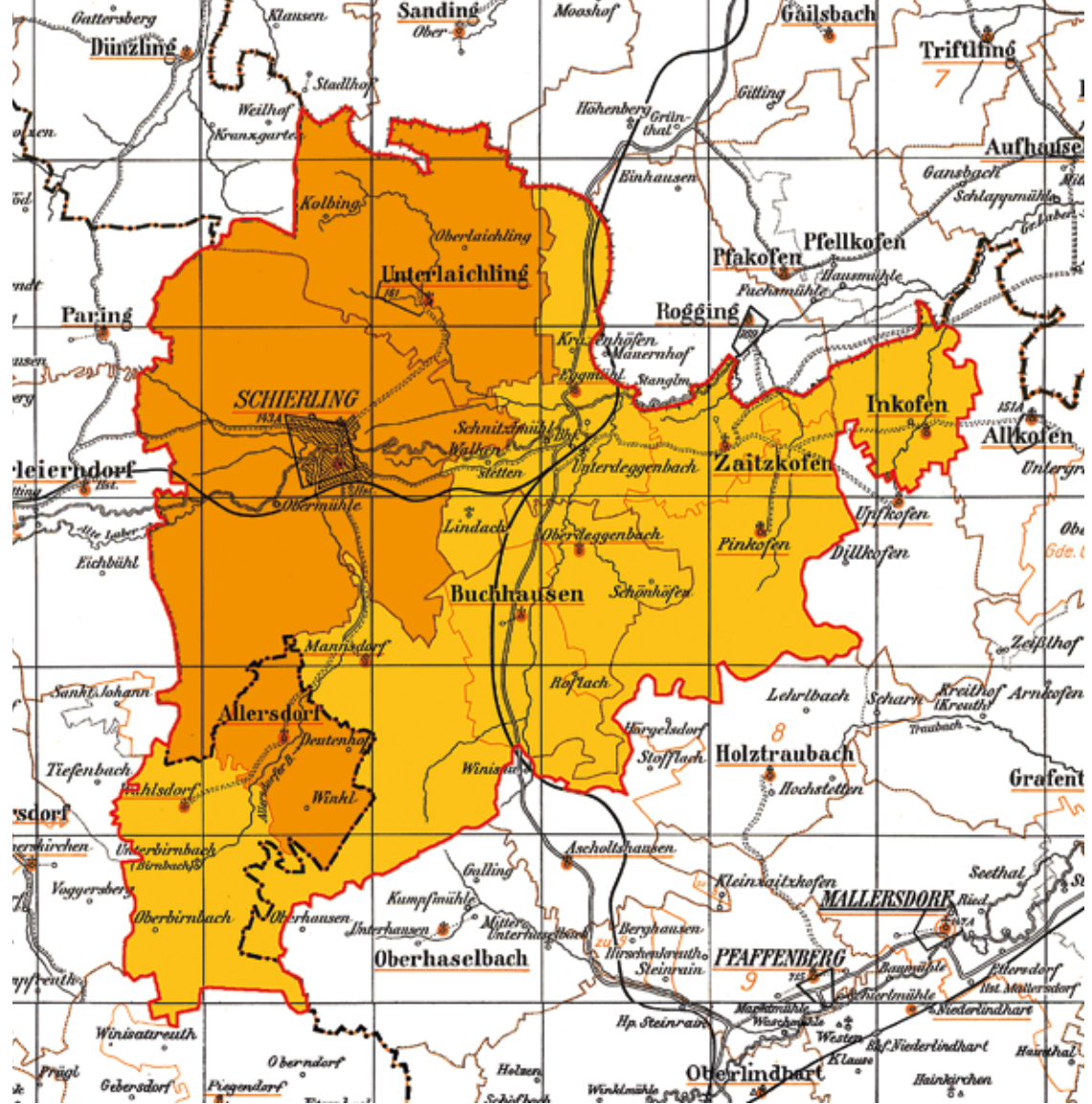
Der Raum des heutigen Marktes Schierling gehörte bis zur Landkreisreform 1972 nicht zu Regensburg, sondern war dem niederbayerischen Landkreis Mallersdorf eingegliedert. Als 1971 dessen Auflösung im Zuge der Gebietsreform von der Staatsregierung verfügt wurde, orientierten sich die Gemeinden des nördlichen Landkreises Mallersdorf Richtung Regensburg, hatten sie doch enge wirtschaftliche Kontakte nach Norden. Optional hätte noch die Möglichkeit einer Angliederung an Straubing oder Kelheim bestanden. Doch mit der Entscheidung der Regierung wurden die

Gemeinden Buchhausen, Eggmühl, Inkofen, Mannsdorf, Oberdeggenbach, Pinkofen, Unterlaiching, Zaitzkofen und der Markt Schierling Teil des Landkreises Regensburg und damit der Oberpfalz. Daneben kamen die Gemeinden Allersdorf und Wahlsdorf des ebenfalls aufgelösten Landkreises Rottenburg an der Laaber dazu, die zunächst dem Landkreis Kelheim zugewiesen werden sollten.¹²⁵ Es war allen Beteiligten klar, dass bei der einsetzenden Gemeindegebietsreform nur eine Gesamtlösung für diesen Raum möglich war. Neben

dem Markt Schierling beanspruchte auch die zweitgrößte Gemeinde dieses Gebietes, der Ort Eggmühl mit seiner günstigen Verkehrssituation, eine Rolle bei der Neugliederung. Zunächst schlossen sich am 1.1.1972, also noch während der Zugehörigkeit zum Landkreis Mallersdorf, die Gemeinde Unterlaiching und am 1.1.1973 die Gemeinde Allersdorf, die lediglich 175 Einwohner hatte, dem Markt Schierling an. Der Allersdorfer Gemeinderat hatte einstimmig diese Eingemeindung beschlossen, die Bürger stimmten mit 75 zu zwei Stimmen ebenfalls dafür.¹²⁶ Auch der Gemeinderat von Mannsdorf war anfangs zur Eingliederung nach Schierling bereit, die wahlberechtigten Bürger lehnten jedoch 1972 mit 22 zu 25 Stimmen ab, sodass Mannsdorf zunächst selbständig blieb.¹²⁷ Eggmühl plante einen Zusammenschluss der Gemeinden Buchhausen, Eggmühl, Inkofen, Oberdeggenbach, Pinkofen und Zaitzkofen zu einer Gemeinde Eggmühl und war dann gegebenenfalls bereit, eine Verwaltungsgemeinschaft mit Schierling



einzuweisen, wenn eine Selbständigkeit nicht möglich sein sollte. Eggmühl konnte für diese Lösung jedoch keine Partner gewinnen, die zu übernehmenden Kleingemeinden waren eher an einer Eingliederung in den Markt Schierling interessiert. Die Zielplanung der Regierung 1975 sprach sich für eine Vereinigung aller betreffenden Gemeinden aus, da die strukturell vergleichbaren Gemeinden nicht weit vom vorgesehenen Kleinzentrum Schierling entfernt lagen, das über Grund- und Hauptschule, Postamt, Sporthalle, angemessene Verwaltungs- und Grundversorgungseinrichtungen verfüge. Eggmühl bestand jedoch noch auf einer Verwaltungsgemeinschaft mit Schierling und meinte, eine Gemeinde mit den weiteren Mitgliedern ihres Schulverbandes, Buchhausen, Inkofen, Oberdeggenbach, Pinkofen und Zaitzkofen bilden zu können.¹²⁸ Bis Weihnachten 1975 konnten schließlich die Vorbehalte der Eggmühler ausgeräumt werden, der Markt Schierling schloss mit jeder aufzunehmenden Gemeinde eine einzelne Gebietsänderungsvereinbarung, wobei nur der Gemeinderat von Wahlsdorf mit knapper Mehrheit zustimmte, die anderen Gemeinderäte hatten sich mit der Übernahme-situation abgefunden. Am 1.5.1978 konnte schließlich die Großgemeinde Schierling gebildet werden, die damit zur südlichsten Gemeinde der Oberpfalz wurde.¹²⁹



Eggmühler wollen nicht freiwillig nach Schierling
 Kindergarten im nächsten Jahr in Betrieb / Denkmalrenovierung kostet 32 000 Mark

Mittelbayerische Zeitung,
 10.12.1975

Sinzing

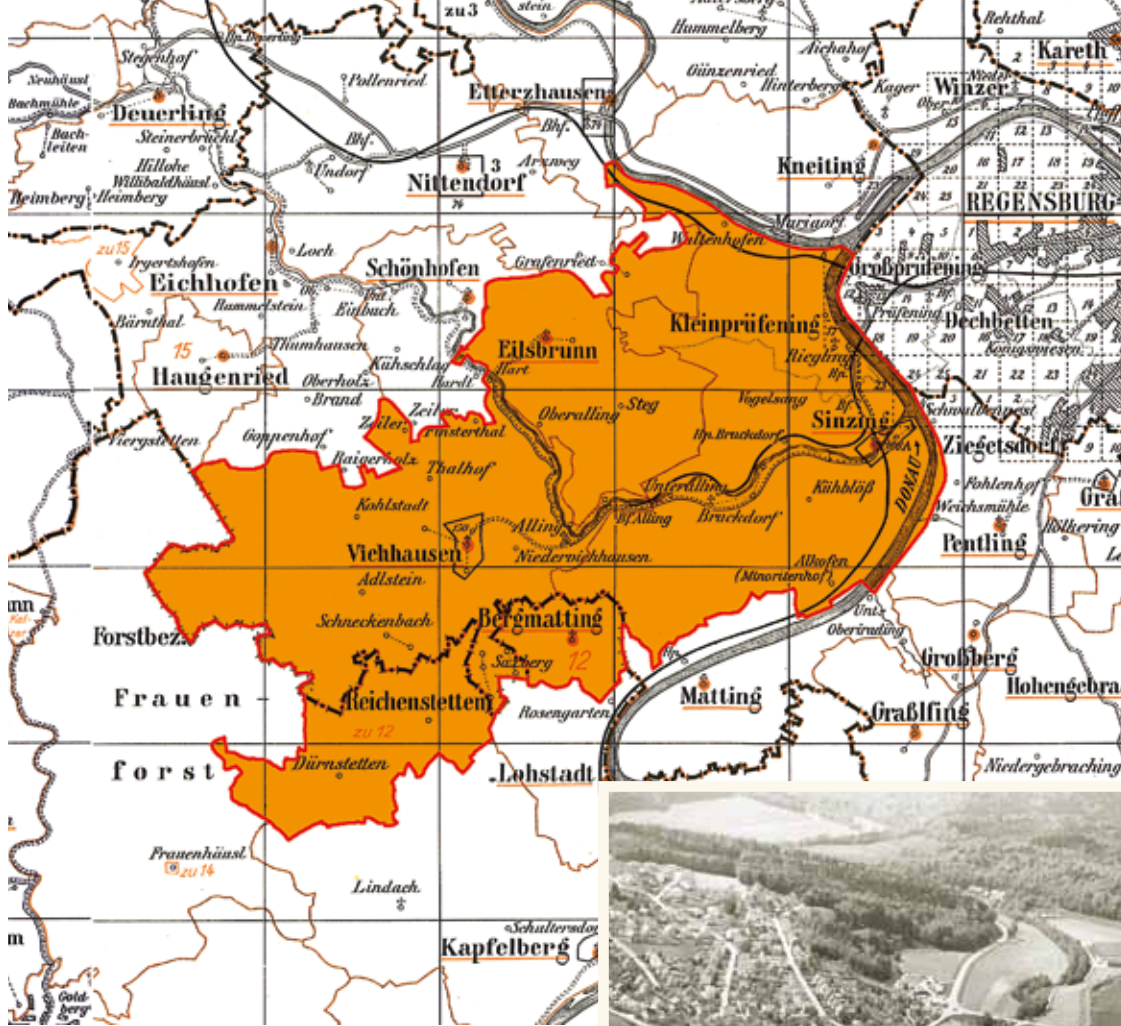
Im Raum des Unterlaufs der Schwarzen Laber kam es am 1.7.1972 zum Zusammenschluss von vier Gemeinden. Vorausgegangen waren Verhandlungen seit September 1971, als das Landratsamt mit den Bürgermeistern der Gemeinden Sinzing, Viehhausen und Eilsbrunn das Thema der Gemeindegebietsreform erörterte. Dabei wurde die Notwendigkeit einer Reform von allen Seiten bejaht, war doch als Richtgrenze eine Einwohnerzahl von 5.000 Einwohnern für neu zu bildende Gemeinden gefordert und sah somit keine der Kleingemeinden eine Möglichkeit, ihre Selbständigkeit zu erhalten. Auch Bergmatting, das dem Landkreis Kelheim angehörte, zeigte sich an einer derartigen Lösung interessiert. Im Laufe des Herbstes wünschte auch die Gemeinde Schönhofen eine Aufnahme in die neu zu bildende Gemeinde, dies wurde von Sinzing jedoch abgelehnt. Die am 5.12.1971 durchgeführte Volksabstimmung brachte in allen fünf Gemeinden eine Mehrheit für einen Zusammenschluss. Schönhofen, das noch Anfang Oktober knapp für Nittendorf gestimmt hatte, jetzt jedoch mit 60 Prozent für Sinzing, wurde von den Gemeinderäten in Viehhausen und Eilsbrunn unterstützt, konnte sich aufgrund der Weigerung Sinzings jedoch nicht an der Bildung der Großgemeinde beteiligen. Es richtete nun seinen Blick

Tages-Anzeiger,
28.09.1971



auf den Raum Nittendorf. Die verbliebenen Gemeinden Bergmatting, Eilsbrunn, Sinzing und Viehhausen schlossen im Dezember 1971 eine Vereinbarung zur Auflösung ihrer Gemeinden und Gründung einer neuen Gemeinde mit dem Namen Sinzing. Von den erwarteten Schlüsselzuweisungen sollten die Gemeindestraßen und Entwässerungsanlagen ausgebaut werden, Straßenbeleuchtungen erstellt, in Viehhausen eine Turnhalle, in Bergmatting ein Leichenhaus, sowie in Sinzing ein Leichenhaus und ein neues Feuerwehrhaus errichtet werden.¹³⁰ Daraufhin erließ die Regierung der Oberpfalz eine entsprechende Entscheidung, die am 1.7.1972 vollzogen werden sollte. Mit diesem Tag entstand die Großgemeinde Sinzing. Die Zielplanung 1975 konnte damit festhalten, dass die Gebietsreform in diesem Gebiet abgeschlossen sei. Durch die Bildung Nittendorfs im Norden waren ohnehin keine Kleingemeinden mehr in diesem Gebiet vorhanden. Sinzing selbst regte noch die Umgemeindung Hardts und Zeilers, die größtenteils zu Nittendorf gehörten und von der Gemeindegrenze durchschnitten waren, an. Dazu kam es allerdings nicht.¹³¹





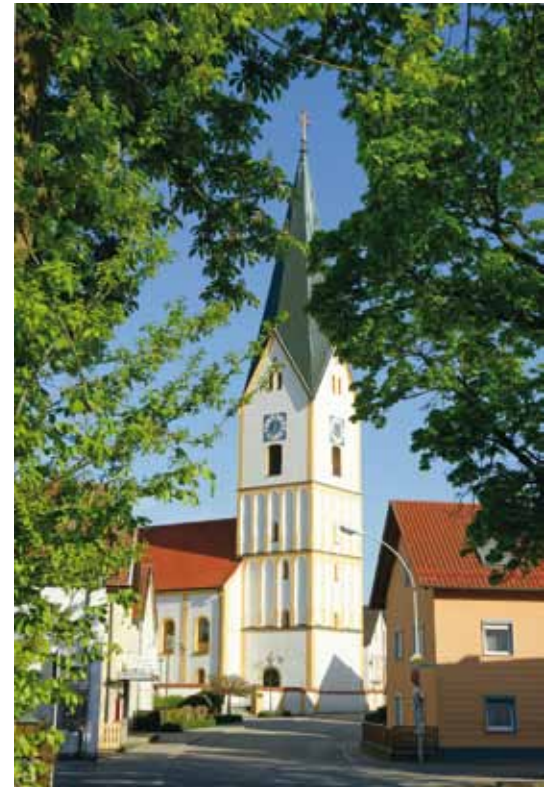
» Keine der Kleingemeinden sah eine Möglichkeit, ihre Selbständigkeit zu erhalten.

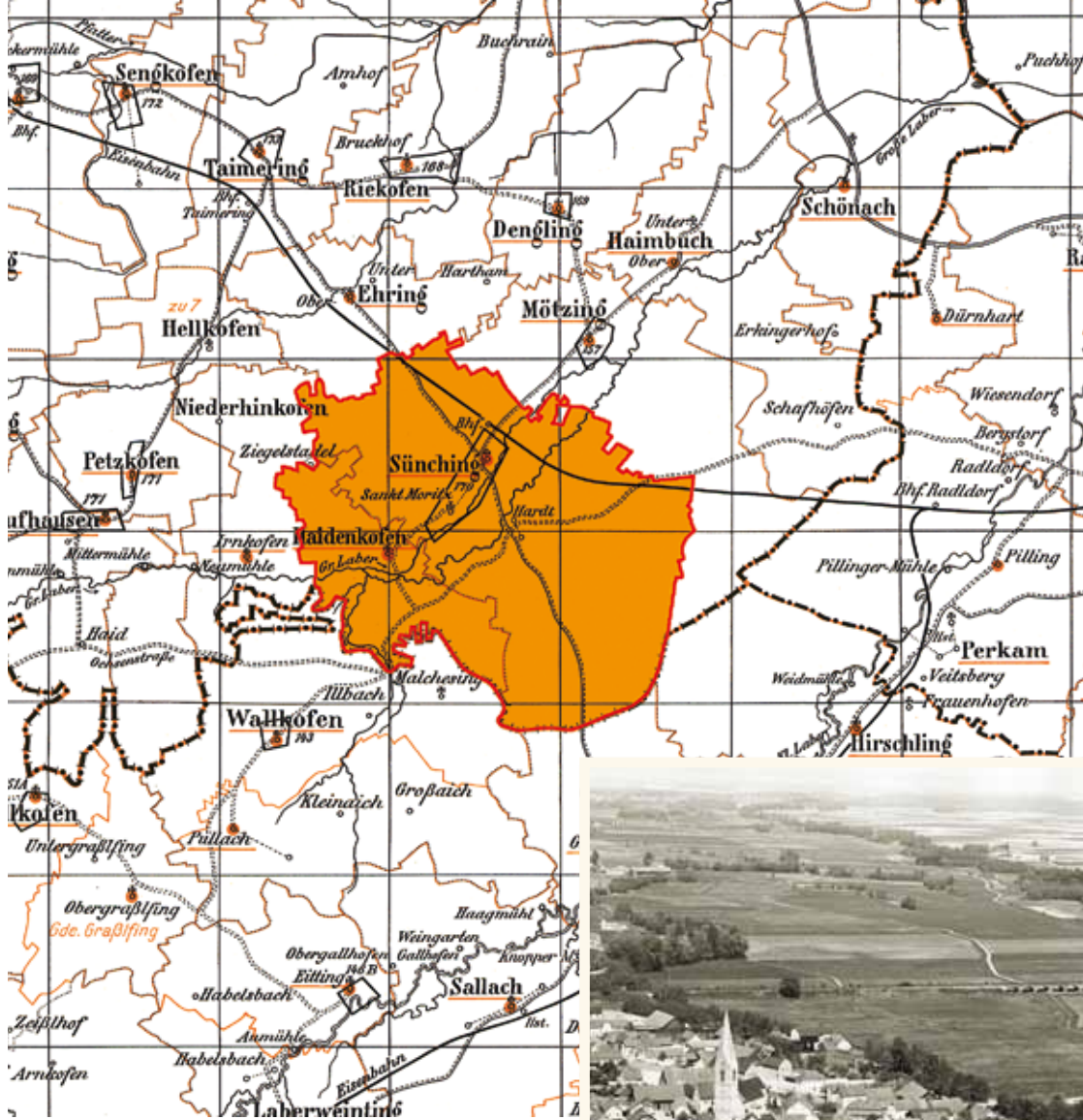


Sünching

Für die Gemeinde Sünching bedeutete die Gebietsreform zunächst die Eingemeindung Haidenkofens. Da der Nachbarort Irnkofen mit Aufhausen eine neue Gemeinde bildete, stellte sich für Haidenkofen mit seinen 107 Einwohnern keine andere Möglichkeit, denn der Fortbestand als eigene Gemeinde ließ sich unmöglich realisieren. So stimmte der Gemeinderat im Oktober 1971 mit vier gegen drei Stimmen für einen Anschluss an Sünching. Ähnlich knapp stimmten die Wahlberechtigten der Kleinstgemeinde. In der gemeinsamen Vereinbarung verpflichtete sich Sünching, die Feuerwehr Haidenkofen zu erhalten, ebenso die Jagdreviere und die „Staubfreimachung“ von Gemeindewegen durchzuführen. Mit der Übergabe der Kasse endete der Bestand der Gemeinde Haidenkofen am 1.1.1972. Die nördlich an Sünching angrenzenden Gemeinden hatten sich am selben Tag zur Gemeinde Mötzing zusammengeschlossen.¹³² Damit waren im Südosten des Landkreises neben dem unveränderten Taimering und dem mit Ehring vereinigten Riekofen drei Gemeinden entstanden, die jeweils über 1.000 Einwohner aufwiesen. Die Forderung der Staatsregierung lautete jedoch auf 5.000 Einwohner für eine Einheitsgemeinde. Klar war, dass die bestehende Struktur sich nicht würde halten lassen. Die Zielplanung der Regierung 1975 sah deshalb vor, diese drei Gebietskörperschaften zusammen mit der zu bildenden Gemeinde Riekofen-Taimering zu einer Verwaltungsgemeinschaft zusammenzufassen. Als Grundlage sollte dabei die bestehende schulische Gliederung dienen. Auch seien die Pendlerbeziehungen auf Sünching ausgerichtet. Als Sitz der Verwaltung wurde Sünching wegen seiner Mittelpunktfunktion in diesem Raum vorgeschlagen. Von der Bildung einer Einheitsgemeinde Sünching wurde abgesehen, da das Gebiet recht großflächig und nur gering besiedelt war. Dennoch waren Aufhausen, das einen Zusammenschluss mit Pfakofen und Rogging

plante, und Mötzing, das an seiner Eigenständigkeit festhalten wollte, gegen diese Lösung.¹³³ Schlussendlich einigten sich jedoch die betroffenen Gemeinden Ende 1975 vor Ende der Freiwilligkeitsphase auf eine Verwaltungsgemeinschaft, die sich dann am 1.1.1978 im ehemaligen Sünchinger Schulhaus zwischen den Mitgliedsgemeinden Riekofen und Sünching konstituierte. Am 1.5.1978 traten auch Aufhausen und Mötzing bei.¹³⁴





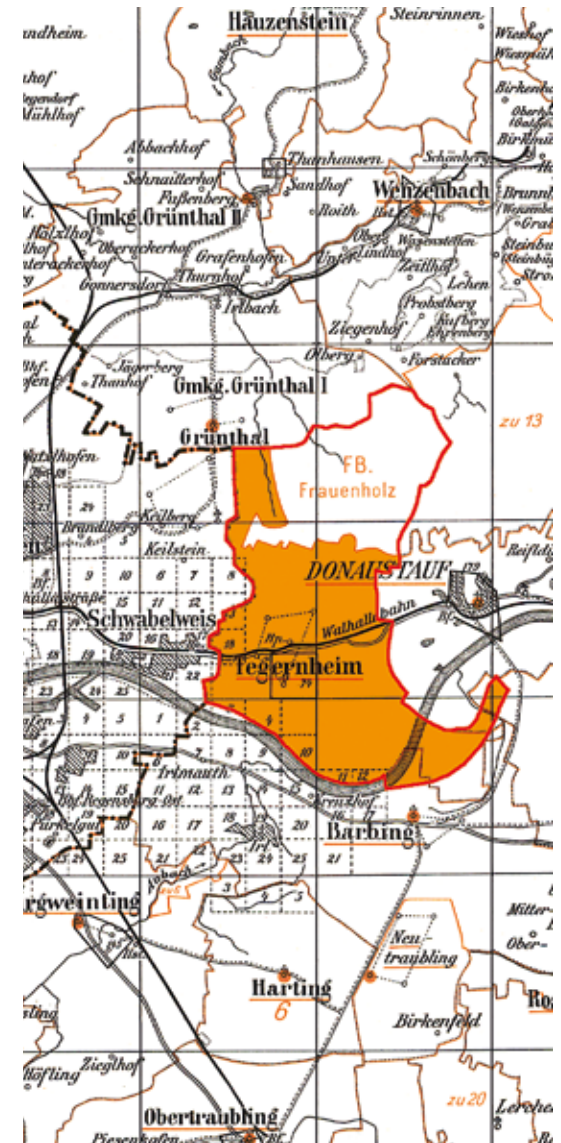
» Mit der Übergabe
der Kasse *endete der
Bestand der Gemeinde
Haidenkofen* am
1.1.1972.

Tegernheim

» Noch 1974 sah die Stadt Regensburg die *Möglichkeit eines Anschlusses von Tegernheim.*

148

Tegernheim ist die einzige Gemeinde des Landkreises Regensburg, die in der Phase der Gebietsreform keine territoriale und verwaltungsmäßige Veränderung erfahren hat. Doch zunächst hatte die Gemeinde um ihren Fortbestand zu kämpfen. Der Plan der Stadt Regensburg, 29 Umlandgemeinden in die Stadt einzugliedern, betraf auch Tegernheim. Dieses Ansinnen wurde vom Landkreis und den betroffenen Gemeinden kategorisch abgelehnt. Doch noch 1974 sah die Stadt Regensburg im Zuge der Lösung des Stadt-Umland-Problems die Möglichkeit eines Anschlusses von Tegernheim. Die staatliche Kommission, die sich mit der Angelegenheit befasste, kam aber zu dem Ergebnis, dass Tegernheim für die Entwicklung Regensburgs nicht notwendig ist. Ein anderer Entwurf, der von Seiten Donaustauf ins Gespräch gebracht wurde, hätte in der Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit Donaustauf bestanden. Dieser Gedanke wurde in der Gemeinde Tegernheim lediglich als Notlösung gesehen, sollte die Selbständigkeit nicht erhalten werden können.¹³⁵ Die Zielplanung 1975 erachtete jedoch keinen dieser Wünsche für angemessen und beließ Tegernheim als Einheitsgemeinde zwischen Regensburg und Donaustauf. Der Gemeinderat Tegernheim stimmte diesem Vorschlag am 3.7.1975 einstimmig zu.¹³⁶ Im November 1977 versuchte die Stadt Regensburg zumindest eine Grenzkorrektur bezüglich eines Fabrikgeländes umzusetzen. Tegernheim war dazu nicht bereit, wären dadurch doch Gewerbesteuer-einnahmen verloren gegangen. Die Stadt verzichtete auf gerichtliche Schritte. So konnte die Forderung der Stadt Regensburg auf Eingliederung dieser wachsenden Gemeinde östlich der Stadt abgewehrt werden, nicht zuletzt deshalb, da Landrat Deininger in Tegernheim wohnte.





Sitzungstag: - 3. JULI 1975

Beglaubigter Auszug aus dem Beschlußbuch

8401 Tegernheim

des Stadtrats, Markt- Gemeinderates

Lfd. Beschluß Nr.	Mitglieder		Abstimmungs- ergebnis	
	Gesamtzahl	anwesend u. stimmber.	für	gegen

Behandelter Gegenstand – Inhalt des Beschlusses

17 13



103. 022 Gemeindegebietsreform

Einstimmig (13:0) stimmt der Gemeinderat der von der Regierung vorgeschlagenen Neuregelung zu. Es ist zutreffend, daß die Gemeinde Tegernheim mit ihrer Leistungskraft die notwendigen Aufgaben als Einheitsgemeinde erfüllen kann. Der Regierungsvorschlag ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Die Richtigkeit des Auszuges bestätigt:

8401 Tegernheim, den - 8. JULI 1975



Gemeinde Tegernheim

Schober
(Schober)
Übungsleiter

Thalmassing

Im Süden des Altlandkreises Regensburg um Thalmassing vollzog sich um den Ort Thalmassing die Vereinigung kleiner Gemeinden schon früh. Die einen gemeinsamen Schulverband bildenden Orte Luckenpaint, San-



ding, Thalmassing, Weillohe, Wolkering und auch Poign begannen bereits 1969 mit Gesprächen und Verhandlungen bezüglich einer Angliederung ihrer Gemeinden an Thalmassing, das mehr Einwohner hatte als die anderen betroffenen Gemeinden zusammen und damit als Sitz der neuen Verwaltung nicht in Frage gestellt wurde. 1971 wurden die Verhandlungen intensiviert. Die fünf Gemeinden, ohne

Poign, beantragten die Einleitung des vorbereitenden Verfahrens einschließlich einer Volksabstimmung. Diese fiel in allen Gemeinden mit überwältigender Mehrheit für die Bildung der Großgemeinde Thalmassing aus. Damit stand dem Zusammenschluss zu einer neuen Gemeinde zum 1.1.1972 nichts mehr im Wege.¹³⁷ Bereits 1971 war allerdings die geringe Einwohnerzahl der neuen Großgemeinde von etwa 1.800 Menschen vom Landratsamt moniert worden, sodass die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft oder einer noch größeren Einheitsgemeinde um Alteglofsheim in Erwägung gezogen wurde. Diese Gedanken nahm auch die Zielplanung der Regierung 1975 auf, die Thalmassing zwar als Gemeinde erhalten wollte, jedoch als Mitglied einer Verwaltungsgemeinschaft. Die betroffene Gemeinde sah sich dagegen in der Lage, eine eigene Verwaltung wirtschaftlich betreiben zu können und forderte zur Arrondierung ihrer Fläche die Abtretung der Orte Neuhaus und Irlbach aus der Gemeinde Obertraubling sowie Poign und Hänghof aus der aufzulösenden Gemeinde Poign. Diesen Wünschen wurde teilweise entsprochen, Obertraubling musste die geforderten Orte abgeben.¹³⁸ Da sich Thalmassing bis Ende 1975 geweigert hatte, der Zielplanung zuzustimmen, musste die Einbeziehung in die Verwaltungsgemeinschaft Alteglofsheim von Amts wegen angeordnet werden.¹³⁹ Nach allgemeiner Kritik an der Gemeindegebietsreform wurde im Jahr 1979 eine Korrektur vorgenommen. Nun war es möglich, auch Gemeinden bis 2.000 Einwohnern eine eigene Verwaltung zuzugestehen und sie damit aus der Verwaltungsgemeinschaft zu lösen. Thalmassing stellte sogleich einen Antrag und wurde zum 1.1.1980 aus der am 1.5.1978 gebildeten Verwaltungsgemeinschaft entlassen, wodurch es wieder den Status einer Einheitsgemeinde erhielt.¹⁴⁰

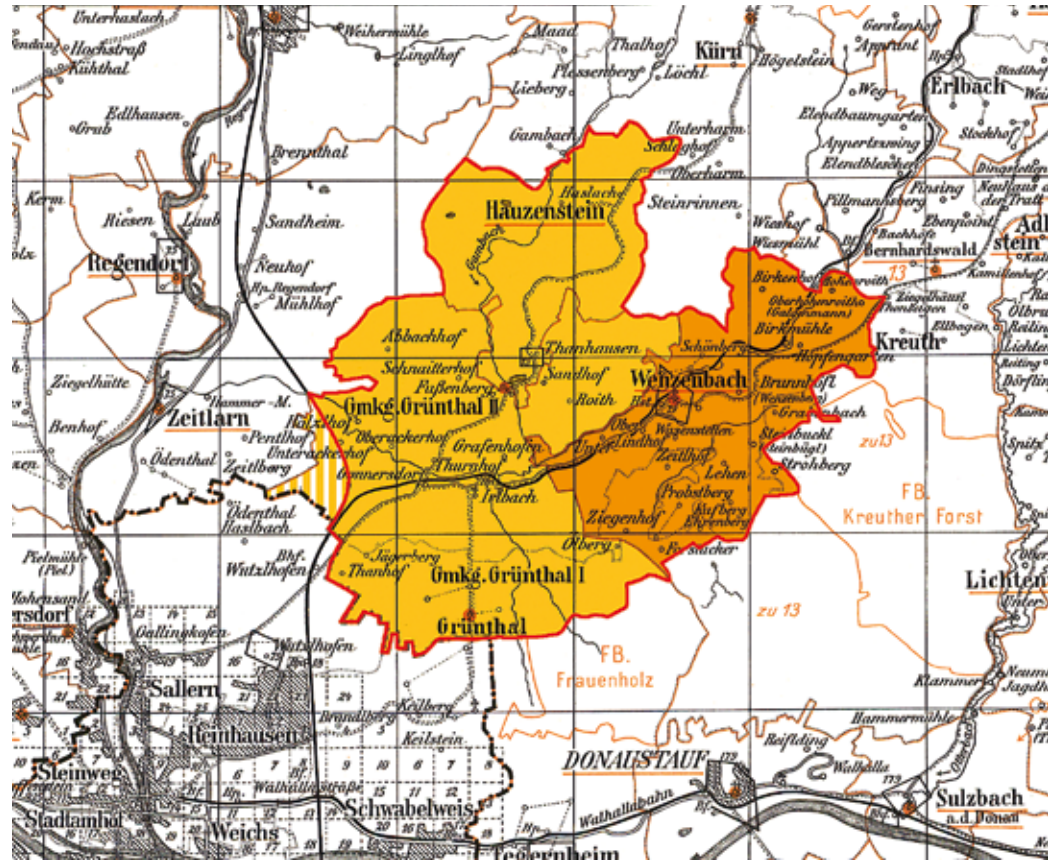
Wenzenbach

Auch in Wenzenbach ließ das Landratsamt bereits 1970 eine Zusammenlegung von Grünthal, Hauzenstein und Wenzenbach diskutieren. In Grünthal kam bei Bürgermeister Helmut Mühlbauer sogleich Widerstand gegen diesen Vorschlag auf. Die aufstrebende Stadtrandgemeinde hielt sich für überlebensfähig, strebte die Angliederung Hauzensteins an.¹⁴¹ 1971 erklärten sich alle drei Gemeindegremien jedoch zu einem möglichen Zusammenschluss bereit, sofern anberaumte Volksabstimmungen in den drei Gemeinden erfolgreich sein sollten. Regierungsrat Rupert Schmid kostete es dennoch „einige Mühe“, auch die Hauzensteiner von diesem Vorgehen zu überzeugen. Die Abstimmung am 12.9.1971 brachte in Wenzenbach eine klare Mehrheit für die Vereinigung, in Hauzenstein eine Mehrheit von 105 zu 104 Stimmen und in Grünthal eine Ablehnung von 401 zu 259 Stimmen. Damit scheiterte die Bildung einer Großgemeinde im Nordosten der Stadt Regensburg vorerst.¹⁴² Mit der Zielplanung der Regierung 1975 geriet wieder Bewegung in die Situation, da sich Grünthal auch mit den Wünschen der Stadt Regensburg nach Eingemeindung konfrontiert sah. Bereits im Juli diesen Jahres hatte Grünthal eine unbewohnte Fläche von etwa 75 ha (heute ein Großteil des Gewerbegebiets Haslbach) jenseits der Bahnstrecke nach Weiden an die Stadt abgetreten. Die Regierungsplanung forderte erneut einen Zusammenschluss der drei Gemeinden.¹⁴³ Bis Ende des Jahres hatten positive Beschlüsse vorzuliegen, wenn die Sonderzuweisungen nicht verfal-

len sollten. Ansonsten wäre die Neugliederung von Amts wegen vorgenommen worden. Aufgrund fehlender Alternativen stimmte der Gemeinderat Grünthal im August 1975 für diese Lösung. Hauzenstein betonte weiterhin den Wunsch nach Selbständigkeit der Gemeinde, war aber, „wenn man der Gemeinde keine Möglichkeit bietet, selbständig zu bleiben“, zur Zustimmung bereit. Ebenso wie Wenzenbach wies es jedoch auf ein fehlendes Verwaltungszentrum hin, für dessen Bau der Staat zu sorgen habe. So einigten sich die drei Gemeinden bis Ende 1975 auf Eingliederung Grünthals und Hauzensteins in die Gemeinde Wenzenbach zum 1.5.1978. Im Verlauf des Jahres 1977 kamen die Beteiligten auch auf einen Standort des neuen Rathauses überein. Am vorgesehenen Datum wurde schließlich die Neuregelung vollzogen.¹⁴⁴



» Die Abstimmung am 12.9.1971 brachte in **Wenzenbach** eine klare Mehrheit für die Vereinigung, in **Hauzenstein** eine knappe Mehrheit und in **Grünthal** eine Ablehnung.



„Historische Bürgerversammlung“ in Irlbach Geteilte Meinungen bei den Grünthalern

Landrat Deininger sprach in einer Bürgerversammlung über die Gemeindezusammenlegung

(L) Irlbach. An die 100 Männer und Frauen der Gemeinde Grünthal hatten sich am Samstag im Saal des Gasthauses ...
sich über die am 12.9. ...
Grünthal, Wenzenbach ...
informieren. Landrat ...
Mühlbauer stand ...
währenden Bürgervers...

Donaustauf billigt die Eingemeindung von Sulzbach

Gemeinderat sprach sich auch einstimmig für eine VG mit Altenthann und Bach aus

Es sei der Zweck dieser Versammlung zur Meinungsbildung über die Gemeindezusammenlegung beizutragen, erklärte zu Beginn der Bürgerversammlung. Weil von ihr viel abhängen, sei es eine „historische Bürgerversammlung“. Schon vor einhalb Jahren seien in Wenzenbach die ersten Gespräche wegen des Zusammenschlusses der drei Gemeinden geführt worden. Der Gemeinderat Grünthal habe sich im März für den Zusammenschluß der drei Gemeinden ausgesprochen.

Möglichkeit der Gründung einer Verwaltungsgemeinschaft verwiesen hatte (in der sehr regen Diskussion ging niemand darauf ein), schilderte er die Durchführung des freiwilligen Zusammenschlusses. Das Landratsamt habe mehrfach auf die Vorteile hingewiesen, die sich aus dem Zusammengehen von Grünthal, Wenzenbach und Hauzenstein ergeben. Diese drei Gemeinden würden in ihrer Struktur gut zusammenpassen. Daß sie auch in der Steuerkraft in der Höhe der...

...den, die Zweckmäßigkeit des freiwilligen Zusammenschlusses mit Wenzenbach. Man habe Zeit und könne noch bis 1976 selbständig bleiben, war zu hören. Bei einem Zusammenschluß müsse festgelegt sein, daß Irlbach, weil Mittelpunkt der neuen Gemeinde, auch Sitz des Gemeindezentrums werde. Grünthal werde als Stadtrandgemeinde in der Zukunft eine solche Aufwärtsentwicklung nehmen, daß es auch allein bestehen und seinen Aufgaben nachgehen könne.

Gemeinderat Engl meinte, daß die jetzt 1400 Einwohner aufweisende Ge-

Tages-Anzeiger,
06.09.1971
Mittelbayerische
Zeitung,
20./21.12.1975

Wiesent

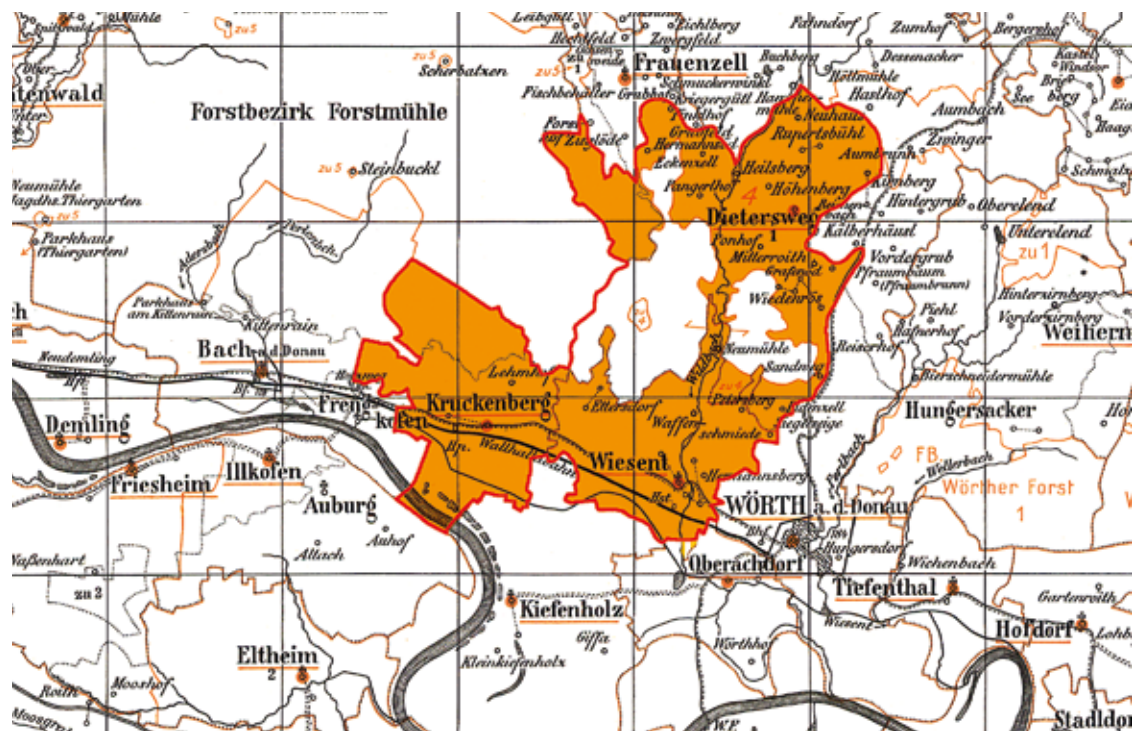
154

Die Glieder der heutigen Gemeinde, nämlich Wiesent, Kruckenberg und Dietersweg, einigten sich relativ früh, im April 1971, auf eine Zusammenlegung zu einer Gemeinde. Grund dieses Einvernehmens war neben einem gemeinsamen Pfarrsprengel die Gefahr der Eingemeindung dieser Orte in die Stadt Wörth, die als Großgemeinde im Osten des Landkreises geplant war, analog zu Hemau im Westen. Zunächst hatten die drei Gemeinden eine Zusammenlegung mit Wörth beantragt, nach einer negativ ausfallenden Bürgerabstimmung in Kruckenberg und Wiesent am 7.3.1971 den Plan zwar bis zum Ende des Monats aufrechterhalten, aber dann fünf Tage vor der Verwirklichung des Zusammenschlusses schließlich abgelehnt.¹⁴⁵ Die Regierung der Oberpfalz befürwortete die Vereinigung der



» Wiesent wurde
am 1.1.1980 in
die Selbständigkeit
entlassen.

drei Orte zu einer neuen Gemeinde Wiesent, nachdem der Versuch, Kruckenberg und Dietersweg zu einer Eingliederung nach Wiesent zu überreden, gescheitert war. Die Regierung machte aber deutlich, dass damit keine endgültige Entscheidung über den bleibenden Bestand der neuen Gemeinde getroffen wurde. Nach der Vereinigung am 1.1.1972 führte bis zur Gemeinderatswahl Anfang März 1972 der Dietersweger Bürgermeister Alois Bauer die Geschäfte, gewählt wurde schließlich der Bürgermeister von Wiesent, Robert Kiener.¹⁴⁶ Die Regierung war jedoch mit dem Ergebnis in diesem Raum nicht zufrieden und forderte die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft, bestehend aus Wörth, Pfatter und Brennbach. Auch Wiesent sollte





daran teilnehmen, da nach Ansicht der Regierung zwei umfangreiche Verwaltungseinheiten auf so engem Raum nicht sinnvoll erschienen. Wiesent wollte eigenständig bleiben, deutete aber an, dass es auch mit dieser Lösung einverstanden wäre.¹⁴⁷ Am 1.5.1978 wurde schließlich die Verwaltungsgemeinschaft gebildet. Doch mit der politischen Entwicklung in Bayern bot sich schon bald die Möglichkeit, diese

ungeliebte Ehe zu lösen, wurde doch die geforderte Einwohnergrenze selbständiger Gemeinden von 5.000 auf 2.000 gesenkt, so dass viele Gemeinden wieder die Eigenständigkeit beantragen konnten. Auch für Wiesent traf dies zu und am 1.1.1980 wurde die Gemeinde in die Selbständigkeit entlassen.¹⁴⁸

Donau-Post,
03.03.1971

„Letzte große Chance für Raum Wörth: die Großgemeinde“
 Bürgerversammlung in der Turnhalle — Gäste waren Landrat Deininger, Oberregierungsrat Schmid, Landtagsabgeordneter Beck und Kreisrat Amann — Beste Aussichten für Ja zur Gemeindezusammenlegung — Enttäuschung wegen Realschule

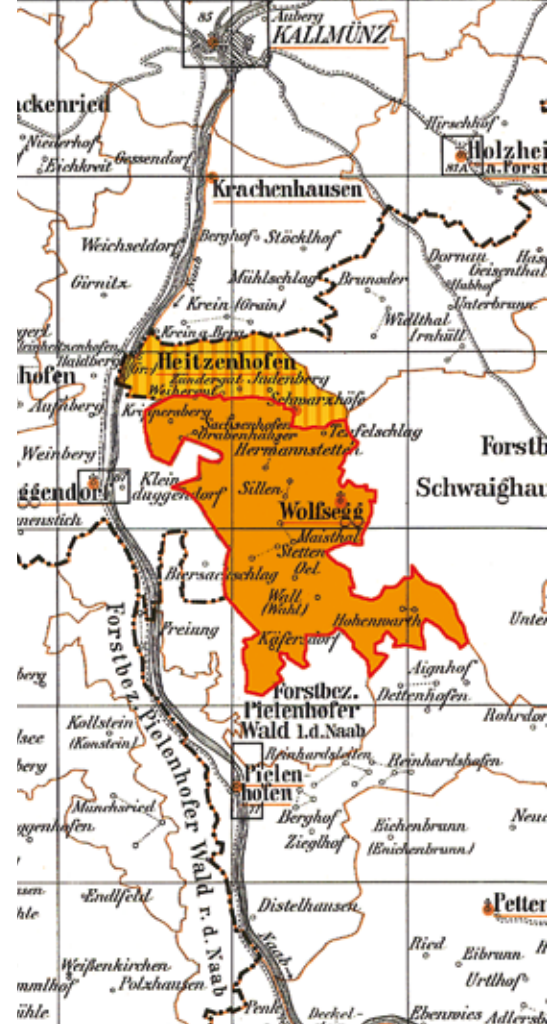
Wolfsegg

Im äußersten Nordwesten des Altlandkreises Regensburg einigten sich die beiden Gemeinden Wolfsegg und Heitzenhofen bereits sehr früh auf Anregung des Landratsamtes auf einen möglichen Zusammenschluss.

Nach der Zustimmung der Gemeindegremien im Mai 1970 zeigte eine Bürgerabstimmung im November 1970 in Wolfsegg zwar eine große Mehrheit für die Vereinigung, in Heitzenhofen lehnte man selbige jedoch mehrheitlich ab. Nichtsdestotrotz fasste der Gemeinderat Heitzenhofen noch im November den Beschluss, das Zusammenschließungsverfahren fortzusetzen, vor allem aufgrund der staatlichen Förderungen, die in Aussicht gestellt worden waren. Am 1.1.1971 entstand damit eine neue Gemeinde Wolfsegg, die die Altgemeinden Wolfsegg und Heitzenhofen umfasste.¹⁴⁹



Als am 1.7.1972 aus dem aufgelösten Landkreis Burglengenfeld die Orte Duggendorf, Kallmünz und Umgebung zum Landkreis Regensburg hinzutrat, änderte sich die Situation grundlegend. Heitzenhofen selbst liegt im Naabtal zwei Kilometer von Duggendorf entfernt und auch die übrigen Orte der Altgemeinde Heitzenhofen sind auf den Naabraum ausgerichtet. Die Zielplanung der Regierung 1975 forderte deshalb eine Aufteilung der neuen Gemeinde. Der größte Teil des Gebietes sollte Mitglied der zu bildenden Verwaltungsgemeinschaft Pettendorf werden, der im Naabtal gelegene Ort Heitzenhofen in das Gebiet der Gemeinde Duggendorf integriert werden.¹⁵⁰ Eine Bürgerabstimmung in Wolfsegg, aufgeteilt in drei



Wahlbezirke, nämlich die Altgemeinde Wolfsegg, den Ortsteil Heitzenhofen und den Rest der Altgemeinde Heitzenhofen am 27.8.1975 machte deutlich, dass die beiden letzteren Gemeindeteile eindeutig in den Raum Kallmünz tendierten, während die Wolfsegger sich mit der Zugehörigkeit zur Verwaltungsgemeinschaft Pettendorf einverstanden erklärten.¹⁵¹ Bürgermeister Michael Holzapfel von Wolfsegg und der Gemeinderat kämpften lange um den Verbleib Heitzenhofens, insbesondere da in den letzten Jahren bereits von Seiten der Gemeinde umfangreiche Investitionen in Straßenbau und Infrastruktur getätigt worden waren. Auch ein Feuerwehrgerätehaus hatte die Gemeinde Wolfsegg in Heitzenhofen errichtet. Schlussendlich musste aber die Altgemeinde Heitzenhofen an

» Die Altgemeinde
Heitzenhofen musste
schlussendlich an
Duggendorf abgegeben
werden.

Duggendorf abgegeben werden. Am 1.5.1978 wurde die verkleinerte Gemeinde Wolfsegg Teil der Verwaltungsgemeinschaft Pettendorf.¹⁵² Die Vermögensauseinandersetzung mit der Gemeinde Duggendorf zog sich noch bis 1980 hin.¹⁵³ Seit Pettendorf 2002 aus der Verwaltungsgemeinschaft ausgetreten ist, bildet Wolfsegg zusammen mit Pielenhofen eine Verwaltungsgemeinschaft, deren Sitz in Wolfsegg ist.



Wolfsegger empört über Beschlüsse von Pettendorf

Streit um den Verwaltungssitz zeichnet sich ab / Gemeinderäte wollen hart bleiben

Mittelbayerische Zeitung,
12.12.1976

**„Vorteil für Wolfsegg und Heitzenhofen“
Jetzt Entscheidung über Zusammenschluß**

„Unbedingt beim Landkreis Regensburg bleiben“

Die „Ehe“ zwischen Wolfsegg und Heitzenhofen ist fast perfekt

Gemeinderäte stimmten dafür / Am 8. Oktober geht die Bevölkerung zur Wahlurne / Ehrensold für Bürgermeister Meier

in einer vor Monaten unter
Landrat Deininger abgehaltenen
Bürgerversammlung ausgegangen war,
wurden am vergangenen Mittwoch in beiden
Orten Bürgerversammlungen abgehalten. Zu
ihnen waren als Vertreter des Landratsamtes
Landrat M.H. Deininger und Obmannsversammlungs-

Bestandteile des
Landkreises Regensburg bleiben. Eine zentrale
Gemeinde könne dieses Ziel auch wirksamer
verfechten wie zwei getrennte Gemeindegewes-

Als dann Bürgermeister Meier mehrfach
aufforderte, zu der am Sonntag bevorstehenden
Entscheidung Stellung zu nehmen, kam
sehr rasch durch einen Gemeindegewesener eine
bitte Aussprache in Gang. Sie galt jedoch

Mittelbayerische Zeitung,
12.10.1970 und 07.11.1970

Wörth an der Donau

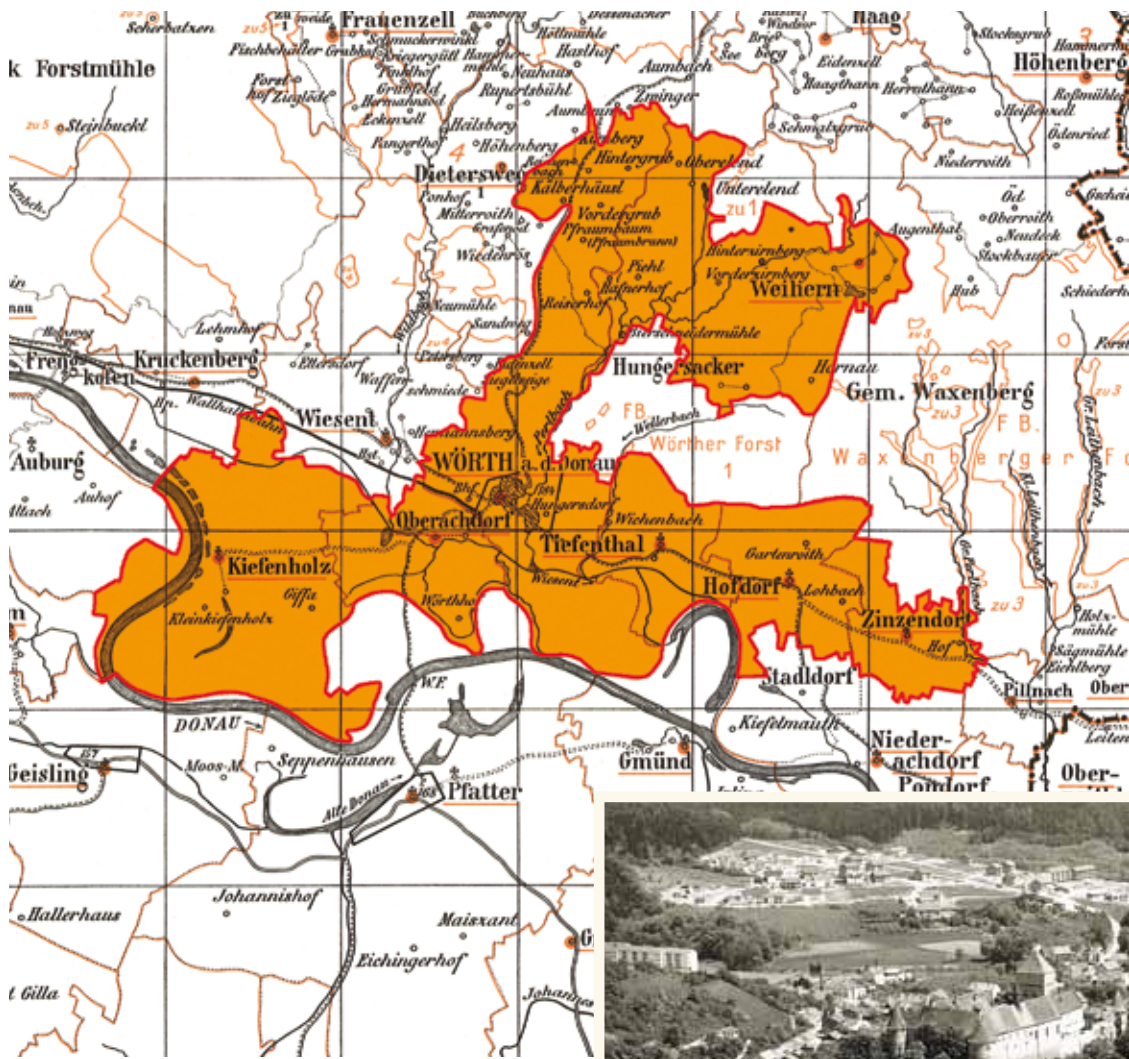
Das 1954 zur Stadt erhobene Wörth erwartete von der Gebietsreform eine Vergrößerung des Gemeindegebietes um die Gemeinden Dietersweg, Kiefenholz, Oberachdorf, Tiefenthal, Weihern und insbesondere Wiesent.

Mehreren Bürgermeisterbesprechungen im Jahr 1970, in denen die einzelnen Wünsche der Gemeinden verhandelt wurden – es konnte mit Sonderzuweisungen von etwa drei Millionen DM gerechnet werden – folgten Interessensbekundungen der Gemeinden Hofdorf, Kruckenberg und Zinzendorf für eine Teilnahme an der Großgemeinde.¹⁵⁴ Die östlich gelegenen Gemeinden Niederachdorf, Obermiethnach, Pillnach und Pon-

» Aufgrund des *Ausscheidens Wiesents* war auch das *Problem des Doppelnamens entfallen.*

dorf strebten schon länger eine Angliederung an den Landkreis Straubing an, mit dem sie in schulischer und kirchlicher Hinsicht enger verbunden waren. Dieser Wunsch wurde mit der Landkreisreform verwirklicht. 1978 schließlich wurden die vier Gemeinden nach Kirchroth eingegliedert. Im Wörther Raum entschlossen sich alle zehn beteiligten Gemeindegremien zur Einleitung des vorbereitenden Verfahrens der Gemeindezusammenlegung. Nach vorausgegangenen Bürgerversammlungen und einer gemeinsamen Gemeinderatssitzung gaben die Wähler am 7.3.1971 ihr Votum zu den Plänen und zum vorgeschlagenen Namen Wörth-Wiesent ab. Lediglich Wiesent und Kruckenberg waren mehrheitlich gegen eine Vereinigung. Dennoch sprachen sich beide Gemeindegremien anschließend dafür aus. Das Bayerische Innenministerium bestimmte den von den Beteiligten gewünschten 1.4.1971 als Tag des Zusammenschlusses. Doch am 26.3.1971 vollzog der Gemeinderat von Wiesent eine Kehrtwende und beschloss die Beibehaltung der Eigenständigkeit. Daraufhin zogen auch Kruckenberg und am 31.3.1971 Dietersweg ihre Zustimmung zurück.¹⁵⁵ So schlossen sich die Stadt Wörth mit den Gemeinden Hofdorf, Kiefenholz, Oberachdorf, Tiefenthal, Weihern und Zinzendorf zur neuen Stadt Wörth an der Donau zusammen. Aufgrund des Ausscheidens Wiesents war auch das Problem des Doppelnamens der Großgemeinde entfallen, gegen den sowohl die Oberpostdirektion als auch das Hauptstaatsarchiv Einwände erhoben hatten. An der Zusammensetzung der Stadtgemeinde Wörth änderte sich im Folgenden nichts mehr.¹⁵⁶ Die Zielplanung der Regierung 1975 sah allerdings die Errichtung einer Verwaltungsgemeinschaft vor, deren Zentrum Wörth bilden sollte und dem Brennbach, Pfatter und Wiesent zuzuweisen seien. Wörth war damit prinzipiell einverstan-





den, forderte jedoch die Eingemeindung Wiesents. Brennberg wollte lieber eine Vorwaldgemeinde mit Altenthann bilden, Wiesent und Pfatter wenn möglich eigenständig bleiben.¹⁵⁷ Dennoch kam 1978 die Verwaltungsgemeinschaft mit diesen vier Gemeinden zusammen, doch sie war nur von kurzer Dauer. Bereits 1980 erhielten Wiesent und Pfatter aufgrund neuer Richtlinien des Staatsministeriums ihre kommunale Selbständigkeit zurück, der Entlassungsantrag Brennbergs aus der Verwaltungsgemeinschaft wurde wegen der geringen Einwohnerzahl der Vorwaldgemeinde abgewiesen.¹⁵⁸



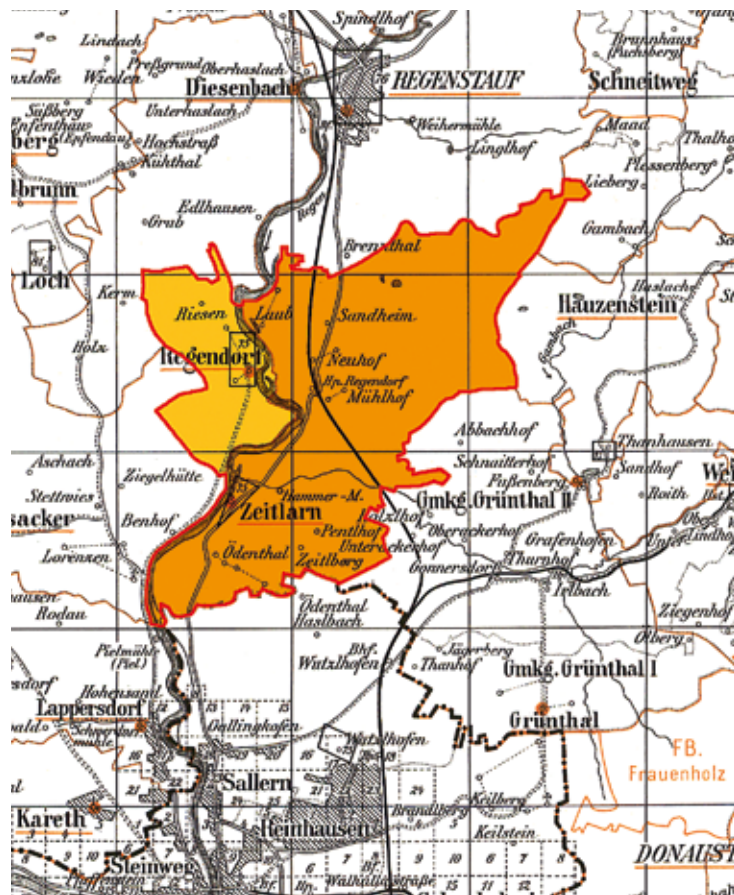
Zeitlarn

» Die Entscheidung über den künftigen **Gemeindenamen** fiel 1977 durch **Beschluss der Regierung der Oberpfalz**.

160

Die nördlich an Regensburg anschließende Gemeinde Zeitlarn entstand 1978 durch den Zusammenschluss der Altgemeinden Regendorf und Zeitlarn. Die Anfang der 1970er Jahre im Gespräch gewesene Einbeziehung in die zu bildende Großgemeinde Regenstauf wurde nicht vollzogen. Diese Option verfolgte auch die Regierung in ihrer Zielplanung 1975 nicht weiter. Vielmehr sollten Zeitlarn und das auf der anderen Seite des Regens gelegene Regendorf eine Einheitsgemeinde bilden, selbst von einer Verwaltungsgemeinschaft mit Regenstauf war keine Rede mehr. Die beiden Gemeinden bildeten ohnehin schon einen gemeinsamen Schulverband. Regendorf strebte allerdings keine Eingliederung nach Zeitlarn an, sondern wollte im Rahmen einer Verwaltungsgemeinschaft eigenständig bleiben. Begründet wurde dies mit der Ausweisung von Bauland und damit verbunden einem stetigen Anwachsen der Einwohnerzahl.¹⁵⁹ Doch noch im Jahr 1975 war die Gemeinde bereit, die von der Regierung vorgeschlagene Lösung zu akzeptieren. Die Entscheidung über den künftigen Gemeindennamen fiel 1977 durch Beschluss der Regierung der Oberpfalz. Beide Gemeinden hatten zuvor ihren jeweiligen Gemeindennamen als Namen für die neue Gemeinde beansprucht. Da Zeitlarn aber fast die vierfache Einwohnerzahl von Regendorf aufwies und auch Sitz der Pfarrei sowie des Schulverbandes war, Regendorf, das den

Namen des Flusses im Gemeindennamen wünschte, dagegen mit seinem Eisenbahnhaltepunkt argumentierte, der allerdings auf dem Gebiet Zeitlarns lag, fiel die Wahl auf Zeitlarn. Auch das 1969 verliehene Wappen Zeitlarns führte die neue Gemeinde fort, das Wappen Regendorfs von 1971 wurde nicht berücksichtigt. Am 1. Mai 1978 wurde schließlich auch hier der Zusammenschluss vollzogen.¹⁶⁰





Zeitlarn und Regendorf über Zusammenschluß absolut einig

Den Vorschlägen der Regierung wurde zugestimmt / Gemeindeweg in Neuhof wird verlegt / Bautätigkeit stagniert



Mittelbayerische
Zeitung,
13.12.1975

Quellen:

- 1 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Alteglofsheim, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 2 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Alteglofsheim, Verwaltungsgemeinschaft Alteglofsheim.
- 3 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Alteglofsheim, Niederschrift über die konstituierende Sitzung am 9. Mai 1978.
- 4 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-11, Akt Gebietsreform Bernhardswald, Vorbereitendes Verfahren, Abstimmungsergebnisse; Bürgerwille erstmals übergegangen, in: Tages-Anzeiger vom 11./12.12.1971.
- 5 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-15, Akt Gebietsreform Donaustauf, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 6 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-15, Akt Gebietsreform Donaustauf, Eingliederung Lichtenwald.
- 7 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-15, Akt Gebietsreform Donaustauf, Verwaltungsgemeinschaft Donaustauf.
- 8 Vgl. Besenreiter, Jakob/Huf, Karl, Gemeinde Aufhausen. Heimatkundliches Geschichts- und Sachbuch, Regensburg 1997, S. 294-296.
- 9 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-23, Akt Gebietsreform Aufhausen, Vorbereitendes Verfahren, Sitzungsniederschriften; Gestern Fortschritt – heute Tradition, in: Tages-Anzeiger 15.04.1970.
- 10 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-23, Akt Gebietsreform Sünching, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 11 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-23, Akt Gebietsreform Sünching, Sitzungsniederschrift des Gemeinderates Aufhausen 22.12.1975: „Die Gemeinde lehnt hiermit jeden weiteren Schritt für eine Verwaltungsgemeinschaft strikt ab und verzichtet hiermit auf die Kopfbeträge von 80,- DM, die in den Jahren 1978 bis 1981 zur Auszahlung kommen würden, Gesamtbetrag 112.000,- DM. Sollte am 31.3.1976 gegen den Willen der Gemeinde abgestimmt werden, so behält sich die Gemeinde Aufhausen folgendes vor.
Die Standesamts- und Verwaltungsakten werden nur mit Polizeischutz herausgegeben. Auf dem Kirchplatz und Verwaltungsgebäude werden die Fahnen auf Halbmast gesetzt. Die Glocken der beiden Kirchen werden die Trauerbotschaft über den Untergang der Gemeindeveraltung Aufhausen weit in beide Landkreise tragen. Mit Trauerchorälen am Rathaus, sowie Auszug mit sämtlichen Ortsvereinen, an der Spitze der Bürgermeister mit seiner 15 Mann starken Blaskapelle. Es werden die Trauermärsche von Beethoven und Chopin bis zur Ortstafel gespielt. Vom Ortsausgang geht es mit einem Schweigemarsch zurück an die drei Kriegsdenkmäler...“
- 12 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-23, Akt Gebietsreform Sünching, Niederschrift über die konstituierende Sitzung der Verwaltungsgemeinschaft 09.05.1978; Anton Schmid steht künftig der Verwaltungsgemeinschaft Sünching vor, in: Mittelbayerische Zeitung, 12.05.1978.
- 13 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-15, Akt Gebietsreform Donaustauf, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 14 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-15, Akt Gebietsreform Donaustauf, Eingliederung Demling, Gemeinderatsbeschlüsse.
- 15 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-20, Akt Gebietsreform Barbing, Vorbereitendes Verfahren 1971, Sitzungsniederschriften.
- 16 Vgl. Fünf Gemeinden sind zum Zusammenschluß mit Barbing bereit, in: Mittelbayerisches Zeitung, 07.03.1974.
- 17 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-20, Akt Gebietsreform Barbing, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 18 Vgl. Lindner, Roman, Gebietsreform im Landkreis Regensburg in den 1970er Jahren (Magisterarbeit Universität Regensburg 2011), S. 68-71; Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-Normenkontrollverfahren Hafen, Antrag der Gemeinde Barbing.
- 19 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-20, Akt Gebietsreform Barbing, Vereinbarung zwischen der Stadt Regensburg und der Gemeinde Barbing.
- 20 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-1, Akt Gebietsreform Beratzhausen, Eingliederung Mausheim und Rechberg, Gemeinderatsbeschlüsse, Verträge.
- 21 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-1, Akt Gebietsreform Beratzhausen, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 22 Vgl. Schwarzenthonhausen und Oberpfraundorf nach Beratzhausen, in: Mittelbayerische Zeitung 27./28.12.1975; Schwar-

- zenthonhausen sichert sich Vorrechte von Beratzhausen, in: Mittelbayerische Zeitung 3./4.1.1976.
- 23 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-1, Akt Gebietsreform Beratzhausen, Vollzug.
- 24 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-1, Akt Gebietsreform Beratzhausen, Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes v. 7.11.1984 (Nr. 4 N 83 A 3254).
- 25 Vgl. Acht Gemeinden tagten im Landratsamt, in: Donau-Post v. 24.8.1971; Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-11, Akt Gebietsreform Bernhardswald, Vorbereitendes Verfahren.
- 26 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-11, Akt Gebietsreform Bernhardswald, Vorbereitendes Verfahren, Abstimmungsergebnisse.
- 27 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-11, Akt Gebietsreform Bernhardswald, Vorbereitendes Verfahren, Gemeinderatsbeschlüsse, Vereinbarungen.
- 28 Vgl. Werden aus vier Gemeinden um Brennbach eine?, in: Tagesanzeiger vom 31.12.1969.
- 29 Vgl. Wetterumsturz und Rückschritt in Bruckbach, in: Tages-Anzeiger vom 12.10.1970.
- 30 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-16, Akt Gebietsreform Brennbach Verfahren, Vollzug.
- 31 Vgl. Der Vorwald würde veröden, Leserbrief von Hans Schreier, in: Mittelbayerische Zeitung vom 12.10.1971; Hat der Vorwald noch eine Chance? (von Hans Schreier), in: Tages-Anzeiger vom 31.08.1971.
- 32 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-16, Akt Gebietsreform Verwaltungsgemeinschaft Wörth a.d. Donau, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 33 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-16, Akt Gebietsreform Verwaltungsgemeinschaft Wörth a.d. Donau, Verfahren Brennbach.
- 34 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022, Korrektur der Gemeinde-Gebietsreform.
- 35 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-6, Akt Gebietsreform Laaber, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen der Gemeinden.
- 36 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-6, Akt Gebietsreform Laaber, Verfahren Verwaltungsgemeinschaft.
- 37 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-12, Akt Gebietsreform Nittendorf, Vorbereitendes Verfahren, Gemeinderatsbeschlüsse, Abstimmungsergebnisse, Vereinbarungen.
- 38 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-6, Akt Gebietsreform Laaber, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen der Gemeinden.
- 39 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-6, Akt Gebietsreform Laaber, Verfahren Verwaltungsgemeinschaft; Herbe Kritik in Nittendorf zur gemeindlichen Gebietsreform, in: Mittelbayerische Zeitung vom 2.12.1975; Deuerling für Verwaltungsgemeinschaft mit Laaber und Brunn, in: Mittelbayerische Zeitung vom 6./7.12.1975.
- 40 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-15, Akt Gebietsreform Donaustauf, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 41 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-15, Akt Gebietsreform Donaustauf, Eingliederung Sulzbach.
- 42 Vgl. Hage, Hermann, Donaustauf, Regensburg 1994, S. 58-60; Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-15, Akt Gebietsreform Donaustauf, Verwaltungsgemeinschaft Donaustauf.
- 43 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-2, Akt Gebietsreform Kallmünz, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen der Gemeinden.
- 44 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-2, Akt Gebietsreform Kallmünz, Verfahren Hochdorf-Duggendorf.
- 45 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-2, Akt Gebietsreform Kallmünz, Hochdorf.
- 46 Vgl. Regierung entschied über Gemeindenamen, in: Mittelbayerische Zeitung vom 21.4.1977.
- 47 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-2, Akt Gebietsreform Kallmünz, Verwaltungsgemeinschaft Kallmünz.
- 48 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Altglofsheim, Eingliederung Gailsbach nach Hagelstadt, Gemeinderatsbeschlüsse, Ergebnis der Volksabstimmung.
- 49 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Altglofsheim, Verhandlungen Langenerling-Altglofsheim.
- 50 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Altglofsheim, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen der Gemeinden.
- 51 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Altglofsheim, Eingliederung Langenerling-Hagelstadt, Gemeinderatsbeschlüsse.

- 52 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Alteglofsheim, Verwaltungsgemeinschaft Alteglofsheim, Beschlüsse.
- 53 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-5, Akt Gebietsreform Hemau, Beschlüsse 1971.
- 54 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-5, Akt Gebietsreform Hemau, Eingliederung Berletzhof, Kollersried, Neukirchen, Pellndorf, Thonlohe.
- 55 Vgl. „Stürmischer Beifall“ der Hemauer für Regensburg, in: 25 Jahre Landkreis Regensburg, Sonderveröffentlichung der Mittelbayerischen Zeitung vom 15./16.8.1997, S. 10.
- 56 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-5, Akt Gebietsreform Hemau, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen der Gemeinden.
- 57 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-5, Akt Gebietsreform Hemau, Vereinbarungen; .
- 58 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-5, Akt Gebietsreform Hemau, Vollzug.
- 59 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022, Zusammenlegung der Gemeinden Bubach a.F., Buchenlohe, Schönleiten, Vorbereitendes Verfahren.
- 60 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-2, Akt Gebietsreform Kallmünz, Zielplanung 1975, Stellungnahmen der Gemeinden.
- 61 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-2, Akt Gebietsreform Kallmünz, Verfahren Holzheim a.F., Gemeinderatsbeschlüsse; Abstimmungsergebnisse.
- 62 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-2, Akt Gebietsreform Kallmünz, Verwaltungsgemeinschaft Kallmünz.
- 63 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-2, Akt Gebietsreform Kallmünz, Eingliederung Krachenhäusen und Ortsteile See.
- 64 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-2, Akt Gebietsreform Kallmünz, Zielplanung 1975, Stellungnahmen der Gemeinden.
- 65 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-2, Akt Gebietsreform Kallmünz, Verfahren Eingliederung Kallmünz.
- 66 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-2, Akt Gebietsreform Kallmünz, Verwaltungsgemeinschaft Kallmünz.
- 67 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Alteglofsheim, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen der Gemeinden.
- 68 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Alteglofsheim, Brief des Bürgermeisters Kaindl von Köfering an Landrat Deininger, 10.11.1975.
- 69 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Alteglofsheim, Abweichungen von der Zielplanung, 7. Januar 1976.
- 70 Vgl. Köfering will sich nicht von Scheuer trennen, in: Mittelbayerische Zeitung 15./16.04.1978.
- 71 Vgl. Gemeinde Köfering, Ortchronik für Köfering und Egglfing 2009, http://www.komxpress-cms.koefering.de/DynDox/B73327E6-BBF7-48C6-B943-7406DF0119F2/091217EndproduktOrtschronik_neu.pdf.
- 72 Vgl. Motyka, Gustl, Markt Laaber, Laaber 1980, S. 87.
- 73 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-6, Akt Gebietsreform Laaber, Gemeindezusammenlegung Laaber-Endorf.
- 74 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-6, Akt Gebietsreform Laaber, Eingliederung Großbetzenberg und Bergstetten.
- 75 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-6, Akt Gebietsreform Laaber, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen der Gemeinden.
- 76 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-6, Akt Gebietsreform Laaber, Verfahren Verwaltungsgemeinschaft; Eingliederung Eselburg.
- 77 Vgl. Für Verwaltungsgemeinschaft Lappersdorf-Kareth-Hainsacker, in: Tages-Anzeiger 03.03.1971.
- 78 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-8, Akt Gebietsreform Lappersdorf, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen
- 79 Vgl. Die Mehrheit im Hainsackerer Gemeinderat für Lappersdorf, in: Mittelbayerische Zeitung 27./28.12.1975.
- 80 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-8, Akt Gebietsreform Lappersdorf, Bekanntmachung der Regierung der Oberpfalz, 28.03.1977.
- 81 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-21, Akt Gebietsreform Mintraching, Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates Rosenhof am 3.9.1974.
- 82 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-21, Akt Gebietsreform Mintraching, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 83 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-21, Akt Gebietsreform Mintraching, Vereinbarungen und Vollzug.

- 84 Vgl. Gemeinde Mötzing (Hg.), Heimatbuch der Gemeinde Mötzing, Bd. 1, Straubing, 2001, S. 13.
- 85 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-23, Akt Gebietsreform Sünching, Freiwilliger Zusammenschluss Dengling, Haimbuch, Mötzing und Schönach.
- 86 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-23, Akt Gebietsreform Sünching, Freiwilliger Zusammenschluss Dengling, Haimbuch, Mötzing und Schönach, Vorbereitendes Verfahren.
- 87 Vgl. Gemeinde Mötzing (Hg.), Heimatbuch der Gemeinde Mötzing, Bd. 2, Straubing, 2007, S. 51-53.
- 88 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-23, Akt Gebietsreform Sünching, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen; Verfahren Verwaltungsgemeinschaft.
- 89 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-19, Akt Gebietsreform Neutraubling, Gemeinde Harting, Volksbefragung 1975.
- 90 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-19, Akt Gebietsreform Neutraubling, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 91 Vgl. Mintrachinger begrenzen Neutraublings „Drang nach Osten“, in: Mittelbayerische Zeitung, 08.03.1976.
- 92 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-19, Akt Gebietsreform Neutraubling, Beschluss des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes, 30.12.1976.
- 93 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-12, Akt Gebietsreform Nittendorf, Vorbereitendes Verfahren, Gemeinderatsbeschlüsse, Abstimmungsergebnisse, Vereinbarungen.
- 94 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-12, Akt Gebietsreform Nittendorf, Vorbereitendes Verfahren, Abstimmungsergebnisse 1971.
- 95 Vgl. Ackermann, Walther, Geschichte des Marktes Nittendorf, Nittendorf 2011, S. 228f.; Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-12, Akt Gebietsreform Nittendorf, Vereinbarungen, Neubildung.
- 96 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-12, Akt Gebietsreform Nittendorf, Neubildung.
- 97 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-12, Akt Gebietsreform Nittendorf, Zielplanung der Regierung der Oberpfalz 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 98 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-18, Akt Gebietsreform Obertraubling, Eingliederung Niedertraubling.
- 99 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-18, Akt Gebietsreform Obertraubling, Eingliederung Gebelkofen, Oberhinkofen.
- 100 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-19, Akt Gebietsreform Neutraubling, Niederschrift über die nichtöffentliche Gemeinderatssitzung Obertraubling und Neutraubling vom 26.2.1976.
- 101 Vgl. Aus sieben Gemeinden kann eine werden, in: Mittelbayerische Zeitung vom 11.02.1971.
- 102 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-17, Akt Gebietsreform Pentling, Vorgänge von 1970-1972, Vorbereitendes Verfahren, Niederschriften; Vereinbarungen; Weigert, Hans, 200 Jahre Großberg, Großberg 2004, S. 40f.
- 103 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-17, Akt Gebietsreform Pentling, Zielplanung inkl. Stellungnahmen.
- 104 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-17, Akt Gebietsreform Pentling, Vorbereitendes Verfahren.
- 105 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-17, Akt Gebietsreform Pentling, Gemling; Hochstetten; Vollzug.
- 106 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-7, Akt Gebietsreform Pettendorf, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 107 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-7, Akt Gebietsreform Pettendorf, Eingliederung Kneiting.
- 108 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-7, Akt Gebietsreform Pettendorf, Normenkontrollverfahren Kneiting; Gemeinde Kneiting bleibt im Landkreis, in: Mittelbayerische Zeitung vom 22.3.1977.
- 109 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-7, Akt Gebietsreform Pettendorf, Verwaltungsgemeinschaft; Pielenhofen und Wolfsegg weiter uneins über Verwaltungsgemeinschaft-Gebäude, in Mittelbayerische Zeitung vom 7.8.2.1981.
- 110 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Alteglofsheim, Eingliederung Rogging-Pfakofen.
- 111 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Alteglofsheim, Zielplanung inkl. Stellungnahmen.
- 112 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Alteglofsheim, Eingliederung Rogging-Pfakofen; Verwaltungsgemeinschaft Alteglofsheim.

- 113 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-16, Akt Gebietsreform Pfatter, Verhandlungen bis 1971.
- 114 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-16, Akt Gebietsreform Verwaltungsgemeinschaft Wörth a.d. Donau, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 115 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-16, Akt Gebietsreform Pfatter, Verfahren Pfatter.
- 116 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-7, Akt Gebietsreform Pettendorf, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen; Verwaltungsgemeinschaft Pettendorf.
- 117 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-4, Akt Gebietsreform Regenstau, Verhandlungen bis 1972; Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022 Zusammenschlüsse c) Grafenwinn-Karlstein; Elf Gemeinden erörterten die Gebietsreform, in: Tages-Anzeiger v. 10.12.1971.
- 118 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-4, Akt Gebietsreform Regenstau, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen; Stellungnahme Regenstau (masch.).
- 119 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-4, Akt Gebietsreform Regenstau, Vereinbarungen, Regenstauer führen Gespräche mit Hirschling und Karlstein, in: Mittelbayerische Zeitung v. 15.12.1975; Diesenbach bekräftigt Haltung gegenüber Regenstau, in: Mittelbayerische Zeitung v. 2.1.1975;
- 120 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-4, Akt Gebietsreform Regenstau, Vollzug.
- 121 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-4, Akt Gebietsreform Regenstau, Vorbereitendes Verfahren, Neugliederung Ponholz 1971; Neugliederung Ponholz 1975/76; Ponholz Anhörungs-Verfahren 1977; Die Ponholzer zieht es mit aller Macht nach Regenstau, in: Mittelbayerische Zeitung v. 12.6.1980.
- 122 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022, Freiwilliger Zusammenschluss der Gemeinden Ehring, Riekofen, Vorbereitendes Verfahren; Vollzug.
- 123 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-23, Akt Gebietsreform Sünching, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 124 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-23, Akt Gebietsreform Sünching, Verfahren Riekofen-Taimering.
- 125 Vgl. Lindner, Roman, Gebietsreform im Landkreis Regensburg in den 1970er Jahren (Magisterarbeit Universität Regensburg 2011), S. 30; Protokoll einer unbedingt gewollten Einkreisung, in: 25 Jahre Landkreis Regensburg, Sonderveröffentlichung der Mittelbayerischen Zeitung vom 15./16.8.1997, S. 4.
- 126 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-24, Akt Gebietsreform Schierling, Eingliederung Allersdorf, Eingliederung Unterlaichling.
- 127 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-24, Akt Gebietsreform Schierling, Eingliederung der Gemeinde Manssdorf.
- 128 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-24, Akt Gebietsreform Schierling, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 129 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-24, Akt Gebietsreform Schierling, Vorbereitendes Verfahren; Vollzug.
- 130 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-13, Akt Gebietsreform Sinzing, Vorbereitendes Verfahren, Gemeinderatsbeschlüsse, Vereinbarungen; vgl. auch: 40 Jahre Gemeinde Sinzing (Sondermitteilungsblatt der Gemeinde Sinzing), Sinzing 2012.
- 131 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-13, Akt Gebietsreform Sinzing, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 132 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-23, Akt Gebietsreform Sünching, Eingliederung Haidenkofen nach Sünching, Vorbereitendes Verfahren; Vollzug.
- 133 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-23, Akt Gebietsreform Sünching, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 134 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-23, Akt Gebietsreform Sünching, Verfahren Verwaltungsgemeinschaft.
- 135 Vgl. Graf, Hans-Joachim, Tegernheim als Einheitsgemeinde, erscheint demnächst in: Tegernheimer Heimat- und Geschichtsblätter.
- 136 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-14, Akt Gebietsreform Tegernheim, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 137 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Thalmassing, Vorbereitendes Verfahren, Sitzungsniederschriften.
- 138 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Alteglofsheim, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen der Gemeinden.

- 139 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-22, Akt Gebietsreform Alteglofsheim, Verwaltungsgemeinschaft Alteglofsheim, Beschlüsse.
- 140 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022, Korrektur der Gemeinde-Gebietsreform.
- 141 Vgl. Gemeinde Grünthal ist lebensfähig, in: Mittelbayerische Zeitung vom 10.02.1970.
- 142 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-10, Akt Gebietsreform Wenzenbach, Verhandlungen 1970 bis 1971, Vorbereitendes Verfahren, Abstimmungsergebnisse.
- 143 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-10, Akt Gebietsreform Wenzenbach, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen der Gemeinden.
- 144 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-10, Akt Gebietsreform Wenzenbach, Vorbereitendes Verfahren, Vereinbarungen.
- 145 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-16, Akt Gebietsreform Stadt Wörth a.d. Donau, Vorbereitendes Verfahren.
- 146 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-16, Akt Gebietsreform Wiesent, Vollzug; Wiesent und zwei Nachbarn jetzt ein Herz und eine Seele, in: Mittelbayerische Zeitung vom 14.4.1971.
- 147 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-16, Akt Gebietsreform Verwaltungsgemeinschaft Wörth a.d. Donau, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 148 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022, Korrektur der Gemeinde-Gebietsreform.
- 149 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-7, Akt Gebietsreform Pettendorf, Zusammenschluss Heitzenhofen und Wolfsegg.
- 150 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-7, Akt Gebietsreform Pettendorf, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 151 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-2, Akt Gebietsreform Kallmünz, Heitzenhofen.
- 152 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-7, Akt Gebietsreform Pettendorf, Verwaltungsgemeinschaft Pettendorf.
- 153 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-2, Akt Gebietsreform Kallmünz, Heitzenhofen.
- 154 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-16, Akt Gebietsreform Stadt Wörth a.d. Donau, Finanzielle Förderung; Gespräch über Gemeindezusammenschluss, in: Tages-Anzeiger vom 27.03.1970.
- 155 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-16, Akt Gebietsreform Stadt Wörth a.d. Donau, Vorbereitendes Verfahren.
- 156 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-16, Akt Gebietsreform Stadt Wörth a.d. Donau, Vereinbarungen.
- 157 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-16, Akt Gebietsreform Verwaltungsgemeinschaft Wörth a.d. Donau, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 158 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-16, Akt Gebietsreform Verwaltungsgemeinschaft Wörth a.d. Donau, Vollzug.
- 159 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-9, Akt Gebietsreform Zeitlarn, Zielplanung 1975 inkl. Stellungnahmen.
- 160 Vgl. Landratsamt Regensburg, Registratur, Einheitsaktenplan 022-9, Akt Gebietsreform Zeitlarn, Vorbereitendes Verfahren; Vollzug.

Das Resümee

Aus Sicht der beiden Protagonisten Leonhard Deininger und Ernst Emmerig

Von Reiner Vogel

Landrat Leonhard Deininger
am Rednerpult 1977
bei der Einweihung der
Hauptschule Hemau

Als die Schlachten der vorangestellten Landkreisgebietsreform mit Ablauf des Jahres 1972 geschlagen waren, ging es für den Landrat des neuen Großlandkreises, Leonhard Deininger, zunächst darum, die veränderten

Gegebenheiten zu akzeptieren und intern als auch gegenüber Dritten zu vertreten.

Der erfahrene, kommunalpolitische Fahrsmann hatte einen großen Teil seines Ansehens auch dadurch erworben, dass er in den Kommunen präsent und mit deren Problemen vertraut war. Auch über „Kleinigkeiten“ war Deininger informiert.

Als CSU-Kreisvorsitzender übte er zusätzlichen Einfluss aus. Die Vergabe von Posten und damit einhergehender Karrieren lag vielfach in seinen Händen. Deininger zögerte auch nicht, seine Möglichkeiten auszureizen.

All diese Aktivitäten musste er nun ausweiten – auf Gebiete wie Schierling etwa oder den Großraum Hemau/Beratzhausen.

An Deiningers Willen dazu und an dem erforderlichen Fleiß gab es keinen Zweifel. So schrieb er in seiner Neujahrsbotschaft zum Jahr 1973:

„Die für den neuen Landkreis Verantwortlichen sehen sich vor die Aufgabe gestellt, in der Bevölkerung ein neues Kreisbewusstsein zu wecken. Guter Wille und die Entschlossenheit, vor Schwierigkeiten nicht zu kapitulieren, ebnen den Weg zu dem Ziel, im neuen Landkreis die große Gemeinschaft aller seiner Bürger zu sehen. Im neuen Kreistag nehmen nicht wie früher 45,

sondern 60 Kreisräte die Selbstverwaltungsrechte des Landkreises wahr. Dass in dem erweiterten Verwaltungsbezirk ein zahlenmäßig stärkerer Kreistag tätig ist, verhalf den angegliederten Bereichen zu einer angemessenen Vertretung. Das Maß der dem Kreistag obliegenden Verantwortung ist gewachsen. Es wiegt schwer, weil es für ein erheblich ausgeweitetes Gebiet zu leisten ist.“¹

Die Zahl der Einwohner war deutlich gestiegen und die Tendenz wies weiterhin positive Vorzeichen auf. Das Regensburger Umland alleine schon versprach eine Boom-Region für den Zuzug junger Familien zu werden. Auch die wirtschaftliche Gesamtlage gab Grund zum Optimismus. In diesem Umfeld kamen natürlich auf den jetzt größeren Landkreis auch wachsende Aufgaben zu. Leonhard Deininger verwies in seiner Neujahrsbotschaft auf die

aktuellsten Maßnahmen und vor allem natürlich auf deren Kosten:

„Erweiterungs- und Umbau des Kreiskrankenhauses Wörth, Errichtung eines Schwesternheimes für dieses Krankenhaus, Erweiterungsbau der Landwirtschaftlichen Kreisberufsschule in Regensburg sowie Neubau der zweiten Realschule des Landkreises in Regenstauf. Für diese vier Maßnahmen hat der Landkreis Regensburg insgesamt 14,9 Millionen DM aufzubringen. Nicht minder weittragend, weil den Landkreis



» *Deiningers* hatte sich bei der Reform unerbittlich, trickreich und unsentimental gegeben.

vor schwerwiegende Finanzierungsprobleme stellend, ist der vom Kreistag am 30. Juni 1972 gefasste Beschluss, die Trägerschaft für ein in Neutraubling zu errichtendes Gymnasium zu übernehmen.

In den beachtlichen Vorhaben, die der Landkreis 1972 begonnen bzw. ausgeführt hat, drückt sich nicht zuletzt ein gesunder Wille zur Selbstbehauptung aus. Er prägt das äußere Bild dieses Landkreises, dessen fortschrittliche Entwicklung unverkennbar ist.“¹

Der „Wille zur Selbstbehauptung“ zieht sich wie ein roter Faden durch das persönliche Leben von Leonhard Deiningers – vielleicht auch durch sein politisches. Er hatte sich bei der Reform unerbittlich, trickreich und unsentimental gegeben. Deshalb an dieser Stelle einige Anmerkungen: Leonhard Deiningers wuchs in ärmlichen Verhältnissen auf und kämpfte sich durch alle Widrigkeiten hindurch nach oben: Dem ausgebildeten Anwaltsgehilfen wurde es wahrlich nicht in die Wiege gelegt, als Landrat eine herausragende Persönlichkeit in der Region zu werden.

Der körperlich kleine Mann (im augenfälligen Unterschied zu Rudolf Schlichtinger und Ernst Emmerig) war allerdings überaus entschlossenkräftig und rhetorisch äußerst gewandt. „Da stellt man sich hin. Und wenn man weiß, was man sagen will, dann fallen einem die Worte schon ein.“ Mit dieser unverbrüch-



lichen Zuversicht hatte Deiningers zahllose Parteiveranstaltungen erfolgreich und mitreißend absolviert. Danach schrieb der gelernte Journalist viele Zeitungsberichte über seine Auftritte auch gleich selber – wohl „sicherheitshalber“.

Deiningers war auch ein mutiger Mann: Nicht nur ein bereits gegen ihn unterschriebenes Todesurteil der Nazis ist ein nachdrücklicher Beleg dafür. Er darf als ein Mann des christlich motivierten Widerstandes gelten. Doch davon wollte er später „kein Aufhebens“ mehr machen.

Deiningers war auch stets ein überzeugter Streiter für die Belange seiner CSU – er scheute aber auch hier

Oberbürgermeister Rudolf Schlichtinger und Landrat Leonhard Deiningers bei einem Festakt in Regensburg 1982.

» *Kaum ein Regierungspräsident vor und nach ihm war so sehr mit der Oberpfalz verbunden wie Ernst Emmerig.*

keine Auseinandersetzung. Sein Parteifreund Bruno Merk, mit dem ihn eine lange Bekanntschaft verband, musste dies (auch) im Rahmen der Gebietsreform erfahren.

Der hoch betagte Bruno Merk ließ kurz vor seinem Tod in Zusammenhang mit dieser Publikation ausrichten, dass er Leonhard Deininger stets als „aufrechten Kämpfer für die Belange der Oberpfalz“ geschätzt hat. Nachdrücklich war in Deiningers Charakter angelegt, „die Sachen“ zusammen zu halten. Dies galt für das eigene und ihm anvertraute Geld in besonderer Weise – seine Sparsamkeit hatte Tendenzen zum Geiz.

Aus dieser Denkweise heraus wollte er auch „die Sachen“ seines Landkreises zusammenhalten. Dessen Besitzstand sollte auf jeden Fall bewahrt, besser aber noch ausgebaut werden. All dies wurde nach Deiningers Empfinden von der Stadt Regensburg torpediert. Er hatte deswegen eine tief sitzende Abneigung gegenüber den Expansionsplänen seiner Geburtsstadt. Niemals konnte er die Begehrlichkeiten des so genannten Schlienz-Planes vergessen, der die Eingemeindung von 29 Landkreisgemeinden vorgesehen hatte. Dieser Plan hatte auf Deininger wohl schockartig gewirkt – er sah sich persönlich in seinem Grundverständnis angegriffen.

Wenn diese Annahme stimmt, so wird auch die Unerbittlichkeit mancher seiner Attacken in Wort und Tat begreifbarer.

All dies könnte auch bedacht werden, wenn man Deiningers Neujahrsbotschaft zum Jahr 1973 weiter liest: *„In einem neuen Anlauf strebt die Stadt, auf eine ihren Vorstellungen entsprechende Lösung des Stadt-Umland-Problems abzielend, hartnäckig die Einbeziehung nahezu aller wirtschaftsstarke Stadtrandgemeinden in ihren Bereich an. Man hat es im Regensburger Rathaus wieder einmal*

auf die Eingemeindung der Gemeinden Barbing, Harting, Burgweinting, Oberisling, Pentling, Lappersdorf, Kareth und Tegernheim abgesehen. Die Stadt stellt ihren Eingemeindungswünschen eine Begründung zur Seite, die einmal mehr durch ein hohes Maß an Verständnislosigkeit für die Probleme des Landkreises und der ihm zugehörigen Gemeinden gekennzeichnet ist, zum anderen aber auch jede Einsicht in die Aufgaben vermissen lässt.

In der Stadt ist man leichthin geneigt, zu übersehen, dass der Landkreis alleine schon durch die Zahl seiner Einwohner als gleichberechtigter Partner legitimiert und als solcher zu respektieren ist. Schließlich ist es der Landkreis, der den eigentlichen Entwicklungsbereich des Raumes Regensburg darstellt.“¹

Professor Ernst Emmerig hatte als Regierungspräsident die Gebietsreform für den gesamten Landstrich Oberpfalz zu organisieren und im Auge zu behalten. Hier war in erster Linie der beamtete Jurist gefragt. Neben seiner fachlichen Autorität konnte Ernst Emmerig nach allgemeinem Bekunden aus der damaligen Zeit sein persönliches Ansehen zusätzlich in die Verhandlungen und Auseinandersetzungen einbringen. Kaum ein Regierungspräsident vor und nach ihm war so sehr mit der Oberpfalz verbunden wie Ernst Emmerig. Nicht nur die Dauer seiner Amtszeit (seit 1962 bis letztlich 1981), seine unbestrittenen, juristischen Fähigkeiten und das genaue Wissen um behördeninterne Wege verlieh Emmerig eine herausragende Sonderstellung.

Überdies galt der groß gewachsene, hagere Intellektuelle auch als einer der intimsten Kenner der Region Oberpfalz. Seine fundierten Veröffentlichungen über historische Zusammenhänge und das daraus auch re-

Im Foyer der Regierung der Oberpfalz: Ministerpräsident Alfons Goppel (in der Mitte), Regierungspräsident Ernst Emmerig (rechts daneben). Im Hintergrund: Regensburgs Oberbürgermeister Rudolf Schlichtinger.





Mitglieder des Verwaltungs-
gerichtshofes bei einer
Ortsbegehung in Barbing.

sultierende Charakterbild der Oberpfälzer Bevölkerung zählen zur regionalen Standardliteratur.

So ist auch Emmerigs Aufsatz zum 25-jährigen Jubiläum der Gebietsreform, veröffentlicht in den Bayerischen Verwaltungsblättern, mit besonderem Interesse zu beachten.

Neben seinem letztlich positiven Resümee macht Emmerig auch auf negative Folgen der Gebietsreform aufmerksam. So schreibt er von der Zerstörung mancher historischer Zusammenhänge:

„Der Landkreis Kötzing z. B. wollte zunächst unbedingt bei Niederbayern bleiben und kam wegen seiner engen wirtschaftlichen Verflechtung mit

dem Raum Cham doch zu diesem Landkreis und damit in die Oberpfalz. Auch Gemeinden, die von alters her eine tiefe Abneigung gegeneinander hatten, wurden doch zusammengeschlossen.

Ein zweites Erschwernis als Folge der Gebietsreform ist, dass die Auflösung so vieler Gemeindeverwaltungen und der Wegfall von zwölf Landratsämtern einen Rückzug der Verwaltung aus der Fläche und für den Bürger eine größere Entfernung zum Amt und damit eine geringere Bürgernähe nach sich zog. Freilich sind viele Einwohner inzwischen beweglicher geworden. (...) Die gravierendste aktuelle Negativfolge der Ge-

» Das war ein bitterer Kahlschlag unter den Trägern von Ehrenämtern, die in politischer Verantwortung standen.

bietsreform im Sinn lebendiger Demokratie war wohl, dass mit einem Schlag 707 Bürgermeister und ca. 6.000 Gemeinde- und Kreisräte ihr Amt verloren. Das war ein bitterer Kahlschlag unter den Trägern von Ehrenämtern, die in politischer Verantwortung standen. Man muss bedenken, welche gesellschaftliche Integrationskraft ein Bürgermeister, ein Gemeinderat, ein Kreisrat für seine Bürger besitzt, wie es ihm gelingen kann, diese zur Mitarbeit an öffentlichen Aufgaben zu gewinnen, und welches Gewicht sein Wort oft in sozialen, beruflichen oder menschlichen Fragen hat. Dafür muss man heute noch den damaligen Bürgermeistern und Gemeinderäten nachdrücklich und aufrichtig danken. Das alles wurde in großem Umfang beseitigt.“²

Weiter merkt Emmerig kritisch an, dass ganz konkret wohl die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zum eigenen Einsatz im Wegebau, in der Straßenunterhaltung, der Friedhofspflege oder auch nur im Schneeräumen zurückgegangen sei. Jetzt rufe man doch schneller nach dem Personal der Gemeinde oder des Landratsamtes.

Sein trotz dieser Beobachtungen positives Gesamturteil leitet Ernst Emmerig damit ein, dass der Übergang von den rein ehrenamtlichen zu den überwiegend hauptamtlichen Verwaltungen zwar höhere Kosten mit sich brachte, dass es seitdem aber eine ordentliche, eigenständige Verwaltung für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger gebe:

„Ein boshafte Wort sagt: Die hauptamtlichen Bürgermeister machen im Gegensatz zu manchen früheren Bürgermeistern die Dienstpost wenigstens auf und beachten sie auch manchmal.

Die entscheidende und zentrale Folge der Gebietsreform aber ist, dass die Finanz- und Ver-



waltungskraft und damit die Leistungsfähigkeit der Kommunen schwerpunktmäßig verbessert wurde und gestiegen ist. (...)

Bedenkt man abschließend das Ganze, so wird man sagen können, dass die negativen Folgen der kommunalen Gebietsreform inzwischen großteils überwunden sind und dass diese Reform in der Oberpfalz leistungsfähige Gebietskörperschaften geschaffen und damit die Selbstverwaltung, das Grundelement unserer Demokratie, gefestigt und gerade den ländlichen Raum gestärkt hat.“²

Quellen:

(1) Mittelbayerische Zeitung vom 31.12.1972

(2) Aufsatz Emmerig „25 Jahre Gebietsreform“

Das kleine Dorf Harting zwischen Burgweinting und Neutraubling in den 1970er Jahren.

Interview mit Landrat a. D. Rupert Schmid

Erinnerungen an Begebenheiten hinter den Kulissen

Das Interview von Autor Reiner Vogel mit Rupert Schmid fand am 22. Oktober 2012 in seinem Wohnhaus in Nittendorf statt.

Bevor die bayerische Gebietsreform überhaupt Erfolg versprechend angegangen werden konnte, mussten wohl einige Vorbedingungen erfüllt sein.

Gesetzlich neu geregelt wurde in diesem Zusammenhang die Inkompatibilität. Vereinfacht gesagt durfte ein amtierender Landrat nicht zugleich auch Landtagsabgeordneter sein.

Stimmt die These, dass erst durch diesen Schritt einem vehementen Widerstand der „kommunalen Szene“ im Parlament praktisch die Spitze genommen wurde?

R. SCHMID: Hier ist zunächst ein größerer Zusammenhang zu sehen. Mit der Inkompatibilität wurde ein grundgesetzlicher Auftrag, die Gewaltenteilung, vollzogen. Also die Trennung von Gesetzgebung, ausführender Gewalt und Justiz. Inkompatibilität ist also die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat.

Es ist ja interessant, und kaum mehr bekannt, dass lediglich die Bundesländer Bayern und Bremen diesen Auftrag noch nicht vollständig erfüllt hatten. Es ging hier also zunächst um eine Grundforderung der Demokratie.

Dem konnten sich natürlich auch die Kommunalpolitiker im Parlament nicht entziehen.

Und die ließen sich das einfach gefallen? Schließlich ging es doch um die Vertretung ihrer kommunalen Interessen im Parlament. Und nicht zu vergessen: Es ging ja durchaus auch um persönliche Pfründe.

R. SCHMID: Hier wurden natürlich politische Kompromisse gemacht. Was kaum jemand weiß in diesem Zusammenhang und was somit öffentlich auch nicht besonders diskutiert wurde:

Die Neuregelung der Inkompatibilität trat erst mit Ablauf der Legislaturperiode am 1. Juli 1972 in Kraft. Das heißt, man hatte von Mitte der sechziger Jahre bis zum Wirksamwerden genügend Zeit, um sich umzustellen. Das ging ja nicht von heute auf morgen. Das laufende Mandat sollte schon noch ausgeübt werden können. Außerdem: Viele Abgeordnete – wie der von mir äußerst geschätzte Herr Deininger – bekamen ein Amt als Senator. (schmunzelnd) So durfte er auch weiterhin mit dem Zug umsonst nach München fahren. Einige andere CSU-Mandatsträger kamen auch in das Kabinett.

Wollte der einflussreiche Deininger das nicht?

R. SCHMID: Das weiß ich nicht, glaube ich aber nicht. Deininger wollte lieber erster Mann in Regensburg sein – was ich vollkommen verstehe. Mir ist es – trotz eines Angebotes von Ministerpräsident Strauß – später nicht anders gegangen.

Ich habe damals zu Strauß gesagt: Das muss ich mir gar nicht überlegen – ich bleibe in Regensburg. Ich meine, dass Leonhard Deininger ebenfalls so gedacht hat. (lächelt)

Rupert Schmid

wurde am 11. Juni 1935 in Regensburg geboren.

Er studierte Jura in Berlin, München und Speyer. Zuerst war er in Regensburg als Anwalt tätig, trat dann jedoch 1963 in den Staatsdienst ein. Hier arbeitete er am Landratsamt Riedenburg und später am Landratsamt Regensburg. 1968 wurde er Vertreter des Landrats im Amt. Im Mai 1978 wurde er als Nachfolger von Leonhard Deininger zum Landrat von Regensburg gewählt. Dieses Amt hatte er bis 2002 inne. Während der 24 Jahre, in denen Schmid Landrat des Landkreises Regensburg war, setzte der Landkreis Regensburg die begonnene Aufwärtsentwicklung nachhaltig fort.

Rupert Schmid legte einen besonderen Schwerpunkt auf die Steigerung des Arbeitsplatzangebotes, die Förderung einer gesunden Umwelt und solide Finanzen.

Zusätzlich zu seinem Amt als Regensburger Landrat war Schmid unter anderem Vorsitzender des Zweckverbandes Müllverwertung in Schwandorf, Chef des regionalen Planungsverbands, Vorsitzender des Zweckverbandes Musikakademie Alteglofsheim und Präsident des Oberpfälzer Bezirkstages.



Es gibt ja durchaus bedauernde Persönlichkeiten, die als vorher geachtete Landräte später im Kabinett kaum Fuß gefasst haben. Um es vorsichtig zu sagen. Dazu gibt es auch Beispiele aus der Oberpfalz – menschlich betrachtet ist das für diese Leute nicht einfach gewesen.

» *Der Landkreis durfte auch nicht zu groß werden. Natürlich sollte er auch nicht kleiner werden.*

1972 waren dann also die kommunalen Wahlbeamten nicht mehr im Parlament. Waren damit die „Haupthindernisse“ beseitigt?

Landrat Schmid auf dem Weg zu einer Veranstaltung in der Stadthalle Neutraubling.

175

R. SCHMID: Wir sollten hier noch bei den eingangs angedeuteten Voraussetzungen bleiben. Die Reform ist ja nicht vom Himmel gefallen. Bereits in den 1950er Jahren erkannte man ja die Notwendigkeit einer Verwaltungsvereinfachung. Hoegner, Ehard, Goppel diskutierten und stritten bereits über diese Dinge. Es wurde dann immer wieder sehr intensiv nach einer Patentlösung gesucht.

(Schmid nimmt die Kopie einer Landtagssitzung vom 11. Mai 1966 zur Hand. Es geht dabei um das „Gesetz über die Rechtstellung der in eine Volksvertretung oder eine Vertretungskörperschaft gewählten Angehörigen des öffentlichen Dienstes“. Nach diesem Protokoll sagte der CSU-Abgeordnete und spätere Innenminister Karl Hillermeier:)

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass man ohne Übertreibung sagen kann, dass der Gegenstand, der uns heute beschäftigt und hoffentlich letztmalig beschäftigt, tatsächlich eine große Bedeutung für die Zukunft unserer bayerischen parlamentarischen Demokratie und der Struktur dieses Parlaments hat. (...) Ich glaube, das Parlament darf für sich in Anspruch nehmen, dass es sich wahrlich die Vorarbeit für diese heutige Beschlussfassung nicht leicht gemacht hat, sondern dass es mit sehr viel Ernst, die der Materie gebührt, sich dieser Frage angenommen hat. (...)

Wir haben um dieses Gesetz ehrlich gerungen; wir haben vor allem darum gerungen, was überhaupt der Ausgangspunkt dieser Regelung ist. Wir sind zunächst vom Prinzip der Gewaltenteilung ausgegangen. Wir müssen vom Prinzip der Gewaltenteilung

» *Die Zeit war einfach reif für eine Verwaltungsreform.*

176

ausgehen, meine Damen und Herren, und wir müssen das Grundprinzip der Gewaltenteilung bestehen lassen. (Schmid legt das Protokoll wieder zur Seite)

Die Zeit war einfach reif für eine Verwaltungsreform. Das war also der Wille. Man darf nicht vergessen, dass auch die Ansprüche der Bürger zugenommen hatten. Und der Boden war ja auch schon bereitet durch die Förderung von kommunaler Zusammenarbeit auf verschiedenen Gebieten. Zweckverbände sind entstanden – größere Aufgaben wurden also von mehreren Kommunen miteinander getragen.

Und noch eines darf man auch nicht vergessen: Da hat es ja auch schon vorweg genommene Reformen gegeben – Schulzusammenlegungen etwa. Da hat man auch schon Probleme wahrgenommen. Der Lehrer war nicht mehr im Dorf. Dies hatte ja Folgen. Der Lehrer, der jeden kannte und den wiederum auch jeder kannte. Das waren ja wichtige Menschen für das gegenseitige Miteinander, Kulturträger, wenn Sie so wollen. Da sind schon Verluste spürbar geworden. Der Lehrer, der nach dem Unterricht in seinen Wohnort ganz woanders hinfährt – das ist schon ein Unterschied zum Lehrer, der in der Gemeinde lebt, der etwa in Vereinen ist.

Überhaupt sollten wir auf die Vereine noch zu sprechen kommen.

Gerne. Doch zunächst vielleicht noch zum Anfang der Reform im Landkreis Regensburg. Wie erfolgte denn die interne Abstimmung über das Vorgehen?

R. SCHMID: Da waren hier in Regensburg in erster Linie dabei: Leonhard Deininger, der zuständige CSU-Abgeordnete Adolf Beck und ich.

Beck war für München wichtig, ich war damals als Vertreter des Landrats in staatlichen Angelegenheiten durch Überlegungen und die Durchführung sozusagen mit eingebunden.

Deininger führte das Wort, seine Verbindungen innerhalb der CSU-Fraktion im Landtag waren hervorragend – Deininger war sehr geachtet unter seinen Kollegen. Sein Wort hatte schon großes Gewicht.

Als sich abzeichnete – und Deininger war ja wie gesagt sehr früh eingeweiht – dass die neuen Landkreise eine Richtgröße von etwa 80.000 Einwohnern haben sollten, war uns klar, dass wir mit unseren 100.000 Einwohnern im Bestand nicht gefährdet sein konnten. Hier gab es schon deutliche Unterschiede zu kleinen Landkreisen wie Riedenburg oder Beilngries. Das war also ein Fakt.

Daher kommt auch Deiningers Motto: Wir wollen nichts, wir geben aber auch nichts. Also – was den Landkreis als Gebilde betraf, so gab es hier keine größeren Bedenken. Aber eines war uns auch klar – und das ist wichtig: Deiningers „Wir wollen auch nichts“ hatte den Hintergrund, dass eine Landkreisteilung möglich war. Hätten wir zum Beispiel große Teile des Landkreises Burglengenfeld bekommen oder den Markt Bad Abbach, so wäre der Landkreis zu groß geworden. Die Folge: Eine Trennung in einen Landkreis Süd und Nord.

Erinnern Sie sich noch an die Bezirksämter Regensburg und Stadtamhof – die früheren Vorgängerlandkreise? Hier lagen die Bedenken. Wir wollten nicht zu groß werden. Dies haben wir schon früh erkannt.

Entsprechend galt es auch zu handeln. Und dann war ja auch noch die besondere Stadt/Umland-Problematik bei uns. Die Stadt wollte sich im Speckgürtel drumherum ausbreiten. Hier war ja Deininger besonders auf der Hut.



Aber wichtig: Der Landkreis Regensburg durfte auch nicht zu groß werden. Natürlich sollte er auch nicht kleiner werden.

Wenn es um die Anfänge geht, so ist immer wieder von einem „Bischofshof-Gespräch“ die Rede. Was hat es denn mit dieser kleinen Runde in dem Regensburger Traditionslokal auf sich?

R. SCHMID: Dass das fast ein konspiratives Treffen war (lächelt etwas) sehen Sie schon daran, dass nur wenige Teilnehmer dabei waren. Das war der Minister Merk, einer seiner Referenten, Vertreter der Bezirksregierung, Deininger und ich. Merk hat seine Vorstellungen anhand einer mitgebrachten Landkarte

der Oberpfalz erläutert. Um diese Landkarte drehte sich dann alles.

Man hat immer wieder drin herumgeschmiert. Grenzen wurden gezogen und wieder verändert. Denn es war ja so: Wenn man eine Linie in diese Richtung zog, dann veränderte sich auf der anderen Seite etwas. Das war wie ein Mosaik.

Jeder vertrat seinen Standpunkt. Im Wesentlichen ging es natürlich schon darum, dass die Stadt nicht zu viel an sich ziehen sollte, andererseits, dass die Gemeinden im Landkreis möglichst unter sich selber zu brauchbaren Lösungen kommen sollten.

Das war ja dann später meine Hauptaufgabe bei der Gemeindegebietsreform.

Vorgänger und Nachfolger:
die Landräte Rupert Schmid
und Leonhard Deininger.

Drei „prägende“ Politiker im Landkreis Regensburg: Bundesminister a. D. Hermann Höcherl und die Landräte Rupert Schmid und Leonhard Deiniger im Landratsbüro Regensburg. Rechts daneben der langjährige Chamer Landrat Ernst Girmindl.



Ja, wie stellt man sich das vor? Wie lief sozusagen die Organisation? Es ist ja immer wieder aus der damaligen Kommunalpolitik zu hören: Bei der Landkreisreform waren wir eigentlich wenig bis gar nicht beteiligt. Das haben die Herren Deiniger und Schmid geregelt.

R. SCHMID: Tatsächlich wurden die großen Grenzen durch die vorweg genommene Landkreisreform gezogen. Das war ja auch durch das Innenmi-

nisterium so gewollt. Hier waren sozusagen bereits Pflöcke eingeschlagen. Zum internen Vorgehen: Ich hatte ein gutes, nein, ein ausgezeichnetes Verhältnis zum Landrat Deiniger. Er konnte übrigens im kleinen Kreis äußerst charmant sein, sehr empfindsam – im Unterschied zum Bild in der Öffentlichkeit. Er war ein fordernder, aber guter Chef. Aber das nur am Rande. Deiniger war von Dienstag bis Donnerstag in München – Abgeordneter, Senator später. Ich war damals viel in den Gemeinden. Hier galt es, Überzeugungsarbeit zu leisten. Da waren ja auch Emotionen dabei – was wird unsere Gemeinde noch für ein Gewicht in einer neuen Großgemeinde haben? Das war manchmal nicht einfach.

Auch deshalb, weil bestehende Strukturen angegriffen wurden?

R. SCHMID: Es ging ja doch nicht zuletzt um engagierte Gemeindepolitiker. Ich habe tatsächlich auch viel Traurigkeit erlebt – wirkliche Traurigkeit. Das örtliche Engagement war ja für diese Leute auch ein wichtiger Lebensinhalt. Auch soziales Ansehen war damit verbunden. Und: Die Gemeinschaft wurde gefördert. Da komme ich auf das Thema Vereine zurück. Ich habe die später als Landrat immer gefördert. Feuerwehren, Sportvereine – auch andere Vereine bis hin zu den Obst- und Gartenbauvereinen meinerseits. Schauen Sie sich hier in meinem Heimatbereich (Schmid wohnt in Nittendorf) die Blaskapelle Undorf zum Beispiel an. Die jungen Leute sind bei der Sache, spielen mehrere Instrumente, die Ausbilder sind oder waren ehemalige Angehörige des Bundeswehrmusikcorps in Regensburg – so etwas gehört gefördert. Das ist örtliche Gemeinschaft – und das war auch in durch die Reform veränderten Gemeinden möglich.

Das gehört ja alles zusammen. Die Gebietsreform war ja nicht nur eine technische Aufgabe. Das war viel mehr.

Den späteren CSU-Landrat gefragt: Die Gebietsreform der 1970er Jahre wurde ja im Wesentlichen von den dominierenden Christsozialen durchgeführt. Befragte SPD-Zeitzeugen aus dem Raum Regensburg bestätigen zwar, dass die Ergebnisse weitgehend parteiübergreifend zustande kamen. Wurde aber nicht trotzdem „gemauschelt“?

R. SCHMID: Nein, ich meine das auch in der Rückschau nicht. Natürlich werden die CSU-Granden untereinander überlegt haben. Hier war ja auch die Frage, wie man mit den „roten Teilen“ aus dem Schwandorfer Bereich umgehen könnte. Aber: Was dies betrifft komme ich wieder darauf zurück, was ich schon gesagt habe:

Der Landkreis Regensburg durfte nicht zu groß werden. Eine Landkreisteilung als Folge wollte niemand. Nein, das war nicht Parteiüberlegung. Es war ja auch gar nicht nötig, weil der bestehende Landkreis mit seinen 100.000 Menschen ja ansonsten nicht gefährdet war.

Bei der Stadt Regensburg könnte man es vielleicht etwas anders sehen. Schlichtinger war SPD-Oberbürgermeister, die Stadt traditionell eher „rot“ – Deininger ein vehementer CSU-Vertreter.

An die Stadt musste man ja abgeben. Das war klar. Dann hat der Stadtdirektor Schlienz mit seinem Radikalplan der Eingemeindung von fast dreißig Landkreisgemeinden seinem Oberbürgermeister einen Bärendienst erwiesen. Das konnte dem Schlichtinger auch nicht recht sein – Schlienz hat die Verhandlungsposition der Stadt damals sehr geschwächt, weil Dei-

ninger laut dagegen wettern konnte. Letztlich hat Deininger aber den Osthafen verloren – das war für ihn das größte Unglück. Das meine ich ganz wörtlich. Aber nein: Parteipolitik sehe ich hier nicht als beherrschend an. Und der Osthafen war ganz im Gegenteil ein Verlust für den CSU-Mann Deininger – ausgesprochen von dem Verwaltungsgerichtshof München. Womit wir wieder bei der Gewaltenteilung sind.

Glauben Sie, Herr Schmid, dass eine Gebietsreform wie damals heute noch möglich wäre und: Ist eine weitere Gebietsreform vielleicht notwendig?

R. SCHMID: Ich möchte hier die verschiedenen Ebenen trennen. Reform im Bund – eindeutig ja. Die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen gehören weg. Eine Zusammenlegung mit dem jeweiligen Umland ist überfällig. Zweitens dann die Reform der Bezirke – das heißt, ihrer Aufgaben.

Stellen Sie sich vor: 97 Prozent der Bezirksausgaben, der Sozialbereich also, liegen fest – sie stehen also nicht zur Disposition. Das muss neu organisiert werden.

Der Freistaat Bayern, die Kommunen, Zweckverbände müssten hier in die direkte Verantwortung.

Drittens dann: Es wird langfristig größere Landkreise und kreisfreie Städte geben – ich sage noch einmal: Nicht morgen, sondern längerfristig. Hier ist ja auch eine parlamentarische Entscheidung nötig.

Schließlich: Finger weg von einer Gemeindegebietsreform. Die Gemeinden sind gut ausgestattet und damit arbeitsfähig. Vor allen Dingen aber: Über die Gemeinden ist der unmittelbare Bezug zum Bürger garantiert.

Anekdoten über Leonhard Deininger

Zusammen mit dem CSU-Kreisrat Joseph Karl aus Nittendorf fuhr der Autor dieser Zeilen am 10. November 1995, dem 85. Geburtstag Leonhard Deiningers, zum Haus des Jubilars, um zu gratulieren.

Von Reiner Vogel

» *Junge Herren,
die keine
Ahnung von
den Realitäten
haben,
verursachten
ihm ... ein
gelindes Grauen.*

Die Stimmung vor dem einfachen Betonbau in der Weinbergstraße von Tegernheim mit dem Charme der 1960er Jahre war spätherbstlich trist, drinnen lief die Heizung auf Sparflamme.

Die Besucher wurden gegen 11.00 Uhr im Wohnzimmer empfangen. Auf dem Tisch vor einem Gemälde des einstigen Regensburger Gesellschaftsmalers Max Wissner stand eine angebrochene Flasche Sekt. Wer auch immer diese Flasche gekauft hatte, er hatte es in einem Supermarkt getan.

Natürlich wollte der alte Mann „kein Aufhebens“, dennoch freute er sich über die Aufwartung. Deininger wusste natürlich, dass die Aufmerksamkeit durchaus nachlassen kann, wenn eine Person kein wichtiges Amt mehr innehat. Trotzdem waren vorher schon Besucher da gewesen, andere würden noch folgen.

Da Deininger auch im hohen Alter nicht zu unverbindlichen Floskeln neigte, entspann sich bald ein munteres Gespräch. Die Kommentare des Jubilars zu politischen Sachverhalten waren dabei immer noch eindeutig. Wie auch bei anderen Treffen beklagte er vor allen Dingen eine „gewisse Weinerlichkeit, wo entschlossenes Handeln“ gefragt wäre. „Das mag ich nicht, das habe ich nie gemocht.“ Dabei beachtete der kämpferische CSU-Mann keine Parteigrenzen: „Junge Herren, die keine Ahnung von den Realitäten haben“, verursachten ihm in jeder Gruppierung ein gelindes Grauen.

Nach einer minutenlang andauernden Aufwallung wurde sich der Jubilar dann wohl doch seines 85. Geburtstages bewusst und er stand von seinem Stuhl auf. „Meine Herren, dann wollen wir einmal anstoßen.“ Etwas unsicher wegen der schlechten Augen

nahm er die Sektflasche, die nur noch etwa zu einem Drittel voll war. Er goss daraus fingerbreit in die Gläser der Besucher und in sein eigenes. Nach dem Nippen am Glas meinte er schließlich: „Meine Herren, die Flasche darf leer werden.“ Keiner der Beteiligten fasste nach. Wahrscheinlich reichte der Rest noch für weitere Besucher – etwa eine Abordnung des Gemeinderates von Tegernheim inklusive Freiwilliger Feuerwehr.

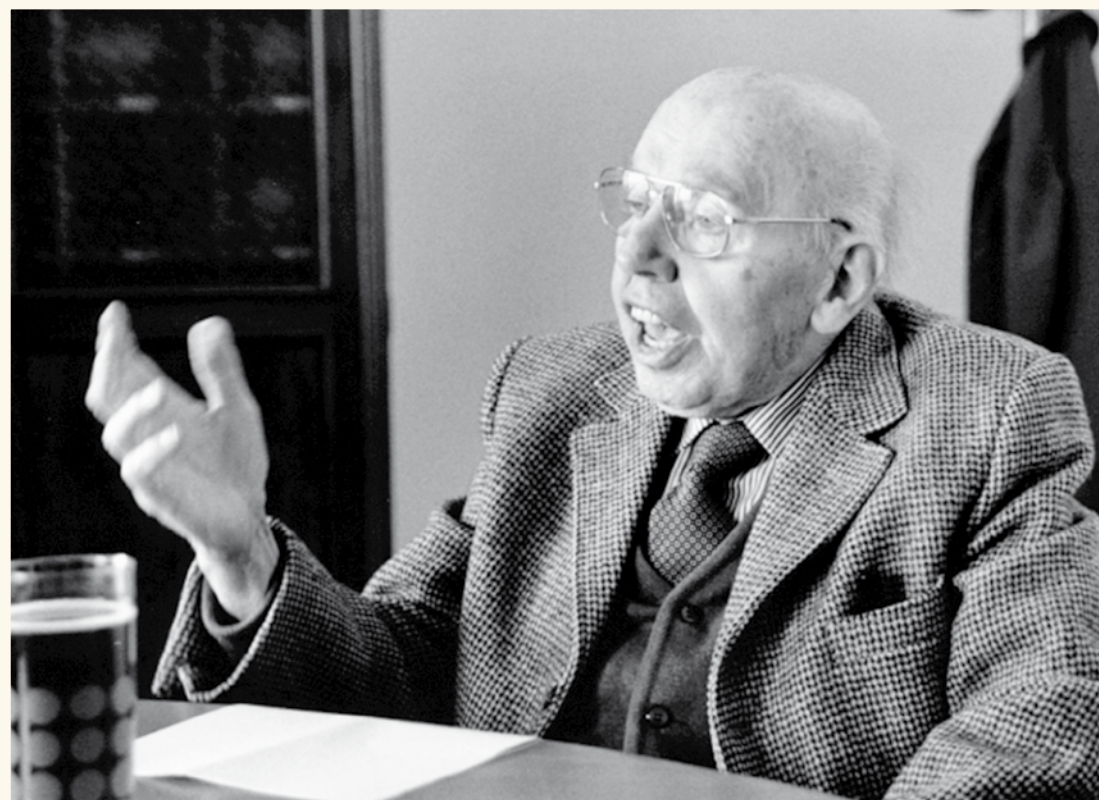
Anekdoten wie diese gibt es über Leonhard Deininger viele. Drei Merkmale werden immer mit dem körperlich kleinen Mann in Verbindung bleiben: Sein Mut, seine rhetorische Begabung und seine legendäre Sparsamkeit.

Einer der langjährigsten und intimsten Kenner von Leonhard Deininger ist der „Zeitzeuge“ Hans Zelner. Er lernte den von ihm überaus geschätzten Landrat bereits als junger Mann von 25 Jahren kennen. Die beiden blieben sich Jahrzehnte lang eng verbunden – Zelner dabei als Kreisbrandrat, Bürgermeister von Regenstauf, Kreisrat und stellvertretender Landrat. Schmunzelnd berichtet Hans Zelner gerne von Eigenarten des „sparsamen“ Leonhard Deininger. So ging es zum Beispiel um den Neubau des Landratsamtes. Die Beleuchtung in den Gängen war nach Zelnern Erinnerung durchaus im normalen Maßstab geplant. Deininger war das allerdings zu hell, „eine Strom- und Geldverschwendung“. Ab sofort wurde jede zweite Neonlampe abgeschaltet – dies soll auch heute noch so sein.

Die Amtspost musste zu Deiningers Zeiten von den Kommunen im Gemeindefach beim Landratsamt abgeholt werden. Als dies ein Kreisrat bemängelte und die normale Zustellung verlangte, sagte Deininger mit erhobenem Zeigefinger: „Herr Kreisrat, wenn Sie das wollen und es wird so beschlossen, dann wird die

» *Drei Merkmale werden immer mit dem körperlich kleinen Mann in Verbindung bleiben: Sein Mut, seine rhetorische Begabung und seine legendäre Sparsamkeit.*

Kreisumlage um einige Punkte erhöht und die Gemeinden müssen das bezahlen." Damit, so Zelzner, war der Antrag vorerst beendet. Überhaupt die Post und die Abneigung von Deininger, für Briefmarken Geld auszugeben. Bei allen Veranstaltungen, die Hans Zelzner als Kreisbrandrat zusammen mit Deininger besuchte, hat der Landrat die Post mitgenommen für die einzelnen Orte, die auf der Fahrtstrecke lagen. Auf dem Vordersitz des Dienstautos sortierte Deininger dann diese Briefe, Zelzner bekam sie in die Hand und musste vom Rücksitz aus aussteigen und die Briefe einwerfen. Zelzner erinnert sich: „In den fünf Jahren als Kreisbrandinspektor habe ich jeden Briefkasten bei den einzelnen Gemeindeverwaltungen kennen gelernt.“ Und wenn dann irgendwann zu späterer Stunde doch die Frage kam: „Herr Kreisbrandrat, haben Sie schon zu Abend gegessen?“, breitete Deininger doch sein Füllhorn aus. Er reichte Zelzner eine Semmel, nach kurzer Zeit eine zweite Semmel. Zelzner darauf: „Herr Landrat, nur zwei Semmeln, keine Wurst?“ Deininger darauf: „Herr Kreisbrandinspektor, zwei Brote müssen auch reichen.“ Damit, so Hans Zelzner, war das Abendessen abgeschlossen.



Wie funktioniert das Landratsamt?

Erinnerungen und Einblicke eines langjährigen Mitarbeiters

Von Siegfried Schulz

Bei der Verwaltung des Landkreises Regensburg, die nicht zuletzt wegen der weithin bekannten Sparsamkeit des Landrats Leonhard Deininger personell knapp besetzt war, waren Anwärter als Aushilfskräfte sehr willkommen. So hatte ich Gelegenheit, mich 1969 beim

Umzug des Landratsamtes von der Andreasstrae in Stadthof in die Altmühlstraße zu bewähren – und zwar in erster Linie beim Aktentransport.

Ich erwähne dies deshalb, weil diese „besondere Berufserfahrung“ wahrscheinlich mit ein Grund war, dass ich bei der Abwicklung der Gebietsreform unmittelbar dabei war. Unter Abwicklung verstehe ich all dies, was zu tun war, um alle erweiterten Aufgaben zu erledigen – es waren ja viele Gebiete neu hinzugekommen.

Das heißt, dass beispielsweise das An-, Ab- oder Ummelden von Fahrzeugen für die Neueingliederungsgebiete nun im Landratsamt Regensburg erledigt werden musste. Das galt auch für Baugenehmigungen. Die waren zum Teil noch in den alten Landratsämtern eingereicht worden – jetzt mussten sie in Regensburg weiterbearbeitet werden.

Auch viele Geldleistungen, wie z. B. die Sozialhilfe, mussten weitergehen.

Das alles bedeutete natürlich die Übernahme von Aktenbergen – beim Transport war ich ja bereits sehr kompetent! Eine elektronische Datenübernahme war seinerzeit noch kein Thema.

Neben diesen Sofort-Maßnahmen mussten auch das in den Landkreisen vorhandene Personal, die Finanzen, die Straßen und Kreiseinrichtungen sowie Schulen und Krankenhäuser integriert werden.

Ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie ich mit den seinerzeit maßgebenden Beamten der Kreisverwaltung die Landratsämter in Parsberg, Burglengenfeld, Mallersdorf und Rottenburg a. d. Laber besuchte. Dabei wurde nach Lösungen gesucht, wie die praxisnahe Ab-

wicklung erfolgen sollte. Mit Hilfe des Kreisbauhofes wurden die Aktenberge dann in den letzten Junitagen des Jahres 1972 nach Regensburg abtransportiert. Der größte stammte aus dem Landratsamt Parsberg – von hier aus erfolgte ja die größte Umgliederung.

Durch die vielen Veränderungen gab es im Landratsamt in den ersten Wochen und Monaten nach der Gebietsreform entsprechend viele Umstrukturierungen. Es mussten die verschiedenen Sachgebiete personellverstarkt werden. Auch musste das neu hinzu gekommene Personal erst einmal in das Landratsamt Regensburg integriert werden – und zwar in eine nach wie vor straff geführte Behörde. Für den einen oder anderen neu hinzu gekommenen Mitarbeiter dürfte dies schon ein kleiner Kulturschock gewesen sein.

Die wichtigen Veränderungen seit 1972

Seither sind nun 40 Jahre vergangen. Es hat sich in dieser Zeit vieles geändert – einiges ist aber eigentlich auch ziemlich gleich geblieben.

Zu den wesentlichen Änderungen fällt mir als erstes ein, dass leider viele Kolleginnen und Kollegen, mit denen ich die Erinnerung an die eingangs geschilderte Zeit verbinde, nicht mehr im Landratsamt sind, teilweise auch bereits verstorben sind.

Unabhängig davon hat sich die Belegschaft unseres Landratsamtes in den 40 Jahren seit der Gebietsreform massiv gewandelt – in Zahl und Struktur.

1972 waren wir ca. 145 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, heute sind es 430.

Waren früher hauptsächlich Verwaltungskräfte beschäftigt, kamen in der Zwischenzeit viele Fachleute aus anderen Berufsgruppen dazu:

Baufachleute, Spezialisten für Gartenbau und Landschaftspflege, für den Umwelt- und Naturschutz,

» In den letzten Junitagen des Jahres 1972 wurden die *Aktenberge nach Regensburg* abtransportiert.



183



Siegfried Schulz

Siegfried Schulz ist am 2. Juli 1950 in Schönhofen (Landkreis Regensburg) geboren und hier auch aufgewachsen.

Nach dem Realschulbesuch in Regensburg ist er seit 1966 im Landratsamt Regensburg beschäftigt, zunächst zur Ausbildung, dann als Sachbearbeiter.

Nach entsprechender weiterer Aus- und Fortbildung wurde er seit Mitte der 80er Jahre im Landratsamt Regensburg mit Führungsaufgaben betraut. Seit dem Jahr 1987 ist er Leiter der Hauptverwaltung, einer zentralen Einheit der Behörde. Dabei ist er verantwortlich für Personal, Organisation und für die Geschäftsstelle für die Beschlussgremien Kreistag und Kreisausschuss.

1994 wurde ihm zusätzlich die Leitung der Abteilung mit der Bezeichnung L1 (Zentraler Service, Steuerung und Finanzen) übertragen. Es handelt sich dabei um die Landkreisverwaltung (im engeren Sinn) mit den Hauptaufgaben Personal, EDV, Organisation und Kreisfinanzen.

Außerdem ist Siegfried Schulz seit einigen Jahren auch noch für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und Tourismus zuständig.

Als am 1. Juli 1972 die Landkreisgebietsreform in Bayern in Kraft getreten ist, war Siegfried Schulz seit einem halben Jahr als Inspektor in der Landkreisverwaltung eingesetzt. Durch seine vorangegangene Zeit als „Anwärter“ kannte er sich bereits ganz gut aus.

Sozialpädagogen, Human- und Tiermediziner, Hygienekontrolleure – auch Betriebswirte, Geografen und natürlich EDV-Spezialisten.

Die zuletzt genannte Berufsgruppe bringt mich auf einen Gedanken: Würde heute ein Sachbearbeiter, der 1972 bei uns im Landratsamt Autos zugelassen hat, auf seinen alten Arbeitsplatz zurückkehren – er würde sich dort nicht mehr zurechtfinden; er könnte also das „Zulassungsgeschäft“ nicht mehr abwickeln.

Der heutige umfassende EDV-Einsatz und viele Neuerungen bei den Vorschriften zu ASU, Saisonkennzeichen, Wunschkennzeichen und so weiter – sie sind ein markantes Beispiel für die Veränderungen im Landratsamt. Dazu haben sich auch die Dimensionen verschoben. Zur Zeit der Gebietsreform waren bei uns 37.000 Autos zugelassen. Heute sind es über 165.000.



*» Zur Zeit der Gebietsreform waren bei uns **37.000 Autos** zugelassen. Heute sind es über **165.000**.*

Auch die Jugendhilfe ist ein drastisches Beispiel der Veränderungen der letzten 40 Jahre. Es hat natürlich auch 1972 bereits ein Kreisjugendamt gegeben, das seinerzeit mit insgesamt 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt war. Heute sind im Kreisjugendamt ca. 75 Personen – darunter 39 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter – beschäftigt.

» Ich habe dabei unterschiedliche Menschen mit verschiedenen Führungsstilen kennen- und jeweils auch schätzen gelernt.

Auch das Ausländeramt etwa ist von Aufgaben und Fallzahlen her nicht mehr mit den 1970er Jahren zu vergleichen.

Einige wenige Aufgaben aus der Zeit um die Gebietsreform gibt es heute im Landratsamt Regensburg nicht mehr. Beispielsweise hatte um 1972 die Kriegsopferfürsorge noch erhebliche Bedeutung und entsprechend auch eine größere Zahl an Mitarbeitern;

heute gibt es diese Aufgabe nur noch auf dem Papier. Die Ausgleichsverwaltung, d. h. die Betreuung und Entschädigung Heimatvertriebener und nach Wegfall des Eisernen Vorhangs von Spätaussiedlern hatte im Landratsamt Regensburg eine große Bedeutung. Die Landratsämter sind hier bereits seit längerem nicht mehr zuständig.

Dafür sind im Laufe der Jahre viele neue Aufgaben, wie die kostenfreie Schülerbeförderung, die Ausbildungsförderung, die Betreuungsstelle und die Servicestelle für Senioren oder die Komplexe Umweltschutz und Abfallwirtschaft, ÖPNV und so manches andere hinzugekommen. Außerdem hat der Landkreis die von ihm bereit zu stellenden Einrichtungen (z. B. auf dem Schulsektor, Kreisstraßen, usw.), enorm ausgebaut.

Durch Zusammenlegung sind außerdem auch die früher selbständigen Dienststellen Gesundheitsamt und Veterinäramt Abteilungen im Landratsamt – beide mit großer Bedeutung für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Servicezentrum Landratsamt

Wie sich das Landratsamt überhaupt immer mehr von der Behörde zum Servicezentrum entwickelt hat.

Dazu ist das Landratsamt heute komplett vernetzt. Jeder Arbeitsplatz ist mit einem PC ausgestattet und ein virtuelles Rechenzentrum mit zwei physikalischen Servern ist in Betrieb. Die EDV-Abteilung des Landratsamtes betreibt einen eigenen Webserver sowie gemeinsam mit den Gemeinden ein kommunales Behördennetz und ist auch für die ca. 800 PCs und ca. 40 Server an den Schulen des Landkreises verantwortlich. Das Landratsamt bzw. der Landkreis haben sich also in 40 Jahren den Entwicklungen jeweils angepasst. Mit der Behörde Landratsamt wird den Bürgerinnen und Bürgern eine kompetente, dienstleistungsorientierte Servicestelle angeboten, die Hilfe und Beratung bietet, die Entwicklung unserer Region steuert bzw. fördert und die für die Schaffung, Verwaltung und Unterhaltung der Einrichtungen des Landkreises verantwortlich ist.

Abschließend noch ein kurzer Gedanke zu den drei Landräten, die während der letzten 40 Jahre für den Landkreis Regensburg verantwortlich waren und die ich als Chefs hatte.

Mit Leonhard Deininger hatte ich unmittelbar wenig Kontakt, während ich mit Landrat Rupert Schmid und unserem jetzigen Chef, Landrat Herbert Mirbeth, durchaus enger zusammenarbeiten durfte.

Ich habe dabei unterschiedliche Menschen mit verschiedenen Führungsstilen kennen- und jeweils auch schätzen gelernt.

Meine Arbeit im Landratsamt hat mir während der 40 Jahre zwar nicht immer Spaß gemacht (das wäre auch zu viel verlangt) doch oftmals Freude und auch Erfüllung bereitet.



Zwei Landrat-Generationen: 187
Rupert Schmid und sein Vorgänger
Leonhard Deininger.

Der Landkreis Regensburg seit 1972

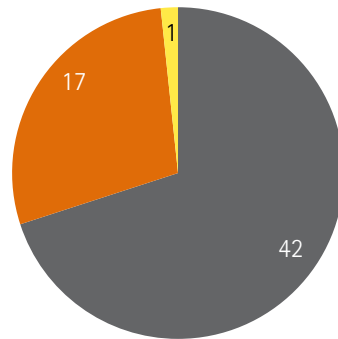
Zum Landrat des neu gebildeten Landkreises Regensburg wurde 1972 Leonhard Deininger bei einem Gegenkandidaten mit 67,68 Prozent der gültigen Stimmen gewählt. Der 61-jährige CSU-Politiker hatte die Geschicke des Altlandkreises schon seit 1948 geführt. In der ersten Phase des Großlandkreises stellte die

Koordination der Gemeindegebietsreform die politische und verwaltungstechnische Hauptaufgabe dar. Bei der Umsetzung kam dem Landratsamt eine entscheidende Mittlerrolle zu. Es musste für Aufklärung vor Ort sorgen aber auch die Zusammenschlüsse und Eingemeindungen organisieren.

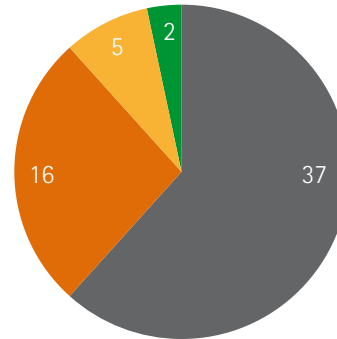
Kreistag Parteien
1972 – 2008



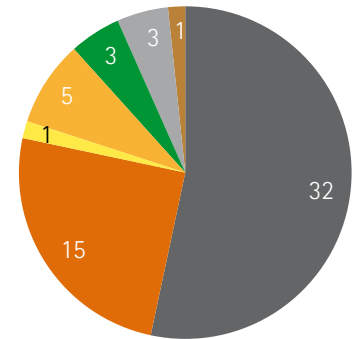
1978



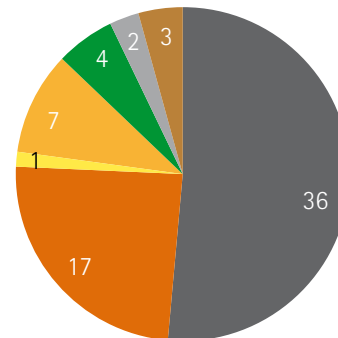
1984



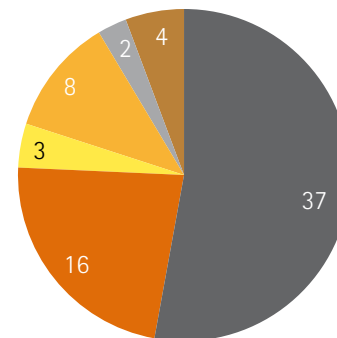
1990



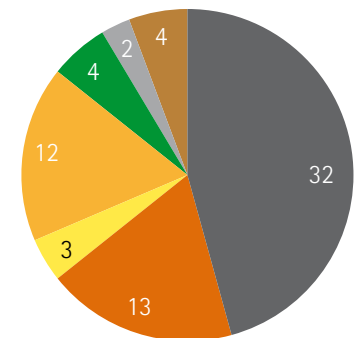
1996



2002



2008



Der Landkreis hatte im Westen neben Hemau, Beratzhausen und Laaber auch eine Reihe von Kleingemeinden übernommen, aus dem Norden war die Gegend um Kallmünz neu hinzugekommen und im Süden hatte sich der Raum Schierling zu einer Angliederung an den Landkreis Regensburg entschlossen. Die Integration dieser Gebiete war Deiningers Hauptaufgabe in seinen letzten sechs Amtsjahren.

Als Leonhard Deininger 1978 nach 30 Jahren an der Spitze des Landkreises Regensburg aus Altersgründen nicht mehr zur Wahl antreten konnte, stellte die CSU Regierungsdirektor Rupert Schmid als Kandidaten auf. Schmid hatte als juristischer Beamter im Landratsamt die Gemeindegebietsreform entscheidend mit umgesetzt und war auch dadurch der Bevölkerung bestens bekannt. Die Landratswahl 1978 gewann Schmid bei einem Gegenkandidaten mit 70,07 Prozent der Wählerstimmen. Bei der Kommunalwahl 1984 wurde Landrat Schmid bei drei Gegenkandidaten mit 72,72 Prozent wiedergewählt. 1990 konnte Schmid 71,34 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Gegen Schmid trat 1990 nur ein Landratskandidat an. In diesem Jahr stieg die Anzahl der im Kreistag vertretenen Parteien von vier auf sieben an. Neu hinzugekommen waren die Grünen, die Republikaner und die ÖDP.

Bei der Wahl 1996 erweiterte sich das Gremium, da die Einwohnerzahl des Landkreises Regensburg inzwischen die 150.000-Einwohner-Grenze überschritten hatte. Bei der Landratswahl 1996 kam Schmid auf ein Ergebnis von 66,52 Prozent. Es waren vier Kandidaten angetreten.

Rupert Schmid legte in seiner insgesamt 24-jährigen Amtszeit den Schwerpunkt auf den öffentlichen Per-



sonennahverkehr (gemeinsam mit der Stadt Regensburg) sowie Umweltschutzmaßnahmen, insbesondere die Problematik der Müllentsorgung. Durch eine sparsame Haushaltspolitik konnten die Kreisumlagen der Gemeinden niedrig gehalten werden. Rupert Schmid trat aus Altersgründen zur Wahl 2002 nicht mehr an. Bei dieser Wahl wurde der CSU-Landtagsabgeordnete Herbert Mirbeth bei drei Gegenkandidaten mit 60,15 Prozent zum Landrat gewählt. Der neue Landrat war von 1990 bis 1994 auch Bürgermeister seiner Heimatstadt Hemau gewesen. Landrat Mirbeth wurde im März 2008 bei inzwischen sechs Kandidaten mit 50,73 Prozent der Wählerstimmen in seinem Amt bestätigt.

Wesentliche Schwerpunkte seiner Arbeit waren und sind der Auf- und Ausbau der Bereiche Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und Tourismus. Mirbeth war es besonders wichtig, das Profil des attraktiven ländlichen Raumes im Gegensatz zum anonymen Verdichtungsraum besonders herauszustellen und zu stärken. Gleichzeitig wurde die Jugendarbeit im Landkreis unter seiner Regie stark ausgebaut. Mit der Gründung des Vereins für Jugendarbeit wurde auch den Gemeinden ermöglicht, professionelle Jugendarbeit anzubieten. Auf 1.000 Jugendliche unter 21 Jahren kommen 1,2 Mitarbeiter des Jugendamts

Die drei Regensburger Landräte seit der Gebietsreform: Leonhard Deininger, Rupert Schmid, Herbert Mirbeth (von links).

Bauzeit	Straßenbaumaßnahme	Betrag
1973 - 1979	R 16 Kollersried - Friesenmühle - St 2394 mit Brücken	3,7 Mio. DM
1979	R 31 Brücke über die DB Regensburg - Nürnberg (Etterzhausen)	1,5 Mio. DM
1980	R 7 Brücke über die Wiesent und Flutgraben	1,1 Mio. DM
1981	R 10 DB Überführungsbauwerk bei Hagelstadt mit straßenbaulichen Angleichungsmaßnahmen	2,2 Mio. DM
1981 - 1983	R 1 DB Überführungsbauwerk bei Eggmühl mit straßenbaulichen Angleichungsmaßnahmen	1,5 Mio. DM
1982	R 32 Brücke über die Naab in Pielenhofen	2 Mio. DM
1984 - 1985	R 9 DB Überführungsbauwerk Taimering mit straßenbaulichen Angleichungsmaßnahmen	2,3 Mio. DM
1985 - 1986	R 18 Ortsumgehung Lappersdorf	2,4 Mio. DM
1985	R 35 Unterlaichling - Oberlaichling	1,5 Mio. DM
1988 - 1989	Falkensteiner Radweg	1,5 Mio. DM
1991 - 1993	Westumgehung Wiesent	4,8 Mio. DM
1994 - 1996	R 41 Ortsdurchfahrt Brennbere	3,8 Mio. DM
1996 - 1997	R 6 Ortsdurchfahrt Wenzelbach	2,8 Mio. DM
1998 - 1999	R 14 Überführungsbauwerk bei Nittendorf mit straßenbaulichen Angleichungsmaßnahmen	3,6 Mio. DM
2004 - 2005	R 15 Ortsdurchfahrt Kareth	1,3 Mio. €
2006 - 2007	R 14 Brücke Undorf	1,0 Mio. €
2009 - 2011	R 45 Südumgehung Schierling	12,5 Mio. €

Die größten Straßenbau- maßnahmen der letzten 40 Jahre.

im Landkreis. Auf der anderen Seite hat der Landkreis mit der Einrichtung einer Seniorenservicestelle ein Beratungsangebot geschaffen, das in Bayern einzigartig ist. Natürlich wurde in den letzten elf Jahren unter Landrat Mirbeth auch die Infrastruktur stark ausgebaut, vor allem im Bereich der Schulen. Mit der Errichtung einer weiteren Realschule in Obertraubling und des Gymnasiums in Lappersdorf sowie dem Ausbau der Ganztagsbetreuung wurden wichtige Projekte umgesetzt.

Außerdem wurde das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs für den Landkreis ausgeweitet und eine Vielzahl von Straßenbaumaßnahmen umgesetzt. Schwerpunkte waren dabei in den letzten Jahren der Bau der Südumgehung von Schierling (Kreisstraße R 45) und die Vorbereitung der neuen so genannten Südspange (Kreisstraße R 30), für die der Planfeststellungsbeschluss vorliegt. Dank der vorausschauenden Politik und der damit verbundenen Vielzahl von Maßnahmen und Projekten konnte sich der Landkreis zu einer wirtschaftlich prosperierenden, zukunftsorientierten Region weiterentwickeln.

Bauzeit	Hochbaumaßnahme	Betrag
1972 - 1974	Neubau der Realschule Regenstauf	12,13 Mio. DM
1972 - 2012	Kreisklinik Wörth an der Donau: Umbau-, Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen	36,12 Mio. €
1974 - 2007	Gymnasium Neutraubling: Neubau, Vollausbau und Erweiterungsmaßnahmen	21,7 Mio. €
1975-2002	Förderschule Regenstauf: Neubau, Umbau und Erweiterungsmaßnahmen	3,79 Mio. €
1981-1991	Kreiskrankenhaus Regenstauf: Sanierung und Umbaumaßnahmen	6,34 Mio. DM
1986-1987	Errichtung einer Kfz-Zulassungsstelle mit Parkdeck	6,45 Mio. DM
1986-1989	Schloss Wörth an der Donau: Generalsanierung (öffentlicher Teil)	7,04 Mio. DM
1998-2000	Neubau der Realschule Neutraubling	20,38 Mio. DM
1998-2000	Neubau Alten- und Pflegeheim Sünching	11,54 Mio. DM
2001-2002	Förderschule Neutraubling: Neubau und Umbau	9,1 Mio. €
2002-2004	Berufliches Schulzentrum Regensburger Land: Erweiterung, Umbau, Generalsanierung	7,06 Mio. €
2005	Umbau der ehemaligen Landwirtschaftsschule (Außenstelle Albertus-Magnus-Gymnasium)	1,44 Mio. €
2006 - 2007	Schaffung von Räumen für die Förderschule Hemau	2,46 Mio. €
2007-2008	Neubau der Realschule Obertraubling	10,48 Mio. €
2011-2012	Neubau des Gymnasiums Lappersdorf	19,05 Mio. €

191

» Mit der Errichtung einer weiteren Realschule in Obertraubling und des Gymnasiums in Lappersdorf sowie dem Ausbau der Ganztagsbetreuung wurden wichtige Projekte umgesetzt.

Die wichtigsten Hochbau-Investitionen des Landkreises der letzten 40 Jahre.

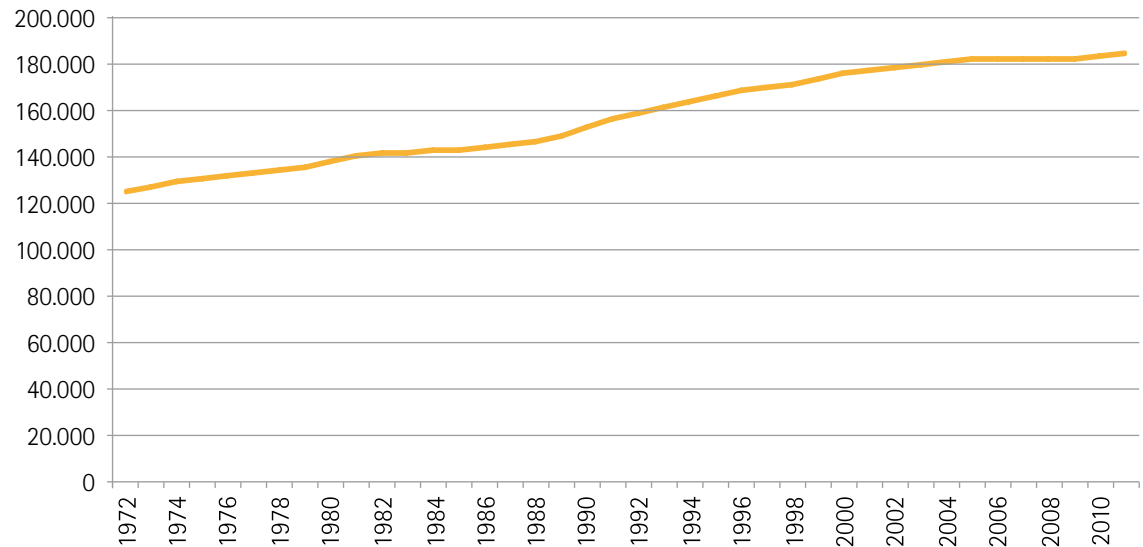
Bevölkerungsentwicklung

Der Landkreis Regensburg weist neben der Stadt Regensburg als einziger Landkreis in der Oberpfalz einen kontinuierlichen Bevölkerungszuwachs auf. Am 30.6.1972 wohnten im Altlandkreis insgesamt 103.022 Einwohner, im erweiterten Landkreis dann 127.864 Einwohner. 1978 betrug die Zahl bereits 134.810 Menschen. Auch in den folgenden Jahrzehnten war ein positiver Bevölkerungssaldo zu verzeichnen. Mittlerweile hat sich die Bevölkerungszahl im Landkreis auf 185.260 erhöht. Immer mehr Menschen ziehen in die wirtschaftlich prosperierende Region um Regensburg. Die Ausweisung von Siedlungsflächen für bauwillige Familien lockt auch jüngere Menschen aus der Stadt Regensburg in den Landkreis. Zwischen 2005 und

2010 sind jährlich durchschnittlich 2.500 Personen von der Stadt in den Landkreis gezogen, 2.300 gingen den umgekehrten Weg. Die Zahl der Bauanträge stieg in den letzten Jahren leicht an. 2012 wurden im Landkreis 2.250 Bauanträge gestellt. Vor allem bei Ein- und Zweifamilienhäusern ist ein Anstieg festzustellen.

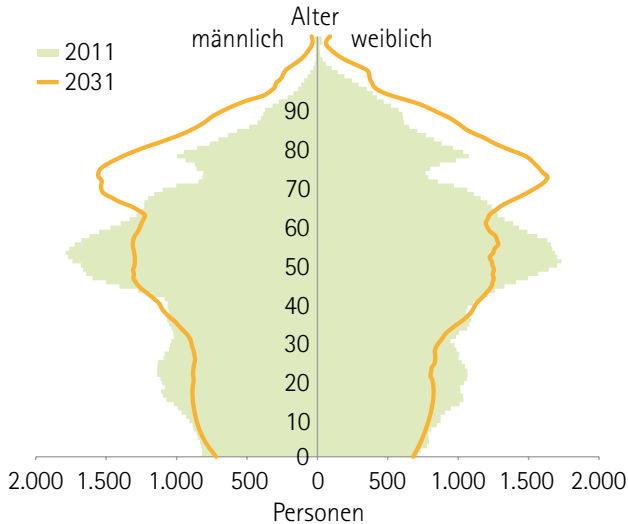
Für die kommenden Jahrzehnte werden dem Landkreis Regensburg weitere Einwohnerzuwächse vorhergesagt. Bis 2031 wird laut dem Statistischen Landesamt ein Anstieg auf knapp 190.000 Personen prognostiziert. Der Landkreis Regensburg ist der ein-

Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Regensburg seit 1972



Quelle: Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Bevölkerungsskizze im Jahr 2011 bzw. 2031

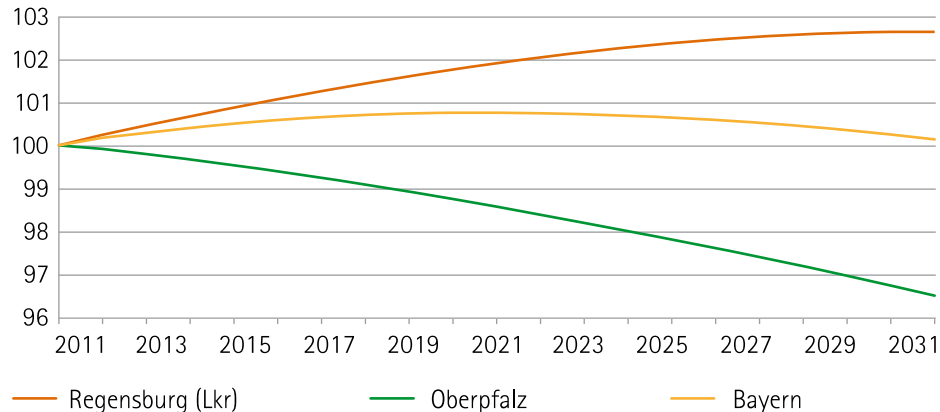


» *Der Landkreis Regensburg weist neben der Stadt Regensburg als einziger Landkreis in der Oberpfalz einen kontinuierlichen Bevölkerungszuwachs auf.*

193

zige Oberpfälzer Landkreis, der auch in Zukunft weiter wachsen wird, allerdings nicht durch einen Geburtenzuwachs, sondern durch Zuzüge in unsere Region. Die demographische Entwicklung macht aber auch vor dem Regensburger Land nicht halt. Während der Anteil der Jugendlichen und der unter 30-Jährigen an der Bevölkerung seit 1987 sinkt, steigt die Anzahl der Senioren über 65 kontinuierlich an. Das Durchschnittsalter wird bis ins Jahr 2031 von derzeit 42 auf rund 47 Jahre ansteigen.

Entwicklung der Bevölkerung im Vergleich zu Regierungsbezirk und Bayern 2011 = 100



Wirtschaft

In den letzten Jahrzehnten vollzog sich auch im Landkreis ein tief greifender Wandel. Mit der Rationalisierung mussten viele Bauern ihre Betriebe aufgeben. Arbeiteten 1978 noch 15 Prozent der Beschäftigten des Landkreises in der Landwirtschaft, sind es heute nur noch ein Prozent. Die jüngere Generation wollte in vielen Fällen die Agrarbetriebe nicht übernehmen und gab Arbeitsstellen im Dienstleistungsbereich den Vorzug. Die Folge war Abwanderung aus den kleineren Gemeinden. Aber auch mit der Flächenbewirtschaftung hatten die Landwirte Schwierigkeiten, weil die einzelnen Grundstücke häufig klein und nicht zusammenhängend waren. Seit den 1960er Jahren versuchte die Flurbereinigung durch leichter nutzbare Acker- und Wiesenflächen, hier Abhilfe zu schaffen.

Abfüllanlage bei Krones.



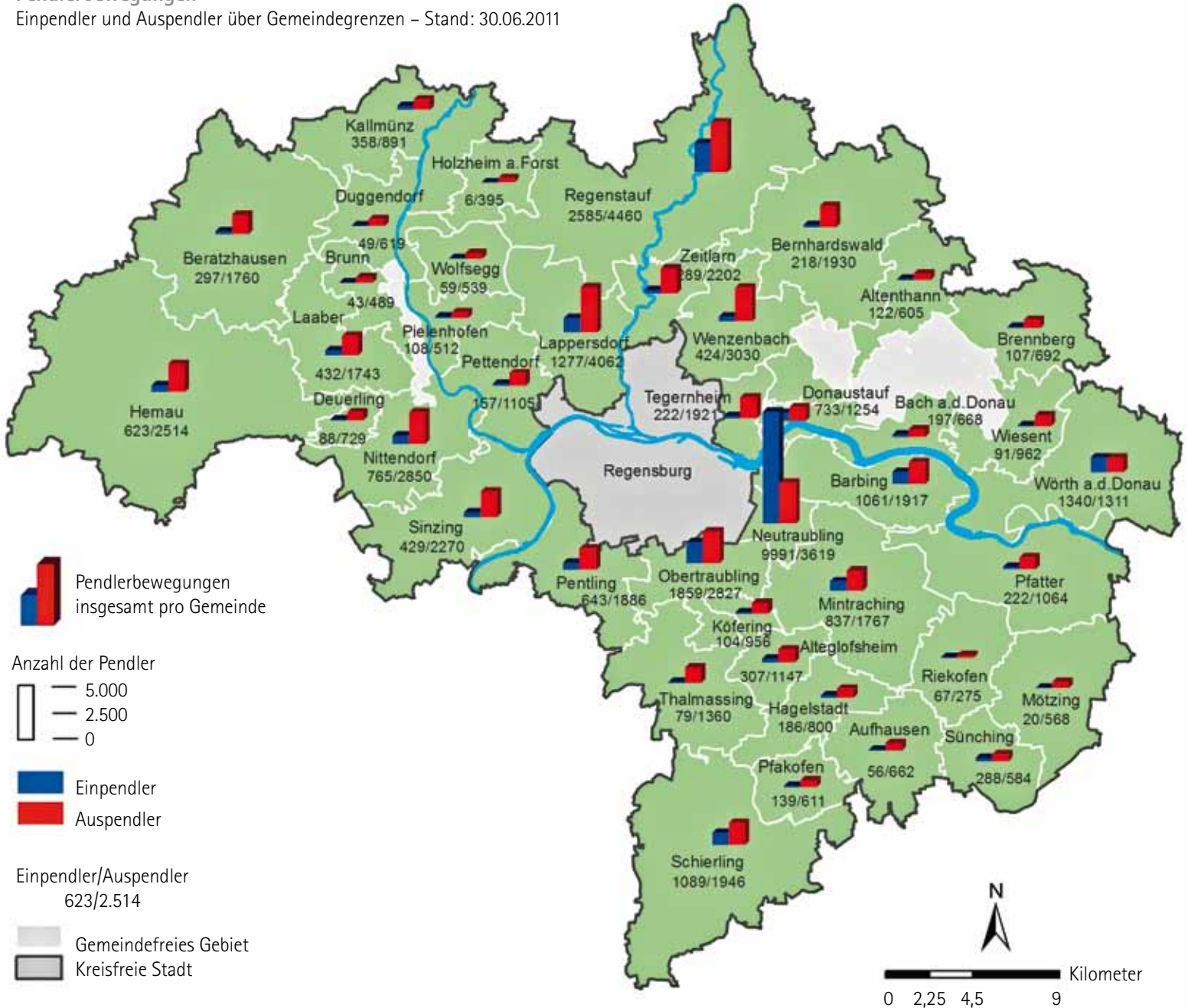
Landwirtschaft in den 70er Jahren.

Bis in die 1970er Jahre existierten im Landkreis nur vereinzelt Industriegemeinden, deren herausragende zweifellos die 1986 zur Stadt erhobene Gemeinde Neutraubling ist. Der von dem geborenen Oberpfälzer Hermann Kronseder gegründete Getränkeabfüllanlagen-Hersteller KRONES erlangte weltweite Bedeutung. Viele in Neutraubling heimisch gewordene Vertriebene, die bereits in ihrer Herkunftsregion in Industrieunternehmen arbeiteten, nutzten die Möglichkeit, ihre Kenntnisse vor Ort anzuwenden und gründeten zum Teil weltweit beachtete Firmen. Andere Vertriebene fanden im Handwerk oder in der Industrie Beschäftigung.

1978 gab es im Landkreis 74 Industrieunternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten, die vor allem im Eisen- und Metallgewerbe tätig waren. Daneben waren im Landkreis 1.330 Handwerksbetriebe mit circa 8.100 Erwerbstätigen eingetragen. 850 Einzelhandelsbetriebe boten für etwa 1.800 Personen Arbeit, dazu traten noch 130 Großhandelsbetriebe. Im Laufe der weiteren Entwicklung profitierte der Landkreis von neuen

Pendlerbewegungen

Einpendler und Auspendler über Gemeindegrenzen – Stand: 30.06.2011

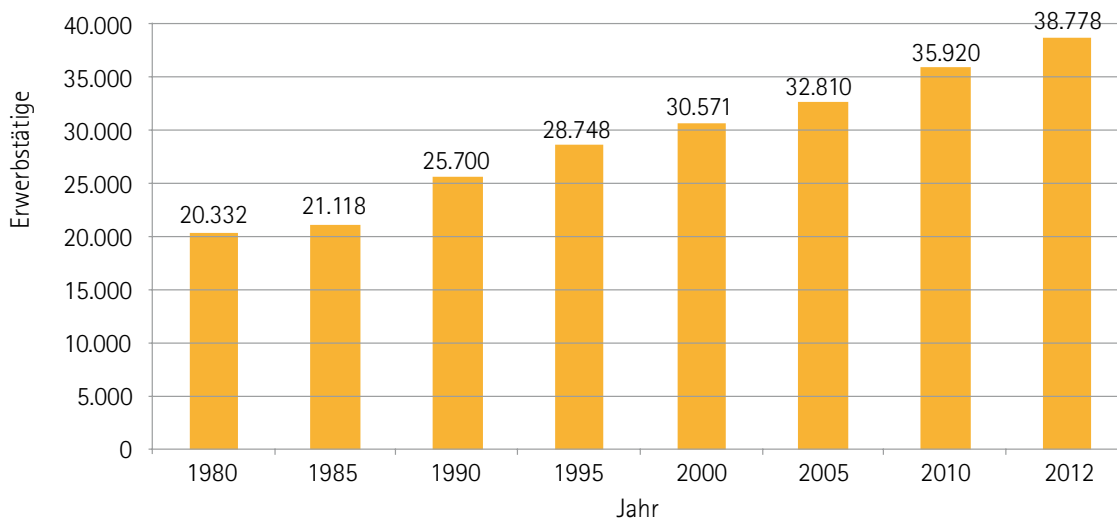


Ministerpräsident Horst Seehofer
besuchte 2012 einen Regenstauer Betrieb.

Der Kaufpark in Neutraubling.



Sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige im Landkreis Regensburg am Arbeitsort 2012



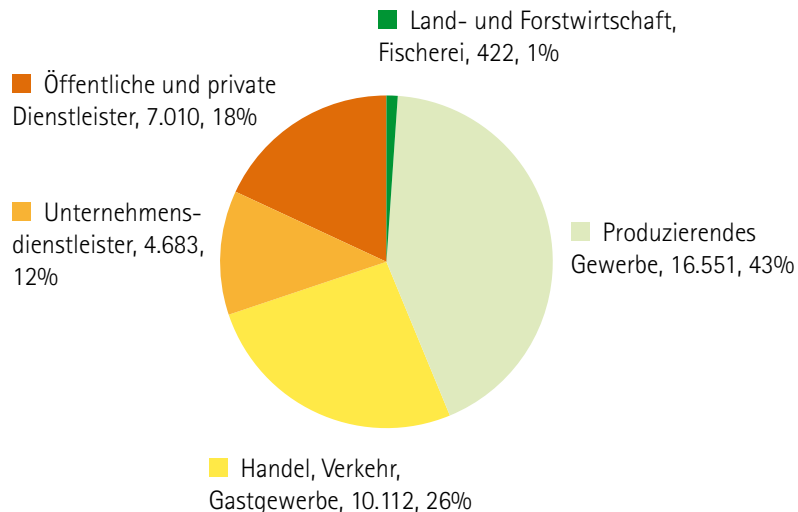
Arbeitsplätzen in der Stadt Regensburg sowohl in der Elektronik- und Technologiebranche als auch durch die Ansiedlung von BMW in Harting in der Automobilindustrie. Im Landkreis selbst siedelten sich vor allem im Raum Neutraubling-Obertraubling und Regenstauf neue Firmen an.

38.778 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer wohnten und arbeiteten 2012 im Landkreis Regensburg. Davon arbeiteten allein circa 12.000 in der Stadt Neutraubling und fast 4.000 in Regenstauf. 36.295 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer aus dem Landkreis pendelten 2012 täglich in die Stadt Regensburg zur Arbeit.

Viele Gemeinden wie Schierling und Hemau haben große Gewerbeflächen ausgewiesen und konnten damit Unternehmen anziehen. Der Landkreis Regensburg konnte 2012 1.502 Gewerbebeanmeldungen verzeichnen. Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen lag 2011 im Landkreis Regensburg bei 3.522 Millionen Euro (pro Kopf bei 19.112 Euro). Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen 2011 der Stadt Regensburg lag 2011 bei 10.243 Millionen Euro (pro Kopf bei 75.434 Euro). Quelle: <http://www.ihk-regensburg.de/ihk-r/au-toupload/officefiles/Bruttoinlandsprodukt.pdf>

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer am Arbeitsort

im Landkreis Regensburg nach Wirtschaftsbereichen, insgesamt: 38.778 (Stand: 30.06.2012)



Mobilität

Mobilität ist ein wichtiger Standortfaktor, auch für den Landkreis. Die Belastung des Straßennetzes ist in den letzten vier Jahrzehnten beträchtlich gewachsen. 1978 waren noch 45.875 Pkw, 1.800 Lkw und 1.612 Krafträder zugelassen, zum 31.12.2012 waren im Landkreis 112.210 Pkw, 5.285 Lkw, 168 Busse, 11.333 Zugmaschinen, 15.763 Krafträder und 21.059 Anhänger zugelassen. Zwei Autobahnen durchziehen den Landkreis Regensburg, beide wurden bereits in den 1960er Jahren teilweise gebaut. Die Bundesautobahn A 3 Nürnberg – Regensburg – Passau endete von Westen

Landrat Herbert Mirbeth
besichtigt den Ausbau
einer Kreisstraße vor Ort.



kommend zunächst bei der Anschlussstelle Rosenhof. Ab hier wurde der Verkehr über die Bundesstraße 8 Richtung Straubing geführt. Seit der abschnittswisen Vollendung des Teilstückes Rosenhof – Deggendorf in den 1980er Jahren ist die A 3 durchgehend befahrbar.

Die Nord-Süd-Autobahn A 93 war zunächst als Ersatz für die Bundesstraße B 15 geplant und sollte von Schwandorf aus Regensburg im Westen umfahren und anschließend nach Landshut und weiter nach Rosenheim führen. Parallel war eine Strecke vom Dreieck Holledau nach Regensburg geplant. Dieser gab die Autobahnbaudirektion schließlich den Vorzug und so kann die A 93 mit der Eröffnung des letzten Teilstückes bei Regenstauf 1982 auf der gesamten Trasse durch den Landkreis genutzt werden. Als wichtige Straßenbauprojekte für die Zukunft stehen der Neubau des Lappersdorfer Kreisels mit der Sallerner Regenbrücke, die Sanierung des Pfaffensteiner Tunnels und der sechsspurige Ausbau der A3 zwischen dem Autobahnkreuz Regensburg und Rosenhof an.

Die Planungen einer Schnellstraße von Regensburg nach Landshut wurden aber nicht aufgegeben. Seitdem abschnittsweise Baurecht geschaffen wurde, errichtet die Bayerische Straßenbauverwaltung im Auftrag des Bundes seit 2006 die autobahnähnliche Bundesstraße B 15 neu zwischen Saalhaupt und Landshut und weiter Richtung Rosenheim. Das durch den Landkreis Regensburg führende Teilstück wurde im Juli 2011 vom Autobahndreieck mit der A 93 bei Saalhaupt bis Schierling und im November bereits bis Neufahrn in Niederbayern eröffnet.

Das Gebiet des Landkreises erschließen neben den Autobahnen drei Bundesstraßen (B 8, B 15 und B 16). Sie



Prominenz bei der Einweihung der B15 neu.

Mit dem RW bequem durch den Landkreis.

199



Wichtige Verkehrsader: Die Sinzinger Autobahnbrücke.





Landrat Herbert Mirbeth berät sich mit Fachleuten über den Ausbau des Kreisstraßennetzes.

konnten in den letzten Jahren umfangreich ausgebaut werden. Insbesondere der Bau von Umgehungsstraßen um Hemau oder Barbing hat den Verkehr in den Ortszentren verringert. Die B 16 Richtung Cham wird in den kommenden Jahren abschnittsweise dreistreifig ausgebaut. Neben den 15 Staatsstraßen, die den Landkreis durchziehen, bestehen noch 340 Kilometer Kreisstraßen. Sie wurden in den letzten 40 Jahren mit großem finanziellen Aufwand ausgebaut. Der Landkreis investierte in den letzten vierzig Jahren rund 95 Mio. Euro in den Erhalt und Ausbau seines Kreisstraßennetzes.

Als wichtige Neubaumaßnahme wurde im Juli 2011 die Kreisstraße R 45 freigegeben, eine Querspange zwischen der B 15 neu und der B 15 südlich von Schierling. Der Landkreis plant die R 30 als Südspange zwischen der A 93 im Westen und der B 15 bei Köfering im Osten. Auch die Verlängerung nach Nordosten ist als Ostumfahrung Niedertraubling in Vorbereitung. Die Straßenverkehrssituation im Landkreis kann inzwischen als gut bezeichnet werden. Allerdings fehlt noch immer die schon in den 70er Jahren geforderte Nahverkehrsbrücke bei Sinzing über die Donau nach Prüfening sowie eine Querung bei Kneiting.

Der Öffentliche Personennahverkehr bietet im Landkreis mit 49 Regionalbuslinien ein leistungsfähiges Verkehrsnetz an. Rund 250 Busse sorgen heute unter dem Dach des 1983 gegründeten Regensburger Verkehrsverbundes (RVV) für gute Verbindungen im Landkreis. 2011 legten die Busse im Landkreis über sieben Millionen Wagenkilometer zurück. Bereits 1991 wurde auch die Nutzung der Bahn im Verbundgebiet mit RVV-Tickets ermöglicht. So entstand ein großer Verbundraum, der seitdem den kompletten Landkreis mit Bussen und Bahn erschließt und auch der Verkehrsentlastung dient. Der Verbund von Regionalbus, Stadtbus und Bahn ist so attraktiv, dass neben den tausenden von Schülern auch zunehmend Berufstätige als Fahrgäste des RVV gewonnen werden. Mittlerweile gibt es im Verbundraum rund 10.000 Abonnenten, die durch die regelmäßige Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz leisten. Der Landkreis Regensburg legt Wert darauf, dass nicht nur die größeren Orte gut erschlossen sind; vielmehr gibt es auch in den meisten mittleren und sogar in vielen kleineren Orten eine gute, vertaktete Bus- oder Bahnanbindung. Von Regensburg als wichtigem Eisenbahnknotenpunkt aus durchqueren heute noch fünf Eisenbahn-



Die Agilis-Bahn stellt eine sinnvolle Ergänzung zu den Bussen dar.

strecken den Landkreis in Richtung Nürnberg, München, Passau, Ingolstadt und Richtung Schwandorf. Die drei erstgenannten Strecken waren Ende der 1960er Jahre bereits elektrifiziert. 1978 geschah dies auf der eingleisigen Strecke nach Ingolstadt. Lediglich die Trasse nach Hof wartet noch auf einen Ausbau. Von Würzburg Richtung Wien wird zweistündlich der IC/ICE angeboten. Seit der Regionalisierung des Eisenbahnwesens hat sich auf den genannten Bahnstrecken im Schienenpersonennahverkehr einiges getan. Im Nahverkehr wird das Angebot von der DB Regio, der Vogtlandbahn und seit Dezember 2010 auch von der agilis gefahren. Das bessere Angebot der agilis (neue Triebwägen und dichter Takt) wird von den Fahrgästen gut angenommen.

Für die Nebenbahnen bedeuteten die letzten 40 Jahre allerdings zumeist das Ende. Die unrentablen Bahnen wurden zunächst im Personenverkehr auf Busse umgestellt, anschließend im Güterverkehr sporadisch weiterbetrieben und in den 1980er Jahren aufgelöst. Allein die Nebenbahnlinie Eggmühl-Schierling-Langquaid ist für den Güterverkehr noch in Betrieb. Neben Güterzügen verkehrt auf dieser Strecke auch im Ausflugsverkehr eine nostalgische Bockerlbahn, die zu Markttagen in Schierling und Langquaid fährt. Auf den verwaisten Trassen konnte der Landkreis gut genutzte Radwege anlegen, die teils von Radbussen bedient werden.

Für den überregionalen und internationalen Gütertransport wichtig ist die den Landkreis durchziehende Wasserstraße der Donau, die seit den 1990er Jahren über den Rhein-Main-Donau-Kanal mit dem Rhein verbunden ist, so dass Anschluss an das europäische Wasserstraßennetz besteht. Die Donau leistet einen wichtigen Beitrag dazu, die Autobahn A 3 und die Bahnstrecke Nürnberg – Regensburg – Passau vom Güterverkehr zu entlasten.

Der Ausbau der Donau durch Staustufen hat das Bild des Stromes im Landkreis verändert. Zwar bedeutete für den Landkreis der Verlust des Osthafens an die Stadt Regensburg 1978 eine massive Verringerung seiner Einnahmen. Jedoch bedeutet die Nähe zum Bayernhafen Regensburg einen herausragenden Standortvorteil für das heimische Gewerbe. Der Bayernhafen Regensburg hatte im Jahr 2012 einen Gesamtumschlag von rund 7,6 Millionen Tonnen. Die Donau wurde in den vergangenen Jahren zunehmend zur Naherholung genutzt, z. B. gibt es an zahlreichen Stellen stark genutzte Bademöglichkeiten.

» *Als wichtigstes Straßenbauprojekt für die Zukunft steht unter anderem der sechspurige Ausbau der A6 zwischen dem Autobahnkreuz Regensburg und Rosenhof an.*



203

In und um Neutraubling haben sich zahlreiche Firmen angesiedelt, die von der guten Verkehrsanbindung profitieren.

Energie

Im Landkreis Regensburg werden heute pro Jahr rund 650.000 Megawattstunden (Daten aus 2011) Strom verbraucht (Vergleichswert von 2009: ca. 588.000 MWh/a). Der Wärmeverbrauch 2011 betrug 3.230.000 MWh.

Während in den 1970er und 1980er Jahren hauptsächlich mit Öl und teilweise auch noch mit Kohle geheizt wurde, gibt es heute viele neue Möglichkeiten zur Wärmeversorgung (Pellets, Hackschnitzel, Solarthermie, Biogas, Geothermie usw.). Der Anteil an erneuerbaren Energien hat auch im Landkreis in den letzten Jahren spürbar zugenommen. Im Jahr 2012 gab es unter anderem zehn Windkraftwerke (Leistung ca. 3.917 kW) und 14 Biogasanlagen – ohne Eich – (Leistung ca. 3.415 kW) im Landkreis.

Ziel von Landrat Herbert Mirbeth, der die Energiewende im Landkreis Regensburg entscheidend vorbereitet hat, ist es, einen möglichst großen Anteil des Energiebedarfs des Landkreises mit regenerativen Energien abzudecken. Dies bedeutet mehr Wertschöpfung für die Region und eine größere Unabhängigkeit von den Energiekonzernen. 2002 wurde in Hema der damals größte Solarpark der Welt eröffnet. Viele Bürger und öffentliche Institutionen nutzten seit 2004 die

staatlichen Förderungen zum Bau von Photovoltaikanlagen. Zwischen 2009 und 2011 wurde die Biogasanlage Kallmünz errichtet, die rund fünf Megawatt Bio-Erdgas pro Jahr ins Netz einspeist.

Alle 41 Gemeinden des Landkreises Regensburg und der Landkreis selbst sind Mitglied in der Ende 2011 gegründeten Genossenschaft für erneuerbare Energie – Kommunale Energie Regensburger Land eG (KERL eG). Diese hat sich zum Ziel gesetzt, die Planung und den Bau von Anlagen für erneuerbare Energien im Landkreis Regensburg zu steuern und zu koordinieren. Landrat Herbert Mirbeth, der diese Thematik sehr forciert, führt den Vorsitz.

Mit Unterstützung des Landkreises Regensburg wurde im Januar 2012 die Bürger Energie Region Regensburg eG (BERR eG) gegründet, damit Einwohner von Stadt und Landkreis Regensburg sich an regenerativen Energieprojekten in der Region beteiligen können. Auch der Bau von Windkraftanlagen soll zunehmend in das moderne Energiekonzept einbezogen werden.



Windkraftanlage im Landkreis.

Nutzung erneuerbarer Energien 2011 im Landkreis Regensburg

	Photovoltaik	Windenergie	Wasserkraft	Biogas
Strom (MWh/a)	143.500	1.200	191.400	18.300
	Solarthermie	Wärmepumpen	Biogas	Biomasse
Wärme (MWh/a)	18.700	6.300	5.400	543.700



205

Viele Landkreis-
dächer sind
mit Photo-
voltaikanlagen
bestückt.



Landrat Herbert Mirbeth
bei der Gründungsversammlung
von KERL.

» 2002 wurde in Hemau
der damals größte Solarpark der Welt
eröffnet.





Windräder neben der Autobahn bei Beratzhausen.

207



In der Biogasanlage Kallmünz-Eich wird Bioerdgas aus angelieferter Biomasse erzeugt.

Medizinische Versorgung

Blick in den OP-Saal der
Kreisklinik Wörth an der Donau.

Während zur Zeit der Gebietsreform ein Arzt noch deutlich über 1.500 Einwohner des Regensburger Landkreises zu versorgen hatte, kam im Jahre 2009 ein Arzt in ambulanten Einrichtungen auf 758 Einwohner (Bayerndurchschnitt 1: 518). Heute stehen für die medizinische Versorgung des Landkreises rund 120 Hausärzte und 90 Zahnärzte sowie zahlreiche Spezialisten zur Verfügung. Für die ambulante ärztliche Versorgung im Landkreis wie in der Stadt ist die Kassenärztliche Versorgung (KV) verantwortlich. Die Aufsicht über die

Ärzte im Landkreis (und in der Stadt) üben die Regierung der Oberpfalz und das Staatliche Gesundheitsamt aus. Dieses wurde wie die anderen vorher selbständigen Gesundheitsämter Bayerns zum 1.1.1996 in die Landratsämter eingegliedert.

Das Regensburger Gesundheitsamt gehört zum Landratsamt Regensburg und kümmert sich um die gesundheitlichen Belange der Bevölkerung des Landkreises und der kreisfreien Stadt Regensburg. Die Arbeit im Gesundheitsamt hat – neben den nach wie vor wichtigen Überwachungsaufgaben (z. B. Trinkwasser- oder Krankenhaushygiene) und umfangreichen Gutachtertätigkeiten – heute vielfach einen präventiven Charakter. Beratende Dienstleistungen wie z. B. die Suchtberatung, die Schwangerenberatung und Projekte wie HaLT (Hart am Limit, Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen) oder FreD (Frühintervention bei erstauffälligen Drogenkonsumenten – Präventionskonzept für Jugendliche und junge Erwachsene, die illegale Drogen missbräuchlich konsumiert haben und dabei auffällig geworden sind, aber bisher keine Abhängigkeit entwickelt haben) gehören heute zu den Aufgaben des Gesundheitsamtes.

1972 verfügte der Landkreis über drei Kreiskrankenhäuser in Regenstauf (55 Betten), Sünching (45 Betten) und Wörth (85 Betten). Mit der Gebietsreform wurde zusätzlich das Krankenhaus Hemau mit damals 60 Betten übernommen. Die veralteten und unwirtschaftlichen Kreiskrankenhäuser Sünching (1978) und Regenstauf (1991) mussten allerdings schließen. Wegen des neuen Universitätsklinikums hatte der Freistaat gefordert, Bettenkapazitäten in der Umgebung zu verringern. Mit der Auflösung beider Einrichtungen leistete der Landkreis somit seinen Beitrag.





Suchtberatung gehört zum Leistungsspektrum des Gesundheitsamtes.



Umfangreich ausgebaut wurden dagegen die Krankenhäuser Wörth an der Donau und Hemau. Inzwischen hat sich die Kreisklinik Wörth an der Donau, die zwischen den Jahren 2002 und 2008 mit einem Aufwand von rund 19,5 Millionen Euro saniert wurde, zu einem Gesundheits-Kompetenz-Zentrum entwickelt, in dem derzeit rund 60 Ärzte und 290 Mitarbeiter über 24.000 ambulante und stationäre Patienten versorgen. Die Patienten kommen vor allem aus dem Landkreis Regensburg, aber auch aus den Städten Regensburg und Straubing sowie den Landkreisen Straubing-Bogen und Cham. Der letzte Meilenstein wurde in Wörth mit der Inbetriebnahme der Klinikenerweiterung, des Facharztzentrums und der Bettenstation 2013 gelegt. Die Gesamtkosten dafür lagen bei sieben Millionen Euro, 3,3 Millionen zahlte der Freistaat Bayern.

Dagegen wurde das Krankenhaus Hemau 2011 letztlich aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen und in ein Therapiezentrum sowie ein Seniorenwohnheim umgewandelt.



Erweiterungs-
bau der Kreis-
klinik Wörth an
der Donau.

Die Kreisklinik
Wörth an der
Donau ver-
fügt über ein
umfangreiches
medizinisches
Angebot.

Schullandschaft

Der Wandel der Schullandschaft im Laufe der Zeit ist auch im Landkreis Regensburg sichtbar. Noch 1967 waren von 111 Schulen des Landkreises 28 einklassig. 1972 wurden die letzten einklassigen Schulen aufgelöst und in Schulverbände eingegliedert. Erfolgte der Unterricht der Kinder und Jugendlichen 1978 noch in so genannten Volksschulen, werden diese Schulen heute als Grund- und Mittelschulen bezeichnet. Es gibt aktuell im Landkreis 41 Grundschulen mit circa 6.850 Schülern und zwölf Mittelschulen mit circa 2.700 Schülern. 1978 wurden in 44 Volksschulen 15.948 Schüler von 729 Volksschullehrern in 545 Klassen unterrichtet.

Schüler des Sonderpädagogischen Förderzentrums Hemau beim Betriebsbesuch.



An weiterführenden Schulen bestanden 1972 bereits die Realschulen Neutraubling und Regenstauf. Seit dem Schuljahr 1974/75 gibt es in Neutraubling auch ein Gymnasium. Die Salesianerinnen hatten bis in die 1980er Jahre in Pielenhofen ebenfalls ein Gymnasium betrieben. Als Folge der Gebietsreform ist der Landkreis Regensburg seit 1977 gemeinsam mit dem Landkreis Neumarkt Sachaufwandsträger des Gymnasiums und der Realschule in Parsberg.

1985 besuchten 1.270 Schüler das Gymnasium Neutraubling, 760 die Realschule Neutraubling und 600 Schüler die Realschule Regenstauf. Der Anteil der Kinder an weiterführenden Schulen stieg in den Folgejahren steil an. Die Erweiterung und der Neubau von Gymnasien und Realschulen waren somit notwendig. 1998/99 wurde für die Realschule in Neutraubling ein Neubau errichtet. Dabei wurde die Schule von 16 auf 24 Klassen erweitert. In Obertraubling konnte zum Schuljahr 2008/09 eine neue Realschule eröffnet werden. Ab 2008 wurde auch die Realschule Regenstauf umfassend saniert und die Klassenzahl von 18 auf 21 erhöht. Ebenso entstand ab 2009 in Lappersdorf ein zweites Landkreis-Gymnasium. Das im September 2012 fertig gestellte Gymnasium Lappersdorf steht auch symbolisch für einen enormen finanziellen Kraftakt des Landkreises: Grundstück, Verkehrerschließung, Schulgebäude und Mobiliar haben circa 22 Millionen Euro gekostet, der Landkreis hat dabei einen Eigenanteil von 15 Millionen Euro geschultert, 7,3 Millionen Euro steuerte der Freistaat Bayern bei. Dem Landkreis ist es ein Anliegen, die Bildungsbedingungen für die nächste Generation passgenau zu gestalten und die Familien bei ihrer Erziehungsarbeit zu unterstützen. Im Raum Regensburg sind die beiden Gymnasien des Landkreises die einzigen staatlichen



Schülerinnen des Beruflichen Schulzentrums Regensburger Land für Kinderpflege mit Kindergartenkindern.

Schulen, die gebundene Ganztagsklassen anbieten. Aktuell besuchen circa 2.290 Schüler die Realschulen und circa 1.650 Schüler die Gymnasien im Landkreis Regensburg. Die Übertrittsquote von der Grundschule an weiterführende Schulen stieg in den letzten vier Jahrzehnten kontinuierlich an und stagniert die letzten vier Jahre auf diesem hohen Niveau (siehe Tabelle unten).

Bereits seit dem Schuljahr 1967/68 hatte der Landkreis Regensburg ein eigenes Schulgebäude für die Landwirtschaftliche Kreisberufsschule in der Plattlinger Straße in Regensburg. Inzwischen ist diese Schule unter dem Namen Berufliches Schulzentrum Regensburger Land bekannt. Unter diesem Dach werden Floristen, Gärtner und Jugendliche in der Berufsfindung, Staatlich geprüfte Helferinnen und Helfer für Ernährung und Versorgung, Staatlich geprüfte Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger und Staatlich geprüfte Sozialpfe-



Landrat Herbert Mirbeth bei der Grundsteinlegung der Realschule Obertraubling.

Entwicklung der Übertrittsquoten				
Jahr	2009	2010	2011	2012
an Gymnasien von der 4. Klasse	39,60%	39,50%	39,60%	39,40%
an Realschulen von der 4. Klasse	26,40%	31,40%	32,30%	31,70%



Landrat Herbert Mirbeth und Lappersdorfs Bürgermeister Erich Dollinger begrüßen die Schüler am ersten Schultag im neuen Gymnasium Lappersdorf.

schule. Der Unterricht dieser Schüler findet ebenfalls im Schulgebäude des Beruflichen Schulzentrums statt.

Es gibt inzwischen drei Sonderpädagogische Förderzentren in Hemau, Neutraubling und Regenstauf, für die der Landkreis der Sachaufwandsträger ist. In den Förderzentren werden Kinder mit Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und Verhalten individuell unterrichtet und in ihrer Entwicklung unterstützt und gefördert. Derzeit besuchen circa 340 Schüler die Förderzentren im Landkreis.

Der Landkreis wird in den nächsten Jahren sehr viel Geld in notwendige Baumaßnahmen für die Ganztagsbeschulung und die Sanierung der vorhandenen Schulgebäude investieren. Damit stellt der Landkreis die Weichen dafür, dass die Schulen auf die aktuellen Bedürfnisse reagieren können und die Schüler optimale räumliche Rahmenbedingungen in den Schulgebäuden vorfinden.

Die Anzahl der Privatschulen ist in den letzten Jahren stetig angestiegen. Im Bereich der Berufsbildung gibt es bereits seit 1972 die in Regenstauf beheimateten privaten Robert-Eckert-Schulen. Sie bieten für 828 Schüler (2013) Ausbildungs-, Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Lehrgänge für Industrieberufe, im Hotel- und Gaststättengewerbe, in Wirtschaftsberufen und in Medizin und Pflege an. Außerdem wurde die Montessorischule in Sünching errichtet. Die Herder-Schule will künftig in Pienhofen eine Fachoberschule für Kunst betreiben. Die Regensburg International School (RIS) hatte bis 2012 ihren Sitz in Pentling, existiert inzwischen nur noch als Verein und ist in die Swiss International School (SIS) in Regensburg integriert.

Das Gymnasium Lappersdorf verfügt über moderne E-Boards anstelle von Tafeln.



gerinnen und Sozialpfleger ausgebildet. Inzwischen darf die Schule auch den herausgehobenen Rang einer Modusschule einnehmen. Derzeit besuchen circa 680 Schüler das Berufliche Schulzentrum. Daneben ist der Landkreis Sachaufwandsträger der Landwirtschafts-

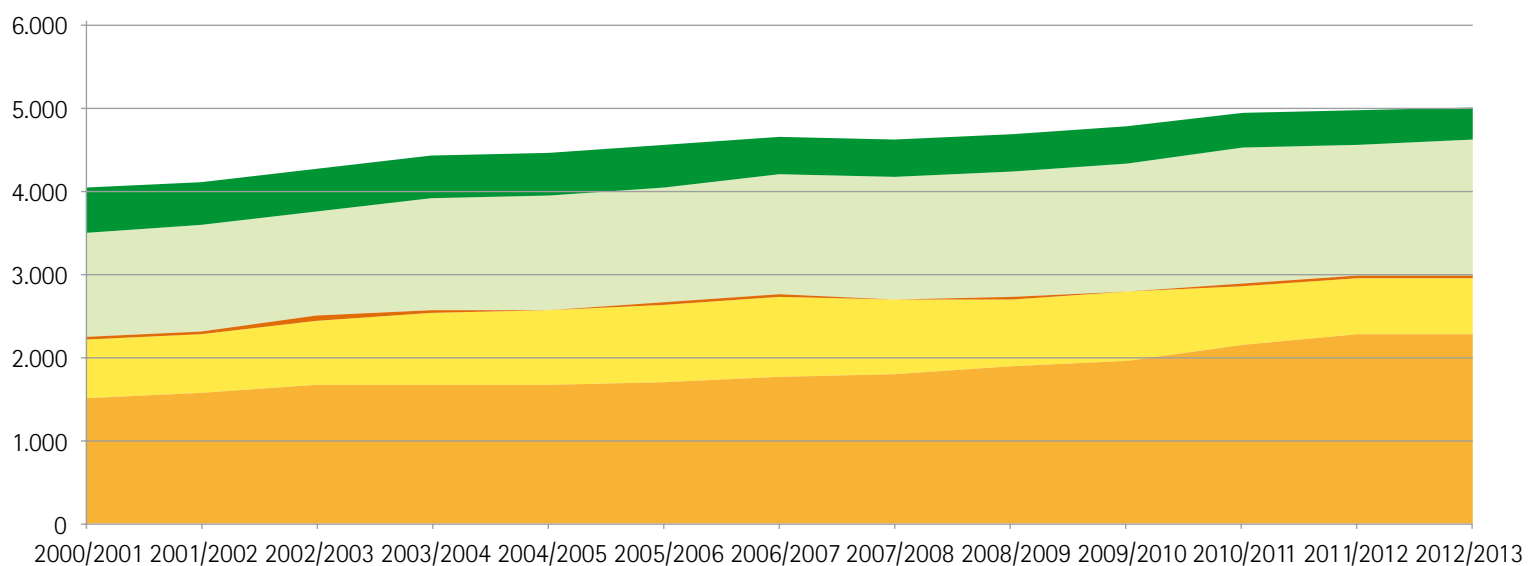


Lehrer mit Schülern beim
Chemieunterricht im Gymnasium
Neutraubling.

213

- Sonderpädagogische Förderzentren
- Gymnasien
- Landwirtschaftsschule
- Staatliches Berufsbildungszentrum
- Realschulen

Schüler in Landkreisschulen



Kinder und Jugend

Die Anzahl der Geburten ist im Landkreis kontinuierlich von 2.310 (1970) auf 1.466 (2011) zurückgegangen. Grundlegend verändert hat sich in den letzten 40 Jahren die Kinderbetreuung. Während in den 1970er und 1980er Jahren vielfach die Mütter noch zuhause bei den Kindern blieben, arbeiten heute die meisten Mütter wieder wenige Jahre nach der Geburt der Kinder. Die Kinderbetreuungseinrichtungen passten sich dem Trend der Zeit an. 1972 gab es rund zwanzig Kindergärten im Landkreis Regensburg. Fast alle davon waren damals noch unter kirchlicher Trägerschaft. Heute gibt es 114 Kindertageseinrichtungen mit rund 6.000 betreuten Kindern. Im Landkreis stehen rund 900 Krippenplätze bis Ende 2013 zur Verfügung. Darüber

Pausenhelfer an Schulen sorgen für ein friedliches Zusammenleben.



Das Heimatgefühl wird über kreative künstlerische Aktionen bei Kindern gestärkt.

hinaus bieten rund 35 Tagesmütter ihre Dienste im Landkreis an.

Das Kreisjugendamt, das 1972 noch zwölf Verwaltungsangestellte und einen Sozialarbeiter beschäftigte, koordiniert heute das gesamte Angebot von Kindertageseinrichtungen, Kinderkrippen und Kindertagesmüttern im Landkreis.

1972 waren die Hauptaufgaben die Versorgung von Kindern und Jugendlichen bei Verwahrlosung oder Misshandlung, im Wesentlichen durch die Unterbringung in Einrichtungen und Pflegestellen. Es wurde z. B. Erziehungsberatung angeboten und finanzielle Hilfen wie die Übernahme von Kindergartengebühren gewährt, aber zu dieser Zeit wurde nur ein kleiner Teil der Bevölkerung erreicht. Vor der Behörde Jugendamt bestanden noch Ängste und Vorbehalte.

Das Jugendamt war früher eher nachgehend, bei defizitärer Sozialisation tätig, und überwiegend mit fürsorglichen Aufgaben befasst.

Einen deutlichen Wandel in der deutschen Jugendhilfe gab es zum 1. Januar 1991, als das so genannte Jugendwohlfahrtsgesetz durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz ersetzt wurde. Dadurch änderte sich die Perspektive der Jugendhilfe weg von einem relativ

» Die *Kinderbetreuung* hat sich
in den letzten 40 Jahren *grundlegend verändert*.



Ausgaben für die Jugendhilfe*					
Jahr	1972	1982	1992	2002	2012
Ausgaben	869.290 DM	3.909.200 DM	7.217.000 DM	5.611.600 €	11.352.900 €

Projekt Floßbau
am Beruflichen Schulzentrum
Regensburger Land.

*Es handelt sich um reine Ausgabenzahlen, denen keine Einnahmen gegenüber gestellt sind, also nicht um die Netto-Belastung des Landkreises.



Bei gemeinsamen Aktivitäten lernen sich ausländische und einheimische Mitbürger in zwangloser Atmosphäre besser kennen.

eingreifenden Handeln nach ordnungsrechtlichen Regelungen hin zum Ausbau vorbeugender Arbeit und präventiver Maßnahmen.

Das Aufgabenspektrum erweiterte sich gewaltig. In den letzten Jahrzehnten wurden umfangreiche Gesetzesänderungen vorgenommen, um Kindeswohlgefährdungen besser zu begegnen und Hilfen frühzeitig zu gewähren. So wurden 2009 die koordinierenden Kinderschutzstellen eingeführt, die vorrangig Alleinerziehende und Familien mit Kindern unter drei Jahren unterstützen. Das Kreisjugendamt beschäftigt an den Förderzentren, an der Berufs- den Mittel- und teilweise an Grundschulen Jugendsozialarbeiter und seit 2010 gibt es im Landkreis Familienstützpunkte als Beratungs- und Hilfsangebot für Familien. Weiter wurden die monatlichen Hausbesuche für Vormünder vorgeschrieben und eine Fallzahlenbegrenzung vorgegeben. Den Jugendämtern wurden weit reichende Beratungspflichten an Personen und Einrichtungen, die mit Kindern oder Jugendlichen in Kontakt stehen, auferlegt. Ein weiterer Schwerpunkt ist der bedarfsgerechte Ausbau der Kindertagesbetreuung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Heute arbeiten im

Jugendamt rund 80 Fachkräfte, die Hälfte davon etwa Sozialpädagogen.

Das Kreisjugendamt Regensburg setzt im besonderen Maße auf die Prävention. Ein Projekt mit Modellcharakter ist der Verein für Jugendarbeit im Landkreis Regensburg e.V. Da die Gemeinden verpflichtet sind, im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit und unter Berücksichtigung des Bedarfes Angebote der Jugendarbeit zu unterbreiten und kleinere Gemeinden bei der Finanzierung solcher Fachkräfte schnell an ihre Grenzen stoßen, hat sich der Landkreis 2006 auf Initiative von Landrat Herbert Mirbeth mit damals acht Gemeinden verständigt, den Verein „Jugendarbeit im Landkreis Regensburg“ zu gründen.

Mittlerweile sind 20 Gemeinden Mitglied im Verein mit unterschiedlichem Stundeneinsatz des Personals. Beim Verein sind neun sozialpädagogische Fachkräfte beschäftigt. Mit zwei Fachkräften der Integration sowie dem Jugendpfleger des Landkreises wird ein umfangreiches Angebot der Jugendarbeit unterbreitet. Der Einsatz in den Gemeinden reicht von der Betreuung der Jugendtreffs bis hin zur aufsuchenden Jugendarbeit, von schulischen Angeboten bis zur Sucht- oder Gewaltprävention. Die Mitarbeiter des Vereins sind Ansprechpartner für die Jugendlichen in allen Lebensfragen und sehen ihre Aufgabe neben der Suchtprävention auch in der Aufklärung der Gefahren durch die neuen Medien. Sie stehen in enger Zusammenarbeit mit den beiden Integrationsfachkräften sowie einer Fachkraft, die bei Problemen der Berufsfindung unterstützt.

Die beiden Integrationsfachkräfte mit Migrationshintergrund wurden 2008 vom Landkreis angestellt. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, den Neubürgern

Andere Länder, andere Bräuche:
Kultureller Austausch kann für alle bereichernd sein.



217

das deutsche Sozialsystem, insbesondere Fragen der Schulbildung, des Jugendschutzes, der Arbeitsfindung, des Vereinslebens, zu erklären und gleichzeitig die Verwaltung auf die besonderen Problemstellungen der Neubürger zu qualifizieren.

Des Weiteren bietet der Landkreis an 16 Schulen im Landkreis Jugendsozialarbeit an. Dabei kooperieren Jugendamt und Schule. Durch diese Jugendsozialarbeit hat das Jugendamt einen besseren Zugang zu

Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien aufbauen und damit Schwellenängste gegenüber dem „Amt“ abbauen können. Die präventiven Maßnahmen haben Wirkung gezeigt: So weist der Landkreis Regensburg in unabhängig durchgeführten, bundesweiten oder bayernweiten Statistiken, gleich gute Bewertungsplätze auf. Unter anderem liegt der Landkreis seit längerem in der Kriminalstatistik Bayerns an vorletzter oder drittletzter Stelle.

Senioren

Das Thema Senioren war vor 40 Jahren im Landkreis noch nicht so präsent wie heute. 1978 gab es im gesamten Landkreis 625 Betten in Altenheimen. Die Altersstruktur der Bevölkerung veränderte sich jedoch zusehends. Um älteren Menschen und Behinderten auch in schwierigen Situationen möglichst lange ein selbständiges Leben zu Hause zu ermöglichen wurde 2006 mit der Servicestelle des Landkreises für Senioren und Behinderte eine Anlaufstelle eingerichtet. Die Servicestelle ist im Rahmen der staatlichen Aufsicht für 22 Senioreneinrichtungen im Landkreis zuständig. Diese Zahl hat sich

in den vergangenen 25 Jahren verdoppelt. Derzeit gibt es im Landkreis rund 2.000 Plätze in Senioreneinrichtungen. Die Einrichtungen werden von Caritas, vom Bayerischen Roten Kreuz, vom Diakonischen Werk, der Arbeiterwohlfahrt, Stiftungen, Vereinen und privaten Trägern betrieben. Das landkreiseigene Alten- und Pflegeheim in Sünching ist in Trägerschaft des Caritasverbandes Regensburg. 2008 entstand darüber hinaus das Mehrgenerationenhaus in Regenstauf, das generationenübergreifende Schwerpunkte setzt:



Gut versorgt in den eigenen vier Wänden wollen viele ältere Menschen sein.



Seniorinnen beim Computerkurs.



Sportangebote halten im Alter fit und sind deshalb besonders wichtig.

Neben Alter und Pflege sind dies Integration und Bildung, haushaltsnahe Dienstleistungen sowie freiwilliges Engagement.

Der Pflereport der Bertelsmannstiftung 2030 prognostiziert eine relative Zunahme der Pflegebedürftigkeit um 85 Prozent für den Landkreis Regensburg. Der demographische Wandel ist ein schleichender Prozess, der den Landkreis Regensburg und die Gemeinden in den nächsten Jahren allerdings vor viele neue Aufgaben stellen wird. Es geht nicht nur darum, Personallücken bei der Altenpflege zu schließen, sondern auch darum, Wohnungen barrierefrei zu planen, die Infrastruktur an die Bedürfnisse einer immer älter werdenden Gesellschaft anzupassen. Die Servicestelle für Senioren wird in Zukunft eine immer wichtigere Rolle bekommen. Zum Altwerden in Würde gehört nicht nur, die Verfügbarkeit von Heimplätzen zu sichern, sondern auch, verschiedene Formen der Seniorenbetreuung aufzubauen. Vor allem über neue Wohnformen muss man sich Gedanken machen, wie beispielsweise über ambulant betreute Wohngemeinschaften oder über „Seniengärten“, in die man Senioren tagsüber während der Arbeit zur Pflege geben kann. Aber auch die



Versorgung, soziale Kontakte und menschliche Nähe sind unersetzlich, damit ältere Bürger sich auf dem Land wohl fühlen.

Aktivitäten in Gemeinschaft tragen zum Wohlbefinden Älterer und Junggebliebener bei.

Kultur und Tourismus

Der Landkreis Regensburg ist seit jeher reich an sehenswerten Besuchszielen. Publikumsmagnet ist dabei die Walhalla - 1830 bis 1842 vom Bayerischen König Ludwig I. östlich von Donaustauf erbaut. Sie wird jährlich von weit über 100.000 Menschen aus aller Welt besucht. Sehenswert sind aber auch historische Burgen und Schlösser, wie Wolfsegg, Donaustauf oder Sünching. Die Klosterkirchen Frauenzell und Pielenhofen gelten als reizvolle Kleinode barocker Sakralarchitektur.

Der Skulpturenpark in Beratzhausen.

Auf Initiative von Landrat Herbert Mirbeth wurde 2004 die Gemeinnützige Gesellschaft zur Stärkung des Regionalbewusstseins im Landkreis Regensburg (GSR) gegründet. Die GSR trug seitdem zur Stärkung der regionalen Identität bei und förderte vielfältig vor allem kulturelle Projekte, die aus Landkreismitteln allein nicht hätten finanziert werden können. Bezuschusst wurden z.B. der Umbau des Kulturzentrums in Beratzhausen, die Renovierungsmaßnahmen auf der Burg Wolfsegg oder die Anschaffung einer Laienbühne im Burghof von Laaber. Auch die Kosten für viele Publikationen des Landkreises oder z.B. für die Anschaffung von Vitrinen und Stellwänden für Ausstellungsprojekte übernahm die GSR. Insgesamt wurden in den letzten zehn Jahren über 100 Projekte mit einer Gesamtsumme von mehr als einer Million Euro gefördert. Damit hat der Landkreis einen beachtlichen Beitrag zur Kulturarbeit geleistet.



Gerade in den letzten Jahren wurde der Erkenntnis verstärkt Rechnung getragen, dass historische Bauwerke auch „lebendig“ sein müssen. Beispielhaft hat sich die Musikakademie Alteglofsheim zu einem überregionalen Zentrum der ostbayerischen Musik- und Kulturszene entwickelt. Eingerichtet im ehemaligen Schloss der Grafen zu Königsfeld - und zwischen 1992 und 2002 vom Freistaat Bayern umfassend saniert - dient sie als Bildungs- und Tagungsstätte. Getragen wird die Musikakademie von einem eigenen Zweckverband, dem neben dem Freistaat Bayern, dem Bezirk Oberpfalz und der Stadt Regensburg auch der Landkreis angehört.

Das von Landrat Mirbeth 2009 zusammen mit dem Kulturreferat des Landkreises angestoßene Projekt

„Kultur in alten Mauern“ zielte darauf ab, historische Gebäude im Landkreis mit Leben zu erfüllen. An 32 Orten im Landkreis wurden Theater aufgeführt, Kunstwerke ausgestellt, Konzerte gegeben oder Lesungen gehalten. Unter Landrat Mirbeth wurde auch erstmals ein Kulturpreis zur Förderung zeitgenössischer Kunst und Kultur im Landkreis Regensburg verliehen. Mittlerweile wurde der Preis fünfmal verliehen.

Die Burgenlandschaft im Landkreis gewann mit dem Projekt „Regensburger Burgensteige“ zunehmend das



Interesse von Einheimischen und Gästen. Diese Burgensteige führen in fünf Wanderrouten zu 44 Burgen und Ruinen nördlich der Donau. Der Weg im Tal der Schwarzen Lauer beispielsweise erschließt die Burgruinen von Ehrenfels, Laaber und Loch. Weitere Touren führen durchs Naabtal, das Regental, Donaustauf und den Brennberger Raum. Dazu gab der Landkreis Wanderkarten heraus und informiert auf eigenen Tafeln an den Objekten.

Auch im musealen Bereich hat sich in den vergangenen 40 Jahren einiges bewegt – dreizehn Museen sind entstanden. Seit 1989 lässt sich im Heimatmuseum in Altmühl das bäuerliche Leben und Handwerk vergangener Jahrhunderte bestaunen. In Regensburg besteht seit 1998 ein Rotkreuz-Museum, in Bach an der Donau erinnert das Baierweinemuseum an die lange Tradition des Weinbaus in der Region. Ende der 1980er Jahre ließ ein Kuratorium die Wolfsegger Burg

In der Musikakademie Altglofsheim finden regelmäßig auch Musikerfortbildungen – hier Mitglieder eines Dirigentenkurses – statt.

Der Guggenberger See bietet ein weitläufiges Areal zum Entspannen.

222



restaurieren und richtete ein Burgmuseum ein. Neutraubling hingegen thematisiert in eigenen Räumen den Neuanfang als Flüchtlingsgemeinde.

In Wiesent fand als besondere Attraktion der für die EXPO 2000 errichtete Nepal-Himalaja-Pavillon in einem fünf Hektar großen Gartenpark seine neue Bleibe. Die üppige und farbenprächtige Botanik machen einen ganz besonderen Reiz dieser Anlage aus. Gleich neben Wiesent wurde in Wörth an der Donau das ehemalige Fürstbischöfliche Schloss 1983 von mehreren Eigentümern, darunter auch der Landkreis Regensburg, erworben und restauriert. Es beherbergt

seit 1988 ein Seniorenwohnheim. Seither wurden vom Landkreis auch die Schlosskirche sowie der große Schlosskeller saniert, der für kulturelle Veranstaltungen der Stadt Wörth und des Landkreises einen stilvollen Rahmen bildet.

Naturliebhabern bietet der Landkreis eine Vielzahl an gut ausgebauten Rad- und idyllischen Wanderwegen. Nach der Auflösung der Bockerlbahn von Wutzlhofen über Wenzelbach nach Falkenstein im Jahr 1984 sowie der Walhallabahn nach Wörth (1968) wurden auf beiden Trassen Radwege angelegt. Entlang der Donau führt ein Radweg vorbei am kleinsten Weinbaugebiet Bayerns. Die alten Weinberge an den Hängen nördlich der Donau sind rekultiviert. Mit dem Baierweinemuseum wurde zudem ein zentraler Raum für diesen nahezu überkommenen Wirtschaftszweig geschaffen. Auch die Flusstäler der Schwarzen Laber und des Naabtals wurden durch reizvolle Radwege erschlossen.

Die abwechslungsreichen kulturellen und touristischen Angebote und die naturnahe Gegend haben wesentlich dazu beigetragen, dass die Übernachtungszahlen im Regensburger Land deutlich gestiegen sind. Im Jahr 2013 wurden 346.212 Übernachtungen im gewerblichen Bereich im Landkreis Regensburg gezählt. Aber nicht nur Touristen, auch die einheimische Bevölkerung schätzt den Landkreis Regensburg als Erholungs- und Freizeitraum. Im Sommer werden die vielen Seen, Fluss- und Freibäder genutzt. Die Städte Neutraubling und Wörth betreiben attraktive Hallenbäder. In der wärmeren Jahreszeit ergänzen Rad- und Wandertouren durch den Jura oder den Vorwald das Angebot – im Winter lassen sich Skimöglichkeiten im Vorwald nutzen.

Jahr	Name	Kategorie/Art
2008	Ludwig Bäuml, Kallmünz	Bildende Kunst
	Anerkennungspreise für:	
	Musikförderkreis Köfering-Neutraubling e. V.	Allgemeine Kulturpflege
	Theodor Häußler, Otto Reichinger, Adolf Strohmeier, BaierWeinMuseum Bach	Heimat-, Brauchtums- und Denkmalpflege
	Albert Schettl, Neutraubling	Darstellende Kunst
	Vokalensemble Stimmwerck	Musik
2009	Kulturforum Schloss Alteglofsheim e. V.	Allgemeine Kulturpflege
2010	Theatraubling e. V., Neutraubling	Darstellende Kunst
	Anerkennungspreise für:	
	Franz Siegesleitner, Hainsacker	Darstellende Kunst
2011	Kuratorium Europäische Kulturarbeit Beratzhausen e. V.	Allgemeine Kulturpflege
2012/13	Stefan Hanke Richard Vogel	Fotografie Malerei

Seit 2008 werden die Kulturpreisträger des Landkreises geehrt.

Die Walhalla erhebt sich über der Donau und ist das Wahrzeichen des Landkreises.



» *Entlang der Donau führt ein Radweg vorbei am kleinsten Weinbaugebiet Bayerns.*

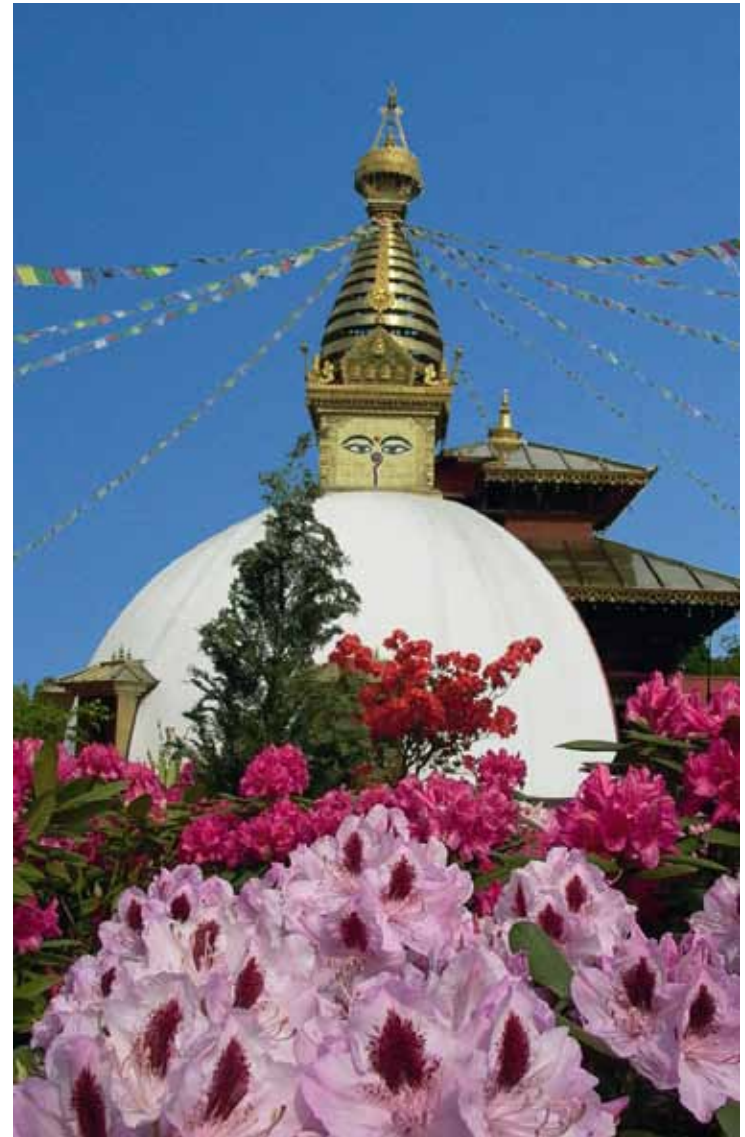
Die Regensburger Burgensteige führen in fünf Wanderrouten zu 44 Burgen und Ruinen nördlich der Donau (hier die Burgruine Laaber).





Kulturelle Veranstaltungen in historischen Gebäuden sorgen für ein besonderes Ambiente.

Der Nepal-Himalaya-Pavillon Wiesent in seiner ganzen Farbenpracht.



» Auch die *einheimische Bevölkerung* schätzt den Landkreis Regensburg als *Erholungs- und Freizeitraum*.

Regionalentwicklung

Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, Schaffung von Wertschöpfungsketten aus und für den regionalen Raum, Bewusstseinsbildung für die regionalen Stärken – das waren Schlagworte, die im politischen Lexikon des Landkreises Regensburg noch vor Jahren weitgehend unbekannt waren. Der Landkreis Regensburg hat dieses brach liegende Potential erkannt und mit viel Kreativität ein Handlungsfeld neu erschlossen, das

heute nicht mehr wegzudenken ist: Die Regionalentwicklung im Landkreis Regensburg. Sie hat Auswirkungen auf die vielfältigsten Lebensbereiche, hohe Integrationswirkung und großes wirtschaftliches Potential. Dabei erfordern fachübergreifende und teils auch interkommunale Projekte eine effiziente Projektkoordination.



Frisches aus der Region gibt es auf den Bauernmärkten zu kaufen.



Der Geopfad in Tegernheim.

Projekttitel	Gesamtkosten	Fördersumme
Erweiterung des Baierweinemuseums in Bach an der Donau	280.000,00 €	140.000,00 €
Neubau einer Vogelstation in Regenstauf mit integrierter Ökostation	432.000,00 €	216.000,00 €
Spital Brennborg	210.000,00 €	105.000,00 €
Walderlebniszentrum im Prüfeninger Holz	485.000,00 €	242.500,00 €
Touristische und kulturelle Erschließung des Schlossbergs Regenstauf	445.878,00 €	150.000,00 €
GEOFAD Tegernheimer Schlucht - Fenster zur Erdgeschichte	57.456,00 €	24.141,00 €
Kulturzentrum in Wiesent – Integration eines historischen Kellergewölbes in das kulturelle Dorfleben	369.205,00 €	121.546,00 €
Erweiterung des Jugendzeltplatzes Zaar/Kallmünz	458.560,12 €	192.672,00 €
Touristische und kulturelle Inwertsetzung der Burganlagen, Erweiterung der Burgensteige und pädagogische Aufwertung	578.677,04 €	258.171,00 €
Kooperationsprojekt Tal der Schwarzen Laber	939.537,30 €	473.715,00 €

Übersicht über die wichtigsten Leader-Projekte

■ Leader + (2003 – 2007) ■ Leader in ELER (2008 – 2014) Stand: 15.05.2013

Mit dem Förderinstrument Leader, welches aus dem Strukturfonds ELER der Europäischen Union gefördert wird, unterstützt der Landkreis seit 2002 fachübergreifend die Steigerung der regionalen Wertschöpfung. „Leader“ bedeutet die Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft und verfolgt das Ziel, das regionale Potential in den

Vordergrund zu rücken und die regionale Identität zu stärken. Dabei ist der Erhalt der regionalen Vielfalt, die Bedeutung der Landwirtschaft und Kulturlandschaft ebenso wichtig wie die wirtschaftliche Entwicklung des Raums, die Profilbildung der dörflichen Strukturen und die Bewusstseinsbildung für die regionalen Besonderheiten.

Wildkräuter-Exkursionen
erfreuen sich im Rahmen
der Regionaltage
großer Beliebtheit.

Im Rahmen von Leader wurden und werden Projekte in Angriff genommen, die auf der Basis einer Vernetzung von Handwerksbetrieben, Land- und Forstwirtschaft und weiteren Institutionen funktionieren. Ein Beispiel für ein solches Projekt ist die Gründung des Holzforums Regensburger Land. Mit dem Ziel, verstärkt heimisches Holz auf den Markt zu bringen soll die Wertschöpfung durch die nachhaltige Holznutzung in der Region erhöht und das Image des Bau- und Werkstoffes Holz gesteigert werden. Mit Aktionen wie Holzbautagen, Holzbaupreis, Holzmesse, Waldführungen mit Förstern usw. wurden die Wege des regionalen Holzes von der Bedeutung des Waldes für unsere Kulturlandschaft bis zur Verarbeitung dargestellt und die Bedeutung der regionalen Wertschöpfung aufgezeigt.



Eine konzeptionelle Projektentwicklung und Umsetzung steht auch im Bereich Tourismus, Naherholung und Kultur im Vordergrund. Dadurch soll der Landkreis touristisch stärker positioniert werden.

Mit der jährlichen landkreisweiten Aktionswoche, den Regionaltagen, wirbt der Landkreis für die Stärken der Region. Dabei zeigen zahlreiche Gaststätten mit der Aktion „Regional genießen“, was die regionale Küche alles zu bieten hat. Für die Nähe von Erzeuger und Verbraucher sprechen auch ökonomische Gründe. Mit dem Kauf regionaler Erzeugnisse fördert der Kunde die heimische Wirtschaft. Das sichert bestehende und schafft neue Arbeitsplätze in der Region und sorgt dafür, dass sich mittelständische Strukturen und kleinbäuerliche Betriebe behaupten können.

Die Gesellschaft RLR (Regionalmarketing im Landkreis Regensburg GmbH), deren Gründung der Landkreis initiiert hat, bietet seit 2004 im Rahmen ihrer Regionaltheken landwirtschaftliche Produkte an, die für ihn typisch sind. „Regensburger Land – nimm's regional“ lautet der Slogan, unter dem zum Beispiel verschiedene Nudel- und Mehlsorten, Brotaufstriche und Öle sowie Wein und Bier vermarktet werden. Der Verkauf findet in über 100 ausgewählten Geschäften statt.

Die Lebensqualität in den ländlichen Regionen des Landkreises und die Kulturlandschaft mit ihren wertvollen Lebensräumen sind eng mit der Land- und Forstwirtschaft verbunden. Dies zeigt sich bei der Erzeugung hochwertiger Lebensmittel, dem Angebot an regionalen Spezialitäten und der Bedeutung der Wälder für den Naturhaushalt und als Rohstofflieferant. Ziel der Regionalentwicklung ist es, die Wertschöpfung für die einzelnen Regionen zu erhöhen, um Finanzkraft und Investitionen in der Region zu halten.



Das Angebot der Regionaltheke ist im Laufe der Jahre immer größer geworden.

Das Walderlebniszentrum im Prüfeninger Holz wurde ebenfalls über Leader-Gelder der Regionalentwicklung gefördert.



Vereine und Ehrenamt

Das gesellschaftliche Leben im Landkreis Regensburg ist in starkem Maße geprägt von ehrenamtlichem Engagement, sei es im bürgerschaftlichen oder auch kommunalpolitischen Bereich. Dies gilt nicht nur für den Teil der 41 Landkreisgemeinden mit noch oder überwiegend dörflichem Charakter, sondern auch für die Stadtumlandgemeinden. Die traditionellen Engagementbereiche wie Sport- und Schützenvereine, Freiwillige Feuerwehren oder Obst- und Gartenbauvereine werden dabei zunehmend ergänzt durch das Engagement in Schulen und Kindergärten, in Kirche und Religion, in Kultur und Musik.

Wie stark das Netz der so genannten Zivilgesellschaft im Landkreis Regensburg ist, lässt sich allein schon an nachfolgenden Zahlen ableiten: 141 Sportvereine, 109 Schützenvereine, 177 Freiwillige Feuerwehren und 85 Obst- und Gartenbauvereine sind ein Indiz für die Vielfalt, die Lebendigkeit und die stabile Grundstruktur der Ehrenamtsarbeit im Landkreis. Rund 70.000 Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich im Landkreis.

Der allgemeine Trend weg von einer zeitbezogenen hin zu einer eher projektbezogenen Tätigkeit ist auch im Landkreis Regensburg feststellbar, wengleich das klassische Ehrenamt auch in absehbarer Zeit der Kernbereich des ehrenamtlichen Engagements im Landkreis bleiben wird.

Der Landkreis Regensburg unterstützt das bürgerschaftliche Engagement in finanzieller und ideeller Hinsicht in vorbildlicher Weise. Der alljährliche Ehrenamtsempfang des Landkreises beispielsweise erfährt eine außer-

Ehrenamtliches Engagement hat viele Facetten.



ordentlich gute Resonanz und zählt sicher zu den gesellschaftlichen Ereignissen im Landkreis Regensburg. Die von Landrat Herbert Mirbeth geschaffene „Freiwilligenagentur des Landkreises Regensburg“ greift die aktuellen gesellschaftspolitischen Herausforderungen auf und ist Impulsgeber für neue Strukturen in der Ehrenamtsarbeit. So wurden in den vergangenen zwei Jahren in 17 Landkreisgemeinden Nachbarschaftshilfeorganisationen geschaffen, deren Zielsetzung Unterstützungsleistungen insbesondere für ältere und/oder hilfsbedürftige Bürgerinnen und Bürger sind. Die Ehrenamtspolitik des Landkreises ist generell von der Vorgabe geprägt, zum einen weiterhin ein hohes Maß an Anerkennungskultur zur Würdigung des ehrenamtlichen Engagements zu praktizieren, andererseits auch den Vereinen und Initiativen passgenaue Unterstützungen anzubieten, die notwendig sind, um Ehrenamtsarbeit weiterhin „leistbar“ zu machen. Beides sicherzustellen, wird auch in Zukunft das Ziel der Ehrenamtspolitik des Landkreises sein.

Gerade ältere Menschen wissen die Dienste der Nachbarschaftshilfe sehr zu schätzen.

Die integrative Laufgruppe gewann 2011 beim BR-Wettbewerb „miteinander!“ unter 130 Initiativen den zweiten Preis.



Beziehungen zwischen Landkreis und Stadt

Die Beziehung zwischen Landkreis und Stadt Regensburg hatte in den 1970er Jahren einen Tiefpunkt erreicht. Ausschlaggebend waren hier die Gebietsforderungen der Stadt Regensburg im Zuge der Gebietsreform.

Trotz des Verlustes des Osthafens entspannte sich die Situation allerdings wieder allmählich. Inzwischen existiert auf vielen Gebieten eine enge Zusammenarbeit von Stadt und Land. In der Stadt Regensburg entstand eine Vielzahl an Arbeitsplätzen, die auch für die Bevölkerung und die Einwohnerentwicklung des Landkreises wichtig sind. Was für die Region besonders wichtig war: Bei der Ansiedlung von BMW bemühten sich Stadt und Landkreis gemeinsam um den für die Region wichtigen Investor. So wurden Grundstücke aus dem Gemeindebereich Obertraubling in die Stadt Regensburg umgegliedert und ein Darlehen des

Landrat Herbert Mirbeth und Oberbürgermeister Hans Schaidinger hoben 2009 die Energieagentur aus der Taufe.

Landkreises an die Stadt Regensburg zur Finanzierung der Erschließung des Geländes zur Verfügung gestellt.

Die Stadtbevölkerung nutzt umgekehrt die attraktiven Freizeitmöglichkeiten des Umlandes. Ob Guggenberger, Sarchingener, Roithener See oder der Jugendzeltplatz Zaar bei Kallmünz – fast jeder, der hier lebt, hat schon Einrichtungen genutzt, die im Eigentum des Naherholungsvereins sind, von diesem unterhalten oder finanziell unterstützt werden. Die Schaffung von Naherholungseinrichtungen, die der gesamten Region zugute kommen, wurde früh als eine gemeinsame Aufgabe von Stadt und Landkreis Regensburg erkannt. Sie führte vor 40 Jahren zur Gründung des Vereins für Naherholung im Raum Regensburg. Ziel des Vereins ist die Verbesserung der Freizeit-Infrastruktur und die Schaffung attraktiver und umweltverträglicher Naherholungsangebote. In keiner anderen Organisation arbeiten Stadt und Landkreis Regensburg länger zusammen als im Naherholungsverein.

Exakt halb so lange existiert die Zusammenarbeit von Stadt und Landkreis im Landschaftspflegeverband (LPV), der 2012 auf zwanzig Jahre Bestehen zurückblicken konnte. Der LPV hat sich der Pflege und dem Erhalt der gewachsenen Kulturlandschaft, insbesondere der Pflege und Neuschaffung von Biotopen in Stadt und Landkreis verschrieben. Alle 41 Gemeinden des Landkreises, der Landkreis selbst und die Stadt Regensburg sind darin Mitglied.

Besonders eng und erfolgreich arbeiten beide Körperschaften beim Öffentlichen Personennahverkehr zusammen. Bereits 1981 gründeten sie eine Arbeitsgemeinschaft Verkehrsverbund, 1983 entstand dann die Regensburger Verkehrsverbund GmbH. Das Stamm-





kapital beider Gesellschaften zeichneten zu gleichen Teilen die Regensburger Verkehrsbetriebe GmbH (RVB) und die Gesellschaft zur Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis Regensburg mbH (GFN). 1991 wurde auch die Nutzung der Bahn im Verbundgebiet mit RWV-Tickets ermöglicht. So entstand ein großer Verbundraum, der den kompletten Landkreis mit Bussen und Bahn erschließt und auch der Verkehrsentlastung dient.

Die Gebietsreform brachte auch auf dem Sektor der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute erhebliche Veränderungen mit sich. Am 31.12.1973 übernahm die Kreissparkasse Regensburg die Sparkasse Hemau, die wiederum Teil der aufgelösten Kreissparkasse Parsberg war. Damit umfasste die Kreissparkasse Regensburg 33 Geschäftsstellen. 1975 wurde die Zweigstelle

Painten an Kelheim abgegeben, 1980 die Geschäftsstelle Kallmünz von den „Verinigten Sparkassen des Landkreises Schwandorf“ übernommen. Schließlich traten Anfang 1982 die Zweigstellen Schierling und Eggmühl, die bisher der Sparkasse Landshut angehörten, der Kreissparkasse Regensburg bei. Am 1. August desselben Jahres fusionierten die Stadtparkasse und die Kreissparkasse Regensburg zur Sparkasse Regensburg. Damit war der Weg frei für eine moderne und zukunftssichere Großsparkasse im Raum Regensburg.

Gut kooperieren Landkreis und Stadt auch bei der Integrierten Leitstelle (ILS), die am 17. März 2007 in Betrieb ging. Der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung hatte die Stadt beauftragt, für ihn diese Leitstelle zu betreiben. Die ILS versorgt einen Rettungsdienstbereich mit circa 575.000 Ein-

Oberbürgermeister Friedrich Viehbacher und Landrat Rupert Schmid bei der RWV-Vertragsunterzeichnung.



Der Roither See gehört zu den Freizeitangeboten, die im Eigentum des Naherholungsvereins sind.

In der Integrierten Leitstelle laufen jährlich rund 200.000 Anrufe auf.

wohnen (Stadt und Landkreis Regensburg sowie die Landkreise Cham und Neumarkt). Pro Jahr verzeichnet die ISL circa 200.000 Anrufe, circa 90.000 Einsätze im Rettungsdienst sowie 10.000 Feuerwehreinsätze.

Seit Juli 2008 existiert zudem die Arbeitsgemeinschaft Lebens- und Wirtschaftsraum Regensburg. Sie ist zurückzuführen auf das Teilraumgutachten Stadt-Umland Regensburg. An dieser Arbeitsgemeinschaft beteiligt sind neben der Stadt Regensburg und dem Landkreis alle Umlandgemeinden sowie die Gemeinden Bernhardswald und Mintraching, ferner die Marktgemeinden Regenstauf und Bad Abbach (Landkreis Kelheim).

Die Zusammenarbeit erfolgt über die gegenseitige Information von Fragen grundsätzlicher Bedeutung oder regionaler Reichweite in einem so genannten „ständigen Ausschuss“. Kooperationsfelder sind unter anderem die Verkehrsplanung, Ver- und Entsorgung, Bildung und Kultur, technische, soziale, medizinische, wirtschaftliche und kulturelle Infrastruktureinrichtungen, Wohnen und Arbeiten sowie Sport und Freizeit. Die Form der Kooperation ist geprägt von einer offenen und vertrauensvollen Zusammenarbeit der Beteiligten. Der Vorsitz in diesem Gremium wechselt jährlich zwischen Landrat und Oberbürgermeister.

Ebenfalls beispielhaft funktioniert die interkommunale Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis im



Verein „Energieagentur Regensburg“, den beide Mitte 2009 aus der Taufe hoben. Aufgaben der Energieagentur sind die Mobilisierung des regionalen Energiesparpotentials in der Region Regensburg und die Nutzung heimischer Energieressourcen. Die Agentur soll darüber hinaus helfen, regionale Kompetenzen zu bündeln, zu vernetzen sowie zukunftsorientierte Energieprojekte zu initiieren und zu forcieren. Sie bietet Bürgern, Kommunen und Unternehmen neutrale Beratung in Energiefragen an. Landrat und Oberbürgermeister teilen sich den Vorsitz in jährlichem Wechsel.

Auch die Schullandschaft in Regensburg Stadt und Land ist geprägt von einem konstruktiven Miteinander. Am 1. August 2005 trat die Vereinbarung „zur bedarfsgerechten Versorgung des Raumes Regensburg mit den erforderlichen Unterrichtsräumen für die öffentlichen Realschulen und Gymnasien“ zwischen Stadt und Landkreis in Kraft. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass ein hoher Anteil von Gastschülern aus dem Landkreis Schulen in der Stadt besucht und eine hohe Nachfrage nach zusätzlichen Schulplätzen in Realschulen und Gymnasien bestand.

Als Maßnahmen aus dieser Vereinbarung wurde inzwischen die Realschule Obertraubling errichtet. Die Errichtungskosten dieser Schule wurden zwischen Landkreis und Stadt Regensburg nach dem Schülerverhältnis aufgeteilt. Der Landkreis finanzierte circa 75 Prozent der Kosten und die Stadt Regensburg circa 25 Prozent. Die Stadt Regensburg baute

ein neues Gebäude für das Von-Müller-Gymnasium, bei dem sich der Landkreis mit zwei Millionen Euro an den Kosten beteiligte. Der Landkreis wiederum baute sein Gebäude der ehemaligen Landwirtschaftsschule um, stattete es mit Möbeln aus und stellt es seit 1. August 2005 der Stadt für das Albertus-Magnus-Gymnasium mietfrei zur Verfügung.

Diese aufgezeigten Kooperationen zeigen deutlich die enge Symbiose zwischen der Stadt und dem Landkreis, der sich gern als Teil des gemeinsamen Raumes mit der Stadt versteht. Landrat Herbert Mirbeth vergleicht die wechselseitige Beziehung in gewisser Weise mit einem Geschwisterpaar: „Wenn dem einen was gelingt, dann freut sich auch der andere und ist stolz darauf. Das muss nicht als geschwisterlicher Neid verstanden werden, sondern als familiäre Freude.“

Als letzter Knackpunkt zwischen Stadt und Land bleibt das Thema Verkehrsinfrastruktur. Die vom Landkreis geforderten Brücken über die Donau westlich von Pfaffenstein werden von Seiten der Stadt Regensburg seit Jahren abgelehnt. Der Landrat befürchtet eine Gefährdung der guten wirtschaftlichen Wettbewerbsposition, wenn man die Verkehrsinfra-

struktur nicht gemeinsam weiterentwickelt. Verwaltungsgrenzen dürfen nicht Gestaltungsgrenzen sein, so das Credo von Mirbeth. Er fordert deshalb die Schaffung eines handlungsfähigen Regionalrats, der bindende Entscheidungen treffen kann.

BMW ließ gestern die Würfel fallen

Regensburg erhält das ersehnte Zweigwerk

Der Produktionsbeginn wird 1986 erwartet

Regensburg (mzn). Die Würfel über den Standort eines Zweigwerkes der Bayerischen Motorenwerke (BMW), München, sind am gestrigen Donnerstag gefallen. Regensburg erhielt nach übereinstimmendem Beschluß des Aufsichtsrates des weltbekannten Konzerns den Zuschlag. Damit werden die jahrelangen Bemühungen von Regensburgs Regional- und Kommunalpolitikern in eindrucksvoller Weise belohnt. Nach den bisher bekanntgewordenen Vorstellungen soll das neue BMW-Zweigwerk südöstlich von Regensburg, in unmittelbarer Nähe der Orte Neutraubling, Obertraubling und Harting, auf einer Grundfläche von etwa 140 Hektar errichtet werden. Es soll versucht werden, bereits 1986 mit einer Anfangsproduktion zu beginnen (siehe auch Lokalteil).

■ Obwohl noch keine genauen Zahlenvorstellungen möglich sind, glaubt man in Kreisen der Werksplanung, daß einige hundert Einheiten pro Tag in der ersten Phase möglich sein werden. In Führungskreisen der BMW rechnet man in diesem ersten Abschnitt mit der Schaffung von etwa 600 Arbeitsplätzen.

■ Im weiteren Ausbau werden weitere Arbeitsplatzquoten dieser Größenordnung folgen. Das wird gerade im Hinblick auf den industrieschwachen Großraum Regensburg seitens des Stadtrates als vorteilhaft angesehen. Insgesamt soll eine Investition von 1,5 Milliarden Mark geplant sein, davon 160 Millionen für den ersten Bauabschnitt. Davon übernimmt nach den bisherigen Projekten die öffentliche Hand zwei Drittel, während für die Stadt Regensburg

eine Belastung von rund einem Drittel entsteht. Aufgrund der Bestimmungen hat BMW mit Zuschüssen zu rechnen, die etwa der Höhe der Erschließungskosten entsprechen.

■ Dem jetzigen Beschluß waren mindestens fünf Jahre lang Verhandlungen zwischen den interessierten Kreisen vorangegangen. Eingeschaltet waren nicht nur der Vorstand der Bayerischen Motorenwerke, sondern auch das bayerische Wirtschaftsministerium als Anteilseigner namens des Freistaates Bayern sowie Beauftragte der Stadt Regensburg. Das Tauziehen um einen neuen Standort für ein von BMW seit geraumer Zeit geplantes Zweigwerk entwickelte sich zu einem spannenden Drama. Die Experten des Automobilwerks ließen sich dabei Zeit, um feststellen zu können,

Artikel aus der Mittelbayerischen Zeitung Regensburg.

Interkommunale Zusammenarbeit

Seit Anfang des Jahres 1977 führt der Landkreis die Müllbeseitigung in allen Gemeinden durch. Zuvor musste jede Kommune eine eigene Mülldeponie unterhalten. Vertragsfirmen übernahmen das Sammeln und den Transport zur kreiseigenen Deponie Posthof bei Hohengebraching. 1979 war der Landkreis Gründungsmitglied des „Zweckverbandes Müllkraftwerk Schwandorf“, das 1982 in Betrieb ging. Damals wurde auch die Deponie Posthof für Hausmüllabfälle geschlossen. Zur Mülltrennung und -verwertung entwickelte der Landkreis schon früh ein Entsorgungskonzept, dessen Ziel die Wiederverwertung von Wertstoffen ist.

Das Müllkraftwerk in Schwandorf: Hier landet auch der Müll aus dem Landkreis.



Innerhalb des Landkreises hatten sich auf kommunaler Ebene bereits vor der Gebietsreform verschiedene Kooperationen zur gemeinsamen Bewältigung anstehender Aufgaben gebildet. So betreut die Realsteuerstelle des Landkreises die Einziehung der Steuern und Gebühren und erlässt Bescheide im Auftrag der beteiligten Gemeinden. Darüber hinaus betreibt sie für die Verbandsmitglieder ein Rechenzentrum sowie ein Geographisches Informationssystem (GIS).

Landrat Herbert Mirbeth war es, der im Oktober 2003 das Projekt „Interkommunale Zusammenarbeit“ am Landratsamt Regensburg unter dem Motto „Zusammenarbeit erhält Selbständigkeit“ initiiert hatte. Ziel der inzwischen landkreisübergreifenden Bearbeitung dieses wichtigen Themas ist es, weitere Kooperationen der Gemeinden zu unterstützen, neue Formen der Zusammenarbeit anzuregen, die Gemeinden zu beraten und dabei auch konkrete Möglichkeiten im Landkreis Regensburg zu untersuchen und deren Umsetzung zu begleiten. Im Wettbewerb der Regionen bei knapper finanzieller Ausstattung ist die Zusammenarbeit ein Instrument, Interessen zu bündeln, Aufgaben wirtschaftlicher zu erfüllen und den Service für die Bürger zu verbessern. Interkommunale Zusammenarbeit trägt dazu bei, die Selbständigkeit und Leistungsfähigkeit vor allem kleinerer Gemeinden auf Dauer zu erhalten.

Ein Vorzeigeprojekt für kommunale Zusammenarbeit im Landkreis Regensburg ist der Verein für Jugendarbeit: Er unterstützt das ehrenamtliche Engagement vor Ort mit seinen professionellen Kräften, die von den Gemeinden im Rahmen ihrer Mitgliedschaft eingesetzt werden können.

In drei Fällen haben benachbarte Standesämter fusioniert, um gemeinsam die anspruchsvollen Aufgaben



Der Verein für Jugendarbeit organisiert auch Jugendreisen wie hier zur O₂-World.

237

Spatenstich des gemeinsamen Gewerbegebiets Wörth-Wiesent.

besser und effektiver erledigen zu können. Dabei blieb für die ersten Bürgermeister die Möglichkeit erhalten, auch dann als Trauungsstandesbeamte tätig werden zu dürfen, wenn sich das Standesamt in der Nachbargemeinde befindet.

Ein noch jüngeres Beispiel für gelungene interkommunale Zusammenarbeit stellt der Zweckverband Gewerbegebiet Wörth-Wiesent dar. Er wurde 2010 anlässlich der Ausweisung eines gemeinsamen Gewerbegebietes gegründet. Das Gewerbegebiet liegt direkt zwischen der Stadt Wörth und der Gemeinde Wiesent. Beide gehören regionalplanerisch zum „Allgemeinen ländlichen Raum“ und sind als Unterzentrum mit der Funktion eines zentralen Doppelortes dargestellt. Neben den allgemeinen Zielsetzungen der Schaffung regionaler Arbeitsplätze und der Stärkung der regionalen Wirtschaft gehört auch die Schaffung adäquater Gewerbebestände zu den Aufgaben eines solchen Unterzentrums. Aufgaben, die sich die Kommunen Wörth und Wiesent im Zweckverband teilen.



Die lebenswerte Zukunftsregion: „Daheim“ im Landkreis Regensburg



Der Landkreis bietet viel Raum, um von der Hektik des Alltags abschalten zu können.

Günstiges Bauland und attraktive Landschaften locken vor allem junge Familien in den Landkreis.

Der Landkreis Regensburg kann neben der Stadt Regensburg als einzige Gebietskörperschaft in der Oberpfalz einen kontinuierlichen Einwohnerzuwachs aufweisen. Auch in den nächsten Jahrzehnten ist von einem positiven Bevölkerungssaldo auszugehen. Zuletzt blieb die Einwohnerzahl im Landkreis relativ konstant bei etwa 184.000 Menschen. Der Landkreis Regensburg ist damit einer der bevölkerungsreichsten im Freistaat Bayern.

Vergleicht man aktuell die 323 Landkreise Deutschlands, so steht er im Ranking auf Platz 24. Die Zukunftsstudie von PROGNOSE aus dem Jahr 2010 bescheinigt dem Landkreis Regensburg überdies hohe Zukunftschancen.

Die anhaltende Ausweisung von günstigem Bauland für junge Familien lockt auch diese Bevölkerungsgruppe aus der Stadt Regensburg in das Umland. Dennoch gibt es auch im Landkreis Regensburg per Saldo einen nachhaltigen Wandel in der Altersstruktur der Bevölkerung.

Die allgemeine Bevölkerungsprognose des Bayerischen Statistischen Landesamtes geht zwar von einem Zuwachs von 2,7 Prozent bis zum Jahr 2031 für den Landkreis aus. Allerdings wird dieser Zuwachs nur durch Zuwanderung erzielt, während die Geburten kontinuierlich zurückgehen.

Hinzu kommt der demographische Wandel, der dazu führen wird, dass der Anteil der älteren Bevölkerung ständig steigt.

Aus der Bevölkerungspyramide ist aktuell bereits eine Bevölkerungszwiebel geworden. Im Jahr 2031 wird daraus ein Bevölkerungspilz entstanden sein. Alle Altersgrup-

pen unter 65 Jahren werden demnach zurückgehen, während die Zahl der 65-Jährigen und Älteren überproportional um 65,3 Prozent ansteigen wird. Das Durchschnittsalter wird sich 2031 auf 47,3 Jahre erhöhen – 2011 waren es 42,5 Jahre.

Neben diesen allgemeinen Feststellungen ist der „Wohlfühlfaktor“ unter der ansässigen Bevölkerung auf jeden Fall spürbar. Die Gründe liegen auf der Hand: Die Wohnmöglichkeiten sind erschwinglich und bieten Originalität sowie vertraute Nachbarschaft, die Arbeitsplätze sind nahe oder direkt vor der Haustüre, die schulische und ärztliche Versorgung ist ausgezeichnet, die Freizeitmöglichkeiten sind vielfältig und kostengünstig.

Kurzum: Der Landkreis Regensburg bietet ein modern organisiertes Lebensumfeld, in dem aber der Einzelne private Ruhe und Abstand zur täglichen Hektik finden kann. Dies ist ein enorm wichtiger Zukunftsfaktor, der in einer zunehmend rasanter erscheinenden Welt wohl immer mehr an Gewicht bekommen wird.



» Auch in den *nächsten Jahrzehnten* ist von einem *positiven Bevölkerungssaldo* auszugehen.



Fünf Beispiele von Frauen und Männern, die gerne und aus Überzeugung im Landkreis Regensburg leben, mögen dies zum Abschluss dieser Publikation verdeutlichen.

Die Künstlerin

Renate Christin

240

„Ich bin in Regensburg aufgewachsen und bei meiner Heirat nach Oberndorf an die Donau gezogen. Nach dem Jahrhundert-Hochwasser 1965 wollten wir einfach weg, möglichst dahin, wo wir keine Angst vor der nächsten Flut haben mussten. Also am besten auf einen Berg.“ Renate Christin und ihr Mann fanden ihren Berg. Er liegt in Viehhausen, einem Ortsteil der Großgemeinde Sinzing. Bei einer Höhe von 440 Metern über dem Meeresspiegel relativiert sich zwar der Begriff „Berg“, aber hier besteht sicher nicht die Gefahr eines neuerlichen Hochwassers. Das Ehepaar baute 1967 auf 1.200 Quadratmetern Grund ein gemütliches Wohnhaus, dessen unbestrittener Mittelpunkt das Atelier ist. In diesem Licht durchflutenden Raum – gut fünfzig Quadratmeter groß – arbeitet die renommierte Künstlerin. Eine Staffelei benützt sie nicht, sie arbeitet meist „auf dem Boden“.



Viehhausen ist die geschätzte Heimat der Künstlerin Renate Christin.

Eine „Besessene“ ihrer Kunst

So entstehen Werke, die überall auf der Welt gezeigt werden: In Deutschland sowieso, in Frankreich, Skandinavien aber auch in der Ukraine, in den USA und Australien. Renate Christin, eine „Besessene“ ihrer Kunst, darf als Kosmopolitin bezeichnet werden. Die attraktive, schlanke Frau mit dem erfrischend roten Haarschopf kann sich in mehreren Sprachen verständigen. Gelernt hat sie diese meist dadurch, dass sie sich zum Beispiel als Leiterin des „Internationalen Kunstforums Schloss Eichhofen“ mit italienischen Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmern unterhalten wollte oder, dass sie ein Kunstsymposium in Frankreich halt lieber besucht, wenn sie die Landessprache beherrscht.

Renate Christins künstlerisches Thema ist noch immer größtenteils Europa. Sie bedauert, dass dieser Gedanke in der jüngeren Vergangenheit vielfach auf das Zah-

lungsmittel Euro reduziert wird – sie begreift Europa als größeren Zusammenhang. Und sie sieht für Künstlerinnen und Künstler auch die Aufgabe, Grenzen zu überschreiten und neue Erlebnisräume zu eröffnen. Ein Europa ohne Grenzformalitäten konnte sie sich in den Jahren vor 1990 noch gar nicht vorstellen, deshalb begrüßt sie den Fortschritt im Zusammenwachsen Europas nicht nur aus politischer, sondern auch aus menschlicher Sicht.

In „ihrem Viehhausen geerdet“

Als Künstlerin mit weltweitem Netzwerk wurde sie etwa von 2002 bis 2008 zur Vorstandsvorsitzenden der „Internationalen Gesellschaft der Bildenden Künste“ gewählt. Seit 2010 ist sie 1. Vorsitzende im Kunstverein GRAZ in Regensburg. Sie möchte die Zusammenarbeit mit den Künstlerinnen und Künstlern aus der ganzen Welt nicht missen, obwohl ihre Arbeit dabei zeitweise zu kurz kam. Die vielen Werke in ihrem Atelier und an den Wänden im ganzen Haus lassen jedoch erkennen, dass Renate Christin jede nur mögliche Zeit, vor allem aber die Einladungen zu Symposien, nützt, um ihre kreativen Ideen umzusetzen. Die Geschichten, die sie zu ihren Bildern erzählen kann, deuten dabei auf den Ort und die Begegnungen hin, die dieses Werk entstehen ließen.

Renate Christin allerdings ist in „ihrem Viehhausen geerdet“. Sie vermittelt glaubhaft, dass sie, inklusive Ehemann, zwei Katzen und einem Hund, nirgendwo anders leben möchte. Die Nachbarn sind „die Besten von der Welt“ und in der Stadt könnte sie sich „niemals so ein Atelier leisten“. Lebensmittel, Bäcker, Metzger und Bank „gibt es um die Ecke“. Wenn es sein muss auch einen Arzt. „In der Welt zuhause – in Viehhausen daheim“, so möchte sie verstanden werden.

» In der *Welt zuhause* –
in Viehhausen daheim



Der Mittelständler

Franz Greipl

242

Das Elternhaus steht am Kirchplatz 6 mitten in Hemau. Verbunden damit war über lange Jahre die Verpflichtung oder auch das Recht, die Kirchenglocken zu läuten. „Ich habe das Haus wieder hergerichtet. Mit eigenen Händen – Stein für Stein. Das hat mir gefallen. Weil – ich bin ja vom Fach. In dem Haus ist auch noch eine gotische Decke drin. Das findet man sonst nicht mehr.“ Franz Greipl sitzt am ausladenden Esstisch seines neuen Hauses, das er im Jahre 2000 im Baugebiet Nordost 3 in Hemau für sich und seine Familie gebaut hat.

Das karierte Hemd passt zu ihm – wiewohl er etwa als Vizepräsident der Handwerkskammer Niederbayern/Oberpfalz manchmal wohl auch eine Krawatte tragen muss. Franz Greipl redet „unverstellt“ und ohne Schnörkel. Er scheint zu den weniger werdenden Menschen zu gehören, denen rhetorische Taktik zuwider ist. Auf jeden Fall hat er aber schon bewiesen, dass er das Leben anpackt. Der Vater hatte den Drittgeborenen als Hoferben ausersehen. „Das war halt damals so. Da hat man auch nicht widersprochen.“ Zur weiteren Sicherheit war eine Lehre als Maurer ausgemacht – auch diese Vorgabe absolvierte der junge Mann ohne Murren – „gerne sogar. Die Arbeit als Mauerer hat mir immer gefallen.“

Als der alte Bauer krank wurde übernahm Franz Greipl „selbstverständlich“ den Hof. Bald wurde aber klar, dass dies keine tragende Perspektive war, obwohl seine Frau auch aus der Landwirtschaft kommt. Die beiden heirateten sehr jung – er 21, sie 19 Jahre. Es ging bald hin und her – Landwirtschaft, Arbeit als Mauerer, wachsende Familie, vier Kinder schließlich. Und parallel dazu immer mehr: Die Kolpingfamilie, das Ehrenamt. Franz Greipl war mit 18 Jahren bereits Vorsitzender der Kolpingfamilie in Hemau – der Jüngste in ganz Deutschland. Dieses bisher anhaltende Engagement nennt er ohne großes Pathos „die Berufung,

die praktisch mein ganzes Leben bestimmt hat. Man hat da so viel gelernt – Organisation, mit Menschen umgehen, Verantwortung übernehmen.“

„Wenn sich eine Chance bietet, dann ergreife sie“

Beruflich absolvierte er die Weiterbildung als Maurerpolier, schloss die Meisterschule in Ansbach ab und wurde schließlich Betriebswirt des Handwerks. „Das war schon eine harte Zeit. Neben der Arbeit und dem Ehrenamt – jede Minute Freizeit investieren. Aber – mich hat das ja alles interessiert.“

Greipls Motto lautet: „Sei zufrieden mit dem, was ist. Aber wenn sich eine Chance bietet, dann ergreife sie.“ Das tat er auch an Weihnachten 2008. Der Chef der Lappersdorfer Baufirma, bei der Greipl als leitender Angestellter tätig war, bot ihm diese Firma an – zwanzig Leute inklusive.

„Bevor ich heim bin, hab ich an der Raiffeisenbank hier in Hemau gehalten. Dort hab ich gesagt: Ihr kennt mich. Packen wir das oder nicht?“ Nach der positiven Antwort fuhr er nach Hause und redete mit seiner Frau. Als die auch „ja“ sagte, hat Greipl die Firma ein paar Tage später übernommen. Das Bauunternehmen Spitz beschreibt er heute als „sehr gesund“, die Arbeitnehmer und er „sind eine Familie, wo jeder seine Aufgabe hat. Da ist jeder gleich viel wert“.

In den jüngeren Jahren hat sich Franz Greipl zusätzlich als Vizepräsident der Handwerkskammer Niederbayern/Oberpfalz Ansehen erworben. Hier ist er etwa hundert Mal im Jahr unterwegs in Niederbayern und der Oberpfalz. Hemau bleibt dabei aber der Mittelpunkt. Allerdings, „wer weiß, was noch kommt, wenn man älter wird. Zwei der Kinder sind schon ins ehemalige Elternhaus am Kirchplatz gezogen.“



Im Herzen von Hemau steht das Elternhaus von Franz Greipl.



Einstweilen genießt er die tägliche 30-Minuten-Auto-fahrt von Hemau nach Lappersdorf zur Arbeitsstelle. Wenn er ins Auto steigt, dann fährt der „Heimatcomputer“ langsam herunter. Auf der Fahrt denkt er dann an die vielen „Baustellen“, die auf ihn warten. Wenn er dann aus dem Wagen steigt, „ist der Arbeitscomputer voll herauf gefahren“.

Am Abend läuft die Prozedur dann umgekehrt. „Daheim dann kann ich vollkommen abschalten. Und darauf bin ich wirklich stolz.“

» *Daheim dann kann ich vollkommen abschalten.*

Der Unternehmer

Volker Kronseder

Im sechsten Stockwerk des KRONES-Hochhauses auf dem Neutraublinger Unternehmensgelände arbeitet die fünfköpfige Vorstandsriege. Die Atmosphäre ist großzügig, funktional, unaufdringlich gediegen. Schwere Teppiche und massige Ledersessel wären hier ein Fremdkörper. Vielmehr sind die wenigen Bürotüren geöffnet – auch diejenige des Vorstandsvorsitzenden. Volker Kronseder vermittelt einen Raum füllenden, souveränen Eindruck. Egal, ob hier im Büro oder wohl auch bei internationalen Verhandlungen.

Der gelernte Wirtschaftsingenieur repräsentiert auf selbstbewusste Weise ein Unternehmen mit weltumspannender Präsenz. Mehr als 11.000 Mitarbeiter erwirtschaften einen Jahresumsatz von knapp 2,5 Milliarden Euro – KRONES gilt als Weltmarktführer im Bereich von Getränke- und Verpackungsmaschinen. Den Oberpfälzer Dialekt hat Kronseder weitgehend beibehalten – zumindest beim Gespräch in seinem Büro. Das Jackett zieht er an, als die Fotoaufnahmen anstehen. Volker Kronseder gibt sich unverkrampft, trifft den Ton zwischen professionellem Auftritt und glaubhafter Verwurzelung in der Umgebung. Sentimentalitäten sind in der Vorstandsetage natürlich nicht an der Tagesordnung.

„Ich bin ein begeisterter Neutraublinger“

Zu seinem persönlichen Umfeld meint Kronseder allerdings überzeugt: „Ich bin ein begeisterter Neutraublinger. Ich bin sogar einer derjenigen, die hier – im Schlangenbau – geboren sind, nicht in einer Regensburger Klinik. Meine Kindheit war ein Traum. Das Gelände des ehemaligen Militärflugplatzes – ein idealer Abenteuerspielplatz für uns Buben.“

Nach dem Studium in München stieg Volker Kronseder 1981 in das von seinem Vater Hermann gegründete und höchst erfolgreich ausgebaute Unternehmen

ein. Der „leidenschaftliche“ Neutraublinger lernte die ganze Welt kennen – inklusive eines zweijährigen Aufenthalts bei einer Tochterfirma in Brasilien.

Nachdem er zusammen mit seiner jungen Ehefrau in die Heimat zurückgekehrt war, suchten sie von einem Neutraublinger Reihenhauses nach einem Baugrundstück: „Überall im Landkreis Regensburg.“ Gelandet sind die beiden dann bei einem Grundstück „etwa fünfhundert Meter von dem Reihenhauses entfernt“. Hier fühlt sich Kronseder zusammen mit seiner Frau und den beiden Kindern ausgesprochen wohl.

Teile seiner Freizeit verbringt der Kunstsammler immer wieder auf dem Motorrad. Auch dies „leidenschaftlich“ – zusammen mit zwei Freunden fuhr er zum Beispiel im Sommer 2007 per Motorrad über 11.000 Kilometer bis nach China. Es müssen aber nicht immer diese großen Touren sein: „Von hier aus ins herrliche Donautal, in den Bayerischen Wald – man entdeckt dabei immer wieder neue Wege.“ Und auch die Nachbarstadt Regensburg mag Kronseder sehr: „Diese kleinen Gassen, die alten Häuser – das ist doch einfach wunderbar.“

Dass dagegen die aus dem Boden gestampfte Vertriebensiedlung Neutraubling etwas karg aussieht, weist Kronseder „entschieden“ zurück: „Schauen Sie doch nach Neuperlach in München – da lobe ich mir doch Neutraubling wirklich. Hier ist alles geordnet, übersichtlich.“

Überhaupt Neutraubling: Kronseder ist natürlich in erster Linie der Unternehmer und Steuerzahler, für den wichtig ist, „dass hier eine hervorragende Verwaltung ist. Man denkt industriefreundlich und es herrscht in Neutraubling dieser Gründergeist der Nachkriegszeit – immer noch.“ Man nimmt es Volker Kronseder ab, dass er seine Heimatstadt nicht nur wohlwollend betrachtet, sondern dass er sich als Bestandteil von ihr fühlt.



In Neutraubling (hier der Schlangenbau) hat Volker Kronseder seine Kindheit verbracht.



» Die *jungen Leute* hier aus dem ländlichen Raum haben noch ein *gesundes Verhältnis zur Leistung*.

Die Neutraublinger Clique der Jugend besteht noch, ein Freundeskreis, der noch bis in die gemeinsame Schulzeit zurück reicht. Dazu schätzt der Firmenchef das vertraute Umfeld - „ich habe ja genug von der Welt gesehen“.

In der Tat: Es gibt kaum eine Region, in der die KRONES AG nicht schon Getränkeabfüllanlagen gebaut hat. Dies wohl auch deshalb, weil überall getrunken wird. „In Brasilien hat mir das Bier auch geschmeckt“ - so der Unternehmer mit Bodenhaftung in Neutraubling. Dies gilt auch für den Nachwuchs im Unternehmen.

„Die jungen Leute hier aus dem ländlichen Raum haben noch ein gesundes Verhältnis zur Leistung. Auch insofern gibt es keinen idealeren Standort. Hier ist ja alles - die ganze Infrastruktur: Schulen, Ärzte, Geschäfte - und die Multi-Kulti-Gesellschaft ohnehin. Dazu kommt die herrliche Landschaft vor der Haustüre. Nein, ich möchte nirgendwo anders leben.“

Und auch noch ein persönliches Credo fügt er eher augenzwinkernd an: „Hier kann man noch ohne Ampel auf die Autobahn kommen. Wo finden Sie das sonst noch?“

Der Ex-Politiker

Albert Schmid

„Am Sonntag um 11.00 Uhr ist Stammtisch beim Zeitler – schon seit ich Abitur gemacht habe. Da sind wir dann schon zehn, manchmal zwölf Freunde aus der Jugend.“ Albert Schmid sagt dies sichtlich stolz. „Man hat damals ja auch nicht gewusst, dass das so lange hält.“ Der Stammtisch gehört für Schmid ebenso zur lebenswerten Heimat wie etwa der Bahnhof von Laaber. „In fünfzehn Minuten bin ich in Regensburg. Ich fahre ausgesprochen gerne und viel mit dem Zug, schon seit ich Fahrschüler war.“

Albert Schmid lebt zusammen mit seiner Ehefrau in einem stattlichen Wohnhaus in der Nähe des Bahnhofes. Die beiden kennen sich schon aus gemeinsamen Kinderzeiten, sozusagen aus der Nachbarschaft.

„Hier saß auch schon Gerhard Schröder“

Im großzügigen Wohnzimmer steht ein ausladender Tisch mit acht Sitzgelegenheiten – man könnte hier durchaus eine Konferenz abhalten. Die Wände zeigen stimmig ausgewählte Arbeiten von regionaler Malerprominenz: Otto Baumann, Xaver Fuhr, Rupert Preißl. In der „Lesecke“ findet ein edler Schreibtisch Platz, zum Plaudern sind kleine Sofas um einen Serviertisch platziert. „Hier saß auch schon Gerhard Schröder – und manch andere.“ Albert Schmid ist mit den prominenten Gestaltern aus Politik und Kirche vertraut. In manchen Funktionen war, respektive ist er, noch dabei: Als Vorsitzender der Katholiken in Bayern etwa.

Zum ehemaligen Papst Benedikt XVI. gibt es enge Tuchfühlung. Nicht nur die sehr persönlichen Fotos auf einem Bord im Wohnzimmer weisen darauf hin. Schmid pflegt zusammen mit dem Papst und dessen Bruder „einen kleinen Lesezirkel“.

Der ehemalige Professor Ratzinger liest dabei regelmäßig bis zu einer bestimmten Seite in einem Buch,

Albert Schmid trägt diesen Teil dann dem sehbehinderten Bruder Georg vor: Schließlich diskutieren sie zu Dritt über die Inhalte. Dazu gibt es regelmäßige Termine.

Albert Schmid wurde einmal als Kandidat für den deutschen Botschafterposten in Rom genannt. Zweifellos wäre er dafür eine „Idealbesetzung“ gewesen: Seine Erfahrung von der Kommunalpolitik bis hin zum Staatssekretär im Bundeskabinett, sein juristischer Schliff und auch sein Auftreten. Schmid sieht aus wie ein Musterdiplomate: Korrekt vom Scheitel bis zur Sohle – inklusive Einstecktuch.

Albert Schmid ist 1945 in Laaber geboren. Er erfuh das dörfliche Leben in vielerlei Facetten: Übersichtliches Umfeld, vertraute Menschen, unverstellte Nachbarschaft. In der Jugend zogen die Eltern in die Stadt Regensburg um. Schmid studierte hier und in München Jura, promovierte und absolvierte eine steile Karriere: Mit 26 Jahren bereits Bürgermeister in Regensburg, dann Staatssekretär im Bundesbauministerium, Generalsekretär der SPD in Bayern und Fraktionschef im Bayerischen Landtag, schließlich Präsident des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Nürnberg. Daneben auch Rechtsanwalt – jetzt die Arbeit als Vorsitzender der Katholiken in Bayern mit ständigem Büro in München.

Woanders wohnen? – „Nicht vorstellbar“

Albert Schmid blieb allerdings während aller Funktionen seiner Heimatgemeinde Laaber verbunden. Hier baute er das Elternhaus 1983 um und aus, war im Marktgemeinderat aktiv und konnte sich „überhaupt nicht vorstellen“, woanders zu wohnen. Er lobt die „Infrastruktur“ des Ortes mit seinen gut fünftausend Einwohnern. „Hier ist alles vorhanden – von den Ge-



Das malerische Laaber:
Hierhin zog es Albert Schmid
immer wieder zurück.

» Übersichtliches Umfeld, *vertraute Menschen*, *unverstellte Nachbarschaft.*

schäften bis zu den Ärzten. Optimal. Und dann die Bahnanbindung.“

Auf die Bahn kommt Schmid immer wieder zu sprechen. Sie bringt ihn nahezu überall hin, wo er gebraucht wird oder wo er Kontakte suchen muss.

Nach dem Regierungswechsel in Bonn und seinem Ausscheiden aus dem Bundeskabinett hatte Schmid nach eigener Aussage auch das Angebot, ins Kabinett von Nordrhein-Westfalen zu wechseln.

Dann beschloss er aber zusammen mit seiner Frau, wieder in die alte Heimat zurück zu kehren. Hier sollten die Töchter aufwachsen, in einer Umgebung, in der auch sie die gute Chance hatten, Heimat zu finden. Und Schmid sagt dazu auch ein wenig zu sich selbst: „Auch ich wollte über die Kinder einen Teil meiner Jugend wiederholen.“ Dabei sieht Albert Schmid sehr zufrieden und mit sich im Reinen aus.



Die Schlosssanierer

Maria und Robert Solleder

Die 1.600 Einwohner der Gemeinde Duggendorf im Nordwesten des Landkreises leben beschaulich in 19 Ortsteilen mit Namen wie: Auf'nberg, Biersackschlag, Judenberg oder auch Heitzenhofen oder Hochdorf. Und es gibt darüber hinaus das 200-Einwohner-Dorf Wischenhofen mit seinem Platz greifenden Schloss.



Duggendorf liegt idyllisch an der Naab und begeistert das Ehepaar Solleder nach wie vor.

Die imposante Hofmark aus dem 16. Jahrhundert war einst im Besitz von hochherrschaftlichen Familien gewesen – derer der Grafen von Drechsel von Teuffstetten etwa oder der Familie von Königsfeld.

Während des 30-jährigen Krieges (1618-1648) wurde das Gemäuer weitgehend zerstört und erst Ende des 17. Jahrhunderts wieder aufgebaut. Das zweigeschossige Mansardendach kam im 18. Jahrhundert auf den Baukörper. Irgendwann wurde das Schloss in zwei Hälften aufgeteilt und die Vorfahren von Maria Solleder übernahmen 1831 den einen Teil.

2001 konnten Maria und ihr Ehemann Robert Solleder dann „durch eine glückliche Gelegenheit“ die zweite Hälfte des Bauwerkes dazu erwerben – und haben sich damit einen Haufen Arbeit aufgeladen.

„Wenn ich das damals gewusst hätte“, so der spätere Bauherr Robert Solleder, „dann hätte ich es mir vielleicht schon überlegt.“ So ganz glaubt er das aber wahrscheinlich trotz etwa zweitausend Arbeitsstunden wohl selber nicht. Denn das Ergebnis der Sanierungsanstrengungen von Mai 2007 bis August 2008 kann sich wirklich sehen lassen.

Vom Landkreis mit dem Denkmalpreis ausgezeichnet

Das Bauwerk ist derart überzeugend gelungen, dass es einen Denkmalpreis des Landkreises Regensburg erhalten hat und jetzt von einem jungen Künstler-

paar bewohnt und als auch als „Kulturraum“ genutzt wird. Bilder von Vivian Middelmann entstehen hier und werden ausgestellt, Musik des Komponisten und Pianisten Eckart-Matthias Seek ist zu hören. Die beiden Künstler aus dem „hohen Norden“ haben hier eine stilvolle Wohnung gefunden.

Aus einer Maueröffnung kann man sogar in die angebaute Kapelle blicken – dies ist schon eine echte Besonderheit.

„War genug in ganz Deutschland unterwegs“

Die eigentlichen Hausherrn wohnen gleich gegenüber in einem moderneren Gebäude. Hier wie dort ist aber für die Solleders der dörfliche Charakter von Wischenhofen entscheidend. Beide möchten nirgendwo anders leben. Der ehemalige Verkaufsleiter „war genug in ganz Deutschland unterwegs“ und seine Frau kann es sich „sowieso nicht anders vorstellen“.

Hier ist für beide die Welt in Ordnung: Der Bäcker kommt jeden Tag außer Donnerstag, die restlichen Besorgungen werden in Kallmünz erledigt. Und: Der nach Meinung seiner Frau „Vereinsmeier“ Robert Solleder fühlt sich wohl bei den Fußballern von der DJK Duggendorf, bei den Tennisspielern, bei der Feuerwehr, war mal im Gemeinderat – und so weiter.

„Wir brauchen das dörfliche Leben, die Idylle, die vertraute Nachbarschaft – und nicht zuletzt auch die herrliche Ruhe.“ Und dann gibt's auch noch den ausladenden Blick in eine naturnahe Landschaft. Bei Fönwetter reicht dieser von Wischenhofen bis zum Arbergipfel in den Bayerischen Wald hinein. Und wenn's diesig ist, zaubert der aufsteigende Nebel aus dem wunder- und wanderbaren Naabtal der Gegend einen leicht mystischen Unterton hervor.

» *Wir brauchen* das dörfliche Leben, die Idylle,
die vertraute Nachbarschaft –
und nicht zuletzt auch die *herrliche Ruhe*.



Impressionen von den Jubiläumsfeierlichkeiten

Rückschau auf 40 Jahre Gebietsreform im Landkreis Regensburg

40 Jahre Landkreis Regensburg – dieses historische Ereignis hatte bereits im Vorfeld den Organisatoren im Landratsamt in Zusammenarbeit mit Gemeinden, Institutionen und Verbänden akribische Vorbereitung abverlangt.

Als zentraler Veranstaltungstag des Jubiläumjahres 2012 wurde der 1. Juli gewählt: An genau diesem Tag vor vierzig Jahren war der Landkreis Regensburg im Zuge der Gebietsreform neu gegründet worden. Daran erinnerte Landrat Herbert Mirbeth in seinem Festvortrag vor über 200 Gästen in der Aula der Realschule Obertraubling, zu denen auch Regierungspräsidentin Brigitta Brunner und Landrat a. D. Rupert Schmid gehörten. Eine sehr bemerkenswerte Ehrung wurde dabei Maria Eichhorn sowie Otto Gascher zuteil: Beide Kommunalpolitiker gehören bereits seit 1972 dem Kreistag an und wurden dafür von Landrat Herbert Mirbeth ausgezeichnet.

Was die Gebietsreform 1972 für die betroffenen Bürger bedeutet hatte, machten die Erfahrungsberichte von Zeitzeugen deutlich, die im Jubiläumsjahr 2012 bei den drei Gebietsveranstaltungen in Beratzhausen, Kallmünz und Schierling zu Wort kamen. Bewusst hatte man diese Veranstaltungen in den ehemaligen Eingliederungsgebieten abgehalten, wo damals wichtige Entscheidungen anstanden. So gaben die Aussagen dieser Zeitzeugen Einblicke in eine sehr turbulente Zeit, als die Entscheidung über die Zugehörigkeit zu diesem oder jenem Landkreis ebenso ausgiebig wie emotional in Für und Wider abgewogen worden war.

Bei der zentralen Jubiläumsveranstaltung am 1. Juli 2012 schnitt Landrat Herbert Mirbeth unter den Augen der geladenen Festgäste die Geburtstagstorte an.



Landrat Herbert Mirbeth ehrt die Kreisräte Maria Eichhorn und Otto Gascher (ganz oben).

Landrat a. D. Rupert Schmid bei der Festveranstaltung in Obertraubling (oben).



Die Wanderausstellung tourte durch die Landkreisgemeinden und rief bei den Betrachtern so manche Erinnerungen wach.

Zeitzeuge Oswald Freidl erzählte über die Zeit der Gebietsreform im westlichen Landkreis.



251



Zum Jubiläum gab die Donaupost eine Sonderbeilage heraus.

Die Blaskapelle Beratzhausen spielte bei der ersten Gebietsveranstaltung in Beratzhausen auf.



252 Landrat Herbert Mirbeth mit
Zeitzeuge Ludwig Pöringer bei der
Gebietsveranstaltung in Kallmünz
(oben links).

Kallmünz' Altbürgermeister Siegfried
Bauer berichtete über die damaligen
Ereignisse (oben rechts).

In Schierling fand die letzte der
drei Gebietsveranstaltungen statt
(unten).

Mitglieder des örtlichen Vereins
für Heimatpflege in historischen
GennBhenkher-Kostümen (rechts).



Beim Tag des offenen Ateliers öff-
neten Künstler für Interessierte ihre
Werkstätten und Ateliers (rechts).



Erinnerungen an die Zusammenhänge der Gebietsre-
form von 1972 waren auch Gegenstand der Wander-
ausstellung, die vom Kulturreferat des Landkreises mit
der Kreisarchivpflege und 22 Gemeinden erarbeitet
und in den jeweiligen Orten gezeigt wurde. Gemein-
sam mit dem Berufsverband Bildender Künstler Nieder-
bayern/Oberpfalz veranstaltete das Kulturreferat
zudem einen Tag des offenen Ateliers, an dem Künst-
ler in zwölf Werkstätten und Ateliers im Landkreis Ein-
blicke in ihr Schaffen ermöglichen. Diverse andere



Ausstellungen – zum Beispiel 40 Jahre Obst- und Gartenbauvereine im Landkreis oder Zeitzeugenberichte aus der ehemaligen Kreisberufsschule – verschafften dem Besucher einen Eindruck über den Wandel, der sich über all die Jahre auf verschiedenen Ebenen vollzogen hat.

Nach der zentralen Veranstaltung am 1. Juli sollte der zweite Höhepunkt des Jubiläumsjahres am ersten Oktobersonntag in Hemau ein richtiges Fest für die gesamte Bevölkerung im Regensburger Land werden. In Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Bauernverband richtete der Landkreis in der Hemauer Tangrintelhalle einen diesmal auf einen Tag konzentrierten Regionaltag ganz im Zeichen des Erntedanks aus. Dieser begann traditionell mit einem Gottesdienst und setzte sich anschließend bei einem Rundgang an Ständen regionaler Anbieter vorbei fort. Neben Kostproben aus dem Regensburger Land gab es Vorführungen, Aktionen wie Baumzusägen oder Kinderschminken für die vielen Gäste, die auch aus den angrenzenden Landkreisen nach Hemau gekommen und begeistert waren.



253



Ob liebevoll gestaltete Blumenarrangements oder regionale Seifen und Liköre, ob selbst gemachte Handarbeiten oder künstlerische Darbietungen mit der Baumsäge: Beim Regionaltag gab es viel zum Sehen, Hören, Staunen und Genießen.



Ob Alt oder Jung – beim Landkreisfest trafen sich Bürger aus dem gesamten Landkreis (Bilder links).

Dem Landkreis-Fest für die ganze Familie schloss sich zum Ende des Jubiläumsjahres symbolisch eine Aktion für die ganze Landkreis-Familie an. Vertreter aller 41 Gemeinden des Landkreises pflanzten hierfür gemeinsam mit Landrat Herbert Mirbeth in Lappersdorf beim neuen Kreisverkehr oberhalb des Gymnasiums 42 junge Eichenbäume. Sie werden den Landkreis auch noch für die nächsten 30 Generationen sichtbar repräsentieren.

Nur einen Steinwurf davon entfernt wurde am gleichen Tag das neue Gymnasium Lappersdorf eingeweiht und nur wenige Stunden später führten Vertreter der ersten Schüलगeneration an einem „Tag der offenen Tür“ interessierte Bürger durch die neuen Räume dieser hochmodernen Schule. Diese hatte der Landkreis ohne Nettoneuverschuldung in Rekordzeit fertig gestellt. Auch die Stätte dieses letzten Programmpunkts der Jubiläumsfeierlichkeiten hatte etwas Symbolhaftes: Hier war etwas für die kommenden Generationen unseres Landkreises geschaffen worden – hätte das Jubiläumsjahr gelungener enden können?



Bei der Baumpflanzaktion griff Landrat Herbert Mirbeth ebenso wie die Vertreter der 41 Landkreisgemeinden zur Schaufel (rechts).

Musik durfte beim Landkreisfest nicht fehlen (ganz rechts).





Schüler und Ehrengäste freuten sich gemeinsam bei der Einweihung über den gelungenen Gymnasium-Neubau in Lappersdorf.

Mithilfe einer großen „40“ aus Baumstämmen wurde das Landkreis-Jubiläum am rande des Mitarbeiterfest des Landratsamts in Szene gesetzt.





256

Die Autoren



Dr. Rudolf Ebneht

Ehemaliger Pressesprecher der BMW-Werke Regensburg/Wackersdorf

Geboren 1947 in Hackenberg (jetzt Gemeinde Bernhardswald)

Ab 1968 Studium Neuere Geschichte, Politikwissenschaft, Historische Hilfswissenschaften in Regensburg und Wien, 1975 Promotion (Dr. phil.), 1975-1986 Tätigkeiten an den Universitäten Augsburg und Regensburg, ab 1976 Pressereferent und persönlicher Assistent des Regensburger Universitätspräsidenten Dieter Henrich, später beim Nachfolger Hans Bungert; 1986-2008 Leiter Presse-, Öffentlichkeitsarbeit und Mitarbeiterkommunikation BMW Werke Regensburg/Wackersdorf)



Bernhard Fuchs M.A.

Geboren 1986 in Weiden

1996 bis 2005 Besuch des Kepler-Gymnasiums in Weiden. 2005 bis 2011 Studium der Geschichte, der Politikwissenschaft und der Tschechischen Sprache an der Universität Regensburg. Schwerpunkte: Bayerische Landesgeschichte und bayerisch-böhmische Geschichte. 2010 bis 2013 Studium der Internationalen Volkswirtschaft mit Ausrichtung auf Mittel- und Osteuropa an den Universitäten Regensburg und Budapest. Beteiligung an einigen Editionsprojekten. Mehrere Publikationen zur Geschichte der Stadt Regensburg und der nördlichen Oberpfalz.



Heiner Hagen

Redakteur und Fotograf bei den Tangrintler Nachrichten

Geboren 1965 in Hemau

Studium der Politik und Geschichte an der Universität Regensburg.

Heiner Hagen erlernte das Journalistenhandwerk bei der Mittelbayerischen Zeitung in Regensburg, Cham, Kötzting und Schwandorf und arbeitete anschließend als Redakteur ein Jahr bei BILD in München.

Der gebürtige Hemauer lebt heute mit seiner Familie in Regensburg und arbeitet neben seiner Tätigkeit für das Tangrintler Medienhaus in der Region als freier Journalist, Texter und Fotograf.



Roman Lindner M.A.

Geboren 1984 in Mallersdorf im Landkreis Straubing-Bogen
Nach dem Abitur am Burkhart-Gymnasium in Mallersdorf-Pfaffenberg 2003 Studium der Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Regensburg. Studienschwerpunkte waren die Bayerische Landesgeschichte und Mittelalterliche Geschichte, sowie Internationale Politik und der Vergleich der westlichen Regierungssysteme. Magisterarbeit zur Gebietsreform im Landkreis Regensburg der 1970er Jahre bei Prof. Dr. Bernhard Löffler, Inhaber des Lehrstuhls für Bayerische Landesgeschichte. Abschluss 2012.



Herbert Mirbeth

Landrat des Landkreises Regensburg seit 2002

Geboren 1948 in Hemau

Ausbildung zum Diplom-Verwaltungswirt (FH) beim damaligen Landratsamt Parsberg, anschließend Tätigkeit im damaligen Landratsamt Beilngries. 1971 Wechsel ans Landratsamt Regensburg (Hochbauabteilung). Dort Leiter der Sachgebiete „Bauplanungsrecht und Untere Landesplanungsbehörde“ (1982) sowie der „Kommunalaufsicht“ (1985). 1990 Wahl zum Bürgermeister von Hemau. Von 1994 bis 2002 CSU-Abgeordneter im Bayerischen Landtag. Seit 2002 Landrat.

Herbert Mirbeth wirkte auch als Journalist und gründete 1977 die Wochenzeitung „Tangrintler Nachrichten“, die mittlerweile von einem seiner Söhne geführt wird.



Birgitt Retzer

Redakteurin, Sachgebiet Presse- und Öffentlichkeitsarbeit am Landratsamt

Geboren 1962 in Regensburg

Birgitt Retzer studierte Deutsch und Sport für Lehramt Realschule an der Universität Regensburg. 1987 Beginn eines Redaktionsvolontariats bei der Mittelbayerischen Zeitung Regensburg mit Station in den Lokalredaktionen Kelheim und Amberg. Anschließend bis 2000 Tätigkeit als Redakteurin in der Sportredaktion der Mittelbayerischen Zeitung. Nach familiärer Pause und freier journalistischer Tätigkeit Wechsel ans Landratsamt Regensburg in die Pressestelle, Sachgebiet Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Redaktionelle Mitwirkung an mehreren Publikationen des Landratsamtes, unter anderem Bücher, Broschüren und Imagefilm des Landkreises.



Markus Roth

Dipl. Geograph, Pressesprecher am Landratsamt

Geboren 1980 in Regensburg

Markus Roth studierte Geographie, Öffentliches Recht, Geschichte und Politik an der Universität Regensburg. Während seines Studiums war er Stipendiat in der journalistischen Nachwuchsförderung der Hanns Seidel Stiftung, freier Mitarbeiter bei den Tageszeitungen Donaupost/Straubinger Tagblatt, Neuer Tag und Nürnberger Nachrichten sowie studentischer Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie. Von 2007 bis 2008 war Roth Projektmanager beim Regionalmarketing Oberpfalz. Seit 2008 leitet Roth die Öffentlichkeitsarbeit im Landratsamt Regensburg und ist damit verantwortlich für alle Publikationen der Behörde.



Siegfried Schulz

Leiter der Hauptverwaltung und Personalchef im Landratsamt Regensburg

Geboren 1950 in Schönhofen

Seit 1966 im Landratsamt Regensburg beschäftigt, hier seit 1987 Leiter der Hauptverwaltung. Siegfried Schulz hat in seiner beruflichen Laufbahn mit Leonhard Deininger, Rupert Schmidt und Herbert Mirbeth bereits drei Landräte erlebt und war bei der Gebietsreform 1972 auf Verwaltungsseite unmittelbar Zeuge der organisatorischen Planungen.

1994 wurden ihm zusätzlich die Leitung der Abteilung Zentraler, Service, Steuerung und Finanzen übertragen. Heute ist Schulz verantwortlich für Personal, Organisation und für die Geschäftsstelle für die Beschlussgremien Kreistag und Kreisausschuss.



Reiner Vogel

Rundfunkjournalist beim Bayerischen Rundfunk in Regensburg

Geboren 1953 in Regensburg

Nach dem Studium der Betriebswirtschaft Tätigkeit als Journalist und Moderator beim BR. Autor ausgewählter Veröffentlichungen zum Landkreis Regensburg: Hermann Höcherl, Annäherung an einen politischen Menschen, Verlag Friedrich Pustet, Regensburg, 1988 Leonard Deininger, ein Leben am Steuerrad des Landkreises Regensburg, Buchverlag der Tangrintler Nachrichten, Hemau, 1999;

111 Orte in Regensburg und Umgebung, die man gesehen haben muss, Emons-Verlag, Köln, 2013



260

Bildnachweis

Das Jahr 1972 im Rückblick: S. 12: Bild: Landratsamt, Resi Beiderbeck mit freundlicher Genehmigung der Familien Höcherl / Ebenbeck; S. 13: Archivbild, Landratsamt Regensburg, Registratur; S. 14: Kreisklinik Wörth an der Donau; S. 15: Archivbild, Landratsamt Regensburg, Registratur.

Die bayerischen Landkreise zwischen Montgelas und der neuen Zeit: S. 17: Auszug aus dem Amts-Blatt der Bezirksämter Regensburg und Stadtamhof vom 26.09.1929; S. 18: Archivbild, Landratsamt Regensburg, Registratur; S. 19: Grafik: Quellen: Staatsarchiv Amberg, Landratsamt Regensburg, Registratur; S. 20: Archivbild: Landratsamt Regensburg, Registratur; S. 21: Archivbild, Landratsamt Regensburg, Registratur.

Die Notwendigkeit der bayerischen Gebietsreform: S. 23: Archivbild, Landratsamt Regensburg, Registratur, bzw. Mittelbayerische Zeitung; S. 25: Karte aus 1972: Landratsamt Regensburg, Registratur; S. 26: Zeitungsausschnitt oben: Mittelbayerische Zeitung vom 25.02.1977; Überschrift Bildmitte: Mittelbayerische Zeitung vom 08.03.1976; Zeitungsausschnitt unten: Mittelbayerische Zeitung vom 10.12.1975.

Die handelnden Personen: S. 28: Archivbild, Konrad-Adenauer-Stiftung; S. 29: Archivbild, Landratsamt Regensburg, Registratur; S. 30: Stadt Regensburg, Bilddokumentation; S. 31: Archivbild, Regierung der Oberpfalz.

Die konkreten Schritte am Anfang der Reform: S. 32: Zeitungsausschnitt: Mittelbayerische Zeitung vom 23.12.1975; S. 33: Archivbild: Landratsamt Regensburg, Registratur; Zeitungsausschnitt: Mittelbayerische Zeitung vom 27.05.1970; Überschrift: Mittelbayerische Zeitung vom 28.11.1977.

Die Zeitzeugen: S. 34: Alle Bilder (7): Heiner Hagen; S. 37, S. 39, S. 41, S. 43, S. 45, S. 47, S. 49: Alle Bilder (7): Heiner Hagen.

Gebietsreform im Landkreis – Regensburg in den 1970er Jahren: Alle Abbildungsnachweise befinden sich am Ende des Aufsatzes auf Seite 71ff.

Die Gemeindegebietsreform: S. 79: Grafik: Landratsamt, Florian Plötz, 2012, Geobasisdaten Bayer. Vermessungsverwaltung (www.geodaten.bayern.de), 2011; S. 80: Bild links: Landratsamt, Markus Roth; Bild unten: Luftbild Alteglofsheim, Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 81: Zeitungsausschnitt Mittelbayerische Zeitung vom 10.11.1975; Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 82: Bild oben: Luftbild Altenthann, Heimatmuseum Altenthann, um 1970; Bild unten: VG Donaustauf; S. 83: Überschriften aus der Mittelbayerischen Zeitung vom 23.08.1971 und 04.02.1976; Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 84: Zeitungsausschnitt Mittelbayerische Zeitung vom 24.12.1975; S. 85: Bild oben: Luftbild Aufhausen, Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 86: Bild: VG Donaustauf; Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 87: Überschrift aus der Donau-Post vom 01.12.1975; Bild unten: Luftbild Bach a. d. Donau, Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 88: Bild links: Landratsamt, Heiner Hagen; Zeitungsausschnitt Mittelbayerische Zeitung vom 07.08.1975; Überschrift Mittelbayerische Zeitung vom 30.11.1977; S. 89: Bild oben: Luftbild Barbing, Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 90: Luftbild Beratzhausen, Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 91: Bild links: Landratsamt, Heiner Hagen; Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 92: Zeitungsausschnitt: Tages-Anzeiger vom 23.08.1971; S. 93: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; Luftbild Bernhardswald, Gemeinde Bernhardswald, um 1970; S. 94: Bild: Landratsamt, Resi Beiderbeck; S. 95: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; Zeitungsausschnitt sowie Zwischentitel: Mittelbayerische Zeitung vom 27.05.1970; S. 96: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 97: Bild oben: Landratsamt, Stefan Gruber; Bild unten: Luftbild Brunn, Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; Überschrift aus der Mittelbayerischen Zeitung vom 06.12.1975; S. 98:

Bild: Landratsamt, Günter Lichtenstern; Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 99: Luftbild Deuerling, Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; Zeitungsausschnitt: Mittelbayerische Zeitung vom 06./07.12.1975; S. 100: Bild links: Landratsamt, Marianne Meßner; Bild rechts: Luftbild Donaustauf, Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 101: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; Zeitungsausschnitt: Mittelbayerische Zeitung vom 20.12.1975; S. 102: Bild: Landratsamt, Markus Roth; Zeitungsausschnitt: Mittelbayerische Zeitung vom 19.10.1977; S. 103: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; Luftbild Duggendorf: Gemeinde Duggendorf, um 1970; S. 104: Luftbild Hagelstadt, Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 105: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern, Zeitungsausschnitt: Mittelbayerische Zeitung vom 02.01.1976; S. 106: Bild: Heiner Hagen; S. 107: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 108: Bild: Landratsamt, Birgitt Retzer; Zeitungsausschnitt: Tagesanzeiger, 08./09.01.1972; S. 109: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; Luftbild Holzheim, Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 110: Bild: Landratsamt, Susanne Kammerer; S. 111: Luftbild Kallmünz, Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 112: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 113: Bild oben: Landratsamt, Günter Lichtenstern; Luftbild Köfering, Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 114: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 115: Bild: Landratsamt, Stefan Gruber; Zeitungsausschnitt: Mittelbayerische Zeitung vom 04.08.1975; S. 116: Bild: Landratsamt, Birgitt Retzer; S. 117: Zeitungsausschnitt: Mittelbayerische Zeitung vom 27./28.12.1975; Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 118: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 119: Bild oben: Landratsamt, Günter Lichtenstern; Luftbild Mintraching, Gemeinde Mintraching, 1961; S. 120: Bild: Landratsamt, Günter Lichtenstern; S. 121: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; Zeitungsausschnitt: Mittelbayerische Zeitung vom 04.01.1972; S. 122: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; Zeitungsausschnitt: Mittelbayerische Zeitung vom 08.03.1976; S. 123: Luftbild Neutraubling, Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 124:

Bild: Landratsamt, Markus Roth; S. 125: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; Zeitungsausschnitt: Mittelbayerische Zeitung vom 02./03.10.1971; S. 126: Bild: Landratsamt, Markus Roth; S. 127: Zeitungsausschnitt: Tagesanzeiger vom 20./21.06.1970; Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 128: Bild links: Landratsamt, Günter Lichtenstern; Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 129: Luftbild Pentling-Großberg, Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 130: Zeitungsausschnitt: Mittelbayerische Zeitung vom 17.05.1976; Luftbild Pettendorf, Gemeinde Pettendorf, um 1970; S. 131: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; Bild: Landratsamt, Günter Lichtenstern; S. 132: Bild: Landratsamt, Günter Lichtenstern; Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 133: Luftbild Pfakofen: Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 134: Zeitungsausschnitt: Donau-Post vom 30.09.1971; S. 135: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern, Luftbild Pfatter: Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 136: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; Bild: Landratsamt, Susanne Kammerer; S. 137: Luftbild Pielenhofen: Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 138: Bild: Markt Regenstein, Christian Hierl; S. 139: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 141: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern, Bild: Landratsamt, Heiner Hagen; S. 142: Luftbild Schierling: Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 143: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern, Zeitungüberschrift: Mittelbayerische Zeitung vom 10.12.1975; S. 144: Bild: Landratsamt, Stefan Gruber; Zeitungsausschnitt: Tages-Anzeiger vom 28.09.1971; S. 145: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; Luftbild Sinzing: Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 146: Bild: Landratsamt, Heiner Hagen; S. 147: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; Luftbild Sünching: Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 148: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 149: Bild: Landratsamt, Elisabeth Sojer-Falter; S. 150: Bild: Landratsamt, Heiner Hagen; S. 151: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; Zeitungsausschnitt und Überschriften aus der Mittelbayerischen Zeitung vom 23.09.1971, 27.08.1975 und 31.12.1975; S. 152: Bild: Landratsamt, Ralf Strasser; S. 153: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; Zei-

tungsausschnitt: Tages-Anzeiger vom 06.09.1971; Überschrift: Mittelbayerische Zeitung vom 20./21.12.1975; S. 154: Bild: Landratsamt, Stefan Gruber; Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 155: Luftbild Wiesent: Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; Zeitungsüberschrift: Donau-Post vom 03.03.1971; S. 156: Luftbild Wolfsegg: Gemeinde Wolfsegg, um 1970; Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 157: Bild: Landratsamt, Susanne Kammerer, Überschrift oben: Mittelbayerische Zeitung vom 12.12.1976; Zeitungsausschnitt und Überschrift unten: Mittelbayerische Zeitung vom 12.10.1970 und vom 07.11.1970; S. 158: Bild: Landratsamt, Stefan Gruber; S. 159: Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; Luftbild Wörth a. d. Donau: Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970; S. 160: Bild: Landratsamt, Dagmar Herr; Kartenausschnitt: Günter Lichtenstern; S. 161: Bild: Landratsamt, Dagmar Herr; Zeitungsüberschrift: Mittelbayerische Zeitung vom 13.12.1975; Luftbild Zeitlarn: Landratsamt Regensburg, Registratur, um 1970.

Das Resümee: S. 168: Bild: Joseph Karl, Nittendorf; S. 169: Stadt Regensburg, Bilddokumentation, Adolf Reisinger; S. 171: Bild: Regierung der Oberpfalz/Pressestelle; S. 172: Archivbild, Landratsamt Regensburg, Registratur; S. 173: Archivbild, Landratsamt Regensburg, Registratur; S. 175: Privatarchiv Rupert Schmid; S. 177: Bild: Max Knott, Nittendorf; S. 178: Archivbild, Landratsamt Regensburg, Registratur.

Anekdoten über Leonhard Deininger: S. 181: Archivbild, Landratsamt Regensburg, Registratur.

Wie funktioniert das Landratsamt? S. 183: Archivbild, Landratsamt Regensburg, Registratur; S. 184: Landratsamt, Heiner Hagen; S. 185: Beide Bilder Landratsamt, Resi Beiderbeck; S. 187: Archivbild, Landratsamt Regensburg, Registratur.

Der Landkreis seit 1972: S. 188: Grafik Florian Plötz, Quelle: Landratsamt Regensburg, Kommunalabteilung; S. 189: alle Bilder

Landratsamt Regensburg, Registratur; S. 190: Grafik: Quelle: Sachgebiet Technisches Bauamt im Landratsamt Regensburg; S. 191: Grafik: Quelle: Kreisfinanzverwaltung im Landratsamt Regensburg; S. 192: Grafik: Quelle: Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; S. 193: Grafiken (2) Beiträge zur Statistik – A182A2 201200 – Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2031 Bayer. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; S. 194: Bild oben: Landratsamt Regensburg, Registratur, Bild unten: Krones AG; S. 195: Grafik Landratsamt Regensburg – Fachstelle für Wirtschaftsgeographie, Plötz, 2013, Geobasisdaten Bayer. Vermessungsverwaltung Quelle: Bayer. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; S. 196: Bild oben: Landratsamt, Markus Roth, Bild unten: Landratsamt, Stefan Gruber; S. 197: Statistiken (2): Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; S. 198: Bild: Landratsamt, Markus Roth; S. 199: Bild oben: Landratsamt, Heiner Hagen; Bild unten: Hanno Meier; S. 200: Bild: Tino Lex; S. 201: Bild: Landratsamt, Markus Roth, S. 202: Bild: Hanno Meier; S. 203: Bild: Landratsamt, Stefan Gruber; S. 204: Bild: Landratsamt, Ludwig Kopf; Statistik: Quelle: Energieentwicklungsplan (EEP) für den Landkreis Regensburg vom Zentrum für rationelle Energieanwendung und Umwelt GmbH (ZREU); S. 205: Bild oben: Landratsamt, Heiner Hagen; Bild unten: Landratsamt, Maria Politzka; S. 206: Bild: Landratsamt Regensburg, Registratur; S. 207: Bild oben: Landratsamt, Heiner Hagen; Bild unten: Landratsamt, Maria Politzka; S. 208: Bild: Kreisklinik Wörth an der Donau; S. 209: Bild oben links: Landratsamt, Christine Brückl, Bild oben rechts: Josef Raith; unten: Kreisklinik Wörth an der Donau; S. 210: Bild: Landratsamt, Heiner Hagen; S. 211: Bild oben: Berufliches Schulzentrum Regensburger Land, Alois Obermeier; Bild unten: Landratsamt Regensburg, Registratur; Statistik: Quelle: Staatliche Schulämter im Landkreis und in der Stadt Regensburg – Schulstrukturdaten; S. 212: Bild oben: Landratsamt, Heiner Hagen; Bild unten: Landratsamt, Gerhard Engel; S. 213: Bild: Landratsamt, Stefan Gruber; Grafik: Florian Plötz, Quelle: Staatliche Schulämter im Landkreis und in der Stadt Regensburg – Schulstrukturdaten; S. 214: Bild oben:

Landratsamt, Lydia Keil, Bild unten: Grundschule Neutraubling, Ingo Pietzonka; S. 215: Bild: BSZ Regensburg, Manuela Stiglbauer; Grafik: Quelle: Landratsamt Regensburg, Kreisfinanzverwaltung; S. 216: Bild: Landratsamt, Lydia Keil; S. 217: Bild: Landratsamt, Lydia Keil; S. 218: Bild links: Nachbarschaftshilfe Bernhardswald, Helmut Koch; Bild rechts: Landratsamt, Heiner Hagen; S. 219: Bild oben: Landratsamt, Stefan Gruber; Bild unten: Landratsamt, Stefan Gruber; S. 220: Bild: Landratsamt, Stefan Gruber; S. 221: Bild: Landratsamt, Markus Roth; S. 222: Bild: Landratsamt, Stefan Gruber; Grafik: Florian Plötz, Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung; S. 223: Grafik: Quelle: Sachgebiet Kultur im Landratsamt Regensburg; Bild: Landratsamt, Marianne Meßner; S. 224: Bild: Landratsamt, Stefan Gruber; S. 225: Bild links: Landratsamt, Markus Roth, Bild rechts: Mit freundlicher Genehmigung von Heribert Wirth; S. 226: Bild: Gemeinde Bernhardswald; S. 227: Bild: Landratsamt, Elisabeth Sojer-Falter; Grafik: Quelle: Sachgebiet Regionalentwicklung im Landratsamt Regensburg; S. 228: Bild: Landratsamt, Elisabeth Sojer-Falter; S. 229: Bild oben: Landratsamt, Fritz Auburger; Bild unten: Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – Bereich Forsten; S. 230: Bild rechts oben: Landratsamt, Stefan Gruber, Bild unten: Nachbarschaftshilfe Bernhardswald, Helmut Koch; S. 231: Bild: Landratsamt, Ralf Strasser; S. 232: Stadt Regensburg, Bilddokumentation, Peter Ferstl; S. 233: Stadt Regensburg, Bilddokumentation, Adolf Reisinger; S. 234: Bild links: Landratsamt, Stefan Gruber; Bild rechts: Landratsamt; Birgitt Retzer; S. 235: Ausschnitt aus der Mittelbayerischen Zeitung Regensburg; S. 236: Bild: Mit freundlicher Genehmigung durch Stefan Karl, Zweckverband Müllkraftwerk Schwandorf; S. 237: Bild oben: Landratsamt, Verein für Jugendarbeit e.V.; Bild unten: Landratsamt, Maria Politzka.

Die lebenswerte Zukunftsregion: „Daheim im Landkreis Regensburg“ S. 238: Bild links: Landratsamt, Stefan Gruber; Bild rechts: Landratsamt, Stefan Gruber; S. 239: Bild: Landratsamt, Stefan Gruber; S. 240: Bild: Gemeinde Sinzing; Egon Gröschl; S. 241:

Bild: Heiner Hagen; S. 242: Bild: Heiner Hagen; S. 243: Bild: Heiner Hagen; S. 244: Bild: Landratsamt, Günter Lichtenstern; S. 245: Bild: Heiner Hagen; S. 246: Bild: Landratsamt, Stefan Gruber; S. 247: Bild: Heiner Hagen; S. 248: Bild: Landratsamt, Markus Roth; S. 249: Bild: Heiner Hagen.

Impressionen von den Jubiläumsfeierlichkeiten: S. 250: Bild links oben und links unten: Landratsamt, Heiner Hagen; Bild unten: Landratsamt, Hans Fichtl; S. 251: alle Bilder (4): Landratsamt, Markus Roth; S. 252: Bild unten: Landratsamt, Martina Neu; alle anderen Bilder (4): Landratsamt, Heiner Hagen; S. 253: alle Bilder (4): Landratsamt, Heiner Hagen; S. 254: Bild oben und Bild rechts unten: Landratsamt, Heiner Hagen; Bild links unten und unten Mitte: Landratsamt, Markus Roth; S. 255: Bild oben: Landratsamt, Markus Roth; Bild unten: Landratsamt, Heiner Hagen.

Der Herausgeber hat sich bemüht, sämtliche Rechteinhaber auffindig zu machen. Sollte das in Einzelfällen nicht gelungen sein, bitten wir um Nachsicht und Benachrichtigung.

Allen Bildleihgebern herzlichen Dank!



Das vorliegende Buch dokumentiert detailliert das historische Ereignis ‚Gebietsreform im Landkreis Regensburg‘. Dabei wurden die historischen Fakten in mühsamer Kleinarbeit nochmals aufgerollt und viele Einzelheiten recherchiert. Auch die Auswirkungen der Gemeindegebietsreform auf alle jetzt noch bestehenden 41 Landkreisgemeinden sind exakt festgehalten. Das Herzstück der Aufarbeitung der noch jungen Landkreisgeschichte bilden die vielen Gespräche mit Zeitzeugen. Sie machen aus diesem Buch ein lebendiges und einzigartiges Dokument der Landkreisgeschichte.“

Landrat Herbert Mirbeth



ISBN-13: 978-3-9812370-2-3

